

Monika Alisch (Hrsg.)

Älter werden im Quartier: Soziale Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe

Gesellschaft und Nachhaltigkeit

Band 3 / Vol. 3

CeSSt - Herausgegeben von
Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit
an der Hochschule Fulda

Edited by
Center of Research for Society and Sustainability
Fulda university of applied sciences

Monika Alisch (Hrsg.)

Älter werden im Quartier: Soziale Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe

-

kassel
university



press

Bibliographic information published by Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche
Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the
Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

ISBN: 978-3-86219-702-6

ISBN: 978-3-86219-703-3

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-37039>

© 2014, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Cover design: Grafik Design Jörg Batschi, Kassel
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Monika Alisch

Zur Nachhaltigkeit sozialer Innovationen für mehr Lebensqualität im Alter	9
---	---

Älter werden im Quartier

Andreas Thiesen

Nur wer fragt, bleibt künstlich dumm! Quartiersentwicklung gesehen durch die Brille der Kultur	23
--	----

Reinhold Knopp/ Anne van Rießen

Altersgerechte Wohnquartiere – sozialräumliche Methoden als Partizipations- und Beteiligungsinstrumente	39
---	----

Monika Alisch/ Michael May,

AMIQUS – Initiieren und Stützen von Netzwerken der Selbstorganisation: Projektdesign und Kernergebnisse	57
---	----

Buchcik, J. / Schattschneider, R. / Beyer, A. / Schmoecker, M. / Deneke, C. / Westenböfer, J.

SAĞLIK – Netzwerke und sozialraumorientierte Gesundheitsförderung älterer türkischer Frauen und Männer in Hamburg	79
---	----

Zugänge

Stefan Fröba

Die „Unerreichbaren“ erreichen: Methodische Zugänge zu älteren Zuwanderern	97
--	----

Jana König / Anke Strube / Walter Hanesch

Zugangswege zu älteren Menschen in benachteiligten Lebenslagen...109

Kathrin Hahn

Initiierung niedrigschwelliger Bildungsangebote für ältere Menschen mit
und ohne Migrationshintergrund im Quartier 127

Netzwerk und kollektives Handeln

Michael May

Netzwerkbildungen älterer Zugewanderter..... 137

Stefan Beetz

Empowerment für Lebensqualität im Alter 153

Politik und Partizipation

Dieter Filsinger

Integration – Ein Paradigma ohne Alternative? 169

Monika Alisch

Selbstorganisation, Partizipation und Politik: Die Analyse der Critical
Incidents 197

Markus Ottersbach

Politische Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft 207

Vorwort

Dass die demografische Entwicklung in Deutschland nicht nur von Fragen der Überalterung, verbunden mit explodierenden Pflegekosten geprägt ist – unsere Gesellschaft also nicht nur „weniger“ und „älter“, sondern längst auch „bunter“ als Beschreibung der Folge von Zuwanderungen geworden ist, wurde bisher selten gemeinsam betrachtet. Das wissenschaftliche Zentrum CeSSt – Centre of Research for Society and Sustainability der Hochschule Fulda hat deshalb dem Thema am 31. Januar und 1. Februar 2013 eine Fachtagung unter dem Titel „Ältere Migrant(inn)en im Quartier: Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe“ gewidmet. Damit hat sich das CeSSt gleich mehrere Dimensionen sozialer Nachhaltigkeit vorgenommen, die in der interdisziplinären Forschung des Zentrums eine besondere Rolle spielen: Neben den Fragen von Generationengerechtigkeit und sozialem Ausgleich sind gerade Aspekte von Teilhabe für das Tagungsprogramm von Bedeutung gewesen.

Konkreter Anlass der Tagung waren die frisch publizierten empirischen Ergebnisse des vom BMBF für drei Jahre geförderten Praxisforschungsprojekts „AMIQUS – Ältere MigrantInnen im Quartier: Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe“, das von 2009 bis 2012 als Verbundprojekt der Hochschulen RheinMain (Wiesbaden) und Fulda unter der Leitung von Prof. Dr. Michael May und Prof. Dr. Monika Alisch umgesetzt wurde.

Dazu haben wir einen Rahmen geschaffen, in dem weitere Praxisforschungsprojekte vorgestellt wurden, die ebenfalls mit dem Ziel „Soziale Innovationen für mehr Lebensqualität im Alter“ zu entwickeln, entstanden sind und aus einer sozialräumlichen und partizipativen Perspektive die Lebenssituation älterer Menschen in der Stadt in den Blick genommen haben.

Die neuen Denkanstöße, die aus den Vorträgen und Forumsdiskussionen entstanden sind, haben dazu geführt, dass dieser Band mehr ist, als eine bloße Tagungsdokumentation. Insbesondere haben die Diskussionen um die Einwanderungsgesellschaft und die wechselseitigen Integra-

tionsansprüche dazu geführt, schon im Titel des Bandes zu zeigen, dass es längst um mehr geht, als um die Teilhabechancen allein der älteren Zuwanderer.

An dieser Stelle möchte ich Nadia Laabdallaoui und Frank Dölker danken, die im Team die Fachtagung moderiert haben. Beide haben das AMIQUUS-Projekt als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Mitarbeiter begleitet. Auch ihre Erfahrungen haben in den zusammenführenden Diskussionen der Tagung neue Ideen herausgefordert.

Ein weiterer Dank geht an die beiden Amicus-Gruppen aus dem Münchner Hasenberg sowie dem Fuldaer Aschenberg, die mit einer eigenen Projektausstellung und einem kulturellen Begleitprogramm ihre aktive Rolle innerhalb der Projektarbeit nochmals verdeutlicht haben. Einen Einblick in ihr Alltagsleben haben die Beteiligten aus dem Münchner Norden auch in Form eines beeindruckenden Filmes gegeben, den die Auszubildenden der Diakonie Hasenberg e.V. Janina Enders und Martin Böhme im Rahmen der Tagung gezeigt hatten. Auch ihnen sei für die Mitwirkung am Projekt und der Tagung gedankt. Zuletzt sei Dipl. Geogr. Jutta Zinnen vom CeSSt für die Tagungsvor- und Nachbereitung herzlich gedankt. Unterstützt wurde sie von den B.A. Studierenden der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen Bianca Kling, Nora Steinmüller, Alexandra Schmitt und Thea Sandrock.

Monika Alisch,
Fulda im Januar 2014

Zur Nachhaltigkeit sozialer Innovationen für mehr Lebensqualität im Alter

Monika Alisch

Professorin für sozialraumbezogene Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung an der Hochschule Fulda, Leiterin des CeSSt – Centre of Research for Society and Sustainability. E-Mail: monika.alisch@sw.hs-fulda.de

Es muss wohl kaum noch erklärt werden, warum die älter werdende Gesellschaft ein anhaltend aktuelles Thema ist. Der demografische Wandel beschäftigt nahezu alle Politikfelder und diese Vielfalt der Perspektiven auf die, von zunehmender Überalterung geprägten Gesellschaft, findet ihre Entsprechung in den Wissenschaftsdisziplinen. Ob der „Demographiegipfel“ der Bundesregierung, die jährlichen Demographiekongresse des Behördenspiegels oder das Wissenschaftsjahr 2013 „Die demographische Chance“, die Suche nach zukunftsfähigen Modellen für alters(n)gerechtes Leben scheint allgegenwärtig und findet in der Forschungsförderungslandschaft ihre Entsprechung.

Während in der Soziologie noch um die Frage gerungen wird, was genau „soziale Innovationen“ eigentlich sind, richtet sich die Europäische und bundesdeutsche Forschungsförderung bereits an der Zukunftsmacht sozialer Innovationen im Anschluss an entsprechende politische Initiativen aus: So fördert die Forschungsinitiative „SILQUA – Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“ des BMBF eine anwendungsorientierte Forschung, die „durch ihre Vernetzung mit wichtigen Akteuren [...] konkrete, beispielhafte und nachhaltige Verbesserungen herbeiführen und den Transfer in die Praxis fördern“ könne (BMBF 2013: 1). Im neuen EU Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ ist das Programmstrukturfeld „Gesundheit, demographischer Wandel und Wohlbefinden“ benannt und der Anspruch formuliert, auch auf dieser Ebene „integrative, innovative und reflexive Gesellschaften“ forschend zu entwickeln.

Die dort erwarteten sozialen Innovationen zielen darauf ab durch,, praxisnahe Konzepte, Modelle und Methoden sowie anwendungsorientierte Strategieentwicklungen die Teilhabe von älteren Menschen im Arbeits- und gesellschaftlichen Leben zu erhalten so ihre Lebensqualität zu verbessern“ (ebd.). Als übergeordnetes Ziel geht es „auch um den Erhalt der Innovationsfähigkeit Deutschlands“ (ebd.). Damit kommen zwei Dimensionen des demographischen Wandels in den Blick, die in diesem Band unter einer sozialräumlichen Perspektive diskutiert werden:

Zum einen geht es um das Aufspüren der Voraussetzungen und Bedingungen neuer Formen sozialräumlicher institutioneller Vernetzungen und Formen der Partizipation älterer, meist benachteiligter Menschen in städtischen Milieus. Zum anderen richtet sich der Blick auf eine, bisher nicht nur im Kontext des demographischen Wandels wenig beachtete Bevölkerungsgruppe: Ältere Migrantinnen und Migranten symbolisieren, dass die Gesellschaft nicht nur „weniger“ und „älter“, sondern auch in diesem Lebensalter „bunter“ geworden ist.

1. Perspektiven „Sozialer Innovationen“

Soziale Innovationen haben derzeit also sowohl als Ziel politischer Initiativen und Programme als auch als Fokus der Forschungsförderung auf nationaler und internationaler Ebene eine große Bedeutung erlangt. Braun-Thürmann (2005) hält fest, dass dabei soziale Innovationen meist in ihrem funktionalen Verhältnis zu technologischen Innovationen verstanden werden: deren soziale Folgen oder Voraussetzungen, die Konsolidierung von Innovationen in der Gesellschaft, die Probleme der Plan- und Steuerbarkeit von Innovationen (vgl. Martens 201: 372; Howaldt/Kopp/ Schwarz 2008). Martens fasst die neuere soziologische Diskussion um den Innovationsbegriff zusammen, deren Akzentuierung von sozialer Innovation als erwartbarer Paradigmenwechsel behandelt wird (2010: 372). Die Rolle der Sozialwissenschaften bei sozialen Innovationen münde nach der Argumentation von Howaldt et al (2008) in die „Neukonfiguration sozialer Arrangements“ (ebd. 65).

Die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem von Martens schlicht als Modebegriff titulierten Innovationsbegriff (2010: 372), beruft

sich meist auf den von Wolfgang Zapf im Jahr 1989 veröffentlichten Artikel „Über Soziale Innovationen“, in dem er sieben Typen sozialer Innovationen unterschieden hatte: a) Organisationsveränderungen innerhalb von Unternehmen, b) neue Dienstleistungen und c) Sozialtechnologien, d) selbsterzeugte soziale Erfindungen [...] durch Beteiligung der Betroffenen, e) politische Innovationen, f) neue Muster der Bedürfnisbefriedigung sowie g) neue Lebensstile (Zapf 1989: 175f). Im Kontext des demographischen Wandels und den erwarteten gesellschaftlichen Folgen, spielen aus einer politischen Perspektive sowohl neue Dienstleistungen und Sozialtechnologien als auch Fragen unternehmerischen Handelns und betrieblicher Personalarbeit eine deutlich akzentuierte Rolle. Hierin spiegeln sich auch die Themenbereiche, die vom Bundesforschungsministerium seit 2009 in dem Programm „Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter (SILQUA)“ zur Forschung ausgeschrieben werden.

Heinze/Naegele (2010: 297ff.) verwenden einen Innovationsbegriff, der soziale, organisatorische und institutionelle Neuerungen explizit integriert, den Blick auf heterogene Akteure, Interdisziplinarität und Reflexivität richtet und damit wiederum den Blick freigibt in die politologische Forschung zu Governance. Rammert (2010: 43) versucht, soziale und politische Innovationen voneinander abzugrenzen, und hält fest, dass soziale Innovationen „zunächst außerhalb der Sphäre des Politischen entstehen“. Aus seiner Sicht können sie später Gegenstand politischer Regelungen werden, müssen es aber nicht. Wir werden in diesem Band zeigen, dass gerade soziale Innovationen, die sich Zapfs Typus „selbsterzeugter sozialer Erfindungen durch die Betroffenen“ zuordnen lassen, darauf angewiesen sind, eher früher als später in die kommunalpolitischen Regelungen Eingang zu finden, um nachhaltig zu sein.

Dass diese Nachhaltigkeit sozialer Innovation schon Ende der 1980er Jahre von Wolfgang Zapf mitgedacht wurde, zeigt seine damals formulierte Definition sozialer Innovationen als „neue Wege, Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme besser lösen als frühere Praktiken, und die es deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden“ (Zapf 1989: 177).

Was im jeweiligen Zusammenhang als „besser“ zu beurteilen ist und wer die Wertschätzung in der Weise „neuer Wege“ formuliert, verweist da-

rauf, dass nicht mehr von „objektiv messbaren Neuerungen oder von unumstrittenen Problemlösungen“ (Rammert 2010: 35) ausgegangen werden kann, sondern auch die Perspektive der „Beobachterinnen und Beobachter“ und deren Wahrnehmung des Neuen als „Verbesserung gegenüber dem Bestehenden“ (Braun-Thürmann 2005: 6) von Bedeutung ist. Jacobsen/Jostmeier (2010) haben sich mit neuen Dienstleistungen auseinander gesetzt und betonen, dass nicht nur die „Perspektive der Nutzer/innen [von Dienstleistungen] explizit zu berücksichtigen [sei],“ sondern „ihr Handeln als Beitrag zur Innovation von Dienstleistungen zu verstehen“ ist (Howaldt/Jacobsen 2010: 15). Dies verknüpft sich mit dem Begriff von Lebensqualität als „subjektive Zufriedenheit mit je eigenen Lebensverhältnissen und Lebensvollzügen“ (Ott/Döring 2007: 50), die sich allein aus der Perspektive der Beteiligten erschließt und sich einer „objektiven“ Messung entzieht.

Rammert (a.a.o: 43) sieht daher soziale Innovationen deutlich „auf das Zusammenleben in Gemeinschaften und der Gesellschaft bezogen“. In dieser Perspektive sind Soziale Innovationen in erster Linie „neue Formen von Teilhabe und sozialer Integration, von Interessensausgleich und sozialer Gerechtigkeit und von Individualität sowie Solidarität“ (a.a.o.).

Damit ist der Diskurs zu sozialen Innovationen auch anschlussfähig an Konzepte Sozialer Nachhaltigkeit, die Empacher/Wehling (2002: 38ff.) in vier Schlüsselementen begründet sehen:

1. Grundbedürfnisse (menschenwürdige Existenz, materielle und immaterielle Grundbedürfnisse, Existenzsicherung durch gerechte Arbeit);
2. Sozialressourcen (Human-, Wissens- und Sozialkapital);
3. Chancengleichheit und
4. Partizipation.

Denkt man beide Konzepte zusammen, kommt auch die Frage zur Kritik an Innovation ins Sichtfeld, denn „in der sozialen Dimension entscheidet sich, ob das wahrgenommene Neuartige als Besserung oder als Bedrohung erlebt wird“ (ebd.): Die Diskussion um die gesellschaftliche Akzeptanz von technischen altengerechten Assistenzsystemen (AAL) als sozialer Innovation an der Schnittstelle von neuen Dienstleistungen und Sozialtechnologien zum Erhalt der Autonomie und Selbstbestimmung im Alter mag hier als Beispiel dienen.

Leimeier/Peters (2011: 13) definieren soziale Innovationen im Zusammenhang mit „gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen“ (ebd.: 1) „als mit sozialem Wandel einhergehende Neuerungen, die die positive Beeinflussung der Möglichkeiten und Lebenssituationen einer Gesellschaft zum Ziel haben“. Mit dieser in einem Arbeitspapier im Auftrag der Fiedrich-Ebert-Stiftung formulierten Definition hängt die Latte hoch für soziale Innovationen, insbesondere wenn sie mit Verweis auf Karin Gillwald (2000) in ihrer Ergebnisdimension „gesellschaftlich folgenreiche, vom vorher gewohnten Schema abweichende Regelungen von Tätigkeiten und Vorgehensweisen“ darstellen. Hieraus leiten Leimeier/Peters (2011: 13) einen nachhaltigen Effekt als konstituierendes Merkmal sozialer Innovationen ab. „Aus einer normativen Sicht führt sie zu nachhaltigen und ganzheitlichen gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen und bildet die Grundlage für sozialen Ausgleich“ (ebd.). Wenn also soziale Innovationen nicht empirisch rekonstruiert werden, sondern quasi als Auftrag an politische und zivilgesellschaftliche Akteure oder als Forschungsfrage an die Sozialwissenschaften formuliert werden, blenden diese umfassenden Definitionen aus, was Rammert (2010: 35) zu Recht kritisch angemerkt hat: In einer Zeit der „Best Practice“ Wettbewerbe und „Modell-Projektitis“ im Sozial- und Gesundheitsbereich, scheint heute „jede noch so marginale Variation“ oder jede „noch so normale Verbesserung“ als Innovation bezeichnet zu werden, „wirklich nachhaltige Innovationen“ seien dann kaum noch zu erkennen (ebd.) und im Sinne von Nachhaltigkeit ohnehin erst in einer längerfristigen Betrachtung als solche wahrnehmbar¹.

2. Soziale Nachhaltigkeit und Teilhabe älterer Menschen

Die Praxisforschungsprojekte, die in diesem Band diskutiert werden, greifen vor allem solche sozialen Innovationen auf, die in Anlehnung an die Typologie von Zapf (1989) als „selbsterzeugte soziale Erfindungen durch die Betroffenen“ (Ansätze von Selbstorganisation), „neue Lebens-

1 In den Ansätzen für eine Theorie sozialer Nachhaltigkeit, die Natalie Mutlak und Reimund Schwarze (2007) skizziert haben, scheinen Innovationssoziologische Überlegungen allerdings keine Rolle zu spielen. Sie haben den Strukturfunctionalismus, das Grundbedürfniskonzept (und dessen Weiterentwicklung im Capability Ansatz) und das Konzept des Sozialkapitals im Anschluss an Putnam (1993) und Coleman (1988) auf ihre Relevanz für soziale Nachhaltigkeit überprüft.

stile“ (gemeinschaftliche Unterstützungsangebote, Gesundheitsverhalten) oder „politische Innovationen“ als neue Formen der Entscheidungsfindung, Partizipation und Aushandlung interpretiert werden können.

Ausgangspunkt für die im Rahmen der 2. CeSSt Tagung „Ältere Migrant(inn)en im Quartier – Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe“ im Januar 2013 in Fulda zusammengeführten Diskussionsbeiträge waren die Ergebnisse des Praxisforschungsprojektes „Ältere MigrantInnen im Quartier – Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe (AMIQUS). Die Befunde zu den Ressourcen und Barrieren für eine angemessene Lebensqualität im Alter – dies sei hier vorweggenommen – zeigen ganz wesentlich die teilhabegestaltende Relevanz des Wohnquartiers, die Bedeutung von Partizipation als Prozess und Arbeitsprinzip sowie die Notwendigkeit, diese Erkenntnisse nicht als Laborergebnis für den Umgang mit älteren Migrant/innen als Sondergruppe zu interpretieren, sondern vielmehr daraus generelle Strategien der Teilhabegestaltung abzuleiten.

Der erste Beitrag in diesem Band verknüpft daher zunächst die Rede von Vielfalt und Diversität mit der Quartiersentwicklung als Gestaltungs-, Entscheidungs- und Teilhaberaum: Aus einer kultursoziologischen und ethnographischen Perspektive stellt *Andreas Thiesen* seinem Beitrag „*Nur wer fragt, bleibt künstlich dumm! Quartiersentwicklung gesehen durch die Brille der Kultur*“ zwei Thesen voran: Zum einen argumentiert der Autor dafür, in praktischen, politischen und sozialwissenschaftlichen Kontexten von Quartiersentwicklung, das „‘Lokale‘ neu [zu] denken und praktisch [neu] zu verhandeln.“ Zum anderen ruft er zu mehr Mut zur „künstlichen Dummheit“ im Anschluss an Bourdieu (1997) als Synonym für eine dem Anderen oder Fremden aufgeschlossene Handlungsweise auf und schafft so den Übergang zu den Prämissen einer gelingenden Sozialen Arbeit im Allgemeinen und einer „diversitätsbewussten Quartiersentwicklung“ im Speziellen. So arbeitet Andreas Thiesen Anknüpfungspunkte für eine in der Weise sozial innovative Soziale Arbeit heraus. Aus seiner Sicht bedeutet die damit verbundene „Anerkennung transkultureller Lebenswelten durch verstehende und kultursensible Konzepte“ in erster Linie, den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Einwanderungsgesellschaft Rechnung zu tragen.

In ihrem Beitrag „*Altersgerechte Wohnquartiere – sozialräumliche Methoden als Partizipations- und Beteiligungsinstrumente*“ greifen die Autorin und der Autor

Anne van Rießen und *Reinhard Knopp* die gegenwärtig, zumindest in Nordrhein-Westfalen erkennbare Renaissance quartiersbezogener Handlungsansätze auf. Dass solche Quartiersansätze nicht geeignet sind, alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen, ist dem Autorenteam bewusst. Gleichwohl erscheint das darin verankerte Partizipationsparadigma als so bedeutsam, das ein genauerer Blick auf die praktische Umsetzung von Partizipation mit Hilfe sozialräumlicher Methoden lohnt. In ihrem Forschungsprojekt SORAQ haben sie untersucht, welche sozialen Ressourcen (u.a. Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten) und infrastrukturellen Angebote für ältere Menschen in ihren Wohnquartieren von besonderer Bedeutung sind. Ziel sollte die Weiterentwicklung und Erprobung sozialräumlicher Methoden in der Arbeit mit Älteren aber auch die Entwicklung eines Analyseschemas zur Bewertung von Wohnquartieren im Hinblick auf ihre altersgerechte Ausrichtung sein.

Monika Alisch und *Michael May* stellen in ihrem Beitrag das *Projektdesign* und *Kernergebnisse* des Forschungsprojektes zu „*Älteren MigrantInnen im Quartier – Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe*“ zur Diskussion. Im Kontext Sozialer Nachhaltigkeit zeigt der Beitrag auf, welche Ressourcen und Barrieren die Alltagsorganisation älterer Migrantinnen und Migranten in verschiedenen Städten und Wohnquartieren bestimmen. Dabei fokussieren die partizipative Herangehensweise des Projektes und die „selbsterzeugten sozialen Erfindungen“ der beteiligten älteren Menschen in mehrfacher Hinsicht auf soziale Innovationen: So wurde in dem Projekt auch untersucht, welche grundlegenden institutionellen Strukturen derzeit „politische Innovationen“ und Formen neuer Entscheidungsfindungen zu verhindern scheinen und wie Formen partizipativer Projektentwicklung befördert werden können.

Das Hamburger Autorenteam *J. Buchcik, R. Schattschneider, A. Beyer, M. Schmoecker, C. Deneke, C. und Joachim Westenhöfer* setzt bei der sozialen Lage älterer türkischer Migrant/innen und daraus unmittelbar ableitbaren gesundheitlichen Folgen an. Das türkische Wort für Gesundheit – *SAGLIK* – gab ihrem Forschungsprojekt den Namen. In ihrem Beitrag in diesem Band stehen „*Netzwerke und sozialraumorientierte Gesundheitsförderung älterer türkischer Frauen und Männer in Hamburg*“ im Zentrum. Aus der Perspektive der Gesundheitsförderung gehen die Autor/innen davon aus, dass soziale Netzwerke präventive, kurative und rehabilitative Funktionen übernehmen. Im Anschluss an die Sozialkapitaltheorie geht das diskutier-

te Projekt davon aus, dass insbesondere solche sozialen Vernetzungen relevant sind, die eine Brückenfunktion in andere Netze eröffnen. Somit gilt es, die Bedingungen zur Stabilisierung und zum Ausbau sozialer Netze zu stärken um letztendlich in einer niedrigschwelligen und ‚kleinteiligen Offensive‘ die Unterstützung von Multiplikator/innen und Schlüsselpersonen zu aktivieren. Entsprechend wurde für jede Arbeitsphase die Bedeutung der Netzwerke der älteren Migrant/innen herausgearbeitet, um auf diese Weise den inflationär genutzten Begriff des Netzwerks oder der Vernetzung zu qualifizieren und den Sozialraum als Ressource aufzuschließen.

Dimensionen der Erreichbarkeit benachteiligter älterer Menschen

Partizipation und auch Chancengleichheit sind die beiden Dimensionen sozialer Nachhaltigkeit, die in dem Beitrag von *Stefan Fröba* die Richtung vorgeben: *Die „Unerreichbaren“ erreichen: Methodische Zugänge zu älteren Zuwanderern* greift die Frage auf, wie es in der Praxis einer sozialen Arbeit mit älteren Menschen mit Migrationsgeschichte sehr wohl gelingt, diese Zielgruppe nicht nur zu erreichen, sondern sie für ihre eigenen und gemeinsamen Interessen zu sensibilisieren sowie wesentliche Impulse von gesellschaftlicher Teilhabe zu setzen. Dabei stellt Stefan Fröba weniger einzelne Methoden des Zugangs vor, sondern benennt vor dem Hintergrund der Erfahrungen des AMIQUUS Forschungsprojektes die Gelingensfaktoren gemeinsamer Arbeit mit den älteren Zuwanderern: Ein kommunikativer Umgang sowie eine Sensibilität der Professionellen für die Motivation zur Mitarbeit der Älteren erleichtern nicht nur den Zugang zu dieser Zielgruppe, sondern versprechen die Nachhaltigkeit initiiert Projekte. Zudem verdeutlicht der Autor, dass die engagierten älteren Zuwanderer nicht über Fragen der Integration zu gewinnen sind, sondern weitaus mehr daran interessiert sind, über das Zusammenleben im Quartier zu arbeiten.

Auch *Kathrin Hahn* setzt in ihrem Beitrag bei der Frage an, wie es in der Praxis von Bildungsarbeit gelingt, gerade ältere benachteiligte Menschen zu gewinnen. Sie skizziert den Prozess der *Initiierung niedrigschwelliger Bildungsangebote für ältere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Quartier* am Beispiel Hamburg. Auch in ihrem Projekt „Lernen vor Ort“ wird zum einen das Wohnquartier als adäquater Ort der Erreichbarkeit für Bildungsangebote hervorgehoben und zum anderen danach gefragt,

welches die zentralen Gelingensfaktoren sind. Dabei wird diese Frage aus der Perspektive der institutionellen Akteure gestellt und zielt auf eine Optimierung der Bildungsstrukturen, entlang der „Bildungsbedarfe der Bürgerinnen und Bürger“. Insofern misst sich der Erfolg dieses Projektes am Ende auch an einem „verbesserten Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen im Bildungsbereich“ und einer Verstärkung der Weiterentwicklung der Hamburger Bildungslandschaft. Die von Kathrin Hahn herausgearbeiteten Gelingensfaktoren zeigen schlussendlich, dass solche als soziale Innovation in der der Bildungsarbeit nur modellhaft angelegten Projekte vor allem eines brauchen: Zeit!

Die Dimensionen Chancengleichheit und Partizipation aber auch die von Embacher/Wehling als „Sozialressourcen“ bezeichneten Lektorientierungen sozialer Nachhaltigkeit stehen im Fokus des Beitrags von *Jana König, Anke Strube und Walter Hanesch*. Sie thematisieren in ihrem Beitrag „*Zugangswege zu älteren Menschen in benachteiligten Lebenslagen*“ und greifen damit ein wesentliches Problem der Praxis Sozialer Arbeit auf, der es nur schwierig gelingt, benachteiligte Menschen für ihre Angebote zu erreichen. Mit dem Ziel, geeignete sozialraumbezogene Methoden der Ansprache zu erproben, wurden in zwei unterschiedlich strukturierten Wohnquartieren ältere Menschen, die nach Einkommenslage, gesundheitlicher Beeinträchtigung oder ihrer Herkunft ein Benachteiligungsrisiko aufweisen, einbezogen, um Konzepte zur Vermeidung oder gar Überwindung alltäglicher Ausgrenzung zu entwickeln. Das Autorenteam stellt die bisherigen Ergebnisse des noch laufenden Projektes vor und deutet an, wie die Eigenverantwortlichkeit der Älteren Menschen gestärkt werden kann und auch die beteiligten Fachkräfte öffentlicher und privater Dienste und Einrichtungen entsprechend qualifiziert werden können.

Netzwerke und kollektives Handeln

Wesentliche Erkenntnisse zur Lebenssituation älterer Migrant/innen bezogen sich im Forschungsprojekt AMIQUUS auf die „*Netzwerkbildungen älterer Zuwanderer*“, die *Michael May* in seinem Beitrag zusammenfasst. Dabei setzt er sich zunächst kritisch mit der Netzwerk- und Sozialkapitalforschung auseinander, die bezogen auf Migrant/innen auf die Unter-

scheidung von „strong“ und „weak ties“ ausgerichtet ist und das nach innen bzw. nach außen gerichtete Sozialkapital im Zusammenhang mit der Interessenswahrnehmung der Netzwerkmitglieder meist so interpretiert, als seien Netzwerke (älterer) Migrant/innen „geradezu selbstverständlich“ als innenorientiert, bzw. herkunftslandorientiert zu verstehen. Die Befunde aus den qualitativen und quantitativen Erhebungen des AMIQUUS-Projektes zeigen dagegen ein sehr differenziertes Spektrum sozialer Vernetzungen älterer Zuwanderer. Hierbei verdeutlicht Michael May, dass eine heimatverbundene Vernetzung der älteren Zuwanderer, Engagement in stadtteilbezogenen Netzen keineswegs ausschließt. Zudem wird in dem Beitrag von Michael May das Spektrum dicht geknüpfter nachbarschaftlicher Hilfsnetzwerke im Quartier deutlich.

Auch *Stefan Beetz* setzt in seinem Beitrag „*Empowerment für Lebensqualität im Alter*“ bei der Frage von Teilhabe älterer Menschen an der Gestaltung einer wohnortnahen und aktivierenden Infrastruktur an und geht der Wirkung und Nachhaltigkeit von Beteiligung nach. In seinem Forschungsprojekt ELA wurden von Wohnungsgenossenschaften initiierte Projekte für ältere Bewohner/innen analysiert und begleitet, welche die Lebensbedingungen älterer Menschen in sächsischen Wohnsiedlungen verbessern sollten. Dabei wurden die „Bedarfe, Ressourcen und ‚gelebten‘ Aktivitäten“ der älteren Bewohner/innen in den Mittelpunkt gestellt und exemplarisch analysiert. Der Beitrag diskutiert die Forschungsergebnisse vor dem Hintergrund eines Empowermentverständnisses, das zwischen Bemächtigung und Ermächtigung unterscheidet, um kollektives Handeln älterer Menschen zu verstehen. Fokussiert wird hier ein gemeinsames (solidarisches) Handeln auf der Basis eines gemeinsamen Problemverständnisses und darauf ableitbarer Interessen.

Politik und Partizipation

Die Beiträge des letzten Abschnittes in diesem Band knüpfen an die dritte Phase des AMIQUUS-Projektes an und setzen sich gleichzeitig mit den nach Empacher/Wehling (2002) wesentlichen Schlüsselementen sozialer Nachhaltigkeit Partizipation und Chancengleichheit sowie der gesellschaftlichen Relevanz von Sozialressourcen auseinander. Bezugspunkt sozialer Innovation sind hier die gesellschaftlichen und politischen

Perspektiven auf Partizipation und Teilhabe sowie die sich wandelnden Interpretationen von Integration.

Dieter Filsinger fragt in seinem Beitrag „*Integration – Ein Paradigma ohne Alternative?*“ und zeichnet die „Karriere“ des Integrationsbegriffs nach, die in Politik, Migrations-, Integrationsforschung und der Öffentlichkeit über Jahrzehnte sehr divergente Gebrauchs- bzw. Verwendungsweisen zeigt. Er rekonstruiert, dass sich die Integrationsperspektive zwar ablesbar an der aktuellen Integrationsberichterstattung erweitert habe, dennoch eine einseitige Beobachtungsweise des Migrationsgeschehens einerseits und der Integration andererseits erhalten geblieben sei. Auch wenn sich mit den Begriffen von Inklusion, Vielfalt/Diversität alternative Konzepte zur Diskussion stellen, Prozesse der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung analytisch abzubilden, vertritt der Autor die These, dass der Integrationsbegriff schon aus strategischen Gründen nicht zu verabschieden, wohl aber dessen Verwendungsweisen im politischen, öffentlichen wie auch im (sozial-)pädagogischen Diskurs kritisch zu analysieren ist. Und auch der Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit rät Dieter Filsinger, sich der eigenen normativen Bezugspunkte, „ihrer Zentralwerte und ihrer guten Theorietraditionen zu vergewissern“ und so eine eigenständige Positionierung zum Integrationsdiskurs zu formulieren, wie es im Projekt AMIQUS handlungsforschend zu unterstützen versucht wurde.

Im Rückgriff auf die Forschungsergebnisse des AMIQUS Projektes setzt sich anschließend *Monika Alisch* mit der Frage auseinander, wie entsprechende Prozesse von Selbstorganisationen, wie sie in vier Wohnquartieren von älteren Migrant/innen initiiert und begleitet wurden, als Ausdruck von Teilhabe Eingang finden in die Routinen des institutionalisierten Hilfesystems. Der Beitrag zeigt auf, dass bereits die partizipative Vorgehensweise mit einer Bevölkerungsgruppe, die bisher kaum Gelegenheiten hatte, eigene Interessen auch nur zu artikulieren, sich an den formalisierten Abläufen von Planungs- und Entscheidungsprozessen reibt. Insbesondere arbeitet der Beitrag unter dem Titel *Selbstorganisation, Partizipation und Politik: Die Analyse der Critical Incidents* heraus, wie die institutionelle Erwartung einer Anpassung an die bestehenden Regeln und Strukturen im Spannungsverhältnis zu Partizipation, aber auch zu bürgerschaftlichem Engagement stehen, das sich Prozessen der „Enteignung“ eigener Ideen und Projektvorstellungen ausgesetzt zieht und nicht selten zu einem Rückzug aus jeglichen Partizipationsprozessen führt. Weitere

„Critical Incidents“, definiert als kritische Situationen in den Prozessen der Projektentwicklung werden an der Schnittstelle von Partizipation und Planung diskutiert und zeigen, wie freiwilliges Engagement älterer Migrant/innen durch eine Engführung des Demokratieverständnisses auf den Modus der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie als Partikularinteresse delegitimiert wird

Demgegenüber argumentiert *Markus Ottersbach*, dass neben der grundsätzlichen Möglichkeit der politischen Partizipation von Zuwanderern, es auch um „bessere“, d.h. gerechtere politische Entscheidungen“ gehen muss. In seinem Beitrag „*Politische Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft*“ sieht er daher Jürgen Habermas' Konzept einer deliberativen Politik als geeigneten Ansatz zur Optimierung tradierter Formen politischer Beteiligung von Migrant/innen. Als soziale Innovation und Beitrag sozialer Nachhaltigkeit wäre dies ein Teilbeitrag zur Lösung des Problems sozialer Exklusion der Bevölkerung mit „Migrationshintergrund“. Markus Ottersbach sieht „moderne Einwanderungsgesellschaften“ in erster Linie vor zwei wesentlichen Herausforderungen: Zum einen gehe es um den Abbau der nachweislichen strukturellen Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und zum anderen müssen – und dies wäre in hohem Maße sozial innovativ – überhaupt Möglichkeiten institutionalisiert werden, von den bürgerlichen Rechten unserer Gesellschaft Gebrauch zu machen. Das von Empacher/Wehling als „Sozialressource“ bezeichnete wesentliche Element sozialer Nachhaltigkeit spiegelt sich in diesem Beitrag in der Schlussfolgerung, die Menschen selbst als wesentliche Ressource zur Lösung sozialer Probleme einzubeziehen – ohne dass in entsprechenden neuen Formen des (lokal)politischen Engagements automatisch ein Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit zu sehen wäre. Sehr wohl ließe sich – bezogen auf /ältere) Migrant/innen – festhalten, dass gerade auf Selbstorganisation basierende Engagementformen in ihrer Funktion als Instrument gesellschaftspolitischer Einmischung wahrnehmbar werden und eben nicht allein als Angebote eines „interkulturellen Dialogs“.

Literatur

- Braun-Thürmann, H. (2005): Innovation. Bielefeld.
Blättl-Mink, B. (2006): Kompendium der Innovationsforschung. Wiesbaden.
Embacher, C. /P. Wehling (2002): Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit.

- Theoretische Grundlagen und Indikatoren, Studentexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung, Nr. 11, Frankfurt a.M.
- Gillwald, K. (2000): Konzepte sozialer Innovation Paper der Querschnittsarbeitsgruppe Arbeit und Ökologie P00-519. Berlin WZB.
- Heinze, R.G./Naegele, G. (2010): Integration und Vernetzung. Soziale Innovationen im Bereich sozialer Dienste. In: Howaldt, J./Jacobsen, H. (Hrsg.): S. 297-314.
- Howaldt, J./Jacobsen, H. (Hrsg.) (2010): Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden.
- Howaldt, J./Jacobsen, H.: Soziale Innovation – Zur Einführung in den Band. In: dies. S. 9-20.
- Leimeier, J.M. (2011): Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen – soziale Innovationen denken lernen. Arbeitspapier im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Mutlak, N./ Schwarze, R. (2007): Bausteine einer Theorie sozialer Nachhaltigkeit. In: Beckenbach, F. et al (Hrsg.) Soziale Nachhaltigkeit. Jahrbuch Ökologische Ökonomik, Band 5. Marburg.
- Rammert, W. (2010): Die Innovationen der Gesellschaft. In: Howaldt, J./Jacobsen, H. (Hrsg.): S. 21-52.
- Braun-Thürmann, H./ John, R. (2010): Innovation: Realisierung und Indikator des sozialen Wandels. In: Howaldt, J./Jacobsen, H. (Hrsg.): S. 71-86.
- Zapf, W. (1989): Über soziale Innovationen. In: Soziale Welt. 40. Jahrgang. H. 1-2. S. 170-183.

Nur wer fragt, bleibt künstlich dumm! Quartiersentwicklung gesehen durch die Brille der Kultur¹

Andreas Thiesen

Dr. phil., M.A. Verwaltungsprofessor für Planung und Entwicklung an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und Kunst (HAWK) in Holzminden. E-Mail: Thiesen@hawk-hhg.de

1. Trends, Tendenzen, Thesen

Sowohl in der Praxis der Quartiersentwicklung als auch in ihrem theoretischen Hinterzimmer findet in jüngster Zeit ein scheinbar verspäteter paradigmatischer Schub dessen statt, was Ende des 20. Jahrhunderts als „cultural turn“ in den Sozialwissenschaften begann: eine kultursoziologische Perspektive auf „Feld“ und „Praxis“, die ohne Kulturalisierung auskommt (vgl. exemplarisch für viele Hörning/Winter 1999). Die anhaltende Konjunktur der „Kultur“ ist relativ schnell erklärt: Nehmen wir die Ausdifferenzierung postmoderner Lebensführung, die Neuverhandlung transkultureller Regelsysteme und Konfliktlösungsmuster oder die Problematisierung kultureller und sozialer Zuschreibungen, so wird deutlich, dass eine rein sozialstrukturell angelegte Analyse gesellschaftlicher Konfliktlinien zu kurz greifen würde (vgl. Thiesen 2011). So gesehen sind die Diskurse um „Vielfalt“, „Differenz“, „Heterogenität“, „Intersektionalität“ und eben auch „Diversity“, so eigensinnig und spezifisch sie jeweils sein mögen,² Ausdruck einer veränderten Gesellschaftsperspektive, die sich nun eben auch in der Quartiersentwicklung niederschlägt. Im Ausschreibungstext zur Tagung findet sich beispielsweise eine kultursensible Lesart, die noch vor wenigen Jahren in dieser Prägnanz eher ungewöhnlich gewesen wäre: „Dass die demografische Entwicklung in Deutschland nicht nur von Fragen der Überalterung geprägt

-
- 1 Dieser Beitrag ist eine Vorabversion aus einem aktuellen Buchprojekt des Autors, das im Jahr 2014 abgeschlossen sein wird.
 - 2 Die in der Literatur häufig pedantisch betriebene terminologische Abgrenzung ist für die „Message“ dieses Beitrags zweitrangig.

ist – unsere Gesellschaft also nicht nur ‚weniger‘ und ‚älter‘ – sondern längst auch ‚bunter‘ als Effekt von Zuwanderung geworden ist, wurde bisher selten gemeinsam betrachtet [...]“, heißt es dort (AMIQUS 2013). Konferenzprogramme wie diese belegen zusammen mit aktuellen Publikationen eine deutliche Hinwendung der Quartiersentwicklung zu diversitätsbewussten Problemstellungen. So zeigt beispielsweise Thiesen (2011) in Anspielung auf Bourdieu, „wie die Kultur in den Stadtteil kommt“; doch auch implizit kulturreflexive Publikationen wie das von Blandow, Knabe und Ottersbach (2012) herausgegebene Werk „Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit – von der Revolte zur Steuerung und zurück“ beweisen, dass derzeit intensiv an einer Neujustierung quartiersbezogener Ansätze gearbeitet wird.

Auch die Praxis reagiert auf die Herausforderungen differenzierter Konzeptentwicklung, so etwa der als Buchpublikation von Schwenzer, Behn und Reinke (2012) herausgegebene Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Der Band trägt den schönen Titel „Wir denken nicht mehr in ‚ihr‘ und ‚wir‘ und vereint neben Praxisdarstellungen auch theoretische Reflektionen, die sich mit spezifischen Diskursen wie Intersektionalität oder Antimuslimischer Rassismus auseinandersetzen.

Den vorliegenden Beitrag sollen zwei Thesen leiten. Aus kultursoziologischer Perspektive behaupte ich zum ersten: Die Quartiersentwicklung muss „das Lokale“ neu denken und praktisch verhandeln – eine fundamentale Problemstellung, findet doch Quartiersentwicklung in erster Linie „vor Ort“ im Aushandlungsprozess mit unterschiedlichen Akteuren (vertikal wie horizontal) statt. Die Lebenswelten heterogener Stadtbevölkerungen hingegen implizieren heute häufig „überörtliche“, d.h. transnationale und -kulturelle Parameter, und nicht zuletzt das Internet mit seinen revolutionären Kommunikationsmodulen, das den meisten Menschen inzwischen zur „Heimat“ geworden ist.



Abb. 1: Moderne Nachbarschaft

Quelle: <http://www2.klett.de/sixcms/media.php/76/globalisierung.jpg>,

Zugriff: 11.03.13

Zum zweiten verpflichte ich mich dem klassischen Kodex der Ethnographie und fordere: Mehr Mut zur künstlichen Dummheit (vgl. Bourdieu 1997/2002; Hitzler 2001; Finkeldey/Kotte 2011) – womit ich die Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstkritik professionell Handelnder in der Quartiersentwicklung thematisiere. Ich spiele damit auf eine professionelle Grundvoraussetzung an, die darin besteht, Neuem und Unerwartetem gegenüber möglichst offen und (vor-)urteilsfrei gegenüberzutreten. Diese Prämisse gelingender Sozialer Arbeit im Allgemeinen – und diversitätsbewusster Quartiersentwicklung im Besonderen – folgt dem klassischen Dreischritt wissenschaftlichen Arbeitens: Beschreibung – Analyse – Interpretation. In der Praxis Sozialer Arbeit, vor allem aber im Bereich der Quartiersentwicklung, fehlt jedoch heute immer öfter der zweite und wichtigste Schritt (vgl. eine beliebige Stichprobe von Praxis-konzepten, Best-Practice-Broschüren oder Einrichtungskonzeptionen). Ein soziales Feld wird beschrieben und ein entsprechendes Konzept formuliert. Der inzwischen inflationär verwendete Begriff der „Ressourcenorientierung“ kann hier exemplarisch als Beleg für meine These stehen, da er in der Praxis des Öfteren Methode und Ziel zugleich umfasst. Ressourcenorientierung kann jedoch kein *Ziel* Sozialer Arbeit sein, es sei denn, die Ideologie des aktivierenden Sozialstaates ist schon so weit im

professionellen Habitus inkorporiert, dass es – wie jüngst in der „Wahlkampfarena“ des öffentlich-rechtlichen Fernsehens einer Sozialarbeiterin – genügt, die Bundeskanzlerin um Worte der Anerkennung für die eigene Zunft zu bitten.

2. Terminologie

Die im Titel dieses Beitrags aufgenommenen zentralen Begrifflichkeiten bedürfen einer Definition:

Quartiersentwicklung kann verstanden werden als „Wandel kleinräumiger urbaner Strukturen, deren Entwicklung durch bestimmte gesellschaftliche Kräfte beeinflusst wird und, durch unterschiedliche Nutzungsinteressen verschiedener Bevölkerungsgruppen, immer auch ein gewisses Maß an sozialer Ungleichheit impliziert (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 118). Die schrittweise Harmonisierung jener Ungleichheit und die Herstellung sozialer Stabilität sind originäre Interessensgegenstände sozialer Quartiersentwicklung und ihrer Methodenentwicklung“ (Thiesen 2011: 11).

Diversity oder Diversität wird als Paradigma verstanden, „das auf eine sensibilisierte Haltung für gesellschaftliche Vielfalt und Differenz hinwirkt. Als ressourcenorientiertes Konzept zielt Diversity auf die Anerkennung und Förderung personaler Vielfalt. Die Akzeptanz unterschiedlicher Heterogenitätsdimensionen und die Hervorhebung von Gemeinsamkeiten zwischen Individuen und Gruppen werden als Querschnittsaufgabe begriffen“ (Thiesen 2011: 41).

Beiden Begrifflichkeiten gemeinsam ist ihre konzeptionelle Feinteiligkeit: Während der Quartiersbegriff eine präzisere Version dessen verspricht, was wir unter „Stadtteil“ verstehen, expliziert Diversity neue Formen sozialer Ungleichheit. Nicht zufällig bietet sich gerade im Feld der Quartiersentwicklung die Erprobung diversitätsbewusster Konzepte an, wie wir im Folgenden sehen werden.

3. *Quartiere in Bewegung*

In einer raumsoziologischen Abhandlung stellen Martina Löw und Gabriele Sturm fest, dass die Kategorie „Raum“ heute nur noch als Sozialraum gedacht werden kann, da „Raum nicht länger als naturhaft gegebener materieller Hinter- oder erdgebundener Untergrund sozialer Prozesse“ verstanden wird, sondern als *Produkt* sozialer Prozesse und „damit sowohl Gesellschaft strukturierend als auch durch Gesellschaft strukturiert und im gesellschaftlichen Prozess sich verändernd“ (Löw/Sturm 2005: 31). Das bedeutet, dass Quartiere doppelt in Bewegung sind, indem sie sich einerseits als gebaute und geographische Umwelt nicht nur auf die Lebensbedingungen von Menschen auswirken, sondern andererseits erst durch Menschen aktiv oder passiv gestaltet werden.

Die individuelle und kollektive soziale Prägung durch die bauliche Umwelt kann unter dem Stichwort der räumlichen Funktionslogik zusammengefasst werden. Bereits Anfang der 1960er Jahre hatte Jane Jacobs in ihrem Klassiker „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ in einer Fundamentalkritik der Stadtplanung darauf hingewiesen, dass jene „Wohnsilos“, die wir mit der modernen Trabantenstadt verbinden, jener Sozialraum, der genrebildend ist für Hochgeschlossssiedlungen, einer kühl kalkulierten Logik folgt: Wohnen, Schlafen, Arbeiten – und zwar genau an den Orten, die Stadtplaner hierfür jeweils zuvor am Reißbrett entworfen haben (Jacobs 1963). Soziokulturelles Leben im öffentlichen Raum ist nach diesem Prinzip nicht vorgesehen. Zugleich muss darauf hingewiesen werden, dass augenscheinlich „ähnliche“ physische Umgebungen durchaus unterschiedliche soziale Probleme hervorbringen können. Ein Hannoversches Schlichtwohngebiet (etwa Hannover-Stöcken) muss nicht zwingend die gleichen Konfliktpotentiale aufweisen wie sein scheinbares bauliches Pendant in Liverpool Anfield.

Im „Umkehrschluss“ verhält es sich ebenso ambivalent: Die Diversität der Akteure in einem Quartier führt dazu, dass der Akteursbegriff selbst im Grunde nicht mehr haltbar ist. Stuart Hall hat als einer der wichtigsten Vertreter der Cultural Studies gezeigt, dass Identität heute keine (örtlichen) Grenzen mehr kennt und nur noch bruchstückhaft, in Form von Mehrfachidentitäten, zu greifen ist (Hall 1999). Viele gesellschaftlich zu chancenlosen Protagonisten gemachte Menschen werden von Politiker/innen und Sozialarbeiter/innen jedoch auf ihren lokalen Nahraum

mit dem Hinweis verwiesen, nur durch wohnortnahe Beschäftigungsmaßnahmen (im dritten oder vierten Arbeitsmarktsektor) könnte „Integration“ funktionieren. Umso wichtiger sei die „Identifikation“ mit dem unmittelbaren Quartier. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, denn echte Erwerbsintegration als einzige normative Form der gesellschaftlichen Einbindung ist auf diese Weise kaum möglich.

Hinzu kommt eine in hoch entwickelten differenzierten Gesellschaften immer stärkere subjektiv gefärbte Interpretation räumlicher Umgebung. Trotz milieuspezifischer Schnittmengen produzieren Bewohner/innen eines Quartiers ihre je spezifischen Lebenswelten durch subjektive Kategorisierungen, Zuschreibungen, Bedeutungen und Stereotype (vgl.: Schubert 2007: 143). Insbesondere von Diversität geprägte Quartiere sind dabei niemals konfliktfreie Sozialräume. Die „Differenz kultureller Regelsysteme“ zeigt sich im öffentlichen Raum vor allem in Form einer Aushandlung um die Deutungshoheit über alltagskulturelle Muster, sei es durch Nutzungskonflikte, die Wahl der Kommunikations- und Begegnungsformen oder differente Aneignungspraktiken (vgl.: ebd.). An den Schnittstellen von Stadt- und Migrationssoziologie ist zu Tage getreten, dass es tendenziell immer weniger um „Integration“ von Minderheiten geht. Das Thema hat sich politisch zwar nicht erübrigt, doch geht etwa Andreas Kapphahn davon aus, dass im öffentlichen Raum sichtbare Konflikte primär als Dominanzkonflikte zu deuten sind – als Infragestellung der vermeintlichen Selbstverständlichkeit sozialer und kultureller Regelkodizes (vgl.: Binder 2007: 129). Jene Dominanzkonflikte sind wiederum nicht selten der Gradmesser „echter“ Integration. Liberalität und Toleranz finden häufig ein jähes Ende, wenn die so genannte Mehrheitsgesellschaft nur den Verdacht hegt, einen Verstoß gegen die von ihr aufgestellten Regeln festzustellen (vgl.: Breckner 2007: 88).



Abb. 2: Wem gehört wo und wie der öffentliche Raum?

Quelle: <http://blog.stuttgarter-zeitung.de/wp-content/beg-here.jpg>. Zugriff: 13.10.2013.

Wenn deutlich geworden ist, dass heute nicht mehr Desintegration die drängende politische Problemstellung bildet, sondern die Aushandlung neuer alltagskultureller Regelsysteme, so lässt sich aus diversitätsbewusster Perspektive einiges für die Quartiersentwicklung gewinnen. Da Diversity sowohl auf Unterschiede als auch auf Gemeinsamkeiten in heterogenen Gruppen abhebt, wird es künftig nicht nur auf eine feinteilige Analyse sozialer Problemstellungen ankommen, vielmehr erweitern sich die „Spielräume“ bei deren Interpretation. Ein Beispiel: Nehmen wir Gemeinwesenarbeit als lokalen Übersetzer eines stadtteilweiten Stimmungsbarometers, so wird kein/e Gemeinwesenarbeiter/in bestreiten, dass zu den thematischen „Klassikern“ der Unmut der Autochthonen (in der Regel „eingeborene“ Alteingesessene) über die Alltagspraktiken der Allochthonen (in der Regel zugezogene Migrant/innen) gehört. Durch die „Diversity-Brille“ geschaut, bestehen nun mehrere Optionen, einen

solchen Konflikt zu beschreiben, zu analysieren und zu interpretieren. Nehmen wir also an (Beschreibung), in einem Quartier X besteht ein Ungleichgewicht, vielleicht auch bereits ein Konflikt zwischen Autochthonen und Allochthonen. Die Autochthonen in unserem Beispiel sind Renter/innen, die Allochthonen Jugendliche, die den öffentlichen Raum okkupieren – besonders gern zu späteren Stunden. Worin besteht nun der Konflikt? (Analyse) Diversitätsbewusst ließe sich erstens fragen, ob hier schlicht ältere Menschen mit dem Verhalten junger Menschen im Quartier ein Problem haben. Dies wäre unabhängig der ethnischen Herkunft seit Generationen und in allen Kulturen der Fall, die Autochthonen selbst hätten also ihr eigentliches jugendliches Aufbegehren nur verdrängt. Zweitens ließe sich fragen, ob das Problem zwischen Autochthonen und Allochthonen zu verorten ist. Hier kommt nun eine ethnische Komponente hinzu, die eine andere professionelle Reaktion durch Gemeinwesenarbeit erfordern würde. Drittens könnte ein Konflikt zwischen älteren Autochthonen und jungen Allochthonen bestehen. Eine wiederum andere, nunmehr „intersektionelle“ Variante.

Es könnte auch sein, dass die Gruppe Allochthoner durchweg männlich ist, was dem Ganzen eine vierte – Problem mit Männern – fünfte – Problem mit jungen Männern – sechste – Problem mit männlichen Migranten – oder siebte Dimension – Problem mit jungen männlichen Migranten – geben würde. Soviel zu den Unterschieden. Was aber würde passieren, wenn Gemeinwesenarbeit die autochthone Gruppe mit älteren Migrant/innen im Quartier bekannt machen würde? Eine Fülle von Gemeinsamkeiten würde möglicherweise an die Oberfläche treten (Interpretation): z.B. altersspezifische Schnittmengen, biografische Überschneidungen, darunter vielleicht ähnliche geschlechtsspezifische Erfahrungen; selbst die vorher nur als Diskrepanz wahrgenommene Einsicht, im selben Quartier zu wohnen, wäre nun ein verbindendes Element, das allerdings aus diversitätsbewusster Perspektive in Stadtentwicklungsprozessen auch nicht überbewertet werden sollte, wie ich weiter unten zeigen werde. Grundsätzlich wird jedenfalls deutlich: Die spezifische Konstellation eines sozialen Settings im jeweiligen Quartier entscheidet über das weitere planerische Vorgehen und den konzeptionellen Schwerpunkt.

Bevor wir uns nun auf einer allgemeineren, eher politischen Ebene den weiteren Herausforderungen einer diversitätsbewussten Quartiersentwicklung widmen, sollten wir zunächst festhalten:

1. Der Eigensinn eines Quartiers ist hochgradig ambivalent.
2. Quartiere lassen sich in der Folge nur multiperspektivisch, relational und flexibel analysieren.
3. Jedes Quartier ist anders.

4. Herausforderungen einer diversitätsbewussten Quartiersentwicklung

Auf der Folie der bisher getroffenen Überlegungen lautet die nicht ganz einfach zu beantwortende Frage: Wie kann Quartiersentwicklung in differenzierten Stadtteilen gestaltet werden? Um sich dieser Frage zu nähern, wird für einen Moment mit dem formal-wissenschaftlichen Stil gebrochen und der/die Leser/in zu einem kurzen Selbstversuch eingeladen.

Betrachten Sie das folgende Stadtteilbild für einen Moment und schreiben Sie Ihre Assoziationen zwischendurch auf ein Blatt Papier:



Nehmen Sie nun ein zweites Blatt und wiederholen Sie den Vorgang am nächsten Bildbeispiel:



Quelle: http://mw-immobilien-hannover.de/wp-content/uploads/2013/02/102_9793.jpg, Zugriff: 13.09.13.

Vergleichen Sie nun Ihre Aufzeichnungen auf beiden Blättern und versuchen Sie herauszufinden, worin sich beide Assoziationsketten voneinander unterscheiden.

Ich werde auf diese Übung zur Förderung der Kultursensibilität im Laufe dieses Textes wieder zurückkommen. Zunächst sei jedoch verraten, dass sich alle Assoziationen auf ein und denselben Stadtteil beziehen, nämlich Hannover-Mittelfeld. Ich hätte dutzende weitere Bilder desselben Stadtteils präsentieren können, nirgends wäre ein „roter Faden“ erkennbar, der auf ein kohäsives Stadtteilbild schließen ließe.³ Selbstver-

3 Dass diese Behauptung auf meine persönliche Bildauswahl zurückgeht, ist kein Gegenargument, sondern stützt meine These, da ich jene Bilder ja

ständig hätte sich jeder andere Stadtteil ebenso gut als Beispiel angeboten. Hätten Sie diese Übung gemeinsam mit 50 anderen Personen ausgeführt, wären die Assoziationen möglicherweise noch kontroverser. Stellen Sie sich also nur die räumliche Selbstwahrnehmung einer ganzen Nachbarschaft vor, die sich aus Menschen unterschiedlichster Herkunft konstituiert – sie wäre begrifflich nicht zu fassen.

An dieser Stelle möchte ich meine zu Beginn dieses Beitrags aufgestellte These wieder heranziehen, in der ich behauptet hatte, dass die Quartiersentwicklung das Lokale nicht nur neu denken, sondern auch praktisch verhandeln muss. Hierzu ein Worst-Practice-Beispiel:

Im Jahr 2011 lief die „Marketing- und Kommunikationskampagne“ der Landeshauptstadt Hannover „Hannover heißt Zuhause“ aus. Unterschiedliche Stadtteile wurden hierin in den letzten Jahren öffentlichkeitswirksam „typologisiert“ und Stadtteilportraits auf Werbemittel gedruckt. Die Kampagne war Teil einer kommunalen investiven Strategie gegen Abwanderung. In der Selbstdarstellung ist unter anderem zu lesen: „Mit der Kampagne ‚Hannover heißt Zuhause‘ sollte erreicht werden, das ‚Wir-Gefühl‘ unter den Menschen in den Stadtteilen zu unterstützen und sie darin zu bestärken, sich in ihrem Wohnumfeld und damit in Hannover wohl zu fühlen“ (LHH 2013). Jenes „Wir-Gefühl“ wurde pro Stadtteil auf einen Reim gebracht: „Nach Döhren gehören.“, „Tradition und Moderne – in Bemerode leben alle gerne!“, „Schöne Ecken sind in Stöcken.“ oder: „Wir sind stolz auf Groß-Buchholz.“



Wir sind stolz
auf **Groß-
Buchholz.**

Margret Beensen und Fleur: „Das Gefühl von zu Hause sein hat für mich viel mit vertrauten Menschen zu tun, gemeinsamen Aktivitäten, mit Geborgenheit und einer schönen Umgebung. **Al**l das finden wir in Groß-Buchholz mit seinen malerischen Fachwerkhäusern im Ortskern. Hier gibt es noch wirklichen Zusammenhalt in der Nachbarschaft und zudem lebendige Vereinsangebote für Jung und Alt. Und **als** Schützenkönigin freut es mich besonders, dazu meinen Teil beitragen zu können.“

Mehr Informationen unter:
www.hannover-heisst-zuhause.de

Gundlach | Hannover | heißt Zuhause.

Abb. 5: Gut gemeinte Stadtplanung: „Hannover heißt Zuhause“
Quelle: <http://www.hannover.de>.

Abgesehen von der Semantik, die diese Slogans transportieren,⁴ liegt hier eine Idee von Stadtentwicklung zugrunde, die in hohem Maße gesellschaftspolitische Entwicklungen und die sie begleitenden einschlägigen theoretischen Erkenntnisse ignoriert. Sozialräumliche Identität wird hier als elementar begriffen und daher überbetont. Am kulturosoziologischen Beispiel haben wir jedoch mit Stuart Hall bereits festgestellt, dass die identifikatorische Bedeutung von Räumen im transkulturellen Zeitalter sukzessive abnimmt. In differenzierten multikulturellen Stadtteilen kennt „Heimat“ keine physischen Grenzen. Für den Fall, dass nun Sozialarbeiter/innen auf die mangelnde Mobilität bestimmter Gruppen verweisen, so sollte jenen Immobilen doch zumindest politisch mehr zugestanden werden, als die Option, stolz auf einen Stadtteil zu sein, der doch in Wahrheit nur den Stolz auf ein normativ konstruiertes Stadtteilimage bedeuten kann. Schließlich läuft die kleinräumige Eigenlogik eines Stadtteils einer pauschalen Zuschreibung entgegen. Diese Erfahrung haben Sie eben selbst am Beispiel Hannover-Mittelfeld gemacht. Wahrscheinlich waren Ihre Assoziationen zum ersten Bild gegenüber dem zweiten ungleich heterogener?

Und doch finden sich in den meisten sozialen Projekten konzeptionelle Reproduktionen der immer gleichen Ansätze auf die immer gleiche Frage: Wie erreichen „wir“ „die Migranten“? Partizipation sieht dann in der Praxis zumeist so aus, dass junge Migrant/innen zu Breakdance- und Hip-Hop-Workshops eingeladen werden und die Frauen, selbst Mädchen der vierten Migrationsgeneration (!), traditionell „Typisches“ kochen. Praktiken wie diese laufen Gefahr, die Adressat/innen zu diskriminieren. Ohnehin sozial benachteiligte Menschen werden dadurch in ihrer gesellschaftlich zugewiesenen Rolle durch institutionelle „Förderung“ bestätigt. Das Plädoyer für Lebensweltorientierung und Niedrigschwelligkeit muss sich allerdings an der Frage messen lassen: Können diese Menschen nicht mehr?

4 Wer möchte in einem Stadtteil leben, in dem es lediglich „schöne Ecken“ gibt? Kann der „Stolz“ auf ein Gebiet wirklich mehr sein als eine sozialpsychologische Ersatzleistung? Und: Fehlt nicht (zumindest aus Sicht der Objektiven Hermeneutik) beim Bemeroder Slogan am Ende der Zusatz „nebeneinander her“?

Und: Haben sie nicht möglicherweise schon längst andere kulturelle Selbstbezüge als den lokalen Nahraum einer – sagen wir baden-württembergischen – Mittelstadt?

Diese Zuspitzung gängiger Projektkonzeption in der Quartiersentwicklung bringt mich auf meine zweite These, hatte ich doch zu Beginn nach mehr Mut zur künstlichen Dummheit verlangt. An dem Beispiel festgemacht bedeutet diese Tugend nicht, alles zu leugnen oder zu vergessen, was über inter- und transkulturelle Soziale Arbeit an Wissensbeständen über die Jahre akkumuliert wurde; im Gegenteil, die Devise lautet vielmehr, jenes Wissen auf Vor-Wissen, Halbwissen und (Vor-)Urteile abzuklopfen und vorerst zurückzustellen. Es gibt hierfür keine Gebrauchsanleitung und auch keinen 10-Punkte-Plan. Diversitätsbewusstes Denken und Handeln brauchen Zeit, Übung und kritisches Potential. Reflexionen statt Reflexe oder noch besser: reflexhafte Reflektionen. Mehr Fragen, weniger Antworten! Es wäre schon viel gewonnen, wenn sich in der Praxis Sozialer Arbeit eine Sensibilität gegenüber (eigenen) kulturellen Zuschreibungen entfalten würde. Dies bedingt jedoch zu allererst kulturelle Neugier und die Bereitschaft, sich überraschen zu lassen und überrascht zu werden.

5. Fazit

Bei aller Kritik am Zustand der Konzeption gegenwärtiger Quartiersentwicklung lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen, die durchaus Chancen für eine diversitätsbewusste stadtteilbezogene Soziale Arbeit erkennen lassen. Zum ersten kann die ausgeprägte Diversität sozial benachteiligter Stadtteile als Potential eines alltagskulturellen Ausgleichs verstanden werden. Damit sind keine brotlosen Überschriften gemeint wie „Vielfalt als Chance“ oder „Das Potential des Stadtteils XY sind seine Menschen“ (dies würde bedeuten, Stadtteil XY ist nur noch über Sozialkapital zu erschließen, also ökonomisch pleite), sondern konkrete (kulturelle) Kapitalien wie Mehrsprachigkeit, die Kreativität ambivalenter Raumnutzungs- und Aneignungsstrategien unterschiedlicher Gruppen oder die erhebliche Vielfalt an intermediären Institutionen. In einer Schule, die 80% Migrant/innen zu ihren Schüler/innen zählt, stellt sich die Frage nach der dominanten Sprachregelung im Grunde gar nicht. Wer hier selbst auf dem Schulhof noch an die Deutschpflicht appelliert,

sollte mehrere interkulturelle Kompetenztrainings absolvieren. Die Anerkennung transkultureller Lebenswelten durch verstehende und kultursensible Konzepte bedeutet nicht mehr, als den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in einer – veraltet formuliert – Einwanderungsgesellschaft Rechnung zu tragen. Auf die notwendige Ausbildung „reflexhafter Reflektionen“ in der Sozialen Arbeit verweise ich abschließend erneut: An ihrer Ausprägung wird sich entscheiden, ob die Europäisierung des Gemeinwesens durch immer stärkere finanzielle Abhängigkeit der Quartiersentwicklung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds am Ende wirklich eine politische Chance ist. Der große Vorteil besteht darin, dass die EU auf allen Politikebenen Diversity Management ausdrücklich fördert, der Nachteil, dass diese Förderung nicht zweckfrei geschieht, sondern wie alle anderen europäischen Maßnahmen den Leitprinzipien Beschäftigungsförderung, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet ist. Hier wird es darauf ankommen, dass Sozialarbeiter/innen in der Lage sind, die leidenschaftslose, leere Antragssprache und die Spielregeln der Projektkultur zu beherrschen, während sie zugleich versuchen, auf der inhaltlichen Ebene politisch und konzeptionell das Unmögliche für ihre Adressat/innen herauszuholen.

Literatur

- AMIQUS (2013): Tagungsprogramm: Ältere Migrant(inn)en im Quartier: Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe, 31.01./01.02.2013 in Fulda, Online verfügbar unter: http://www.amiquus.de/sites/default/files/Amiquus2013_Programm.pdf, Zugriff: 13.09.13.
- Binder, B. (2007): Urbanität und Diversität. Zur Verhandlung von Fremdheit in der Berliner Stadtentwicklungspolitik. In: Bukow, W.-D./Nikodem, C./Schulze, E./Yildiz, E. (Hrsg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen, Wiesbaden, S. 121-131.
- Blandow, R./Knabe, J./Ottersbach, M. (Hrsg.) (2012): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und zurück? Wiesbaden.
- Bourdieu, P. et al. (1997/2002): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz.
- Breckner, I. (2007): Minderheiten in der Stadtentwicklung. In: Bukow, W.-D./Nikodem, C./Schulze, E./Yildiz, E. (Hrsg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen. Wiesbaden, S. 82-92.
- Finkeldey, L./Kotte, B. (2011): So sind die also. Bilder und Welten von Jugendlichen. Hannover.

- Früchtel, F./Budde, W. (2011): Die Zukunft der Sozialraumorientierung. Theorie, Praxis und der Stand der Dinge. In: Evangelische Jugendhilfe, 88. Jg., Heft 1/2011, S. 14-24.
- Hall, S. (1999): Kulturelle Identität und Globalisierung. In: Hörning, K. H./Winter, R. (Hrsg.): Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung. Frankfurt a. Main, S. 393-441.
- Häussermann, H. / Siebel, W. (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main.
- Hitzler, R. (2001): Künstliche Dummheit: Zur Differenz von alltäglichem und soziologischem Wissen, Online verfügbar unter: <http://pub.uni-bielefeld.de/luur/download?func=downloadFile&recordId=2305319&fileId=2305334>, Zugriff: 13.09.13.
- Hörning, K. H./Winter, R. (Hrsg.) (1999): Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung. Frankfurt a. Main.
- Jacobs, J. (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Berlin.
- LHH – Landeshauptstadt Hannover (2013): Hannover heißt Zuhause, im Internet: <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Planen,-Bauen,-Wohnen/Stadtplanung-Stadtentwicklung/Konzept-Projekte/Hannover-hei%C3%9Ft-Zuhause2>, Zugriff: 13.09.13.
- Löw, M./Sturm, G. (2005): Raumsoziologie. In: Kessl, F. et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, S. 31-48.
- Schwenzer, V./Behn, S./Reinke, R. (Hrsg.) (2012): Wir denken nicht mehr in „ihr“ und „wir“. Der Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Uckerland.
- Schubert, H. (2007): Zur Differenz kultureller Regelsysteme im urbanen Sozialraum. In: Bukow, W.-D./Nikodem, C./Schulze, E./Yildiz, E. (Hrsg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen. Wiesbaden, S. 143-155.
- Thiesen, A. (2011): Wie die Kultur in den Stadtteil kommt. Diversity Management in der Quartiersentwicklung. Hrsg. von Vester, M./Geiling, H./Lange-Vester, Andrea, Reihe: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Münster/Hamburg/London.

Altersgerechte Wohnquartiere – sozialräumliche Methoden als Partizipations- und Beteiligungsinstrumente

Reinhold Knopp / Anne van Rießen

Anne van Rießen, Dipl.-Sozialarbeiterin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften und Doktorandin im Promotionskolleg "Widersprüche Gesellschaftlicher Integration. Zur Transformation Sozialer Arbeit" E-Mail: anne.van_riessen@fb-duesseldorf.de

Reinhold Knopp, Prof. Dr., Dipl.-Soz. Arb., Dipl.-Päd., ist Professor für Stadt- und Kultursoziologie an der Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften. E-Mail: reinhold.knopp@fb-duesseldorf.de

Einleitung

Die Gestaltung der Wohnquartiere wird zunehmend ein zentrales Thema werden, wenn es um die Frage geht, welche Antworten auf die Alterung unserer Gesellschaft gegeben werden können. Noch vor zehn Jahren schien es so, als wäre dieser Ansatz eine Botschaft von einigen wenigen Organisationen und Initiativen, insbesondere der Bertelsmann Stiftung, dem Kuratorium Deutscher Altershilfe und der Expert/innengruppe WohnQuartier⁴ (Grimm/Knopp u.a. 2006) an die Adresse der politisch Verantwortlichen, die allerdings nur bedingt Gehör gefunden hat. Aus sozialräumlicher Perspektive ist die nun starke Orientierung auf die Quartiergestaltung grundsätzlich zu begrüßen und auch, dass die Älteren dabei gehört und einbezogen werden. Allerdings gibt es hier eine Reihe von ‚Fallstricken‘, die in der Diskussion zu berücksichtigen sind, z.B. dass bei weitem nicht alle gesellschaftlichen Probleme auf der Quartierebene zu lösen sind. Auch ist die Frage nach der Beteiligung von Bürger/innen von zentraler Bedeutung. Hier geht es sowohl darum, wer überhaupt in Gestaltungsprozesse einbezogen wird und in welcher Qualität diese Beteiligung stattfindet (vgl. van Rießen/Bleck 2013). Mit dem Einsatz sozialräumlicher Methoden kann Partizipation unterstützt und verstärkt werden, dies wird in diesem Beitrag dargestellt und hinterfragt.

Der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance¹

In einer auflagenstarken deutschen Tageszeitung wird der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen Kurt Biedenkopf wie folgt zitiert: „Die politischen Eliten verdrängen die Auswirkungen der demografischen Explosion auf unsere Lebensverhältnisse“². Diese Aussage wiegt umso schwerer, da Biedenkopf sich seit 2011 im Rahmen einer Forschungsprofessur mit der Leistungsfähigkeit europäischer Demokratien im Kontext des demografischen Wandels befasst³.

Mit der demografischen Entwicklung, hier insbesondere mit dem Anstieg des Anteils Älterer an der Gesamtbevölkerung, gehen eine Reihe von Herausforderungen einher, die im Rahmen einer marktförmig strukturierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur bedingt zu bewältigen sind und eine Verstärkung von sozialer Ungleichheit zur Folge haben werden. Dies trifft sowohl auf die soziale Sicherung im Alter, als auch auf die Bewältigung des mit der Langlebigkeit einhergehenden Pflegebedarfs zu.

Hans-Ulrich Wehler schreibt mit Blick auf die weitere Entwicklung: Es „tut sich ein tief zerklüftetes Panorama von Altersgruppen auf, die durch verschiedene Dimensionen der sozialen Ungleichheit schroff voneinander getrennt werden – wie vorher im Berufsleben, so jetzt im Ruhestand“ (Wehler 2013: 102). Dieser Prognose kritisch hinzuzufügen ist, dass die unterschiedlichen Erwerbsbiografien auch und insbesondere bei akademischer Ausbildung auf deutlich differenzierte soziale Lagen im Alter verweisen – auch bei ähnlichem Verfügen über kulturelles Kapital. Die gegenwärtige soziale Lage in der nachberuflichen Phase wird in den meisten Untersuchungen als relativ gut dargestellt (vgl. Engels 2010; Motel-Klingebiel; Wurm/Tesch-Römer 2010). Schaut man auf die subjektive Bewertung der materiellen Lebensverhältnisse durch die Älteren, wie sie in der Generali Altersstudie 2013 ermittelt wurde, so wird diese nicht durchgehend ‚rosig‘ wahrgenommen, denn immerhin 30% „bewerten ihre wirtschaftliche Lage als mäßig“ (Generali Altersstudie 2012: 73) und weitere 6% als „schlecht“, bzw. „eher schlecht“ (ebd.). Mit Blick auf

1 siehe ausführlich Knopp/van Rieën 2012.

2 Rheinische Post vom 6.7.2013.

3 <http://www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/politische-ordnungen>.

die Zukunft werden die Aussagen kritischer und zwar sowohl hinsichtlich der Einkommen aus Renten (Engels 2010: 300; Butterwegge 2012) als auch hinsichtlich der Vermögensverteilung: „Insgesamt ist davon auszugehen, dass der seit 1993 zu beobachtende Trend einer zunehmenden Vermögensungleichheit in Deutschland durch die Reformen der Alterssicherung weiter verstärkt werden wird“ (Frick/ Grabka 2010: 12).

Auch bei der Problematik der Pflege zeigt sich ein ‚düsterer Blick‘ auf die Zukunft. Mit der zunehmenden Langlebigkeit geht häufig ein erhöhter Pflegebedarf einher, sowohl hinsichtlich der Bedarfe, aufgrund eingeschränkter Mobilität, als auch insbesondere in Hinblick auf dementielle Veränderungen (Wißmann 2010: 304f.). Die damit verbundenen Probleme der Organisation und der Finanzierung werden seit Jahren in Ausschüssen diskutiert ohne dass sich wirklich grundlegende Lösungen abzeichnen. Dieses „im Eiltempo in die Pflegefälle“⁴ zusteuern, vollzieht sich auf der Basis einer deutlichen Reduzierung der Möglichkeiten familiärer Unterstützung, was sowohl der sinkenden Zahl von Kindern und Enkelkindern als auch veränderter räumlicher Mobilität geschuldet ist. Es gibt eine Reihe von weiteren Themen, die als Herausforderungen im Kontext des demografischen Wandels gekennzeichnet werden können, wie z.B. der wachsende Anteil älterer Migrantinnen und Migranten und deren kultursensible Versorgung.

Allerdings sind auch die Chancen in den Blick zu nehmen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen. Dabei ist zunächst einmal die Gruppe der Älteren selbst zu nennen, denn diese fühlt sich im Durchschnitt um bis zu zehn Jahre jünger als das nominelle Alter anzeigt und das bis ins hohe Alter hinein (Generali Altersstudie 2012: 33). Zugleich melden die Befragten ein großes Interesse an bürgerschaftlichem Engagement (ebd.: 341ff.). Auch in der Entwicklung von neuen gesellschaftlichen Sichtweisen dieser Altersgruppe liegen Chancen, so zum Beispiel in der Diskussion über neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens und der Nachbarschaft.

Warum Wohnquartier?⁵

Aus pragmatischer Sicht spricht viel dafür, das Wohnquartier als sozialen

4 T. Lukosch R+V Versicherung in Rheinische Post vom 5.12.2012.

5 siehe im Folgenden auch Knopp 2013.

Nahraum in den Blick zu nehmen. Die Angebote und Ressourcen im Sozialraum sind sowohl für ältere Menschen als auch für alle Quartierbewohner/innen von Bedeutung, die nicht über eine hochgradige Mobilität verfügen, insbesondere für Kinder, jüngere Jugendliche, Familien und Menschen mit individuellen Beeinträchtigungen. Darüber hinaus ist die infrastrukturelle und soziale Ausstattung des Quartiers auch für Menschen bedeutsam, deren Möglichkeiten aufgrund ihrer sozialen Lage eingeschränkt sind. Die Tatsache, dass der Anteil älterer Menschen steigen wird, verweist also auf die Notwendigkeit die Quartiere in Hinblick auf ihre Ressourcen und ihre Defizite und Barrieren für diese Altersgruppe in den Blick zu nehmen. Mit dem Konzept WohnQuartier⁴ wurde 2006 ein Aufschlag dazu gemacht, wie man in diesem Zusammenhang in Wohnquartieren auf deren Zukunftsfähigkeit fragen kann⁶. Dazu wurden Analysefaktoren gebildet, die sich auf das Wohnen und die ökonomische, soziale und kulturelle Infrastruktur beziehen (Grimm, Knopp u.a. 2006). Das Besondere an diesem Konzept ist, dass auch der Grad von Kommunikation und Partizipation bei der Analyse und bei der Planung für die Quartierarbeit Berücksichtigung findet. In dem Forschungsprojekt „SORAQ“ an der Fachhochschule Düsseldorf ist den Faktoren Kommunikation und Partizipation der Charakter einer „Querschnittsdimension“ zu geordnet worden (Bleck, van Rießen/ Knopp 2013: 9), da über das soziale Leben und die Beteiligung in Quartier sowohl Defizite ausgeglichen, als auch Ressourcen freigesetzt werden können. Die Einbeziehung Älterer bei der Auseinandersetzung über die Lebensqualität in ihrem Wohnquartier ist zugleich eine Förderung ihrer (Wieder-) Aneignungsmöglichkeiten (Böhnisch 2008: 268ff.), d.h. eine Chance in der nachberuflichen Phase ihren aktuellen Lebensmittelpunkt Quartier neu zu ‚erobern‘.

Auch aus humanitärer Perspektive kommt einer altersgerechten Quartiergestaltung Bedeutung zu. Die Reduzierung im Alter oder bei individuellen Beeinträchtigungen auf ein Leben in der Wohnung geschieht sowohl freiwillig, durch Ängste vor Gefahren und Barrieren, als auch unfreiwillig, z.B. bei Menschen mit dementiellen Veränderungen. In beiden Fällen wird die Lebensqualität deutlich eingeschränkt und der Kontakt zu anderen Menschen auf nahe Verwandte und Pflegedienste

6 Zugleich beinhaltet WohnQuartier⁴ ein mehrere Ebenen umfassendes Konzept für ein Quartiermanagement, dass an das sogenannte ‚Essener Modell‘ angelehnt ist.

reduziert. Wenn Reimer Gronemeyer (2013) schreibt, dass „Menschen mit Demenz [...] als Bürgerinnen und Bürger zu uns (gehören)“ und wir Demenz als „eine der vielen Weisen in denen das Altwerden seinen Ausdruck finden kann“ sehen sollen, dann schließt sich die Frage an, wie ein Wohnquartier gestaltet sein muss, in dem dies möglich ist. Neben der Suche nach ‚technischen‘ Lösungen, wie Ausschilderungen, Anlaufstellen, Notrufsäulen etc. ist es vor allem die Kommunikation im Quartier die hierfür eine Basis bieten kann, beispielsweise durch die Einbeziehung und Schulung von Personal im Einzelhandel.

Auch aus der Perspektive der politischen Bürgerbeteiligung kommt der Gestaltung der Wohnquartiere Relevanz zu. Roland Roth zeigt auf, dass politische Einmischung auf kommunaler Ebene den Menschen die konkretesten Ansätze bietet, zugleich weist er darauf hin, dass hier aufgrund der engen finanziellen Spielräume der Städte nur wenig durchzusetzen ist, was mit Ausgaben verbunden ist⁷ (Roth 2011: 29).

Die Lebensbedingungen im Wohnquartier sind für viele Menschen mit naheliegenden Themen verbunden, so dass die Chance besteht, ihr Engagement auch im Sinne von politischer Einmischung anzufragen bzw. zu unterstützen. Gerade beim Engagement Älterer sind dies vielfach zunächst die ‚kleinen Themen‘, wie fehlende Sitzmöglichkeiten, kurze Ampelzeiten oder Barrieren für Rollatoren. *„Von hier aus und bitte weiter“* könnte das Motto lauten, mit dem dieses Engagement zu unterstützen ist. Manchmal ergeben sich Verknüpfungen auch zu stadtpolitisch relevanten Themen, wie Bebauungsplänen für das Quartier, Wohnraumförderung und Mietpreisentwicklungen (Knopp 2012).

Einige Einwände, die es zu berücksichtigen gilt

Es gibt eine Reihe von gesellschaftlichen Themen und Problemlagen, die nicht auf der Ebene des Quartiers bearbeitet werden können. Die eingangs erwähnte Zunahme von Armut im Alter und der sich abzeichnende Pflegenotstand gehören dazu. Eine Verschiebung von gesellschaftlich relevanten Aufgaben aus der Zuständigkeit des Staates in die Selbsthilfe und ins bürgerschaftliche Engagement, ist sicherlich kritisch zu hinterfragen. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Zunahme von nachbar-

7 Roland Roth spricht hier von einem „Beteiligungsparadox“ (Roth 2011: 29).

schaftlicher Solidarität im Zuge der skizzierten Entwicklungen nicht dann auch eine Berechtigung hat, wenn diese eben nicht von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen abgetrennt wird. So kann z.B. die Versorgung von Menschen in Armutslagen auf Quartiersebene von der Anlage her auf Integration statt Alimentierung ausgerichtet und mit Forderungen an Kommune, Land und Bund verbunden werden.

Ein weiterer Hinweis ist, dass durch die Konzentration auf einen Stadtteil nur noch das Quartier im Fokus ist, was eine Verengung des Blickes auf die Quartierentwicklung beinhaltet. Wohnquartiere sind sowohl in Hinblick auf die soziale Lage und Durchmischung ihrer Bewohner/in - nenschaft als auch bezogen auf ihre infrastrukturelle Ausstattung sehr unterschiedlich. Entsprechend muss die Einbindung dieser Quartiere in die Gesamtstadt mit ihren zentralen Angeboten und Ausstattung Berücksichtigung finden. Dies beinhaltet allerdings mehr als die Verkehrsanbindung. Es geht auch um die Anlässe bzw. Hindernisse wechselseitiger Besuche der Wohnquartiere durch Menschen aus anderen Stadtgebieten und oder der Region. Gerade Wohnquartiere mit einem hohen Anteil an Menschen mit geringem Einkommen bzw. Transferleistungen sind häufig von der Gesamtstadt in beiden Richtungen abgekoppelt: Die Bewohner/innen verfügen nicht über die ökonomischen Ressourcen, Angebote in der City oder in den besser ausgestatteten Quartieren wahrzunehmen und ihr Wohnquartier bietet kaum Anlässe für einen Besuch durch andere bzw. ist bereits stigmatisiert und wird gemieden. Dies ist ein wichtiges Thema von Quartiergestaltung, das u.a. durch den Kampf um ‚Stücke vom städtischen Veranstaltungskuchen‘ bearbeitet werden kann, z.B. dadurch, dass auch in diesen Quartieren Events von gesamtstädtischer Bedeutung stattfinden und Einrichtungen mit gesamtstädtischer Ausrichtung, wie ein Veranstaltungsort, erhalten bleiben.

Der sogenannte „Bürger-Profi-Mix“ ist ein Thema, dem man in der Auseinandersetzung um Fragen der altersgerechten Quartiergestaltung begegnet. Hier ist auf der einen Seite der kritische Hinweis zu finden, dass eine Aktivierung des Alters zur Übernahme von Aufgaben erfolgt, die in die Verantwortung staatlicher Fürsorge und professioneller Wohlfahrt gehören und damit den Abbau sozialstaatlicher Leistungen stützen (vgl. Lessenich 2009). Auf der anderen Seite findet sich die Forderung, bürgerschaftliches Engagement nicht durch professionelles Handeln zu behindern, bzw. kleinzuhalten. Klaus Dörner bringt dies mit der Formel „so viel Bürger wie möglich und so viel Profi wie nötig“ (Dörner 2012:

42) auf den Punkt. Es zeigt sich in diesem Zusammenhang die Herausforderung, die richtige Balance zu finden zwischen der Bejahung bürgerschaftlichem Engagements Älterer und der Verneinung eines Rückzugs des Staates aus seiner Aufgabe, Risiken seiner Bürger/innen abzusichern und soziale Fürsorge im Alter zu garantieren. Eine der Voraussetzungen dafür ist eine Rollenklärung die beinhaltet, welche Aktivitäten in die Zuständigkeit staatlich finanzierter, professioneller Arbeit gehören und welche durch bürgerschaftliches Engagement zu besetzen sind. Bürgererschaftliches Engagement so verstanden zwingt dazu, das Recht auf professionelle Unterstützung und Absicherung einzufordern und damit eine neue Balance zwischen beiden Akteursebenen zu schaffen. Die Formel für den Mix muss dementsprechend lauten: Mehr bürgerschaftliches Engagement erfordert auch ein Mehr an professioneller Arbeit und Unterstützung (Knopp 2013).

Ein letzter Hinweis an dieser Stelle ist, dass die Gestaltung altersgerechter Quartiere keine Aufgabe ist, mit der die Kommunen von Ländern und Bund alleine gelassen werden dürfen. Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die altersgerechte Quartiergestaltung ist ein Aspekt davon.

Sozialräumliche Methoden als reale Partizipationsmöglichkeit und Stärkung der Akteur/innen

Im Rahmen des Forschungsprojektes SORAQ⁸, (Soziale Ressourcen für altersgerechte Quartiere) wurde in sechs ausgewählten Düsseldorfer Stadtgebieten⁹ untersucht, welche sozialen Ressourcen (u.a. Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten) und infrastrukturellen Angebote für ältere Menschen in ihren Wohnquartieren von besonderer Be-

8 Das Forschungsprojekt SORAQ hat eine Laufzeit von drei Jahren, begonnen im August 2011 und wird an der Fachhochschule Düsseldorf am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften durchgeführt.

9 Die Auswahl der Stadtgebiete erfolgte dabei kriteriengeleitet auf Basis vorhandener Datenbestände der Stadt Düsseldorf und orientierte sich zudem an der sozialräumlichen Gliederung der Stadt Düsseldorf. Neben dem übergeordneten Kriterium des hohen Altenquotienten dienten weitere Auswahlkriterien dazu, wie die soziale Struktur (Bildungsbeteiligung, Belastungsgrad), Migrationsanteil, Bebauung, Infrastruktur und Anbindung an die Gesamtstadt, heterogene Stadtgebiete in den Blick zu nehmen.

deutung sind. Der besondere Ansatzpunkt ist dabei aus sozialräumlicher Perspektive und unter Einbeziehung der älteren Bewohner/innenschaft auf die vorhandenen und potentiellen Ressourcen in den Wohnquartieren zu blicken, um so zu analysieren, wie diese erhalten, erweitert und entwickelt werden können.

Mit dem Forschungsprojekt verbunden sind dabei drei übergeordnete Zielstellungen: Zum einen (1) die Weiterentwicklung und Erprobung sozialräumlicher Methoden in der Arbeit mit Älteren, die hier im Folgenden dargestellt werden, zudem die (2) Entwicklung eines Analyse-schemas zur Bewertung von Wohnquartieren im Hinblick auf ihre altersgerechte Ausrichtung als auch (3) die Identifizierung von zentralen sozialen und infrastrukturellen Einrichtungen in den ausgewählten Stadtgebieten. Als zentraler methodischer Zugang dienten dabei neben den qualitativen Befragungen von Expert/innen, quantitative Befragungen älterer Bürger/innen sowie die „sozialräumlichen Workshop-Reihen“ (Bleck, van Rieën/Knopp 2013: S. 8). Sozialräumliche Workshop-Reihen stellen dabei einen, für das Forschungsprojekt entwickelten Ansatz dar, ausgewählte sozialräumliche Methoden miteinander zu verknüpfen. So wurden sowohl bereits bekannte sozialräumliche Analyse- und Beteiligungsmethoden, insbesondere aus der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. z.B. Früchtel/Budde/Cyprian 2010; Deinet 2009; Krisch 2009; Deinet/Krisch 2002) aber auch vereinzelt aus der Arbeit mit Älteren (Knopp/Deinet 2006; Knopp 2009; Meyer/ Mischke 2009) erprobt und weiterentwickelt, als auch neue sozialräumliche Methoden eingesetzt und entwickelt (vgl. Bleck, Knopp/van Rieën 2013; Bleck/van Rieën/Knopp 2013; van Rieën/Bleck 2013). Die Durchführung der sozialräumlichen Workshopreihen erfolgte dabei in enger Kooperation mit den Zentren *plus* – so der Name der Düsseldorfer Altenbegegnungsstätten – die damit als „gatekeeper“ (Merkens 2012; Wolff 2012) fungierten und die Tür zum sozialen Feld öffneten. Die Kooperation mit den bestehenden und erfahrenen Institutionen wurde aber auch gewählt, um nachhaltige Rahmenbedingungen für die in SORAQ entstehenden Projektideen und Vernetzungen Älterer zu bieten und damit auch eine Fortführung von Beteiligungsoptionen zu gewährleisten¹⁰. Gleichwohl ist damit ein spezifischer Zugang zu der Gruppe der Älteren gegeben, da vorrangig ‚aktive‘ Ältere, die bereits in Angeboten der offenen Senior/innenarbeit wirken,

10 Vgl. ausführlich zu den partizipativen Möglichkeiten die sozialräumliche Methoden im Rahmen von Forschung bieten van Rieën/Bleck 2013.

angesprochen wurden (vgl. ausführlich Bleck, Knopp/van Rieën 2013).

Im Folgenden werden die angewandten sozialräumlichen Analyse- und Beteiligungsmethoden dargestellt – fokussiert auf die neu entwickelten Methoden – und damit verbunden Erfahrungen in der Durchführung und Ergebnisperspektiven erörtert. Auf die vor allen Dingen aus der Kinder- und Jugendarbeit bekannten weiterentwickelten Methoden, wird in der Darstellung nur verkürzt eingegangen (vgl. dazu ausführlich Bleck/Knopp/van Rieën 2013; Bleck/van Rieën/Knopp 2013).

Nadelmethode

Als Einstieg in die sozialräumliche Workshopreihe hat sich der Einsatz der sogenannten Nadelmethode bewährt (vgl. z.B. Deinet 2009, S. 72ff; Krisch 2002, S. 100), die eine Visualisierung der für die Zielgruppe besonderen Orte ermöglicht. Spezifische Leitfragen, die nach Orten fragen an denen sich die Beteiligten gerne bzw. nicht gerne im Quartier aufhalten oder nach Orten der Kommunikation, werden anfänglich in Kleingruppen diskutiert und bearbeitet. In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse in der Gesamtgruppe zusammengetragen und auf einem großen, für alle ersichtlichen Stadtplan mit farbigen Nadeln markiert.

Ergebnisperspektiven: Die Erfahrungen mit der Nadelmethode zeigten, dass diese gut für den Einstieg geeignet ist, da sie auf dem Stadtplan aus der ‚Vogelperspektive‘ einen Überblick zu den für die Zielgruppe relevanten Orten im Quartier bietet. Zudem bietet sie die Möglichkeit der Annäherung an die Thematik für die Beteiligten. Durch die – zum Teil auch kontroversen – Diskussionen in der Klein- sowie der Gesamtgruppe ergibt sich ein Überblick über Aufenthaltsmöglichkeiten im Quartier und deren Bedeutung.

Häufig wurden somit auch bereits Konturen – von aus Teilnehmer/innensicht relevanten Nutzungs- und Aktionsstrukturen – innerhalb der administrativ zugeordneten Sozialräumen oder Bezirksgrenzen erkennlich.

Stadtteilbegehung

Stadtteilbegehungen (vgl. z.B. Deinet 2009: 66ff.; Krisch 20002: 91ff.) –

auch in jüngeren quartiersbezogenen Studien und Initiativen zur Zielgruppe der Älteren als „Empirischer Spaziergang“ (Meyer/Mischke 2009: 9) oder „Quartiersbegehung/-spaziergang“ (z.B. im Modulbaukasten des „Landesbüros altengerechte Quartiere.NRW“) bekannt - haben in dem Aufbau der sozialräumlichen Workshopreihe das Ziel, die in der Nadelmethode erfassten Orte ‚real‘ im Stadtteil zu besichtigen, vor Ort zu überprüfen und ergänzende Auffälligkeiten im Quartier festzuhalten. Die Orte, die aufgesucht werden und die hierfür geeignete Strecke, werden im Vorfeld gemeinsam mit den Teilnehmer/innen besprochen, zudem ist es unter Umständen sinnvoll Expert/innen zu der gemeinsamen Stadtteilbegehung ‚einzuladen‘, damit diese auch vor Ort auf Grenzen und Barrieren im Quartier hingewiesen werden können. Eine im Anschluss an die Stadtteilbegehung stattfindende gemeinsame Nachbesprechung dient der gemeinsamen Reflexion und Analyse der Begehung. Letztlich ist eine gemeinsame Nachbesprechung auch daher von Bedeutung, weil sich bei der Stadtteilbegehung Teilgruppengespräche ergeben, die in der Nachbesprechung noch einmal aufgegriffen und diskutiert werden können.

Die *Ergebnisperspektiven*, die mit der Stadtteilbegehung erreicht werden, entsprechen weitestgehend denen der Nadelmethode. Neben der Ergänzung, Bestätigung oder Korrektur der Resultate der Nadelmethode, ist aber vor allem die qualitative Vertiefung von Bedeutung, indem vor Ort noch einmal besondere Aspekte bei den ausgesuchten Orten und Wegen auffallen und angesprochen werden. Mit Blick auf Partizipation ist darauf hinzuweisen, dass diese sozialräumliche Methode für Ältere mit Mobilitätseinschränkungen Hemmnisse beinhalten kann, die bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen sind (vgl. van Rieën/Bleck 2013).

Subjektive Landkarten

Mit subjektiven Landkarten werden die Teilnehmer/innen motiviert, eine persönliche Landkarte ‚ihres Quartiers‘ und somit die für sie subjektiv bedeutsamen Lebensräume im Stadtteil zu zeichnen oder zu malen¹¹ (vgl. Früchtel/Budde/Cyprian 2010: 127; Deinet 2009: 75). Ausgehend

11 Die Vermutung, dass die älteren Teilnehmer/innen diese Methode als zu wenig analytisch einordnen und daher skeptisch einordnen, hat sich als nicht richtig erwiesen. Im Rahmen der sozialräumlichen Workshopreihe wurde die Methode ohne Vorbehalte gemeinschaftlich angenommen.

vom eigenen Zuhause als Startpunkt *konstruieren* die Teilnehmer/innen ‚ihr Quartier‘ - in dem sie die spezifischen Orte des Wohnumfeldes, aus ihrer Perspektive und der damit für sie verbundenen Bedeutung - darstellen. Es existieren unterschiedliche Durchführungsmöglichkeiten von subjektiven Landkarten, so können diese zu einem individuell in der Gruppe angefertigt werden und zum anderen separat in einer Gesprächssituation mit einer/m Forscher/in.

In Hinblick auf die inhaltlichen *Ergebnisperspektiven* erfolgt mit den subjektiven Landkarten gewissermaßen eine Zuspitzung auf die, aus subjektiver Sicht wichtigsten Orte und Gegebenheiten des Sozialraums. Gerade die bildliche Darstellung führte die Teilnehmer/innen dazu, konkret und ‚gegenständlich‘ die individuellen „objektiven Gegebenheiten eines Sozialraums“ (Krisch 2002: 142) zu fokussieren. In der Auswertung wurde dabei deutlich, dass die subjektiven Landkarten zentrale Bedeutungen und Bedingungen des Lebensraums Älterer fokussiert abbilden.

Individuelle Infrastrukturtabelle

Die Individuelle Infrastrukturtabelle bietet die Möglichkeit, im Rahmen eines einfachen, schnell umzusetzenden Zugangs, auf individueller Ebene abzufragen, welche Infrastrukturbereiche von älteren Menschen im Quartier in welcher Häufigkeit genutzt werden. Die Individuelle Infrastrukturtabelle stellt dabei auf einem DIN-A3-Blatt eine Tabelle mit vier Spalten und Zeilen dar, wobei in den Spalten nach vier verschiedenen Infrastrukturbereichen (1. Einkauf und Versorgung, 2., Ausgehen, Essen und Trinken, 3. Bildung und Kultur sowie 4. Sport und Gesundheit) und in den Zeilen nach Häufigkeitsangaben (‚mehrmals die Woche‘, ‚mehrmals im Monat‘, ‚mehrmals im Jahr‘ und ‚seltener‘) ihrer Nutzung unterschieden wird. Die Infrastrukturtabelle ist dabei kein Instrument, das für größere Befragungen geeignet ist, sondern das in Einzelarbeit, aber in einer begleiteten Gruppensituation durchführbar ist.

Ergebnisperspektiven: Die Individuelle Infrastrukturtabelle ermöglicht einen Zugang zu spezifischen Nutzungsmöglichkeiten im Quartier und bietet, insbesondere aufgrund der offenen Fragestellung, ergänzende oder neue Informationen. Damit stellt sie einen Zugang zu spezifischen Themenbereichen in der Nutzung des Sozialraums durch Ältere dar, in dem sie

aufzeigt, in welcher Häufigkeit welche Art von Angeboten genutzt werden. Zudem zeigte sich in der Auswertung dass ‚Leerstellen‘ im Quartier sichtbar werden: Wenn beispielsweise in der Auswertung der Individuellen Infrastrukturtabelle deutlich wird, dass kaum kulturelle Angebote im Quartier genutzt werden, können die Gründe dafür abschließend in der Gruppe diskutiert werden. So kann dies einerseits darauf verweisen, dass die kulturellen Angebote des Quartiers den Teilnehmer/innen nicht bekannt sind oder auch, dass kaum oder keine kulturellen Angebote die attraktiv für die Teilnehmer/innen erscheinen, angeboten werden.

Durch diese Methode konnte letztendlich in kurzer Zeit eine Vielzahl spezifischer Nutzungs- und Aufenthaltsorte in den abgefragten Infrastrukturbereichen erfasst werden, die dann später als Hinweis in einer abschließenden Gruppendiskussion vertieft und untermauert wurden. Gleichmaßen ist aber zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben, weil den Teilnehmenden in der kurzen Bearbeitungszeit (ca. 20 Minuten) nicht alle Angebote, Dienstleistungen u.a. im Quartier präsent sind die sie im Jahresverlauf nutzen.

Strukturierte Sozialraumtagebücher

Die Strukturierten Sozialraumtagebücher wurden in Anlehnung an die Instrumente der Sozialraumtagebücher (vgl. Alisch/May o.J.) und der vorstrukturierten Sozialraumtagebücher (vgl. Saup 1993: 14) entwickelt mit der Zielstellung, strukturierte Informationen über die alltäglichen Nutzungsgewohnheiten der Älteren zu dokumentieren. Dabei bietet das Strukturierte Sozialraumtagebuch die Option, nach den vorgegebenen Kategorien Anlass, Zeitraum, Ort/Ziel, Kontakte, Eindrücke und (evtl. dazu genutzte) Verkehrsmittel, die Bewegungs- und Nutzungsräume Älterer zu erfassen als auch die ‚Orte und Räume der Kommunikation‘. Dazu wurde das DIN A4 große Sozialraumtagebuch zusammen mit einer Einwegkamera, Kartenmaterial des Stadtgebietes, Stiften und einer Tasche als ‚Quartierserforschungsset für Senior/innen‘ herausgegeben. Ältere aus unterschiedlichen Stadtgebieten, die im Rahmen der Forschung mitwirkten wurden gebeten über einen Zeitraum von 14 Tagen alle Aktivitäten außerhalb der eigenen Wohnräume in dem vorgegebenen Kategoriensystem zu dokumentieren¹².

12 Die individuellen Aktivitäten der Älteren wurden dabei anonymisiert abge-

Ergebnisperspektiven:

- (1) Die Auswertung der Strukturierten Sozialraumtagebücher zeigte, dass dies alle ‚alltäglichen‘ Nutzungs- und Kommunikationsräume erfasst, auch diejenigen, die nicht bei der Nadelmethode oder der Individuellen Infrastrukturtabelle erfasst werden konnten. Während bei der Nadelmethode mit Älteren häufig ‚öffentliche‘ Orte und Nutzungen in den Fokus geraten, zeigte die Auswertung der Strukturierten Sozialraumtagebücher individuelle und häufig ‚private‘ Nutzungenräumen auf.
- (2) Die Auswertung der Strukturierten Sozialraumtagebücher stellt die ‚unterschiedlichen‘ Nutzungsweisen der Bewohner/innen dar: So zeigten sich beispielsweise unterschiedliche ‚Nutzungsgewohnheiten‘ bei Älteren die wir im Rahmen einer Workshopreihe im Zentrum *plus* erreichten im Gegensatz zu einer zweiten Gruppe, die gemeinsam in einem Wohnprojekt für Ältere leben. Hier konnten wir in der Darstellung der Ergebnisse deutlich machen, dass die Älteren der zweiten Gruppe weniger institutionalisierte und öffentliche Angebote nutzen, dafür aber deutlich mehr Kontakte im privaten Raum wahrnehmen. Die damit einhergehende Frage, welche Umstände dazu führen, kann mit der Auswertung der Strukturierten Sozialraumtagebücher nicht beantwortet werden, wohl aber wird deutlich, dass die Strukturierten Sozialraumtagebücher die Möglichkeit bieten unterschiedliche ‚Nutzer/innentypen‘ abzubilden.
- (3) Auf der Grundlage der Auswertung der Strukturierten Sozialraumtagebücher konnten individuelle Bewegungsskizzen erstellt werden, die detailliert die subjektiven Aktions- und Bewegungsräume aufzeigen, die sich mitunter deutlich von den auf Ebene der Kommunalverwaltung im Rahmen sozialräumlicher Planung gegliederten Quartierszuschnitte unterscheiden. Die individuellen Bewegungsskizzen bieten dabei die Möglichkeit, die Nutzungs- und Bewegungsräume im Quartier zu erfassen und zeigen damit einhergehenden die ‚eigentlichen‘ Grenzen des Quartiers sowie ungenutzte Räume im Quartier auf. Damit ergeben sich weitergehende Fragestellungen nach den Ursachen oder es entstehen Hinweise für die Neu- und Umnutzung.

fragt, dies wurde mit allen Beteiligten auch im Rahmen einer Datenschutzerklärung besprochen und festgehalten.

- (4) Das Strukturierte Sozialraumtagebuch stellt dabei – wie auch die anderen vorgestellten Sozialräumlichen Methoden, jedoch in einer stärkeren Gewichtung – ein Instrument der Reflektion dar. Durch die tägliche Dokumentation der Außenaktivitäten wird den Einzelnen deutlich, welchen Aktivitäten sie nachgehen und welche Kontakte damit verbunden sind. Dies führte sowohl zu positiven Äußerungen wie *„Ich wusste gar nicht, dass ich noch so aktiv bin“* wie auch zu Reflektionen, die die Unzufriedenheit einzelner Teilnehmer/innen aufzeigten. So äußerten Teilnehmer/innen, dass sie *„gar nichts mehr zum dokumentieren haben“* oder *„nur noch mit Älteren zusammen sein“*. So ist es wichtig, dass auch die Methode der Strukturierten Sozialraumtagebücher letztlich wieder in die Gesamtgruppe eingebunden wird und damit ein Raum entsteht, der die Möglichkeit bietet, die Resultate und damit verbundene Erfahrungen zu reflektieren.

Fazit

Ältere Menschen sind in vielfacher Weise Expert/innen in Hinblick auf die Lebensbedingungen in ihrem Wohnquartier. Der fachlich begleitete Einsatz von sozialräumlichen Methoden knüpft an dieses Wissen an und kann dazu beitragen, eine Auseinandersetzung mit der Frage nach der Lebensqualität in ihrem Quartier zu qualifizieren. Dies geschieht in der Regel in Gruppen, deren Teilnehmer/innen sich vorher nicht alle konnten und die nun durch die gemeinsame Recherche und Diskussion Beziehungen eingehen können, die auf dem Interesse am Wohnquartier gründen. Durch die gemeinsamen Aktivitäten können sie ihre individuelle Handlungsfähigkeit durch das Verfolgen gemeinsamer Ziele erweitern.

Über die sozialräumlichen Methoden kann auch die individuelle Reflexion hinsichtlich der Nutzung des eigenen Wohnquartiers gefördert werden. Wer sich mit den Angeboten und der infrastrukturellen Ausstattung eines Stadtteils auseinandersetzt, wird in der Regel auch mit der Frage danach konfrontiert, welche dieser Angebote für die eigene Person von Interesse sind bzw. sein könnten und welche Gründe aus der subjektiven Perspektive gegen die Nutzung der Angebote sprechen.

Dabei kommt auch häufig die Frage auf, wie es um die Angebote des Wohnens und der Pflege bestellt ist, die im Falle einer eingeschränkten Mobilität genutzt werden müssen. Ein Thema, dessen Behandlung an-

sonsten gerne in weite Zukunft geschoben wird, verliert durch die ‚allgemeine‘ Recherche den ‚Schrecken‘ und kann auf diese Weise auch für die eigene Planung genutzt werden.

Ferner bietet der Einsatz der Methoden die Option, dass bei den Teilnehmer/innen Ängste und Vorurteile hinsichtlich sozialer Räume abgebaut und neue Orte kennengelernt werden. So haben z.B. in einem Sozialraumprojekt die älteren Teilnehmer/innen erstmals – obwohl diese dort schon seit einigen Jahrzehnten leben – im Rahmen der Stadtteilbegehung einen Ort in ihrem Stadtteil aufgesucht, der als ‚sozial benachteiligtes Gebiet‘ gilt. Bei dieser Gelegenheit konnten sie Informationen von einer Expertin vor Ort erhalten, die die Älteren u.a. auf einen Streichelzoo – ein Projekt für die dort wohnen Kinder – aufmerksam machte. Der Einsatz der Kinder im Projekt und die fachliche sozialpädagogische Begleitung beeindruckte die Älteren ebenso, wie die Führung durch das Gebiet. Bei der Auswertung gaben die Älteren an, dass sie den Ort für sich ‚wiederentdeckt‘ und diesen nun auch mit Bekannten aufgesucht haben.

Die Dokumentation von Sozialraumprojekten bietet den daran beteiligten Älteren die Grundlage mit qualifizierten Argumenten für die weitere Entwicklung ihres Wohnquartiers einzutreten. In der Diskussion mit den Entscheider/innen vor Ort können sie auf diese Weise eine andere Qualität von Selbstwirksamkeit erfahren und sich für gewünschte Bedingungen und Veränderungen einsetzen. Sozialräumliche Methoden schaffen damit Voraussetzungen, die eine Gegenwelt zu gesellschaftlichen Ent eignungsprozessen darstellen (vgl. Grundwald/Thiersch 2005: 1138f.).

In eigenen Projekten haben sich die Älteren auch nach Abschluss weiter aktiv in Themen der Stadtteil- und Wohnquartiersentwicklung eingebracht, was wünschenswert aber nicht selbstverständlich ist. Diese Motivation, sich für Veränderungen einzusetzen, korrespondiert mit dem Erfolg des Sozialraumprojektes und der Zusammensetzung der Teilnehmer/innen. In einem Projekt im Düsseldorfer Stadtteil Bilk hat die gesamte Gruppe mit eigenen Stühlen ‚sit ins‘ in einer zentralen Geschäftsstraße durchgeführt, um für die Aufstellung von Bänken zu demonstrieren - letztendlich mit Erfolg.

In Partizipationsprojekten, die unmittelbar auf die Gestaltung des Wohnquartiers gerichtet sind, z.B. als Baustein in Gemeinwesenarbeits-

projekten, können die sozialräumlichen Methoden zur Qualifizierung des Prozesses integriert werden, so z.B. in dem Projekt LiW in Gelsenkirchener Stadtteil Schalke (Rüssler/Stiel 2013). Damit sich der grundsätzlich auf Partizipation ausgerichtete Charakter im Projekt realisieren lässt, bedarf es bestimmter Rahmenbedingungen (vgl. van Rießen/Bleck 2013). Dabei ist neben der fachlichen Anleitung und Moderation insbesondere die Sicherung einer nachhaltigen Begleitung, z.B. durch Fachkräfte der offenen Altenarbeit, bedeutsam und das jeweils in dem Maße, wie sie benötigt wird.

Die aktive Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohnquartier bietet für ältere Menschen die Chance, als Subjekte ihre eigene Wirksamkeit zu erleben und ihre Handlungsfähigkeit durch gemeinsames Aktivsein zu erweitern. Im günstigen Fall führen solche Aktivitäten auch zu Fragen stadtweiter Partizipation und darüber hinaus. Richard Sennett hat mit Bezug auf das Stadtleben einmal geschrieben: „... das Gefühl eines ‚Rechtes auf Stadt‘ ... verhilft den Menschen zu dem Gefühl, sie hätten auch ein Recht auf andere Rechte“ (Sennett 1996: 127).

Literatur

- Alisch, M./May, M. (o.J.): AMIQUUS. Ältere MigrantInnen im Quartier. Methoden Phase 1. Online verfügbar unter: <http://www.amiquus.de/?q=methoden>; Zugriff am: 15.08.13.
- Bleck, C./Knopp, R./van Rießen, A. (2013): Sozialräumliche Analyse- und Beteiligungsmethoden mit Älteren: Vorgehensweisen, Ergebnisperspektiven und Erfahrungen. In: Noack, Michael/Veil, Katja.: Aktiv Altern im Sozialraum. Grundlagen Positionen Anwendungen, Köln.
- Bleck, C./van Rießen, A./Knopp, R. (2013): Der Blick Älterer auf ‚ihr Quartier‘. In: Sozialmagazin 38. Jg. H. 5-6.
- Böhnisch, L. (2008): Sozialpädagogik der Lebensalter, Weinheim/München.
- Butterwegge, C. (2012): Entwicklung des Sozialstaates, Reformen der Alterssicherung und die (Re-) Seniorisierung der Armut. In: Butterwegge, C./Bosbach, G./Birkwald, M.W. (Hrsg.): Armut im Alter, Frankfurt a. M.
- Deinet, U. (2009): Analyse- und Beteiligungsmethoden. In Deinet, U. (Hrsg.): Methodenbuch Sozialraum, Wiesbaden. S. 66-86.
- Deinet, U./Krisch, R. (Hrsg.) (2002): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung, Opladen
- Dörner, K. (2012): Helfensbedürftig. Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert, Neumünster.
- Engels, D. (2010): Einkommen und Vermögen. In: Aner, K./Karl, U. (Hrsg.) 2010: Handbuch Soziale Arbeit und Alter, Wiesbaden. S. 289-300.

- Frick, J.R./Grabka, M.M. (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. In: Wochenbericht des DIW Berlin 3/2010.
- Früchtel, F./Budde, W./Cyprian, G. (2010): Sozialer Raum und Soziale Arbeit: Fieldbook: Methoden und Techniken, 2. durchgesehene Auflage, Wiesbaden.
- Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) (2012): Generali Altersstudie 2013, Frankfurt a. M.
- Grimm, G./Knopp, R./Nell, K./Stelling, C./Winter, G. (2006): WohnQuartier⁴ = Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten, Eigendruck, Essen/Düsseldorf, siehe auch: www.wohnquartier4.de.
- Gronemeyer, R. (2013): Demenz: Wir brauchen eine andere Perspektive! In APuZ 4-5 2013.
- Grundwald, K./Thiersch, H. (2005): Lebensweltorientierung. Zur Entwicklung des Konzepts Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.) Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik, München und Basel. S: 1136-1138.
- Knopp, R. (2009): Sozialraumerkundungen mit Älteren. In: Deinet, U. (Hrsg.): Methodenbuch Sozialraum, Wiesbaden. S. 155-164.
- Knopp, R. (2012): Wohnen und Mitmachen: Altersgerechte Wohnquartiere und die gesellschaftliche Wirksamkeit Älterer durch Partizipation. In: forum erwachsenenbildung, Zeitschrift der DEAE Ausgabe 1/12.
- Knopp, R. (2013): Herausforderungen und Chancen der demografischen Entwicklung für eine sozialraumorientierte Sozialarbeit in Deutschland. In Sozialraum.de, Ausgabe 1/13.
- Knopp, R./Deinet, U. (2006): Leben im Alter: Lösungen für das Quartier. In: Sozialmagazin 31, H. 11. S. 14-22.
- Knopp, R./van Rieën, A. (2012): Veränderung der demografischen Entwicklung – eine Herausforderung für die Gemeinwesenarbeit. In: Blandow, R./Knabe, J./Ottersbach, M. (Hrsg.): Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und zurück? Wiesbaden.
- Krisch, R. (2002): Methoden einer sozialräumlichen Lebensweltanalyse. In: Deinet U./Krisch R. (Hrsg.): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung.
- Krisch, R. (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren, Weinheim/München.
- Lessenich, S. (2009): Lohn und Leistung, Schuld und Verantwortung: Das Alter in der Aktivgesellschaft. In: van Dyk, S./Lessenich, S. (Hrsg.): Die jungen Alten, Analysen einer neuen Sozialfigur, Frankfurt a. M./New York.
- Meyer, M./Mischke, C. (2009): Leben und Altern im Quartier (LAQua) – Untersuchung der subjektiven und objektiven Wohnbedingungen von älter werdenden und/oder behinderten Menschen im Stadtteil Alt-Saarbrücken. Projektabschlussbericht. Online verfügbar unter: www.htw-saarland.de/organisation/strategie_hochschule-in-der-stadt/dateien/laqua.pdf; Zugriff am 15.08.13.
- Merkens, H. (2012): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick, U./Kardoff von, E./Steinke, I. (Hrsg.) (2012): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 9. Auflage, Reinbek bei Hamburg. S.: 286-299.

- Motel-Klingebiel, A./Wurm, S./Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2010): Altern im Wandel, Stuttgart.
- Naegele, G. (2012): Gesellschaftliche Akteure in der Bringschuld – vor allem Kommunen sind künftig gefragt. In: Generali Zukunftsfonds (Hrsg.): Generali Altersstudie 2013.
- Roth, R. (2011): Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg.
- Rüssler, H./Stiel, J. (2013): „Du kannst jetzt mal sagen, was du möchtest“. Alle Älteren einbeziehen, auch die sozial benachteiligten. In: Sozialmagazin 38. Jg. H. 5-6.
- Saup, W. (1993): Alter und Umwelt. Eine Einführung in die Ökologische Gerontologie, Stuttgart, Berlin und Köln.
- Sennett, R. (1996): Etwas ist faul in der Stadt. Das Gespenst der Nutzlosigkeit und die Suche nach einem Ort in der Welt. In: Die alte Stadt, Heft 2, 1996.
- van Rießen, A./Bleck, C. (2013): Zugänge zu ‚Möglichkeitsräumen für Partizipation‘ im Quartier? Erfahrungen mit sozialräumlichen Methoden in der Arbeit mit Älteren. In: Sozialraum.de, Ausgabe 01/2013.
- Wehler, H.-U. (2013): Die neue Umverteilung – Soziale Ungleichheit in Deutschland, München.
- Wißmann, P. (2010): Demenz – ein soziales und zivilgesellschaftliches Phänomen. In: Auer, K./Karl, U. (Hrsg.) 2010: Handbuch Soziale Arbeit und Alter, Wiesbaden S. 339-346.
- Wolff, S. (2012): Wege ins Feld und ihre Varianten. In: Flick, U./Kardoff von, E./Steinke, I. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 9. Auflage, Reinbek bei Hamburg. S.: 334-349.

AMIQUS – Initiieren und Stützen von Netzwerken der Selbstorganisation: Projektdesign und Kernergebnisse

Monika Alisch/Michael May

Monika Alisch, Professorin für sozialraumbezogene Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung an der Hochschule Fulda, Leiterin des CeSSt – Centre of Research for Society and Sustainability. E-Mail: monika.alisch@sw.hs-fulda.de

Michael May, Professor für Theorie und Methoden der Jugend-, Gemeinwesen- und Randgruppenarbeit an der Hochschule RheinMain, außerplanmäßiger Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaften am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann-von-Goethe-Universität Frankfurt. E-Mail: michael.may@hs-rm.de

Die Bedingungen und Ressourcen einer angemessenen Lebensführung älterer Menschen mit Migrationshintergrund, sind bisher weder in den entsprechenden wissenschaftlichen Diskursen der Migrationsforschung, der Alter(ns)soziologie oder der Sozialarbeitswissenschaft, noch in der Praxis der Gemeinwesen-, Integrations- oder Seniorenarbeit hinreichend untersucht und berücksichtigt worden. Allenfalls ist in der Gesundheits- und Pflegeforschung nach Ansätzen eines kultursensiblen Umgangs mit älter werdenden, zugewanderten Menschen gesucht worden. Dabei kommen die in den letzten Jahren durchgeführten Studien einhellig zu dem Ergebnis, dass die „Lebensumstände“ älterer „Menschen ausländischer Herkunft aufgrund ihrer Migrationsbiografie und der diskriminierenden Lebensumstände in der Ankunftsgesellschaft von geringerer Lebensqualität gekennzeichnet sind“ (Krumme/Hoff 2004: 459; vgl. auch Özcan/Seifert 2006: 39; ISG/WZB 2009: 164 ff.). So unterliegt die Altersgruppe der über 60-jährigen aus der ersten Zuwanderergeneration bei „Kontrolle der sozialstrukturellen Merkmale von Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Haushaltstyp“ (ISG/WZB 2009: 166) sogar im Vergleich zu Angehörigen der zweiten Generation ohne eigene Migrationserfahrung einem „signifikant höhere (m) Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein“ (ebd.) – Frauen noch stärker als Männer (ebd.: 164). Darüber hinaus weise diese Bevölkerungsgruppe auch einen „geringeren Vergesellschaftungsgrad“ (Krumme/Hoff 2004: 459) auf. Beklagt wird

diesbezüglich vor allem ihr deutlich geringeres Engagement in Vereinen und Gruppen (ebd.: 491; vgl. auch Geiss/Gensicke 2005; Haug/ Müsig/Stichs 2009; Sauer 2010; kritisch dazu May 2010).

Um vor diesem Hintergrund die Bedingungen und Ressourcen nicht nur einer angemessenen Lebensführung älterer Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch ihrer stärkeren gesellschaftlichen Partizipation im Sinne von Teilnahme und Teilhabe gezielter in den Blick zu nehmen, startete im Jahr 2009 das Praxisforschungsprojekt AMIQUUS – Ältere Migrant(inn)en im Quartier: Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe (vgl. May/Alisch 2013) in vier sehr unterschiedlichen Stadtquartieren in drei ebenso unterschiedlichen Städten. Auf diese Weise sollte eine differenzierte Betrachtung der Stadtteil-, bzw. Quartiersstrukturen ermöglicht werden, die Teilhabe eher erschweren oder ermöglichen. Zudem sollte die sehr heterogene Gruppe älterer in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten in ihrer Vielfalt abgebildet werden. Sowohl die Gastarbeiter der 1. und inzwischen auch der 2. Generation, als auch die aus den ehemaligen Sowjetstaaten zugewanderten sog. Aussiedler und Spätaussiedler, sollten in ihren Vernetzungs- und Raumnutzungsformen am Projekt beteiligt werden.

Als Projekt einer „praktisch einhakenden kooperativer Sozialforschung“ (May 2008) wurden die Forschungsfragen in enger Kooperation mit der Praxis ausformuliert, das Feld organisiert und die Ergebnisse gemeinsam ausgewertet und interpretiert. Für die so angestrebte konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen wurden zum einen Träger stadtteilbezogener Sozialer Arbeit beteiligt: das Quartiermanagement Biebrich-Ost, der Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V., der Verein kubis – Kultur, Bildung und Sozialmanagement e.V., Wiesbaden; der AWO Kreisverband Fulda-Stadt-und-Land e.V. mit seiner Gemeinwesenarbeit am Aschenberg, die Diakonie Hasenberg e.V., München sowie das Amt für Zuwanderung und Integration der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden sowie deren Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik.

Im Zentrum unseres Erkenntnisinteresses standen so nicht nur die Barrieren, sondern vor allem die Bedingungen und Ressourcen für eine angemessene Lebensführung älterer Menschen mit Migrationsgeschichte in den verschiedenen strukturierten Wohnquartieren deutscher Städte. Dabei gingen wir von der Annahme aus, dass ein zentraler Schlüssel zur Ver-

besserung der Lebensqualität der älteren Migrant/innen in der Entwicklung und Stärkung nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme sowie der Selbstorganisation ihrer Interessen im Hinblick auf soziale Teilhabe und gesellschaftliche Partizipation in diesen Quartieren ist. Gestützt wurde diese Aufgabenstellung vom 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland aus dem Jahr 2007, in dem betont wurde, dass „ohne die vielfältigen Aktivitäten der Zivilgesellschaft [...] Integration nicht möglich“ sei (ebd.: 114). Zudem hob dieser Bericht hervor, dass auch der Nationale Integrationsplan dieses Engagement „mit und von Migrantinnen und Migranten“ insofern anerkennt, als es „den sozialen Zusammenhalt stärkt, identitätsstiftend wirkt und die individuelle Handlungskompetenz fördert“ (ebd.).

Für das Forschungsprojekt wurden sechs Arbeitsziele formuliert:

1. ging es an den verschiedenen Untersuchungsorten um eine *quartiersbezogene Erhebung*:
 - der Netzwerke von Selbsthilfe und Selbstorganisation der älteren Migrant/innen,
 - ihrer Sichtweisen auf die Probleme und Barrieren einer angemessenen Lebensführung im Alter,
 - ihrer Vorstellungen darüber, wie ein solches Leben aussehen könnte, und schließlich
 - was für sie in dieser Hinsicht angemessene Unterstützungsangebote im Quartier sowie der Gesamtstadt wären.
2. sollten diese Erkenntnisse zum Anstoß für eine partizipative Projektentwicklung in den jeweiligen Sozialräumen werden in, jeweils in Kooperation mit den zuständigen Institutionen der Gemeinwesenarbeit, der Alten- und Migrations- bzw. Integrationsarbeit.
3. sollten konkrete Ansätze der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migrant/innen an den Untersuchungsorten handlungsforschend aufgegriffen und qualifiziert werden mit dem Ziel, solche Strukturen jeweils quartiersbezogen zu vernetzen und zwar a) untereinander und b) im Hinblick auf eine integrierte, koordinierte, regionale Hilfeplanung professioneller wohnortnaher Unterstützungsangebote. Dazu gilt es
4. sollten die institutionalisierten, meist individualisierten Beratungsangebote für ein selbständiges Leben im Alter für eine Stützung

und Begleitung solcher Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe von Migrant/innen und ein situiertes Lernen in ihnen geöffnet werden;

5. sollten auf diese Weise ortsspezifisch niederschwellige Beratungs- und Unterstützungssysteme entwickelt und als nachhaltiger Bestandteil des örtlichen sozialen Netzwerkes etabliert werden, die in der Lage sind, sich dem in den nächsten Jahren stark ansteigendem Bedarf in diesem Feld anzupassen;
6. ergeben sich aus der angestrebten Verbesserung der Kooperation von Professionellen und Nichtprofessionellen in diesem Feld Herausforderungen für neue Handlungsfelder und Berufsprofile bzw. eine entsprechende Qualifizierung der Fachkräfte in der Altenhilfe und -bildung oder auch Migrations- und Integrationsarbeit. Diese Qualifizierung sollte im Projekt dadurch erreicht werden, dass das Personal der am Projekt beteiligten Praxispartner in die Forschung mit eingebunden wurde.

Durch die vier nach stadträumlicher, städtebaulicher und ökonomischer Struktur sowie der soziokulturellen Zusammensetzung ihrer Bewohnerschaft bewusst unterschiedlich ausgewählten Untersuchungsquartiere (Wiesbaden Westend und Biebrich; Fulda Aschenberg; Münchner Hasenberg/Harthof) sollten anhand der sechs Arbeitsziele auch verallgemeinerbare wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden im Hinblick auf: a) die aus verschiedenen *Lebenslagen* älterer Migrant/innen in Deutschland hervorgehenden *Orientierungen* im Hinblick auf eine angemessene Lebensführung im Alter; b) die von ihnen präferierten *Lebensbewältigungsstrategien* – vor allem kollektiver Art – im Kontext von Selbsthilfe und Selbstorganisation; c) die für ein solches zivilgesellschaftliches Engagement älterer Migrant/innen förderlichen bzw. hinderlichen sozialräumlichen Strukturen; d) die sich daraus ergebenden Anforderungen einer auf ältere Migrant/innen zielenden kategorialen Gemeinwesenarbeit (auch im Rahmen der Alten- und Migrations- bzw. Integrationsarbeit) sowie e) ein sozialraumspezifisches, institutionelles Unterstützungsangebot für solche Arten zivilgesellschaftlichen Engagements älterer Migrant/innen.

Die Beschäftigung mit der Zielgruppe älterer Menschen mit Migrationsgeschichte war von der Intention geleitet, durch die empirischen Erkenntnisse einer Tendenz zur „Ethnisierung sozialer Probleme“ (vgl. u.a.

Bukow 1996: 138 ff.; Badawia/Hamburger/Hummrich 2003: 8; Mecheril 2007; Häußermann 2007: 239) entgegenzutreten. Diese gesellschaftspolitische Aufgabenstellung des Projektes beruft sich auf Forschungserkenntnisse, die zeigen konnten, dass gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migrantinnen ganz unterschiedlicher Herkunft ihren Alltag stärker prägen als die ethnische Herkunft (vgl. auch Hafezi 2001). Das Projekt ist mit dem Anspruch gestartet, mit seinen empirischen Befunden zu einer stärkeren Orientierung der Forschungen zur Lebensqualität im Alter an entsprechenden Lebenslagen- und Lebensweisen älter Menschen beizutragen. Es galt wichtige verallgemeinerbare Erkenntnisse zu liefern, für eine solche Lebenslagen- und Lebensweisen-Orientierung im Bereich der Bildungs-, Beratungs- und Hilfeangebote für ältere Menschen und einer übergreifenden, koordinierten, lokalen oder regionalen Planung im Rahmen von Governancearrangements.

Untersuchungsorte

Für einen maximalen Vergleich der Ressourcen und Barrieren für eine verbesserte Lebensqualität im Alter haben wir vier Untersuchungsgebiete ausgewählt, die nicht nur die Vielfalt der Wohn- und Lebenssituationen der in Deutschland lebenden Zuwanderer abbilden, sondern auch die sozialräumlichen Rahmenbedingungen lokal und funktional einbezieht. Im Integrationsreport der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum „Wohnen und innerstädtischer Segregation von Migranten in Deutschland“ (Friedrich 2008) scheinen Wohnbedingungen, Wohnformen aber auch die Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen hinter Durchschnittswerten und Vergleichen mit der „deutschen“ Wohnbevölkerung zu verschwimmen (vgl. May/Alisch 2013: 65). Während die Segregationsforschung ethnische residenzielle Segregation als Prozess aggregierbarer Mehrheitsverhältnisse auf gesamtstädtischer Ebene analysiert (vgl. May 2012; Dangschat/Alisch 2012), sollte durch diese Gebietsauswahl auch eine Analyse der lokalen, quartiersspezifischen Bedingungen und Barrieren für eine aus Sicht der älteren Migrant(inn)en angemessenen Lebensweise im Alter ermöglicht werden.

Die vier Quartiere zeichnen sich alle durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Bewohner(inn)en mit Migrationshintergrund aus. Nicht zufällig sind dies auch Fördergebiete des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ gewesen.

Die Strukturen und Prozesse innerhalb dieser Raumpolitik sind für das AMIQUUS-Projekt sehr wesentlich gewesen, da wir davon ausgehen konnten, dass an allen Standorten bereits Träger einer gemeinwesenorientierten sozialen Arbeit aktiv waren und in den Prozess der kooperativen, praktisch einhakenden Forschung einbezogen werden konnten (s.u.).

Diese Quartiere repräsentieren zudem Typen von Stadtquartieren mit je spezifischen Gelegenheitsräumen. Das innere Westend in Wiesbaden ist ein verdichtetes innerstädtisches Altbauquartier mit einer relativ hohen Fluktuationsrate, einer kleinteilig gemischten Bewohne- und Infrastruktur. Die an größere Industrieareale grenzenden Arbeitersiedlungen der 1930er und 1950er Jahre werden in dem Projekt von einem Quartier im Wiesbadener Stadtteil Biebrich vertreten. Der städtebauliche Typus der Großwohnsiedlung aus den 1960er und 1970er Jahren wird in der Metropole München mit dem Münchner Norden (Siedlungen Hasenberg und Harthof) sowie dem Aschenberg-Plateau in der ostthessischen Mittelstadt Fulda abgebildet (s. ausführlich May/Alisch 2013: Kap. 4.1 bis 4.4).

Über den generell hohen Anteil einer aus dem Ausland zugewanderten Wohnbevölkerung, galt es zunächst die 1. Generation der klassischen „Gastarbeiter“ in ihren Quartiersbezügen zu erreichen, die über das Anwerbeabkommen als Arbeitskräfte nach Deutschland kamen, über die Erwerbsarbeit lange Jahre als integriert galten und mit ihren nachgereisten Ehefrauen nie Zielgruppe einer auf Integration gerichteten Politik waren. Auch die Älteren unter den mehr als 4,4 Millionen Menschen, die durch die Aussiedlerpolitik seit 1950 nach Deutschland migrierten, sind von einer Politik der Integration nicht angesprochen. Sie haben in der Regel längst einen deutschen Pass und bleiben in vielen Statistiken trotz ihrer Migrationserfahrung unsichtbar. Gegenüber den zunächst nach rein körperlichen Aspekten ausgewählten Gastarbeitern haben sie häufig eine hohe berufliche Qualifikation mitgebracht, die in Deutschland keine Anerkennung und keine Anwendung findet und sind auch vielfach erst nach der Familienphase ausgewandert.

Phase 1: Beziehungsarbeit und Teilhabe

In der ersten Phase des auf drei Jahre angelegten Projektes wurden an den vier Untersuchungsstandorten jeweils Fokusgruppen von 20 älteren Migrant/innen ab 60 Jahren gebildet. Diese Gruppen sollten in Phase 1 die *Projektgruppe der Handlungsforschung* bilden. In ihrer Zusammensetzung sollten diese Gruppen nach Ethnien, Religionen, Lebenslagen und Lebensweisen die jeweilige migrantische Quartiersbevölkerung repräsentieren. Angesprochen wurden die älteren Bewohner/innen mit Migrationsgeschichte durch Mitarbeiter/innen der Praxispartner, die durch ihre bisherigen Kontakte in der Gemeinwesenarbeit und zum Teil aufgrund des eigenen Migrationshintergrunds bei den Betroffenen hohes Vertrauen genießen. Die Fokusgruppen sollten jeweils in den Räumen der Gemeinwesenarbeit vor Ort zusammenkommen, da diese den Betroffenen aufgrund anderer Stadtteilprojekte (z.B. Lotsenprojekt; Schreib- und Übersetzungsdienste etc.) vertraut waren.

Die für die längere Zusammenarbeit wichtige Beziehungsarbeit innerhalb der Gruppe und mit den moderierenden wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen wurde durch wöchentlich verabredete Treffen der Fokusgruppe ermöglicht. Hierzu wiederum wurde eine wertschätzende, persönliche Ansprache und Einladung zu diesen Treffen zum wesentlichen Gelingensfaktor der Gruppenarbeit (s. zur Erreichbarkeit älterer Migrant/innen auch den Beitrag von Stefan Fröba in diesem Band).

In den Fokusgruppen wurden die alltäglichen Formen der Selbstorganisation sowie der Raumnutzung anhand von partizipativen Methoden ermittelt: Anhand sog. „Sozialraum-/Netzwerk-Tagebücher“ haben die beteiligten Älteren über einen Zeitraum von 2 Monaten dokumentiert, mit wem sie an welchen Orten etwas unternommen haben. Dabei wurde hervorgehoben, dass es hier tatsächlich um das Kennenlernen des Alltäglichen und eben nicht um einmalige Besonderheiten eines Tages oder einer Woche geht. Anhand der Nadel-Methode wurden die Orte verschiedener Tätigkeiten, Organisationsformen und Beziehungsqualitäten markiert und individuelle Bedeutungen sichtbar und formulierbar gemacht (vgl. Alisch 2013). Die Methode wurde durch Begehungen mit den älteren Migrant/innen ergänzt, und Gelegenheit gegeben, intensiver über ihr – z.T. unterschiedliches – Erleben und Handeln an diesen Orten und ihre darin deutlich werdenden Bedürfnisse und deren (Nicht-)Erfül-

lung zu reden. Dadurch konnten auch an diesen Orten bestehende Probleme und Barrieren einer angemessenen Lebensführung aus Sicht der Betroffenen thematisiert werden.

Aus diesem Material wurde (vgl. May/ Alisch 2013: Kap. 5.1.) in komparatistischer Weise eine Typologie der Netzwerke sowie der Raumnutzung rekonstruiert (s. ausführlich zur Typologie der Netzwerke den Beitrag von Michael May in diesem Band).

Am Ende der 1. Phase, sechs Monate nach Projektbeginn, wurde mit den Fokusgruppen jeweils eine Zukunftswerkstatt durchgeführt. Hier wurden zunächst die Probleme und Barrieren (= *Problempphase*), dann die Visionen (= *Utopiephase*) einer angemessenen Lebensführung im Alter und schließlich konkrete Projektideen für die jeweiligen Stadtteile (= *Konkretisierungs-* bzw. *Umsetzungsphase*) ausformuliert. Auch dieses Material wurde anhand der dokumentarischen Methode (vgl. Bohnsack 2010) ausgewertet, um zu Typologien der Interessen und Probleme zu kommen (vgl. ausführlich May/Alisch 2013: Kap. 5.1).

Organisations-Erfahrungen aus den Fokus- und Projektgruppen

Ein wesentliches Ergebnis dieser Phase war, dass sowohl in der Forschung als auch in den verschiedenen „Organizing“-Praxen ungeprüft vorausgesetzte Bedeutungen der Merkmale Ethnie, Religionszugehörigkeit und Geschlecht, die Art der Organisation ihres Alltages und ihrer Interessen sowie der dabei zum Tragen kommenden Solidarformen ganz anderen Rationalitäten folgt, die sehr stark geprägt sind durch bestimmte Kodes, in denen sie sich mit ihren spezifischen Lebensweisen in der Gesellschaft reproduzieren:

Hierzu hat der britische Sozialhistoriker Edward P. Thomsen (vgl. 1979) „idealtypisch“ – im Sinne von Max Weber – vier Reproduktionskodes unterschieden: Einer der ursprünglichsten Kodes, mit denen sich Gesellschaften und Kulturen reproduzierten, ist der von „inheritance“ (kulturelles und materielles ‚Erbe‘). Viele der älteren Zugewanderten stammen noch aus solchen agrarisch/handwerklich geprägten Kulturen, in denen eine formelle Berufsausbildung nicht üblich war. Mit der handwerklichen Produktionsweise entstand und verbreitete sich dann der Reproduktionskode von „apprenticeship“ (Lehre). Und so sind viele der sogenann-

ten „Gastarbeiter“ der 1. Generation noch durch den sich zwischen diesen beiden Codes entfaltenden Sozialisationsmodus eines „Erbes der Fertigkeiten“ geprägt, in dem die für ihre Alltagsbewältigung notwendigen Kompetenzen und Organisationsformen gleichsam sich im Hineinwachsen ins gemeinsame Tun „vererbten“.

Ebenfalls historisch sehr alt ist der Code von „vocation“ (Berufung), fühlten sich doch auch schon in traditionellen Gesellschaften Mediziner, Schamanen und Priester berufen. Ihre Nachfolge traten dann die klassischen Professionen an. Heute allerdings ist dieser Code sehr stark verbunden mit einem „Paradigma des Lebenslaufs als Entfaltung des idealen, inneren Selbst und dessen Suche nach der wahren Bestimmung“ (Cohen 1986: 84).

Mit Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Aufstieges vermittelt entsprechender Qualifizierung sowie der damit einhergehenden Verbreitung von Modellen permanenten Kompetenzerwerbs über die gesamte Lebensspanne fand dann der Code von „career“ (Werdegang/Karriere) weite Verbreitung. Davon geprägt sind durchaus auch Migrationsmotive von Zugewanderten, die in ihren Herkunftsländern eine entsprechende, zum Teil sogar akademische Ausbildung absolviert hatten.

Gerade jene Fokusgruppenmitglieder, die mit höheren Bildungsabschlüssen und geprägt vom Reproduktionscode der „Berufung“ (vocation), oder auch von „career“ (Werdegang/Karriere) bzw. dem sich zwischen beiden entfaltenden Sozialisationsmodus nach Deutschland eingewandert waren, aber nur in minderqualifizierten Berufsfeldern eine Anstellung gefunden hatten, zeigten sich als sehr begeistert, im Rahmen von AMIQUUS, nun endlich mit ihren Kompetenzen nicht nur „entdeckt“ worden zu sein, sondern darüber auch Möglichkeiten eröffnet zu bekommen, diese nun endlich zur Geltung bringen zu können.

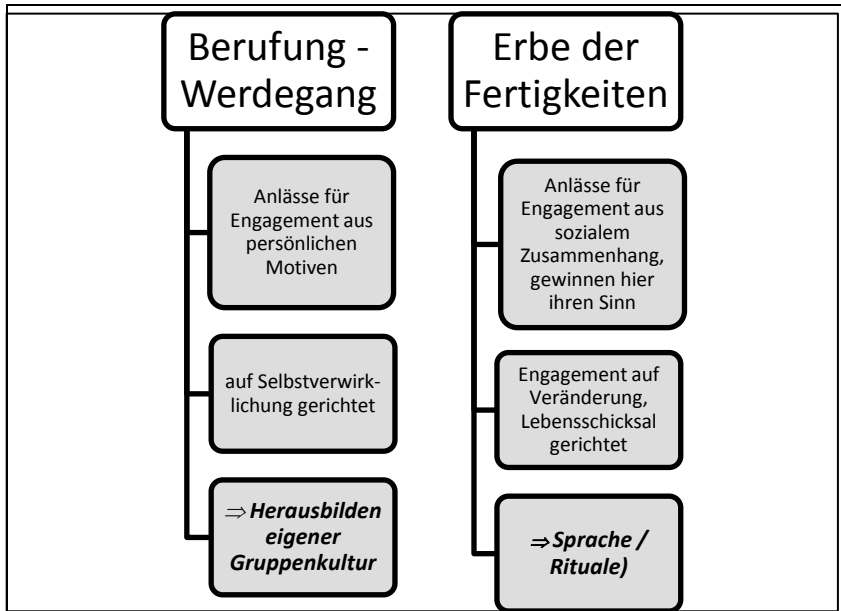
Umgekehrt entstand dadurch bei einigen der (funktionalen) Analphabet/innen, die ja in den Fokusgruppen eine fremde Unterstützung brauchten, um ihre Sozialraum/Netzwerk-Tagebücher zu führen – bzw. „nur“ in Interviews über ihre Tagesabläufe Auskunft geben konnten – das Gefühl von Minderwertigkeit. In einem Untersuchungsquartier wurde es sogar erforderlich, um ein Abspringen zu verhindern, die Analphabet/innen zunächst in eine eigene Untergruppe zu fassen. Als dann aber in ihren Tagesberichten deutlich wurde, welch große Leistungen sie als durch den Erfahrungszusammenhang des „Erbes der Fertigkeit“ Geprägte in der Versorgung ihrer Familien, Verwandtschaft und jeweiligen Community durch den Anbau von Obst und Gemüse im eigenen Gar-

ten, das Ernten frei zugänglicher Früchte und Kräuter, das Reparieren oder Herstellen von Gebrauchsgütern etc. erbringen, wuchs auch ihr Stolz, sodass auch diese Fokusgruppe rasch wieder zusammengeführt werden konnte.

Unterschiede zwischen den durch die Reproduktionskodes von „career“ (Werdegang/Karriere) oder „vocation“ (Berufung) und den zwischen den Reproduktionskodes von „inheritance“ (‘Erbe’) und „apprenticeship“ (Lehre) sich entfaltenden Erfahrungszusammenhang des „Erbes der Fertigkeiten“ Geprägten zeigten sich dann weiterhin auch in den Zukunftswerkstätten – besonders bei der Utopie- und der daran anschließenden Konkretisierungsphase. So entwickelten Erstere Projektideen, in denen sie ihre Kompetenzen zum Tragen bringen können, wie bspw.: Gesundheitsberatung in russischer Sprache (von in der ehemaligen Sowjetunion ausgebildeten, in Deutschland aber nicht approbierten Arzt/innen); Erziehungsberatung für migrantische Familien (von im Herkunftsland ausgebildeten, hier jedoch nicht anerkannten Pädagog/innen). Aber auch Ideen, wie aus Müll am Flussufer Kunstwerke zu produzieren, oder ein Musical aufzuführen, verweisen auf die entsprechenden Reproduktionskodes. Auf der anderen Seite lassen sich viele Projektideen von denen vom Erfahrungszusammenhang des „Erbes der Fertigkeit“ Geprägten als Versuche lesen, neue Formen der Öffentlichkeit für das „Produktionsprinzip“ der ursprünglichen Hausgemeinschaft zu schaffen. Beispiele hierfür sind Initiativen zur Einrichtung öffentlicher Gärten sowie von Werkstätten – sowohl für Näharbeiten als auch für handwerkliche Reparatur- und Konstruktionsarbeiten –, bis hin zu neuen Formen wechselseitiger Versorgung im Alter.

Noch gravierender wirkten sich die Prägungen durch unterschiedliche Reproduktionskodes dann in der dritten Projektphase aus, in welcher die in den Zukunftswerkstätten entwickelten Ideen – handlungsforscherisch durch AMIQUUS begleitet – über die anschließende aktivierende Befragungen gemeinsam mit Praxispartnern vor Ort umzusetzen versucht wurden. So zeigte sich, dass Anlässe des Engagements für die durch die Reproduktionskodes von „career“ (Werdegang/Karriere) oder „vocation“ (Berufung) Geprägten vor allem aus persönlichen Motiven heraus erwachsen und sehr stark auf Selbstverwirklichung zielen. Demgegenüber entstehen Engagementanlässe im Erfahrungszusammenhang des „Erbes der Fertigkeiten“ in erster Linie aus dem sozialen Zusammenhang heraus und erhalten für die Aktiven erst durch diesen ihren Sinn. Substantiell richtet sich ein solches Engagement vor allem auf die Kompensation oder Überwindung von Restriktionen ihres Lebenszusammenhangs

Abbildung 1: Organisationserfahrungen



Quelle: Eigene Darstellung

War es Ziel der dritten Arbeitsphase von AMIQUUS engagementbereite ältere Zugewanderte in den Untersuchungsquartieren bezüglich der in den dortigen Zukunftswerkstätten entwickelten Projektideen nicht „nach Köpfen“ [weil diese ganz unterschiedliche Bedürfnisse vereinen können], „sondern nach Interessen“ (Negt 1977; May 2008: Kap. 5) zu organisieren, so zeigte sich schon bei der Projektentwicklung in den Zukunftswerkstätten, und später bei deren Umsetzung, dass dies in erstaunlichem Ausmaß gelang, engagierten sich viele doch zugleich in ganz unterschiedlichen Projekten. So organisierten die von AMIQUUS aktivierend Befragten ihre Interessen als Bürger/innen ihres Wohnquartiers in Initiativen zur Verkehrsberuhigung oder zum Umweltschutz und anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements. Insgesamt 38% aller von uns Befragten signalisierten diesbezügliche Engagementsbereitschaften. Bei den durch die Reproduktionskodes von „apprenticeship“ (Lehre) und „career“ (Werdegang/Karriere) Geprägten waren es sogar mehr als die Hälfte, ebenso wie in demjenigen unserer Untersuchungsquartiere, in denen sich zwei starke ethnische Communities haben etablieren können. Nahezu

gleich hohe Bereitschaften zeigten sich bei diesen Gruppen bezüglich eines Engagements für migrantische Interessen, das sich in Initiativen wie beispielsweise für die doppelte Staatsbürgerschaft oder in Beratungsinitiativen bezüglich des Umgangs mit Behörden konkretisierte. Insgesamt 42% der von uns Befragten bekundeten in dieser Hinsicht Interesse. In einem unserer Untersuchungsquartiere, in dem ein sehr hoher Anteil ehemals gewerkschaftlich organisierter Männer lebt, waren es sogar 60%.

Spezifische Fraueninteressen organisierten sich in Initiativen für Frauentreffs, Frauenkaffees oder auch Frauensport. 45% unserer weiblichen Befragten zeigten sich an solchen Initiativen interessiert, Migrantinnen mit höheren Bildungsabschlüssen sogar zu 60%. Ihre „Berufung“ als Professionelle, die sie hier in Deutschland nicht beruflich realisieren konnten, wurde über Projekte wie Gesundheits- oder Familienberatung zu verwirklichen gesucht. 59% der entsprechend Qualifizierten und 34% aller Befragten zeigten sich an einem solchen Engagement interessiert.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde von AMIQUUS muss die bisher in der Literatur vertretene Auffassung eines geringeren Engagements und geringerer Engagementbereitschaften von älteren Migrant/innen besonders der sog. ersten Generation wohl gründlich revidiert werden.

Phase 2: Die repräsentative, aktivierende Befragung

Trotz der methodologischen Notwendigkeit, die Wirksamkeit solcher Orientierungsmuster, wie sie in AMIQUUS über die Typologien der Netzwerke und Raumnutzung sowie der Interessen erfasst wurden, in fallspezifischen Kontexten nachzuweisen, haben wir die Typologien auch quantitativ über die interferenzstatistische Auswertung einer standardisierten Befragung (n= 801) an den vier Standorten überprüft (vgl. May/Alish 2013: Kap. 5.2), wohl wissend, dass es sich bei solchen Verfahren um statistische Modulationen bzw. Konstruktionen handelt.

Der ausgearbeitete Fragebogen erfasste in einem ersten, alle Untersuchungsorte betreffenden Teil

- Präferenzen für verschiedene Entwürfe einer angemessenen Lebensführung älterer Migrant/innen;
- verallgemeinerbare Problemsichten von Barrieren einer solchen angemessenen Lebensführung im Quartier;

- verschiedene Formen von den Betroffenen praktizierter Arten von Selbsthilfe und Selbstorganisation;
- verschiedene Formen in Anspruch genommener Beratung und Unterstützung seitens der eigenen Community, ihrer formalisierten Organisationen sowie zivilgesellschaftlicher und institutionell-professioneller Angebote des Aufnahmelandes;
- Formen der Erwartung an ein entsprechendes Unterstützungsangebot sowie
- allgemeinere Formen der raumbezogenen Interessenorientierungen älterer Migrant/innen.

In einem quartiersbezogenen zweiten Teil wurde in aktivierender Weise das Interesse und die Mitwirkungsbereitschaft weiterer älterer Migrant/innen an den in den jeweiligen Zukunftswerkstätten erarbeiteten konkreten Projekte ermittelt.

Über die standardisierte Befragung sollten auch solide Informationen über die soziodemographische und soziostrukturelle Verteilung der entsprechenden Orientierungen in den Untersuchungsquartieren gewonnen werden.

Ausgewählte Ergebnisse

Auffällig schon bei der Randauszählung der einzelnen Items zu Netzwerken, Raumnutzung, Problemen und Interessen war, dass sich die Standardabweichung durchgängig als so hoch erwies, dass Mittelwertangaben zu „den“ älteren Migrant/innen statistisch nicht sinnvoll erschienen. Dies belegt nochmals die Heterogenität der von uns untersuchten Bevölkerungsgruppe im Hinblick auf diese Dimensionen des Alltagslebens. Hiermit sind auch die zahlreichen verallgemeinernden Aussagen, die sich in der Literatur finden, als wissenschaftlich äußerst problematisch anzusehen.

In der Auswertung der standardisierten Befragung zeigten sich bei nahezu allen Items zur Alltagsorganisation die stärksten Zusammenhänge zur Variable ‚Quartier‘. Das bedeutet,

die Struktur des Gemeinwesens prägt entscheidend die Lebensbedingungen, den **Vergesellschaftungsgrad und die Interessen älterer Migrant/innen.**

Zusammenhänge zum Herkunftsland oder der Religion fanden sich allenfalls zu Items, die Diskriminierungserfahrungen abbilden, sowie zu bestimmten Formen der Vernetzung und räumlichen Organisation. Wenn also in vielen empirischen Untersuchungen unbefragt das Herkunftsland oder die Religion (meist muslimisch) als unabhängige Variable eingesetzt wird, handelt es sich schlicht um Ethnisierungen sozialer Probleme (ebd.).

Bezogen auf das Verhältnis zum Herkunftsland einerseits und der Aufnahmegesellschaft andererseits, zeigen unsere Ergebnisse ein hohes Maß transnationaler Praktiken: Rund zwei Drittel der Befragten wollen ihren Hauptwohnsitz in Deutschland behalten und nur zu Urlauben ins Herkunftsland reisen. Nicht ganz trennscharf geben vier von zehn sogar an, zwischen ihrem Herkunftsland und Deutschland zu pendeln, dies gilt insb. für Türkistämmige (rund 60%).

Einer der bedeutendsten Befunde des AMIQUUS Projektes ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass für weit über der Hälfte der Befragten mit solchen Gewohnheiten von Transnationalismus, ein in der Weise starker Bezug auf das Heimatland und die Einbindung in entsprechende Netzwerke und eine starke Orientierung auf das deutsche Wohnquartier und dessen Gemeinwesen sich keineswegs ausschließen.

Auch die Vernetzung in herkunftslandorientierte Gruppen wird dazu genutzt, mit Alteingesessenen in Kontakt zu kommen.

So zeigte sich, dass gerade in dem Quartier mit einem sehr ausgeprägten transnationalen Alltag, zum einen der Wunsch, dauerhaft in diesem Quartier wohnen zu bleiben sehr deutlich ausgeprägt war und zum anderen auch die Bereitschaft, sich sozial in diesem Stadtteil zu engagieren, am größten war. Mit 52% war diese genauso akzentuiert, wie die Bereitschaft, sich für die Interessen von Zugewanderten einzusetzen.

In den Wohnquartieren finden sich vielfältige Formen informeller Unterstützung im Alltag

Im Zusammenhang mit der Erprobung des Indikatorensets zum bundesweiten Integrationsmonitoring wurden zur Überprüfung des Einflusses „individuelle[r] Erklärungsfaktoren auf das freiwillige Engagement der Befragten“ (ISG/WZB 2009: 167) auf der Basis des Datensatzes der im zweiten Freiwilligensurvey von 2004 eigens gezogenen Ausländerstichprobe (vgl. Geiss/Gensicke 2005) multivariate Regressionsanalysen durchgeführt. Wie schon kurz angedeutet, zeigen die Ergebnisse, dass selbst wenn „sozialstrukturelle Merkmale, zu denen das Bildungsniveau, das Haushaltseinkommen und der Tätigkeitsstatus der Befragten zählen“ (ISG/WZB 2009: 169), kontrolliert werden, „die Chancen von männlichen Migranten der ersten Generation, sich freiwillig zu engagieren, [...] deutlich unter denen von Männern ohne Migrationshintergrund“ (ebd.: 168) liege. Ähnlich sähe dies auch für Frauen aus, die sich jedoch insgesamt „seltener freiwillig engagieren als Männer“ (ebd.: 168).

Allerdings gestehen Krumme/Hoff im Abschlussbericht zu den Ergebnissen der zweiten Welle des Alterssurveys ein, dass dessen „Erhebungsinstrument primär auf die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung zugeschnitten“ (2004: 491) gewesen sei. Wenn ähnlich auch im Zusammenhang mit der Erprobung des Indikatorensets zum bundesweiten Integrationsmonitoring an der Anlage des Freiwilligensurvey kritisiert wurde, dass „Engagementbereiche im verwandtschaftlichen und bekanntschaftlichen Kontext, die bei Personen mit Migrationshintergrund häufiger vermutet werden, untererfasst“ (ISB/WZB 2009: 171) blieben, dann hat die AMIQUUS Befragung diese Vermutungen empirisch eindrücklich untermauern können. Zwei Drittel der dort Befragten gaben an, sich im informellen Sektor von Nachbarschaft und Community zu engagieren. Die Behauptung, ältere Zugewanderte engagierten sich weniger als altersgleiche einheimische Deutsche erweist sich damit als Ausdruck entsprechender Blindstellen der klassischen Engagementforschung!

Am eindrücklichsten zeigt sich dies am Ausmaß unentgeltlicher Unterstützungsleistungen bei der Sorge um Kranke in der Familie. Nach unseren Ergebnissen liegt die Quote mit durchschnittlich 53%, die

solche Unterstützung durch Freunde und Bekannte erhalten, bei älteren Zugewanderten mehr als doppelt so hoch wie der im Rahmen des Deutschen Alterssurvey DEAS (vgl. Bundesministerium für Familie 2012: 31) ermittelte allgemeine Durchschnittswert. In einem unserer Untersuchungsquartiere, mit zwei großen ethnischen Communities lag der Wert bei unglaublichen 83%!

Da in den Regressionsanalysen im Zusammenhang mit der Erprobung des Indikatorensets zum bundesweiten Integrationsmonitoring weder „Wohndauer und Urbanitätsgrad“ (ISG/WZB 2009: 169), noch „gesellschaftliches Interesse, Wertevorstellungen und Religionszugehörigkeit [...] die geringere Chance auf gesellschaftliche Beteiligung von [...] Migranten der ersten Generation“ (ebd.) erklären konnten, sahen die Autor/innen der Studie damit „eine Forschungsfrage aufgeworfen, der durch zukünftige Untersuchungen nachgegangen werden sollte“ (ebd.: 171). Dies war auch zentraler Gegenstand der 3. Phase des AMIQUS-Projektes.

Phase 3: Kritische Situationen – Critical Incidents

In der 3. Projektphase wurden auf der Basis der Ergebnisse der Befragung sowie der ausgewerteten Rückkopplung in quartiersbezogenen Seniorenkonferenzen konkrete Vereinbarungen mit den Praxispartnern getroffen, adäquate niederschwellige lokale Beratungs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln und zu etablieren. Im Prozess einer partizipativen Projektentwicklung sollten mit den Praxispartnern konkrete Ansätze der Selbstorganisation und Selbsthilfe initiiert und die vorhandenen Ansätze informeller Selbstorganisation unterstützt werden.

Durch die handlungsforschende Begleitung der in den Zukunftswerkstätten angestoßenen Projekte sollten vertiefte Erkenntnisse gewonnen werden sowohl über die Motivation älterer Migrant/innen zu einem zivilgesellschaftlichem Engagement als auch bezogen auf das „situierte Lernen“ innerhalb entsprechender „Communities of Practice“ sowie der Möglichkeiten und Grenzen einer professionellen Begleitung solcher Lernprozesse.

Für diese Analyse haben wir an das Konzept der „Critical Incidents“ angeschlossen. Diese zielt durch eine genaue und strukturierte Analyse

der kritischen Situationen sowohl in den „Interaktionen innerhalb der Community of Practice“ (Göbel 2003: 6) als auch den „Interaktionen zwischen der Community of Practice und ihrem Umfeld“ (ebd.) darauf, auch verallgemeinerbare Erkenntnisse zu solchen über Bewältigungs- und Verarbeitungsstrategien erfolgenden Bildungsprozesse zu gewinnen (vgl. May/Alisch 2013: Kap. 8).

Kritische Situationen, die die Nachhaltigkeit der Arbeit innerhalb der Fokus- und Projekten beeinflussen (positiv wie negativ) wurden ebenso analysiert, wie das Verhältnis dieser Gruppen zur Moderation. Aus einer Perspektive, die Praxis nachhaltig zu verändern versucht, waren gerade in dieser Analyse Erkenntnisse zu erwarten, die für eine Qualifizierung von Akteuren in der Gemeinwesen-, Integrations- oder Migrationsarbeit mit älteren Menschen sowie in der künftigen Hochschulausbildung von Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagog/innen relevant werden.

Wie die mit großem persönlichen Engagement entwickelten Projektideen der Gruppen älterer Migrant/innen in das institutionalisierte Hilfesystem Eingang finden und wie solche Prozesse partizipativer Projektentwicklung zu den Routinen der administrativen Planung passen, war ebenfalls Gegenstand der Critical Incidents-Analyse (vgl. Alisch 2012; s. dazu ausführlich den Beitrag von Monika Alisch in diesem Band). Methodisch war auch diese Phase so angelegt, dass unsere Rekonstruktionen den Praxisträgern in quartiersübergreifenden Diskussionen rückgekoppelt wurden.

Erfahrungen

Während im herrschenden öffentlichen Diskurs zur Teilhabe älterer Zuwanderer vor allem Sprachschwierigkeiten und traditionelle Geschlechterrollenvorstellungen (z.B. die Kopftuchdebatte) als Teilhabebarrrieren problematisiert werden, erwiesen sich im AMIQUUS Projekt „geringere Gelegenheitsstrukturen sowie Benachteiligungserfahrungen“ (ISG/WZB 2009: 169) als gravierendste Partizipationshemmnisse. Dabei zeigte sich auch, dass sich hinter vermeintlich fehlenden Kompetenzen der älteren Zugewanderten häufig eigentlich „geringere Gelegenheitsstrukturen“ verbergen.

Dies bezieht sich vor allem auf den Zugang zu Ressourcen und die Erwartung des institutionalisierten Hilfesystems an die älteren Zuwanderer

als „Klientel“, sich zur Ressourcenerschließung vollständig den dort vorgegebenen Regeln anzupassen (s. dazu ausführlich den Beitrag von Monika Alisch in diesem Band).

Wir haben mit dem AMIQUUS Projekt auch versucht, informelle Netzwerke migrantischer Selbsthilfe, deren zuvor unvorstellbare Breite erst durch die AMIQUUS-Befunde (vgl. Alisch/May 2013; Alisch/May 2013a) ins Licht wissenschaftlicher und politischer Öffentlichkeit gerückt wurde, zu Formen öffentlicher Selbstorganisation weiterzuentwickeln. Hier zeigte sich, dass für ältere Zugewanderte aus einem bis dato häufig auf Situationsbewältigung und Unmittelbarkeit ausgerichteten Lebenszusammenhang – dem jegliche Grundlage für eine solide Zukunftsplanung schlicht fehlt(e) –, es schon eine große Herausforderung darstellt, zur Veränderung ihrer Lage, ihren bisher nur auf spontanen Selbstregulierungen und auf Wechselseitigkeit ausgerichteten Selbsthilfeansätzen eine mittelfristige Organisationsperspektive zu geben (hierzu ausführlich Michael Mays Beitrag in diesem Band).

Nach unseren Erfahrungen scheint es demnach wenig erfolgsversprechend, Menschen, die ihre alltägliche Reproduktion und die ihrer Familie bisher nur im Rahmen eines informellen Hilfsnetzwerkes auf Gegenseitigkeit gewährleisten konnten, für formellere Formen eines „freiwilligen Engagements“ zu gewinnen. Vielmehr gilt es umgekehrt, ihre bisher weitgehend übersehenen informellen Engagementformen nachhaltig infrastrukturell zu unterstützen. Denn zumindest bei den von uns untersuchten älteren Zugewanderten sind diese Hilfsnetzwerke an ihre Grenzen gekommen, haben wir doch in dem Untersuchungsquartier mit der am stärksten ausgeprägten Nachbarschaftshilfe zugleich auch die höchsten Unterstützungsbedarfe vor allem bei der Pflege von Angehörigen.

Statt entsprechende Orte als Gelegenheitsstrukturen, die über gemeinsames aktives Handeln von verschiedenen Bevölkerungsgruppen angeeignet werden können, als Infrastruktur öffentlich zur Verfügung zu stellen, erfolgt eine Finanzierung professioneller Engagementförderung sowie von Betätigungsangeboten aufgrund sinkender kommunal zur Verfügung stehender Mittel und zunehmenden zentralistischen Steuerungsversuchen heute sehr stark über eine Projektförderung. Dies setzt die in solchen Projekten hauptamtlich Tätigen unter Legitimationszwang und führte in AMIQUUS Projekten teilweise soweit, dass Initiativen der älteren Migrant/innen nicht nur so umdefiniert werden mussten, dass sie in die entsprechenden Projektförderung passten, sondern dass sie gleich ganz als Leistung der Professionellen ausgegeben wurden.

Strukturell betrachtet scheint hier die Einrichtung kommunaler Ressourcen- bzw. „Quartierfonds“ nach dem Vorbild der Programmatik der Sozialen Stadtentwicklung (vgl. Alisch 2002), über die Initiativen selbst verfügen können, die sich um solche Mittel bewerben, ein wichtiges Mittel zur Lösung des Problems und damit auch einer demokratischen Engagementförderung. Denn wenn solche Initiativen selbst einen Modus der Verteilung finden müssen, können sie sich in der Diskussion nicht allein darauf beschränken, ihr spezifisches Eigeninteresse zu vertreten. Vielmehr müssen sie sich dabei auf ein ‚Gemeinwohl‘ beziehen, das durch diesen Prozess politisch an Konturen gewinnt.

Unsere handlungsforschende Begleitung der lokalen AMIQUUS-Projekte endete im Frühsommer 2012. Eine fließende Übergabe der Verantwortung für eine nachhaltige Unterstützung der entstandenen Projektgruppen an die lokalen Akteure der Gemeinwesenarbeit ist nicht an allen vier Standorten in gleicher Weise gelungen. Die von uns vorgefundene Praxis innerhalb des institutionalisierten Hilfesystems, auch für die selbstorganisierten Projekte der älteren Migrant/innen eine vollständige Anpassung an die bestehenden, allerdings meist unbekannten Strukturen und Regeln zu erwarten, ist nur schwierig zu leisten und führte ohne weitere vertrauensvolle Unterstützung der Gruppe dazu, dass Einzelne ihr Engagement beendeten. Manche Projektinitiative scheint in den Regelbetrieb der lokalen Einrichtungen aufgegangen zu sein (vgl. ausführlich May/Alisch 2013, Kap 8). Andere Projektgruppen ergriffen wiederum selbst die Initiative und organisierten sich noch vor Projektende eine Struktur für weitere regelmäßige Treffen, übernahmen ein Nachbarschaftscafé, durchaus verbunden mit dem Ziel, weiter an gemeinsamen Interessen und Ideen zu arbeiten.

Auch wenn mit der Verleihung des Hessischen Integrationspreises 2012 an die AMIQUUS Projektaktiven eine beachtliche öffentliche Aufmerksamkeit für die lokalen AMIQUUS-Projekte und das Engagement älterer Migrant/innen erreicht werden konnte, ist es uns nicht gelungen, die Hindernisse beim Öffnen von Zugängen zu materiellen wie immateriellen Ressourcen, auszuräumen. Dass Professionelle in der Gemeinwesen-, Integrations- und Migrantenarbeit aber auch in der öffentlichen Verwaltung sich in ihrer Bereitschaft, unkonventionelle Wege auszuprobieren, partizipativ entwickelte Projekte entsprechend zu stützen, sich maßgeblich innerhalb der institutionellen Strukturen orientieren, mag hier ein wesentlicher Grund sein. Die Hinwendung zu den älteren Migrant/ in-

nen als Bürger/innen generell und als Zielgruppe einer sozialen Kommunalpolitik bleibt somit ambivalent.

Literatur

- Alisch, M. (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen.
- Alisch, M. (2012): Partizipation älterer Migrant/innen: Zur Vereinbarkeit von Selbstorganisation, Partizipation und politisch administrativer Planung. In: Weber, S. M./ Göhlich, M./ Schröer, A./Fahrenwald, C./ Mucha, H. (Hrsg.): Organisation und Partizipation: Beiträge der Kommission Organisationspädagogik. S. 283-291.
- Alisch, M. (2013): Sozialraum-/Netzwerk-Tagebücher. Online verfügbar unter www.Sozialraum.de/methodenkoffer. letzter Zugriff am 11.10.2013.
- Alisch, M./May, M. (2013a): Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): „Alter“. Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“. Nr. 4-5/2013.
- Alisch, M./May, M. (2013b): Formen der Selbstorganisation älterer Menschen in benachteiligten Lebenslagen als Basis „sorgender Gemeinschaften“. In: Infodienst Altersfragen, Deutsches Zentrum für Altersfragen. Ausgabe Juni 2013.
- Badawia, T./Hamburger, F./Hummrich, M. (Hrsg.) (2003): Wider die Ethnisierung einer Generation. Beiträge zur qualitativen Migrationsforschung. Frankfurt am Main u.a.
- Haug, S./Müssig, S./Stichs, A. (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz. Nürnberg (Forschungsbericht, 6). Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politikgesellschaft/DIK/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf?__blob=publicationFile
- Bohnsack, R. (2010): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 1. Aufl. Stuttgart.
- Bukow, W.-D. (1996): Feindbild. Minderheit: Ethnisierung und ihre Ziele. Opladen
- BMFSFJ (Hrsg.), Altern im Wandel. Zentrale Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys (DEAS), Berlin 2012, S. 31. Online verfügbar unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Altern-im-Wandel,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Cohen, Philip (1986): Die Jugendfrage überdenken. In: Cohen, Philip; Lindner, Rolf; Wiebe, Hans-Hermann (Hg.): Verborgene im Licht. Neues zur Jugend-

- frage. Frankfurt am Main: Syndikat (Taschenbücher Syndikat/EVA, Bd. 65), S. 22–97.
- Dangschat, J.S./Alisch, M. (2012): Perspektiven der soziologischen Segregationsforschung. In: May, M./Alisch, M. (Hrsg.): Formen sozialräumlicher Segregation. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 7. Opladen; Berlin, Toronto. S. 23–50.
- Friedrich, L. (2008): Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nürnberg (Integrationsreport, 4). Online verfügbar unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp21-wohnen-innerstaedische-segregation.pdf?__blob=publicationFile.
- Geiss, S./Gensicke, Th. (2005): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. In: TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trendhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München (BE 10-35212), S. 347–400. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.bund.de/RedaktionBMFSFJ/Engagementpolitik/Pdf-Anlagen/freiwilligen-survey-langfassung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Göbel, K. (2003): Critical Incidents – aus schwierigen Situationen lernen. Vortrag im Rahmen der Fachtagung Lernnetzwerk Bürgerkompetenz. Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung, Frankfurt. Online verfügbar unter <http://www.dipf.de/de/projekte/pdf/critical-incidents-2013-aus-schwierigen-situationen-lernen/view>.
- Hafezi, W. (2001): Lebens- und Bedürfnislagen älterer werdender Einwohner in Bonn. Diss. Fernuniversität Gesamthochschule Hagen
- Häußermann, H. (2007): Effekte der Segregation. In: FORUM WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG (FW): Zeitschrift des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (5), S. 234–240. Online verfügbar unter <http://www.vhw.de/nc/publikationen/studien>.
- ISG/WZB im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009): Integration in Deutschland. Erster Integrations-indikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Berlin.
- Krumme, H./Hoff, A. (2004): Die Lebenssituation älterer Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. In: Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Abschlussbericht Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse der zweiten Welle des Alterssurveys. Berlin. S. 455–500.
- May, M. (2008): Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum. In: May, M./Alisch, M. (Hrsg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen

- und urbanen sozialen Räumen. Opladen / Farmington Hills, Bd. 2 Reihe Beiträge zur Sozialraumforschung. S. 45-64.
- May, M. (2010): Produktionsweisen des Sozialen älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. In: Pilch Ortega, A./Felbinger, A./Mikula, R./ Egger, R. (Hrsg.): Macht – Eigensinn – Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe. Wiesbaden. S. 189–210.
- May, M. (2012): Integration und Segregation: Ein Blick auf die wissenschaftliche Debatte in Deutschland. In: May, M./Alisch, M. (Hrsg.): Formen sozialräumlicher Segregation. Opladen; Berlin, Toronto: (Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 7), S. 73–102.
- May, M./Alisch, M. unter Mitarbeit von Dölker, F./Fröba, S./ Kovacevic, M./Laabdallaoui, N. (2013): AMIQUUS – Unter Freunden. Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 8. Opladen, Berlin, Toronto.
- Mecheril, P. (2007): Politische Verantwortung und Kritik. In: Figatowski, B./ Haile Gabriel, K./Meyer, M. (Hrsg.): The making of migration. Repräsentationen, Erfahrungen, Analysen. 1. Aufl. Münster. S. 24–32.
- Özcan, V./ Seifert, W. (2006): Lebenslage älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Lebenssituation und Gesundheit älterer Migranten in Deutschland. Berlin: Lit (Experten zum fünften Altenbericht der Bundesregierung, Bd. 6), S. 7–76. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/oezcan-lebenslage-aelterer-migrantinnen-migranten,property=pdf,bereich=potenziale,rwb=true.pdf>.
- Sauer, M. (2010): Teilhabe und Orientierungen türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zehnten Mehrthemenbefragung 2009. Hrsg. Von der Stiftung Zentrum für Türkeistudien. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen. Online verfügbar unter http://www.integraton.nrw.de/projekte_konzepte/Integration_Allgemein/Mehrthemenbefragungen_tuerkischstaemmiger/10_mehrthemenbefragung_2009.pdf.

SAĞLIK¹. Netzwerke und sozialraumorientierte Gesundheitsförderung älterer türkischer Frauen und Männer in Hamburg

Buchcik, J. / Schattschneider, R. / Beyer, A. / Schmoecker, M. / Deneke, C. / Westenhöfer, J.

*Prof. Dr. Joachim Westenhöfer, Prof. Mary Schmoecker, Christiane Deneke, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg), Competence Center Gesundheit (CCG) / Wissenschaftliche Mitarbeiter/ innen: Annette Beyer, Johanna Buchcik, Ralf Schattschneider
Kontakt: Joachim.Westenhoefer@haw-hamburg.de*

Einleitung

Insgesamt lebten im Jahr 2005 rund 15,1 Mio. Migrant/innen² der ersten, zweiten und nachfolgenden Generation in Deutschland, im Jahr 2011 waren es bereits rund 16 Mio. (Mikrozensus 2009: 38; 2012: 56). Davon zählten 944.000 zu der Altersgruppe der 65-75-Jährigen, Personen in einem Alter von 55-65 Jahren waren mit einer Anzahl von 1.614.000 weitaus häufiger vertreten (ebd. 2012). Soziodemographisch spezifiziert gehören somit Migrant/innen derzeit überwiegend zur Gruppe der ‚jungen Alten‘. Damit muss davon ausgegangen werden, dass Problemlagen des Alter(n)s bei Migrant/innen in den kommenden Jahren zunehmen und daher zielgruppenspezifische Bewältigungsstrategien gefordert sind.

Zudem verweisen vorhandene Studien und Sekundäranalysen auf eine

-
- 1 Sağlık ist ein türkisches Wort und bedeutet Gesundheit.
 - 2 Mit dem Begriff ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ werden nicht nur die Zugewanderten bezeichnet, sondern auch deren Kinder und Enkelkinder. Für diese Generation kann die Migrationserfahrung mitunter noch immer prägend sein, auch wenn sie selbst bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Bundesministerium des Innern (BMI) 2012). In diesem Beitrag geht es um türkische Frauen und Männer der ersten Generation, die in der Regel eine eigene Migrationserfahrung besitzen. Aus diesem Grund wird von ‚Migrantinnen und Migranten‘ gesprochen.

hohe Prävalenz chronischer Krankheitsbilder und funktionaler Beeinträchtigungen unter älteren Migrant/innen. Nach Berechnungen des sozio-ökonomischen Panels gaben 1997/2001 mit 20,2 % fast doppelt so viele Migrant/innen zwischen 45 und 64 Jahren an, im Alltag stark eingeschränkt zu sein, als Menschen ohne Migrationshintergrund derselben Altersgruppe (Özcan/Seifert 2006). Auch die subjektive Gesundheitszufriedenheit - ein guter Indikator für die individuelle gesundheitliche Situation - ist ab der Altersgruppe der 65-Jährigen türkischen Migrant/innen niedriger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (Razum et al. 2008).

Ältere Migrant/innen sind jedoch nicht prinzipiell ‚kränker‘ als andere Menschen (Knipper/Bilgin 2009). Vielmehr ist ihr Gesundheitszustand auf schlechtere Arbeitsbedingungen während des Erwerbslebens inklusive eines erhöhten Arbeitsunfallrisikos zurückzuführen, was wiederum mit einem durchschnittlich niedrigeren sozioökonomischen Status im Zusammenhang steht (Razum et al. 2008), letztendlich resultieren daraus ungünstigere Lebensbedingungen (Kirkcaldy et al. 2006). Insgesamt verweist somit die soziale Lage von Migrant/innen auf gesundheitsspezifische Förderpotenziale.

Insbesondere Personen des engeren sozialen Netzwerkes fungieren in diesem gesundheitsförderlichen Kontext sowohl als Hilfeleister/innen bei gesundheitsbezogenem Unterstützungsbedarf und bei Krisen als auch als Multiplikator/innen und Motivator/innen der älteren Menschen im Hinblick auf gesundheitsbewusstes Verhalten.

1. Soziale Netzwerke und Gesundheitsförderung älterer Migrant/innen

Soziale Netzwerke umfassen nach Straus (1990) alle Personen und Institutionen, zu denen eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt regelmäßig oder unregelmäßig in Kontakt steht. In der Netzwerkforschung werden primäre Netzwerke, wie Freunde und Verwandte, sekundäre Netzwerke, z.B. Nachbarschaft, Freizeitgruppen und Vereine, sowie tertiäre Netzwerke, vor allem professionelle Dienste und Ärzte, unterschieden (ebd.). Je umfassender, je heterogener und je tragfähiger ein solches persönliches Netz beschaffen ist, desto – so scheint es – optimaler sind die Möglichkeiten, Zugang zu gesundheitsbezogenen Informati-

onen und Angeboten zu erhalten und diese zu nutzen.

Aus der Perspektive der Gesundheitsförderung besitzen soziale Netzwerke präventive, kurative und rehabilitative Funktionen (Gerhardter 1998: 56). Generationsübergreifende Beziehungen und Nachbarschaften sowie bürgerschaftliches Engagement nehmen daher zukünftig eine relevante Rolle im Hinblick auf Hilfs- und Unterstützungsleistungen sowie die Vermeidung von Isolation und Vereinsamung älterer Menschen ein. Auch bezüglich gesundheitsfördernder Maßnahmen gewinnt dieser sogenannte dritte Sozialraum (Dörner 2007) neben professionellen und familiären Hilfen an Bedeutung. Aus netzwerkorientierten Forschungen zu älteren Migrant/innen ist bekannt, dass diese zwar zum Teil in recht umfangreiche soziale Netze eingebunden sind, diese jedoch vornehmlich als ‚Geselligkeitskontakte‘ bezeichnet werden müssen. Im Hinblick auf praktische Hilfe und emotionale Unterstützung bei Krisen liefert vor allem die Kernfamilie verlässliche Bindungen (Olbermann 2003; Dietzel-Papakyriakou/Olbermann 1996).

Die Kontaktpersonen in sozialen Netzwerken von älteren türkischen Migrant/innen bestehen hauptsächlich aus Personen des eigenen Herkunftslandes. Diese ethnischen Netzwerke, unter anderem bestehend aus Verwandten, Nachbar/innen und Kontakten zu migrantischen Selbstorganisationen, bergen ein hohes Solidaritäts- und Selbsthilfepotenzial (ebd.: 248ff.). Da ihnen die Funktion zugesprochen wird – insbesondere für die erste Einwanderergeneration, die größtenteils über geringe Deutschkenntnisse verfügt – ein Ort zu sein, an dem Ältere soziale Anerkennung und Wertschätzung erfahren, sind sie auch im Hinblick auf gesundheitsfördernde Effekte nicht zu unterschätzen.

Netzwerke innerhalb der Familie können bei starken Belastungen jedoch schnell an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeiten kommen. Weiterhin schränkt sich mit zunehmendem Alter die Möglichkeit, soziale Kontakte außerhalb der Familie und des sozialen Nahraums zu pflegen, sukzessive ein. Durch Beendigung der Berufstätigkeit, durch Tod und Krankheit nahe stehender Personen, aufgrund von geringen materiellen Ressourcen, durch Verschlechterung des Gesundheitszustandes und der Mobilität nehmen Anzahl und Intensitätsgrad persönlicher Kontakte im Alter und damit auch die Nutzung gesundheitsfördernder Maßnahmen ab.

In der Netzwerkforschung wird davon ausgegangen, dass soziale Netze

neben emotionaler und kognitiver Unterstützung auch pragmatischen und finanziellen Beistand liefern sowie eine Brückenfunktion in andere Netzwerke übernehmen, indem sich weitere Vernetzungsmöglichkeiten auf der Grundlage vorhandener Kontakte aktivieren lassen. Je heterogener sich ein Netzwerk zusammensetzt, desto leichter entstehen Zugänge zu weiteren, auch formellen Netzwerken. Die Aktivierung und die Öffnung bestehender lokaler sozialer Netzwerke älterer Migrant/innen können daher als instruktive Elemente der Förderung der sozialen Teilhabe an Angeboten des regulären Altenhilfe- und Gesundheitssystems eingeschätzt werden. Vor diesem Hintergrund wird die Einbeziehung von vertrauenswürdigen Schlüsselpersonen als ein zentraler erster Zugang zur Zielgruppe gesehen: Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA 2011) schreibt dem Multiplikatorenkonzept (systematische Einbindung von Multiplikator/innen) als eines der zwölf Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung eine bedeutende Rolle zu.

Zusammengefasst ist damit für die praktische Umsetzung einer netzwerkorientierten Gesundheitsförderung bedeutsam, die Bedingungen zur Stabilisierung und zum Ausbau sozialer Netzwerke inklusive der Aktivierung relevanter Anknüpfungspunkte zu stärken, um letztendlich in einer niedrigschwelligen und ‚kleinteiligen Offensive‘ die Unterstützung von Multiplikator/innen und Schlüsselpersonen zu aktivieren.

2. Projekt, SAĞLIK ‘und die Bedeutung der Netzwerke

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt SAĞLIK (Laufzeit: 01.05.2010 – 31.12.2013, Förderkennzeichen 17SO1X10) befasst sich mit der Gesundheitsförderung von älteren türkischen Migrant/innen. Zielgruppe sind ältere Frauen und Männer über 60 Jahre ohne Pflegestufe, die in den Hamburger Stadtteilen Billstedt, Wilhelmsburg des Bezirkes Mitte und in den Stadtteilen Altona-Altstadt, Altona-Nord des Bezirkes Altona leben. Ausgangspunkt für die Auswahl der Stadtteile ist der relativ hohe Anteil an dort lebenden türkischen Frauen und Männern über 60 Jahre. Der in diesen Stadtteilen enthaltene durchschnittliche Anteil dieser Zielgruppe liegt bei 26% (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein n. Melderegister 2012).

Es ist evident, dass multifaktorielle Zugänge in der Gesundheitsförderung älterer Menschen wirksamer sind als isolierte Maßnahmen (Küm-

pers 2008). Auch umfassenden Programmen der Gesundheitsförderung für ältere, selbständig lebende Menschen konnten positive Effekte zugeschrieben werden (exemplarisch Dapp 2008). Ältere Migrant/innen erreichen diese jedoch in der Regel nicht (Spallek/Razum 2007).

Speziell für die Zielgruppe älterer türkischer Frauen und Männer wurden im Projektverlauf Angebote der sozialraumorientierten Gesundheitsförderung mit den Schwerpunkten der Förderung von gesunder Ernährung, Bewegung und sozialer Teilhabe entwickelt und umgesetzt. Dies zielt grundsätzlich auf die physischen, alltagsbezogenen und psychosozialen Dimensionen von Lebensqualität sowie die Erhaltung der Selbstständigkeit älterer Menschen ab.

Für soziale Partizipation bzw. positiv erlebte soziale Beziehungen ist kennzeichnend, dass diese unterstützend wirken und das Selbstwertgefühl verbessern. Soziale Teilhabe wirkt sich zudem positiv auf das Gesundheitsverhalten älterer Menschen aus und verbessert Kompensations- und Bewältigungsmöglichkeiten, umgekehrt befördern soziale Isolation und Einsamkeit Krankheit, Depressionen und den Abbau kognitiver Fähigkeiten (Cornwall/Waite 2009).

Ein bedeutsamer Faktor im Kontext der Gesundheitsförderung ist die Verbesserung der Teilnahme an Angeboten der Gesundheitsförderung über die Sicherung der sozialen Teilhabe. Diese zielt auf zwei, im Implementierungsprozess zu berücksichtigenden Ebenen: die persönlichen sozialen Netzwerke der Älteren (primäre und sekundäre Netzwerke) sowie die professionellen Netzwerke im Sozial- und Gesundheitswesen (tertiäre Netzwerke). Das Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität der Zielgruppe und die Erhaltung ihrer Ressourcen im Alter. Um Nachhaltigkeit zu erreichen und ältere Frauen und Männer zu gesundheitsförderndem Verhalten befähigen und aktivieren zu können, werden primäre und sekundäre Netzwerke mit der Unterstützung von Schlüsselpersonen (Gesundheitsmediator/innen, Kooperationspartner/innen, Einrichtungen) anvisiert, genutzt und mit gesundheitsförderlichen Aspekten versorgt.

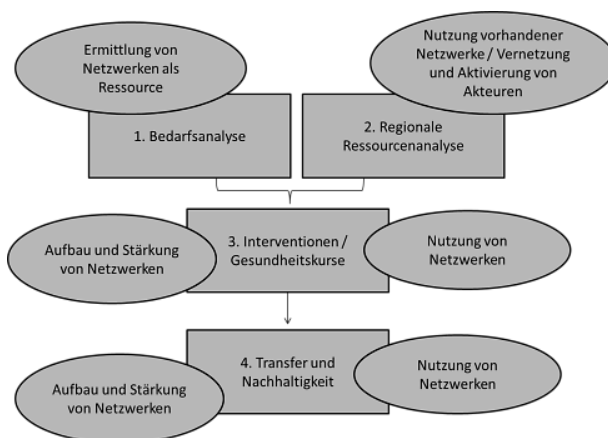
In Bezug auf die Vernetzung der institutionellen Akteure im Feld zielt das Projekt SAGLIK darauf ab, bestehende gesundheitsorientierte tertiäre Netzwerke in den ausgewählten Bezirken und Stadtteilen zu stärken. Dazu zählt die Einspeisung von (Zwischen-)Ergebnissen des Projektes

wie auch die Verbreitung von Informationen aus Praxiseinrichtungen sowie von anderen Kooperationspartner/innen. Ziel dieses Vorgehens ist es, gesundheitsbezogene Informationen und Angebote in den Stadtteilen transparenter zu machen und stärker zu bündeln.

Angelehnt an der Ausrichtung des Projektes ‚SAGLIK‘ lautet die zentrale Fragestellung dieses Beitrags: Wie können gesundheitsförderliche Interventionen, unter der Nutzung von Netzwerken, erfolgreich gestaltet und umgesetzt werden?

Das Projekt ist in vier zentrale Arbeitsbereiche gegliedert:

Abbildung 1: Zentrale Bereiche des Projektes SAGLIK und die Bedeutung der Netzwerke innerhalb dieser Bereiche; Quelle: eigene Darstellung



Aufbauend auf einer Bedarfs- und regionalen Ressourcenanalyse und einem sozialraumorientierten Ansatz der Gesundheitsförderung wurde ein niedrigschwelliges Angebot zur Förderung von gesunder Ernährung, Bewegung und sozialer Teilhabe entwickelt und implementiert. Im Folgenden wird der Stellenwert der Netzwerke in den jeweiligen vier Arbeitsbereichen dargestellt.

2.1 Bedarfsanalyse

Ziel und Methode: Das Ziel der Bedarfsanalyse war die Exploration der Bedarfe und Ressourcen zur Verbesserung der Lebensqualität der Zielgruppe. Hierfür wurden im Zeitraum Januar 2011 bis Juli 2011 ältere türkische Frauen und Männer ab 60 Jahre befragt. Die insgesamt 100 Interviews beinhalteten u.a. Fragen zu Themen wie den sozialen Kontakten (Art und Häufigkeit der Kontakte), der Nutzung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, der gesundheitsbezogenen Lebensqualität, Bewegung (körperliche Aktivität/Sport/Anstrengung), Ernährung und Selbstwirksamkeitserwartung. Zusätzlich wurden soziodemografische und sozioökonomische Daten erhoben. Die Befragten wurde in den ausgewählten Stadtteilen in ihnen bekannten Settings aufgesucht, z.B. in Moscheen, türkischen Vereinen, Gemeinden, Altentagesstätten oder Freizeiteinrichtungen.

Ausgewählte Ergebnisse: Grundsätzlich verweist die Analyse auf Bedarfe zur Verbesserung der gesunden Ernährung, der Bewegung und der Stärkung der sozialen Teilhabe außerhalb der eigenen ethnischen Netzwerke. Hinsichtlich der sozialen Netzwerke zeigen die Ergebnisse im Einzelnen, dass die primären Verknüpfungen besonders innerhalb der Familien ausgeprägt sind: Dabei ist die Zahl der täglichen Kontakte der Männer zu Kindern und Enkeln (60,9% bzw. 28,3%) etwas höher als die der Frauen (55,6% bzw. 20,4%). Wöchentlichen Kontakt zu ihren Kindern haben 31,5% der Frauen und 30,4% der Männer. Zu anderen Verwandten haben Frauen etwas häufiger als Männer täglichen Kontakt (w: 25,9%, m: 23,9%).

Deutliche Unterschiede hierzu gibt es hingegen bei außerfamiliären Kontakten, die viel eher von den Männern wahrgenommen werden: Sehr viel häufiger als Frauen gehen Männer (m: 21,7%, w: 9,3%) täglichen Begegnungen mit Freund/innen oder mit Moscheebesuchern (m: 10,9%, w: 0,0%) nach. Frauen hingegen treffen sich vorzugsweise mit Nachbar/innen: 20,4% der Frauen gaben an, sich täglich mit einer/m Nachbar/in zu treffen, bei den Männern waren es hingegen nur 6,5%. Begegnungsstätten wie z.B. Seniorentreffpunkte werden von beiden Geschlechtern sehr selten aufgesucht, so dass ein wöchentlicher Kontakt zu anderen Besucher/innen der Begegnungsstätten nur wenig bejaht wurde (m: 8,7%, w: 11,1%).

Diese Ergebnisse spiegeln sich in den außerhäuslichen Freizeitaktivitäten wieder, denn insgesamt gaben 77,8% der befragten Frauen und 84,8% der befragten Männer an, ihre Freizeit vorwiegend (d.h. täglich bzw. wöchentlich) mit dem Besuch von Familienmitgliedern und Freund/innen zu verbringen. Damit gehen Männer häufiger außerhäuslichen Freizeitaktivitäten nach als Frauen. Dies zeigt sich vorzugsweise bei täglichen bzw. wöchentlichen Cafébesuchen (m: 52,2%, w: 16,7%) und der Teilnahme an religiösen Veranstaltungen (m: 41,3%, w: 25,9%). 74,1% der befragten Frauen und 78,3% der Männer gaben an, dass sie nie zu kulturellen Veranstaltungen gehen.

Soziale Netzwerke können als Ressource bei Gesundheitsfragen genutzt werden. Die Befragten wurden um die Angabe gebeten, wen sie wie oft bei gesundheitlichen Fragen aufsuchen bzw. konsultieren. Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem primäre Netzwerke bei Gesundheitsfragen innerhalb der Zielgruppe verstärkt herangezogen werden: Der größte Anteil der Männer (30,4%) fragt immer ihre Ehe-/Lebenspartnerin bzw. häufig (39,1%) die Kinder in gesundheitlichen Angelegenheiten, während Frauen seltener auf den Partner, sondern immer (18,5%) oder häufig (22,2%) auf die Kinder zurückgreifen. Im Gegensatz hierzu werden Bekannte und Nachbar/innen nur manchmal von einer geringen Anzahl der Befragten befragt (der Anteil der Frauen überwiegt jedoch in allen drei Bereichen).

Bedeutung der Netzwerke in dieser Arbeitsphase:

Der Zugang zur Zielgruppe erfolgte niedrigschwellig und aktiv durch Multiplikator/innen und geschulte muttersprachliche Interviewer/innen. Tertiäre Netzwerkakteure wie z.B. die Kooperationspartner (z.B. MiMi - Mit Migranten für Migranten e.V.) wurden genutzt, um weitere Zugänge zur Zielgruppe zu gewinnen. Im gesamten Vorgehen fungierten die Multiplikator/innen bzw. Schlüsselpersonen (z.B. Familienangehörige und/oder Verwandte der Befragten) als Mittler/innen und gewährleisteten einen vertrauensvollen Zugang zur Zielgruppe. Ein zentrales Ergebnis ist, dass die bestehenden Kontakte hauptsächlich im ‚Nahbereich‘, also in primären und sekundären Netzwerkstrukturen verortet sind. Für die geplanten Interventionen ergibt sich daraus die Anforderung, bis in diese Bereiche hineinzuwirken und Anknüpfungspunkte zu ermöglichen.

2.2 Regionale Ressourcenanalyse

Ziel und Methode: Das Ziel der regionalen Ressourcenanalyse war eine Erhebung der bestehenden Angebote zur Gesundheitsförderung mit den Schwerpunkten der gesunden Ernährung, Bewegung und Förderung sozialer Teilhabe. Die Erhebung beinhaltete u.a. die Erfassung der Angebotsstruktur unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte. Hierbei wurden u.a. die Kosten gesundheitsförderlicher Angebote, der Ort der Angebotsnutzung, die Erreichbarkeit und Öffnung, die Zugangswege und ggf. Barrieren (z.B. sprachliche, finanzielle) sowie die Verbreitung in der Öffentlichkeit erhoben. Die Datensätze wurden durch halbstrukturierte, leitfadengestützte (telefonische) Interviews mit Leitungen oder Mitarbeiter/innen verschiedener Einrichtungen (z.B. regionale Sportvereine, Volkshochschule, Seniorentagesstätten) zum Projektbeginn erhoben. Aufgrund zum Teil fehlender Angaben (z.B. wenn Informationen nicht verfügbar waren oder nicht in Erfahrung gebracht werden konnten) beziehen sich einige Werte nicht auf die volle Anzahl der erfassten Angebote, sondern auf die in Klammern angegebene Anzahl (n=...).

Ausgewählte Ergebnisse: Insgesamt konnten 172 Angebote aus 143 Einrichtungen ausgewertet werden. Zu den fünf häufigsten Einrichtungenarten gehörten Sportvereine, Seniorentreffs/-organisationen, Migrantenorganisationen, Stadtteiltreffs und sonstige Einrichtungen (z.B. Hilfe zur Selbsthilfe, Beratung). Die Angebotsfrequenz variiert je nach Angebot, dennoch können die Angebote überwiegend regelmäßig, und zwar wöchentlich oder sogar mehrmals pro Woche, genutzt werden. Knapp unter der Hälfte der Angebote (49%, n=99) sind kostenfrei. Andere Angebote variieren in der Zahlungspflicht zwischen Beiträgen von 0,50€ pro Termin bis hin zu 77€ pro Monat. Die meisten Angebote (84%, n=144) werden in deutscher Sprache angeboten. Nur 13,2% der Angebote sind in türkischer Sprache nutzbar. Überwiegend (83,2%; n=101) werden die Angebote von Professionellen geleitet. Eine Anmeldung ist bei 53,6% der Angebote notwendig (n=97). Die Einrichtungen werben in erster Linie über das Internet für ihre Angebote (96,1%; n=128).

Bzgl. der Alters- und Geschlechtsstruktur lässt sich sagen, dass mehr als die Hälfte (58,6%, n=116) der Angebote sich an alle Altersgruppen richten und weitere 25,9% speziell an Personen im Alter von über 60 Jahren.

Auf der Ebene der tatsächlichen Nutzung wird deutlich, dass sogar 31,3% (n=99) der Einrichtungen von dieser Altersgruppe erreicht werden. 83,5% aller Angebote (n=140) richten sich sowohl an Frauen als auch an Männer. Von 107 Einrichtungen erreichen aber nur 34,6% (n=107) tatsächlich beide Geschlechter, 58,9% erreichen Frauen und 6,5% Männer.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in den ausgewählten Stadtteilen zwar gesundheitsförderliche Angebote auch für ältere Menschen vorhanden sind, die Zielgruppe der Älteren türkischen Migrant/innen jedoch nicht hinlänglich erreicht wird. Die Gründe hierfür können weitreichend sein. Sie können sowohl in der Angebotssprache liegen als auch in der häufigen Verbreitung der Angebote über das Internet, das von der Zielgruppe nur selten genutzt wird.

Bedeutung der Netzwerke in dieser Arbeitsphase

Ausgehend von den Ergebnissen besteht das Ziel darin, vorhandene und neue Angebote in die Netzwerkstrukturen älterer türkischer Frauen und Männer einzubinden. Dies ermöglicht eine verbesserte Information der Zielgruppe über gesundheitsförderliche Angebote und bereitet im Idealfall eine konkrete Teilnahme vor. Letztendlich gilt es, durch ein gezieltes, interkulturelles und interdisziplinäres Vorgehen bestehende Angebots- und Nutzungsstrukturen miteinander zu verbinden. Dabei ist die bloße Kenntnis voneinander wenig erfolgversprechend, vielmehr geht es um gezielte Strategien der gegenseitigen Aktivierung und Inanspruchnahme (z.B. durch Information und Empfehlung durch Arzt/innen und anderen Multiplikator/innen).

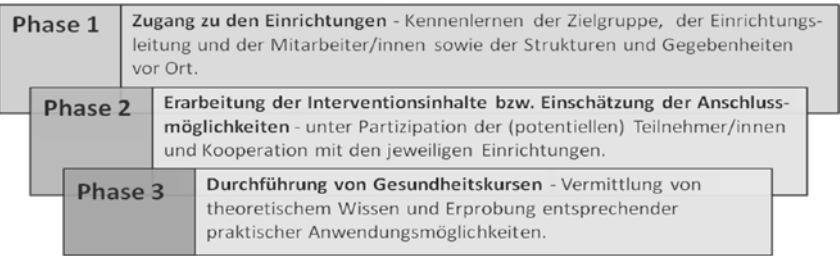
2.3 Interventionen und aktive Vernetzung

Die Interventionen, die im September 2012 begonnen haben und jeweils zehn Wochen andauerten, richten sich an den Bedarfen und Ressourcen der Zielgruppe aus (Ergebnisse der Bedarfsanalyse und der regionalen Ressourcenanalyse). Hinsichtlich einer konkreten Umsetzung wurden die Angebote in Zusammenarbeit mit kooperierenden Einrichtungen in türkischer Sprache durchgeführt und in bestehende Gruppen eingebunden. Dabei hat es sich als erfolgreich erwiesen, die gesundheitsorientierten Angebote an stadtteil- oder seniorenorientierte türkische bzw. multi-

kulturelle Einrichtungen anzubinden. Ein derartiges Vorgehen ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zur Zielgruppe im jeweils bekannten und wohnortnahen Setting. Eine Anbindung der Angebote für ältere türkische Migrant/innen an bestehende gesundheitsorientierte Einrichtungen ist im Gegenzug bislang nicht gelungen.

Die Vorbereitung, Ausrichtung und Durchführung der Gesundheitskurse lässt sich in drei Phasen einteilen (Abb. 2). Die Phasen sind dabei nicht als starre Vorgabe zu sehen. Vielmehr repräsentieren sie einen bewährten Referenzrahmen, in dem bisherige Gesundheitskurse kontextspezifisch entwickelt und situativ umgesetzt werden konnten:

Abbildung 2: Die Vernetzung mit den Einrichtungen, die Ausrichtung und Durchführung der Gesundheitskurse, Quelle: eigene Darstellung



Phase 1: Der Zugang zu den Einrichtungen

Das Ziel der ersten Phase bestand darin, die Einrichtungsleitung/en, die Mitarbeiter/innen sowie die Zielgruppe/n kennen zu lernen. Die Einrichtungsleitung wurde zu Beginn der Interventionsplanung aufgesucht und das erste Vorhaben beschrieben. Gemeinsam wurden neue Ansätze besprochen und das Programm modifiziert. Die Einrichtungsleitungen sind oftmals sehr gut in den Stadtteilen bzw. Quartieren vernetzt und können einen Zugang zu den Zielgruppen vorbereiten. Somit kann eine erste Anknüpfung an bestehende sekundäre bzw. primäre Netzwerke der Zielgruppe vorbereitet werden.

Ein vertrauensvoller Zugang auf der Interaktionsebene ist vor allem mit Hilfe von Mitarbeiter/innen der anvisierten Einrichtungen möglich. Davon ausgehend konnten einige Mitarbeiter/innen gewonnen werden, sich später auch aktiv an den Kursen zu beteiligen. Im Vorfeld ging es darum, die Zielgruppe (bislang konnten nur Frauen erreicht werden) kennen zu lernen und damit Teil ihrer Vernetzungsstruktur zu werden. Die Frauen hatten in dieser Phase Gelegenheit, ihre Vorstellungen bzgl. der Interventionen zu äußern, um diese dann bei der Entwicklung der Gesundheitskurse einfließen zu lassen.

Ein weiteres Ziel dieser Phase bestand darin, die Strukturen und Gegebenheiten vor Ort zu erfassen und sich diesen ggf. anzupassen. Hierzu zählen u.a. die Öffnungszeiten der Einrichtungen. Die räumlichen Gegebenheiten, wie z.B. das Vorhandensein einer Küche und eines großen Raumes, waren notwendig, um die praktischen ernährungs- und bewegungsrelevanten Übungen durchzuführen.

Phase 2: Erarbeitung der Interventionsinhalte bzw. Einschätzung der Anschlussmöglichkeiten

Die Schwerpunktsetzung der Interventionen auf ‚Ernährung, Bewegung und soziale Teilhabe‘ ist der Ausgangspunkt des gesamten Projektes. Die Bedarfs- und Ressourcenanalyse lieferte zusätzliche Hinweise für konkrete Anknüpfungspunkte. Davon ausgehend orientiert sich die inhaltliche Ausgestaltung der Kurse an Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)³ aus dem Projekt „*Im Alter IN FORM: Gesund essen, mehr bewegen*“, der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)⁴ sowie des Auswertungs- und Informationsdienstes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (aid)⁵. Zusätzlich wurden in Zusammenarbeit mit den Einrichtungsleitungen und unter Einbeziehung potentieller Teilnehmerinnen Bestandteile angepasst und modifiziert. U.a. konnten Wünsche, wie z.B. Bewegungen für den Rücken oder Gesichtsmassagen, in die Kurse integriert werden.

3 <http://www.bagso.de/abgeschlossene-projekte/im-alter-in-form.html>

4 <http://www.dge.de/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=15>

5 <http://www.aid.de/>

Daneben erfolgte in dieser Phase auch die Rekrutierung der Teilnehmenden für die Gesundheitskurse. Im Zuge dessen konnte auch eine Einschätzung der Anschlussmöglichkeiten erfolgen. Dazu zählt, dass sich die Gruppen der Teilnehmenden hauptsächlich aus Nutzerinnen der kooperierenden Einrichtung zusammensetzten und vereinzelt Freund/innen, Bekannte oder Verwandte gewonnen werden konnten. Es stellte sich aber auch heraus, dass die Umsetzung eines Kursformats mit den Inhalten ‚gesunde Ernährung‘ und ‚Bewegung‘ eher Frauen anspricht. Zwar zeigten sich auch einzelne Männer interessiert, letztendlich war dies aber nicht weitreichend, so dass keine Kurse für Männer zustande kamen.

Phase 3: Durchführung von Gesundheitskursen

Die Gesundheitskurse setzen sich aus zehn wöchentlichen zweistündigen Terminen zusammen, in denen gesunde Ernährung und Bewegung thematisiert, diskutiert, praktisch erprobt und mittels ‚Hausaufgabe‘ in den Alltag eingeführt werden. Dies stellt eine Kombination aus Informationsvermittlung, Austausch in Form von Gesprächsgruppen und praktischer Umsetzung dar. Neben einer theoretischen Vermittlung zu den Themen Ernährung und Bewegung werden praktische Aufgaben und Übungen, wie zum Beispiel das Verkosten von Lebensmitteln, Genussübungen, das Herstellen von Milch-Shakes, das Erraten von Fettgehalt und -qualität von Fisch und Fleisch sowie die Berechnung des BMI, durchgeführt. Bewegungen im Sitzen und im Stehen und der Einsatz von Thera-Bändern sollen z.B. die Bewegungs- und Gehfähigkeit (Gleichgewicht) erhalten, die Muskulatur kräftigen sowie die Ausdauer trainieren. Die bearbeiteten Ernährungsthemen sollen die Teilnehmer/innen darin unterstützen, eine fett- und zuckerarme, energieangepasste Ernährung mit reichlichem Verzehr von Obst und Gemüse zu praktizieren. Im Vordergrund stehen dabei die Umsetzung von Verhaltensänderungen und der Aufbau von Veränderungsmotivation, während die theoretischen Inhalte darauf beschränkt sind, hierfür notwendiges Wissen zu vermitteln. Bisher konnten drei Kurse mit durchschnittlich elf Teilnehmerinnen durchgeführt werden.

Bedeutung der Netzwerke in dieser Arbeitsphase:

Kern der Intervention ist es, die potentiell Teilnehmenden in ihren be-

stehenden primären bzw. sekundären Netzwerken zu erreichen und diese durch tertiäre Anknüpfungsmöglichkeiten zu erweitern. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Führungskräfte bzw. Mitarbeiter/innen der kooperierenden Einrichtungen. Diese ermöglichen durch die Anbindung an eine konkrete Einrichtung die praktische Umsetzung der Kurse sowie die Kontaktaufnahme und Rekrutierung von Teilnehmer/innen. Letztendlich handelt es sich um eine niedrigschwellige Netzwerkanreicherung, in denen Gesundheitsangebote Teil der bereits vorhandenen Konstellationen werden. Dabei können Personen, die bisher noch keine Anbindung an Einrichtungen wie bspw. Seniorentreffs haben, nur indirekt erreicht werden, indem durch entsprechende Freund/innen, Bekannte oder Verwandte eine Einbindung erfolgt.

3. Transfer und Nachhaltigkeit

Der Transfer von Ergebnissen und Aktivitäten für eine Gesundheitsförderung von älteren türkischen Migrant/innen ist zum einen Teil das SAĞLIK ‘-Projektes selbst. Die einzelnen Schritte und Ebenen wurden zuvor innerhalb der Beschreibung der Interventionen verdeutlicht. Die im Zuge dessen verwendeten, entwickelten und ins Türkische übersetzten Kursmaterialien (z.B. ein Ernährungsprotokoll oder ein Interventionshandbuch) stehen nach dem Projekt für weitere Anwendungen zur Verfügung.⁶ Eine weitere Ebene des Transfers ist die Überführung der Ergebnisse der Ressourcenanalyse in eine Datenbank, die die stadtteilspezifische Suche von gesundheitsförderlichen Angeboten erleichtern soll.

Zentral für die Ermöglichung von Nachhaltigkeit sind die Akteure kooperierender regionaler (z.B. Bezirksamt Altona) und überregionaler Netzwerke (z.B. „Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.“ (HAG) oder „Mit Migrant/innen für Migrant/innen e.V.“ (MiMi)). Die Organisation MiMi e.V. spielt dabei eine Schlüsselrolle, da dort türkische Muttersprachler/innen für die Gesundheitskurse als Kursleiter/innen rekrutiert und geschult wurden. In Vereinbarung mit MiMi wird das auf diesem Wege aufgebaute Wissen inklusive des Zugangs zu den Einrichtungen weiter angewendet und ausgebaut. Den bezirklichen Gesundheitsverwaltungen sowie deren Einbindung in das Gesundheitsförderungsnetzwerk HAG kommt dabei die Rolle zu, Anbindungsmög-

⁶ Die Materialien und zusätzlichen Projektinformationen stehen unter <http://www.westenhoefer.de/forschung/projekte/saglik/> zur Verfügung.

lichkeiten für alle Seiten sichtbar zu machen. Grundlegend geht es darum, Zugriffsmöglichkeiten für Anbieter/innen und Nachfragende zu ermöglichen, um konkrete Interventionen zu platzieren.

Bedeutung der Netzwerke in dieser Arbeitsphase:

Die Frage nach der Nachhaltigkeit bzw. der Verstetigung ist für Vorhaben wie das ‚SAĞLIK‘-Projekt zum Teil paradox. Das Projekt selbst ist grundlegend Initiator einer zielgerichteten Vernetzung. Es ist zugleich aber auch aktiver tertiärer Netzwerkakteur. Das Problem ist beim Projektende erkennbar, da an dieser Stelle einer der tragenden Akteure nicht mehr existiert. Es sind also Vorsorgeleistungen notwendig, die die erarbeitete Netzwerkausrichtung und -konstellation weiter am Leben hält und im Idealfall noch erweitert. Konkret geht es also um die weitere Forcierung der ‚Gesundheitsförderung von älteren türkischen Migrant/innen‘ auf der Ebene der tertiären Netzwerke und des Transports der Thematik inklusive der Gesundheitskurse bis in die primären bzw. sekundären Netzwerke hinein. Für eine entsprechende Umsetzung sind die oben skizzierten Projektpartner/innen – insbesondere MiMi e.V. – vorgesehen. Ob und in welcher Form ein nachhaltiges Angebot entsteht, bleibt abzuwarten. Ein erster Schritt in diese Richtung ist getan, da aktuell ein von MiMi e.V. organisierter und angebotener Gesundheitskurs im Hamburger Stadtteil Veddel durchgeführt wird.

4. Schlussbemerkungen

Wenn der zum Teil in Praxiskontexten inflationär gebrauchte Begriff des ‚Netzwerks‘ oder des ‚Vernetzens‘ oft im Diffusen lässt, worum es sich konkret handelt (Zychlinski 2013: 215), ist mit den zuvor gemachten Ausführungen der Versuch einer exemplarischen Konkretisierung unternommen worden. Vor allem ging es darum, die praktischen Vorgehensweisen des sogenannten ‚Vernetzens‘ mit Netzwerkbegriffen zu beschreiben. Sicher ließen sich Interventionen auch anderweitig fassen und man könnte alleinig von Kooperationen, Öffnung von institutionellen Einrichtungen usw. sprechen. Aber durch die Anreicherung mit Netzwerksemantiken kann „der territorial-institutionelle(...) Nahraum bzw. dessen Beziehungssysteme als Ressource“ (ebd. 226) mit einbezogen werden.

Aus der spezifischen Ausrichtung der Gesundheitskurse und der Vernetzung in und mit konkreten Einrichtungen und deren Nutzer/innen erge-

ben sich verschiedene Reichweiten für die eigentliche Umsetzung von konkreten Angeboten. Auf der einen Seite können ältere Migrant/innen in ihrem vertrauten Setting erreicht werden und niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsförderung wahrnehmen. Auf der anderen Seite werden damit erst einmal ‚nur‘ Personen einbezogen, die bereits eine aktive Anbindung an kooperierende Einrichtungen vorweisen können. Zwar gibt es vereinzelte Mitnahmeeffekte, indem nicht-tertiär vernetzte Freund/innen, Bekannte oder Verwandte über entsprechende Angebote informiert und in die Einrichtungen mitgebracht werden. Aber die vorgestellte Ausrichtung der Interventionen ist nicht darauf ausgerichtet, primäre bzw. sekundäre Netzwerke ohne eine Anbindung an Einrichtungen der tertiären Ebene ‚aufzuspüren‘ und mit gesundheitsförderlichen Maßnahmen zu versorgen.

Ausgehend von diesen beiden exemplarischen Orientierungen wird ein Ausgangsproblem von setting-orientierten Interventionen deutlich, die sich der Zielgruppe ‚älterer Menschen‘ verschrieben haben. Maßnahmen in institutionell gerahmten Settings wie ‚Schule‘ oder ‚Unternehmen‘ sind oftmals erfolgreicher, da hier asymmetrische Machtkonstellationen effektivere Umsetzungsmöglichkeiten bieten, als temporäre soziale Gebilde bzw. nicht auf Dauer gestellte institutionelle Anbindungen (Rosenbrock/Hartung 2011: 235, zit. n. Gahleitner/Homfeldt 2013: 494). Dennoch oder gerade deswegen bietet die vorgestellte, SAGLIK-Intervention unter Netzwerkgesichtspunkten eine zielgruppenspezifische Möglichkeit erfolgreicher Gesundheitsförderung von älteren türkischen Migrant/innen.

Literatur

- BMI – Bundesministerium des Innern (2012): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2010. Berlin.
- BZgA – Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2011): Kriterien guter Praxis bei der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Ansatz – Beispiele – Weiterführende Informationen, 5. erweiterte und überarbeitete Auflage 2011.
- Cornwall, E. Y.; Waite, L. J. (2009): Social Disconnectedness, Perceived Isolation and Health among Older Adults. In: Journal of Health and Social Behaviour, 50, S. 31-48.

- Dapp, U. (2008): Gesundheitsförderung und Prävention selbständig lebender älterer Menschen. Eine medizinisch-geographische Untersuchung, Stuttgart.
- Dietzel-Papakyriakou, M.; Olbermann, E. (1996): Soziale Netzwerke älterer Migranten: Zur Relevanz familiärer und innerethnischer Unterstützung. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, H.1, S.34-41.
- Dörner, K. (2007): Leben und Sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem. Neumünster.
- Gahleitner, S. B.; Homfeldt, H. G. (2013). Gesundheitsbezogene Soziale Arbeit und soziale(s) Netzwerke(n). In: Fischer, J.; Kosellek, T. (Hrsg.): Netzwerke und Soziale Arbeit. Theorien, Methoden, Anwendungen. Weinheim und Basel, S. 494-516.
- Gerhardter, G. (1998): Netzwerkorientierung in der Sozialarbeit. Eine überblicksartige Zusammenstellung zu „Soziale Netzwerke“ und „Organisationsnetzwerke“. In: Pantucek, P./ Vyslouzil, M. (Hrsg.): Theorie und Praxis Lebensweltorientierter Sozialarbeit. St. Pölten, S.49-71.
- Kirkcaldy, B.; Wittig, U.; Furnham, A.; Merbach, Martin; Siefen, R. G. (2006): Migration und Gesundheit. Psychosoziale Determinanten. In: Bundesgesundheitsblatt Gesundheitsforschung Gesundheitsschutz, 9, S. 873-883.
- Knipper M.; Bilgin Y. (2009) Migration und Gesundheit. Sankt Augustin und Berlin.
- Kümpers, S. (2008): Alter und soziale Ungleichheit: Ausgangspunkte für sozialraumbezogene Prävention. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Olbermann, E. (2003): Soziale Netzwerke, Alter und Migration: Theoretische und empirische Explorationen zur sozialen Unterstützung älterer Migranten. Dissertation. Universität Dortmund. Online verfügbar unter: <http://dnb.info/96804350x/34>. Zugriff: 04.10.2013.
- Özcan, V.; Seifert, W. (2006): Gutachten für den 5. Altenbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Zentrums für Altersfragen zur Lebenslage älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Online verfügbar unter: <http://www.familien-wegweiser.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/oezcan-lebenslage-aelterer-migrantinnen-migranten,property%3Dpdf,bereich%3D,sprache%3Dde,rwb%3Dtrue.pdf>.Zugriff: 10.10.2013.
- Razum, O.; Zeeb, H.; Meesmann, U.; Schenk, L.; Bredehorst, M.; Brzoska, P.; Dercks, T.; Glodny, S.; Menkhaus, B.; Salman, R., Saß, A.-C.; Ulrich, R. (2008): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Migration und Gesundheit. Berlin: Robert Koch-Institut. Online verfügbar unter: http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/migration.pdf;jsessionid=8E299A605C469156432D906D1D2F6324.2_cid381?__blob=publicationFile. Zugriff: 15.10.2013.

- Rosenbrock, R.; Hartung, S. (2011): "Gesundheitsförderung und Betrieb". In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. Hamburg, S. 231-235.
- Spallek, J.; Razum, O. (2007): Gesundheit von Migranten: Defizite im Bereich der Prävention. In: Medizinische Klinik, 6, 102, S. 451-456.
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2012): nach Melderegister 31.12.2012 (nur Hauptwohnsitze), ergänzt um Schätzungen mit Migra-Pro durch das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Unveröffentlichte Daten.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011, Wiesbaden.
- Straus, F. (1990): Netzwerkarbeit. Die Netzwerkperspektive in der Praxis. In: Textor, M. R. (Hrsg.): Hilfen für Familien. Ein Handbuch für psychosoziale Berufe. Frankfurt/M., S. 496-520.
- Zychlinski, J. (2013): Netzwerke und Sozialraum in der Sozialen Arbeit – kritische Bestandsaufnahme eines spannungsreichen Verhältnisses. In: Fischer, J.; Kosellek, T. (Hrsg.): Netzwerke und Soziale Arbeit. Theorien, Methoden, Anwendungen. Weinheim und Basel, S. 215-231.

Die „Unerreichbaren“ erreichen: Methodische Zugänge zu älteren Zuwanderern

Stefan Fröba

Dipl. Sozialpädagoge, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt AMIQUUS, Bereichsleiter Beratung, Senioren und Stadtteilarbeit der Diakonie Hasenberg e.V., E-Mail: froeba@p5-web.de

Nicht mehr unsichtbar ... aber unerreichbar?

Als „Ausländer“ und „Gastarbeiter“, die sich, wie man annahm, nur vorübergehend in Deutschland aufhielten, waren sie im gesellschaftlichen Zusammenleben noch fast unsichtbar. Ihren Alltag verbrachten sie zum größten Teil am Arbeitsplatz, in der Wohnung oder im Bereich der eigenen Community. Im öffentlichen Leben traten sie nicht in Erscheinung. Als „Migrantinnen und Migranten“ mit Bleibeabsichten oder auch als Spätaussiedler, rückten zugewanderte Menschen als „zu integrierende“¹ in den sozialpolitischen und in den wissenschaftlichen Fokus². Vor allem im Zusammenhang mit Entwicklungen zum demographischen Wandel wurde eine (mit)gestaltende Bedeutung von älteren Migrantinnen und Migranten vermutet. Dennoch blieben sie als Teil der Gesellschaft unerreichbar.

Erfahrungen und Berichte aus der Programmzeit des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt haben verdeutlicht, dass es unter der besonderen Berücksichtigung von Migrations- und Generationsaspekten noch nicht ausreichend gelang, die „zu Beteiligten“ an stattgefundenen Aushandlungsprozessen teilhaben zu lassen (vgl. Sträter 2004: 11). Berichte und Statistiken verdeutlichen, dass ältere Menschen mit Migrationshintergrund unzureichend von den Angeboten der Altenhilfe, der Gemeinwesenarbeit, des Gesundheits- und Bildungssektors erreicht werden, bzw.

1 in den Arbeitsmarkt, in das Bildungssystem, in die Quartiere.

2 “Recherchen in der Literatur-Datenbank SOLIS zeigen, dass bis 1975 nahezu keine einschlägigen Veröffentlichungen vorliegen. Erst danach finden sich zunehmend Publikationen. Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich die Zahl der Veröffentlichungen alle zehn Jahre in etwa verdoppelt“ (Schimany/Rühl/Kohls 2012: 69).

diese in Anspruch nehmen.

Die Erklärungsansätze und Interpretationen waren vielfältig. Sie hinterfragten die interkulturelle Kompetenz der Behörden und Hilfseinrichtungen, analysierten, ob die Angebote den Bedürfnissen der älteren Menschen angepasst sind. Bestehen Berührungängste oder bilden Migrantinnen und Migranten in selbst organisierten Netzwerken eine Parallelgesellschaft?

Diese Fragen standen auch im Zentrum des Forschungsprojektes „AMIQUS“. Wie leben Migrantinnen und Migranten ab 60 Jahren eigentlich? Wie kommen sie zu recht in ihrem Alltag und wie stellen sie sich ein Leben im Alter vor? Um nicht über sondern mit den älteren Zuwanderinnen und Zuwanderern zu forschen war eine enge Zusammenarbeit mit älteren Migrantinnen und Migranten in repräsentativen Fokusgruppen an vier Projektstandorten geplant.

Die Auswahl der AMIQUS-Standorte erfolgte gezielt anhand von Strukturmerkmalen zu ethnischer, residenzieller Segregation, wie sie auch in der ExWoSt-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ (vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2008) bundesweit ermittelt wurden. Somit ist die strukturelle Ausgangslage bekannt und unterscheidet sich in an den Standorten nur um Nuancen. Für den AMIQUS-Standort im Münchner Norden mit den Stadtteilen Harthof und Hasenberg bedeutet dies zusammengefasst:

überproportionaler Anteil an ausländischen³ Haushalten
überproportionaler Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund⁴
überproportionaler Anteil an älteren Menschen
überproportionaler Anteil an Geringverdienern und

3 Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs.1 GG sind, d.h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung und können somit nicht eingebürgert werden (Statistisches Bundesamt 2006: 6).

4 Der Begriff Migrationshintergrund orientiert sich an den Vorgaben des Mikrozensus. Demnach werden folgende Menschen mit dem Merkmal Migrationshintergrund erfasst: zugewanderte Ausländer, in Deutschland geborene Ausländer, eingebürgerte Ausländer, Spätaussiedler sowie Kinder mit zumindest einem Elternteil, das eines der genannten Merkmale erfüllt, wenn diese ihren Wohnsitz in Deutschland haben. Diese Personen müssen keine eigene Migrationserfahrung haben und leben zum überwiegenden Teil seit ihrer Geburt in Deutschland.

Leistungsbeziehern
geringe Nutzungsquote der Regeldienste sowie der
gemeinwesenbezogenen Angebote und der Anlaufstellen der offenen
Seniorenarbeit
geringe Zusammenarbeit mit schulischen Einrichtungen

Wie also Kontakt aufbauen, wie gelingt der Zugang zu den Teilnehmenden für eine Projektgruppe?

Die handlungsforschende Vorgehensweise baute von Beginn an auf die enge Kooperation mit den lokalen Trägern der Gemeinwesenarbeit an den vier Projektstandorten auf. Mit den dort tätigen Fachkräften gelang es den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern je Standort ca. 20 ältere Menschen mit Migrationshintergrund für ein erstes Treffen zu gewinnen und regelmäßige Gruppentreffen zu vereinbaren.

Die Ansprache und Einladung der älteren Migranten erfolgte (nach Ankündigung) dabei in aufsuchenden und persönlichen Gesprächen oder bei Veranstaltungen. Interessierte Personen wurden gebeten nach dem Schneeballsystem auch im Bekanntenkreis und in Netzwerken zur Teilnahme an der Gruppe aufzufordern. Die Akquise künftiger Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmer erfolgte dabei orientiert an der statistisch ermittelten ethnischen, religiösen Bevölkerungszusammensetzung und an vorhandenen Lebenslagen und Milieus im Stadtteil. So wurde bei den ersten Treffen gemeinsam überlegt, wer in die künftige Gruppe noch einzuladen wäre, um eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu repräsentieren.

Motivationsfaktoren

Wir konnten im Projektverlauf verschiedene Faktoren für die gelingende Ansprache und anschließende regelmäßige Teilnahme festhalten.

Ein entscheidender Faktor bestand in der Vertrautheit und im Vertrauen, die sich aufgrund einer kulturellen, ethnischen, sprachlichen Ebene zu den wissenschaftlichen Mitarbeitenden einstellte oder die aufgrund der Beziehungsnähe zu den Mitarbeitenden in bekannten Stadtteilprojekten bestand. Das Auftreten der Hochschulvertreterinnen und -vertreter gemeinsam mit den Vor-Ort-Tätigen erst ermöglichte die direkte, persönliche Ansprache und Einladung der Teilnehmenden bei verschie-

denen Gelegenheiten und Anlässen.

Die Kombination aus vertrauter Stadtteilebene und wissenschaftlich interessierten Hochschulvertreterinnen und -vertretern vermittelte ein ernsthaftes Interesse an der Person und deren Lebenssituation. Das Thema und die Fragestellungen zu den Vorstellungen darüber, wie ein Leben im Alter aussehen könnte und auf bestehende Probleme und Barrieren einer angemessenen Lebensführung im Alter haben hohe Relevanz für die in der Migration gealterten Männer und Frauen bis hin zu einer verunsicherten Betroffenheit. Bisherigen Veranstaltungsthemen im Zusammenhang der Sozialen Stadtentwicklung waren (noch) zu sehr an den jüngeren Generationen orientiert, bzw. entlang der Interessen der autochthonen Mehrheitsbevölkerung entwickelt und konstruiert. Die Einladung und Aufforderung bei AMIQUUS mitzuarbeiten bezog sich nicht auf ein konkretes Projektvorhaben, an dem sich (auch) ältere Migrantinnen und Migranten beteiligen konnten. Mit AMIQUUS wurden die älteren Menschen mit einer offenen Fragestellung gefragt, ob sie bereits Vorstellungen, bzw. Pläne vom älter werden haben, bzw. ob es für Sie von Interesse ist, sich mit anderen älteren Migranten darüber auszutauschen, d.h. mit Menschen in vergleichbaren Lebenssituationen.

Im späteren Projektverlauf schilderten die Teilnehmenden, dass sie besonders das Interesse an ihrer Person motiviert hat und die Erfahrung, überhaupt in ihren Interessen und Bedürfnissen wahrgenommen zu werden.

Zusammenleben gestalten statt Integration

Für die Migranten bedeutete die Einladung in den Fokusgruppen mitzuarbeiten (endlich) Kompetenzen zeigen zu können und nicht als zu integrierendes „Problem mit Migrationshintergrund“ angesprochen zu werden. All das was bisher eher problematisch im Lebensalltag der älteren Migranten war, stand nun im Interesse der Hochschulen und der lokalen Kooperationspartner.

Sehr deutlich zeigten die Teilnehmenden dies an der Sorgfalt, mit der sie in den ersten sechs bis acht Wochen in den ausgehändigten „Sozialraum/Netzwerk-Tagebüchern“ (vgl. Alisch 2013) stichpunktartig festhielten, an welchen Orten sie mit wem, was unternehmen, bzw. erledigen und welche Angebote und Gelegenheiten sie dafür nutzen. Anhand der Nadelmethode (vgl. Deinet 2009:72ff) wurden diese Einträge auf Stadtteilkarten mit verschiedenfarbigen Nadeln visualisiert. Verschiedene Tätigkeiten, Organisationsformen und Beziehungsquali-

täten wurden erkennbar, die individuelle Bedeutung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede wurden in den Fokusgruppen diskutiert, teilweise in Begehungen konkretisiert. Die Teilnehmenden hatten so die Gelegenheit ihr Alter werden in der Migration, diesbezügliche Probleme aber auch Bewältigungswege darzustellen und in Exkursionen den übrigen Teilnehmenden die entsprechenden Orte und Einrichtungen vorzustellen. Gegenseitig vermittelten sie sich ihr Alltagswissen und gaben sich Tipps.

Dieses Vorgehen war zunächst methodologisch dem Forschungsauftrag geschuldet, erwies sich jedoch auch für die Gruppenbildung und Dynamik als methodisch beachtenswerter Baustein. Den Gruppenmitgliedern war es damit möglich wechselseitig Einblick in das Alltagsleben zu erhalten und vorhandene Interessen, Kompetenzen und Ressourcen zu entdecken, die ansonsten in Gruppengesprächen nicht zutage getreten wären. Die Mitarbeit in den Gruppen erfüllte den Wunsch danach, Sinnvolles zu tun⁵, sich ehrenamtlich/bürgerschaftlich⁶ für andere⁷ zu engagieren und vermittelte so das wichtige Gefühl im Alter und in der Migration „gebraucht zu werden“.

Will man (ältere) Migrantinnen und Migranten beteiligen, so sollte es mittlerweile selbstverständlich sein den interkulturellen Kalender zur Terminplanung zu Rate zu ziehen. Auch autochthone und christlich sozialisierte Frauen und Männer würden wohl an Feiertagen oder sogenannten Fenstertagen weitaus weniger so terminierte Veranstaltungen besuchen.

Viele Migrantinnen und Migranten leben im Alter als sog. „Pendelmigranten“. Dies bedeutet, dass sie oftmals die gesamten Sommermonate in den Herkunftsländern verbringen und für stadtteilbezogene Veranstaltungen nicht ansprechbar sind.

Kommunikation/Kommunikativer Umgang

Gelingt die Kontaktaufnahme, so liegt der erste Prüfstein für die weitere Zusammenarbeit in der Heterogenität der Gruppenmitglieder. Nationen, Ethnien, Religionen, Geschlechter, vor allem aber Sprache und kulturelle

5 Über 70% der Befragten gaben an dass sie ihre Zeit gerne mit Dingen verbringen, die für andere nützlich sind (May/Alisch 2013: 97).

6 In Wiesbaden-Bibrich und im Münchner Norden über 50% (ebd.: 96).

7 Mit „andere“ sind gleichwohl die eigenen Kinder, die nächsten Generationen, wie auch die Nachbarn, Bekannte und Freunde gemeint.

Verständigung stellen die Teilnehmenden (und die Moderation) vor die Herausforderung einen gemeinsamen Modus zu entwickeln, der den Kompetenzen aller Teilnehmenden entspricht. Auch hier konnten wir als entscheidendes Element für die weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit in der Gruppe darin ausmachen, dass zur Form und Art der Zusammenarbeit zunächst eben keine Regelungen vorgegeben waren (die Interessierte für eine Mitarbeit erfüllen konnten oder nicht). Das ausschlaggebende Kriterium war, im Prozessverlauf Regularien zu entwickeln, die allen Anwesenden -bei vorhandenem Interesse- eine weitere Teilnahme ermöglichen (trotz sprachlicher Barrieren, Schreib- und Lesekompetenzen, Arbeitszeiten).⁸

Sitzungsturnus, Ort, Uhrzeit, sowie die Art und Weise der Verständigung wurden ausschließlich gemeinsam festgelegt. Dieses Vorgehen beinhaltet mehrfach anerkennende, sowie wertschätzende Elemente, da für jede(n) einzelne(n) Anwesende(n) zur Teilnahme erforderliche Voraussetzungen geschaffen werden mussten. So entwickelten sich an den Standorten zum Teil sehr verschiedene Vorgehensweisen und Regelungen zur sprachlichen Verständigung, z.B. mehrsprachig oder deutsch mit Dolmetscherpausen.

Umgang mit (Interkulturellen) „Fettnäpfchen“

Kann eine sprachliche Regelung gefunden werden, ist noch nicht sichergestellt, dass auch die Verständigung gelingen kann.

Je heterogener die Gruppe, umso anspruchsvoller ist diese Anforderung nicht nur für die Moderation, sondern für alle Teilnehmenden in der Gruppe. Jede und jeder kennt -vor allem im interkulturellen Kontext- die Situation: Im Gespräch oder bei gemeinsamen Tun erkennt man an der Mimik des Gegenüber, dass irgendetwas „falsch“ gemacht wurde ohne jedoch eine Vorstellung zu haben, was dies gewesen sein kann. Es erfordert sowohl vom „Betroffenen“, wie auch vom „Verursacher“ sehr viel Mut dieses zur Sprache zu bringen und diesbezügliche Rückfragen zuzulassen, da oftmals ein (intimerer) ethischer Hintergrund oder die individuelle Sozialisationsbiographie die Ursache für dieses Unbehagen ist. Alle Gruppenteilnehmenden müssen sich dessen bewusst sein und einen akzeptablen Umgang mit derartigen Situationen finden. Der Reiz, wie auch der Anspruch einer solchen Regelung ist die gemeinsame

8 Das Problem bisheriger Studien war, dass nur Ausländerinnen/Ausländer oder Migrantinnen/Migranten mit ausreichenden Deutschkenntnissen und entsprechender gesundheitlicher Verfassung erfasst wurden.

Erkenntnis, dass zur inhaltlichen Zusammenarbeit keine Diskussion um Integration, sondern um Verständigungsformen erforderlich ist. Diese Umgangskultur zu entwickeln war entscheidend, um in den Gruppen eine dreitägige Zukunftswerkstatt (vgl. Lüttringhaus/Richers 2012) zu bewältigen. In der Zukunftswerkstatt geht es in den drei Phasen der Kritik-, der Utopie- und Realisierungsphase darum, gemeinsam Projekte zu vereinbaren und zur Realisierung zusammenzuarbeiten. Verständigung und Verständnis sind hierfür zwingende Voraussetzung.

Nachfragen sind bevorzugt zu behandeln

Bei Unsicherheiten in der Bedeutung von Gesagtem müssen Nachfragen vorrangig behandelt werden. An den Wortbeispielen „Familie“, „Freunde“, „Nachbarn“ wird schnell deutlich, dass vermeintlich unmissverständliche Begrifflichkeiten durchaus kulturell oder individuell geprägt sehr unterschiedliche Bedeutung haben können. Fragt man nach der Reihenfolge und der Wichtigkeit der Begriffe so entstehen angestrenzte Bemühungen sich auf eine einheitliche Verwendung zu verständigen, da je nach Herkunft der Bedeutungsgehalt dieser Begriffe sehr verschieden ist. Es werden aufschlussreiche Diskussionen entstehen, die wiederum zum gegenseitigen Verständnis beitragen und so, die – neben den Sachthemen – notwendige Beziehungen (auch Allianzen) zu ermöglichen. Die Folge ist, dass die eingangs an Nationalitäten und Ethnien festgemachten Zuschreibungen andern Konnotationen weichen, die dann an gruppenbezogenen Themen ausgerichtet werden. Die Frau ... die gut nähen kann, die eine Nachbarin kennt, ...oder der Mann ... der gut reparieren kann, der schon immer mit anderen ...

Erhalten von Engagement

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es nach einer persönlichen Kontaktaufnahme und einer einladenden Moderation gelingen muss, kulturelle und ethnische Vertrautheit und Vertrauen zu sichern (Geschlecht, Nation, Religion).

Erst in einem zweiten Schritt wird nach der gemeinsamen Klärung der Verständigungsweise eine Organisation der Gruppe nach Interessen erfolgen können. Dies gilt umso mehr, wenn bestimmte Bildungsmilieus⁹ nicht exkludiert werden sollen.

9 Dies kann gleichermaßen für hoch gebildete Akademiker/innen, wie auch für Menschen ohne abgeschlossene schulische Ausbildung zutreffen, vgl. hierzu den Beitrag von Kathrin Hahn in diesem Band.

Während des AMIQUUS-Projektes haben vor allem die nach einem halben Jahr an allen Standorten durchgeführten, dreitägigen Zukunftswerkstätten gezeigt, dass übliche Veranstaltungs- und Moderationstechniken noch nicht ausreichend inklusiv oder interkulturell geöffnet, bzw. zu starr gehandhabt werden.

In Beteiligungsformaten mit (älteren) Menschen mit Migrationshintergrund muss der vorgefundenen heterogenen Vielfalt Rechnung getragen werden. Dies kann bedeuten:

- ein höherer Aufwand an sprachlicher und kultureller Verständigung,
- Platz (Raum und Zeit) für das individuell Besondere: (Gebetsraum, Speisen, geschlechtliche Anforderungen, Rückzugsräume für Kleingruppen),
- Pausen für die notwendige (zusätzliche) kulturelle Beziehungsarbeit;
 - Unterstützung bei Fragen zur existenziellen Sicherung.

Im regelmäßigen Austausch der Mitarbeitenden wurden im Prozess laufend geeignete Moderationstechniken erörtert. An allen Standorten fand ein situativer Mix vor allem visualisierender Moderationstechniken kombiniert mit (Klein-)Gruppenarbeit Anwendung.

Auch in den AMIQUUS-Gruppen war es immer wieder notwendig für aufwändigere Entscheidungsfindungsprozesse kurzfristig Kleingruppen auszulagern. Hintergrund waren das Bildungsniveau (Lese- und Schreibkompetenz), geschlechtliche (spezielle Frauenthemen) und sprachliche Gründe.

Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit

Neben den Mitarbeitenden der Kooperationspartner waren Mittler und Mittlerinnen (Mitarbeitende anderer Einrichtungen, Netzwerke) bereits zur Akquise der Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmer vermittelnd tätig. Sehr unterstützend haben sich hier die Lotsenprojekte gezeigt, die neben den beratenden Angeboten eine wichtige Informationsplattform darstellen. Hier werden Informationen gesammelt und in einem Schneeballsystem wieder in den Communities weitergeleitet. Ankündigungen in den (kostenlosen) Wochenblättern¹⁰, bzw. in muttersprachlichen Zeitungen unterstützen die persönlichen

10 Über 65 Prozent der befragten älteren Migranten im Münchner Norden gaben an, die kostenlosen Wochenblätter zu nutzen, um sich über das Geschehen im Stadtteil zu informieren.

Ansprachen¹¹ ohne sie zu ersetzen. Erst an dritter Stelle folgen Flyer, Handzettel und Plakate.

Als nachhaltig wirksam erwiesen sich die lokalen Netzwerkgruppen¹². Einerseits stellten sie ein Netzwerk mit der notwendigen Lokalkompetenz aus den jeweiligen Ressorts dar, gleichzeitig vermittelten sie Erkenntnisse aus dem Projekt unmittelbar in die entsprechenden regionalen Strukturen. Dies war insofern von Bedeutung, da die Netzwerkpartner „Patenschaften“ für Projekte aus den Zukunftswerkstätten übernahmen. Den aktiv engagierten, aber in den kommunalen Organisations- und Finanzstrukturen ungeübten Teilnehmerinnen und Teilnehmern standen so unmittelbare Kontaktpersonen zur Verfügung. Projektideen wurden im Verlauf der Zukunftswerkstätten konkretisiert. Deren Umsetzung war oftmals von geeigneten Räumen und Finanzen abhängig. In Fulda hat sich so ein aktiver und engagierter russischer Chor gegründet, dem im Bürgerhaus geeignete Übungsräume zur Verfügung stehen. In München wurde mit graphischer und technischer Unterstützung durch das Mehrgenerationenhaus und finanzieller Unterstützung des örtlichen Bezirksausschuss ein „Raumverzeichnis im Münchner Norden“ in aufwändiger Recherchearbeit erstellt, in dem für die älteren Bewohner (mit Migrationshintergrund) Räume für Gruppenveranstaltungen und Feiern mit Kontaktdaten und Überlassungskonditionen aufgeführt sind.

Zur Durchführung der repräsentativen und aktivierenden Befragung (vgl. Lüttringhaus/ Hillers 2012) erwiesen sich (neben den Partnern der Netzwerkgruppen) vor allem die aufsuchende Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden, den Versorgungseinrichtungen des täglichen Lebens (Apotheke, Ärzte, Läden), Begegnungsstätten und Quartiereinrichtungen, sowie lokale Bildungseinrichtungen wie Volkshochschule und Pro Familia als unterstützend. So konnte auch hier wieder vor Ort, in vertrauter Umgebung, zu Informationsveranstaltungen eingeladen werden, mit anschließender Gelegenheit an der Befragung¹³

11 Über die Hälfte fragen andere Menschen, wenn sie sich über das Geschehen im Stadtteil informieren möchten.

12 An den Netzwerkgruppen nahmen in lokaler Ausprägung Vertretungen teil aus der Senioren-/Altenarbeit, der Migrationsarbeit, der Gemeinwesenarbeit, der Wohnungswirtschaft, der Lokalpolitik, Bildungsträger, Mehrgenerationenhäuser.

13 Die Befragung fand durch geschulte Interviewer, zum Teil aus den Fokusgruppen statt. Die Unterlagen standen in seniorengerechter großer Schrift in mehreren Sprachen zur Verfügung, so dass mündlich wie schriftlich und durch Zeigen eine Verständigung erfolgen konnte. Die Interviews erforderten zwischen ½ Stunde und 3,5 Stunden.

teilzunehmen.

Interessanterweise funktionierte es nicht Migrantinnen auf der Straße an Informationsständen für die Befragung zu gewinnen. Genau so führten Informationsstände in Kindertagesstätten oder vor der Schule, um Eltern und Großeltern anzusprechen, nicht zum gewünschten Erfolg. Als wenige effektiv erwiesen sich zentrale Veranstaltungen.

Als ertragreichster Weg bei der Befragung erwies sich einmal mehr der Kontakt über die Migrationslotsen. Selbst mit Migrationshintergrund, mindestens zweisprachig, im Stadtteil verwurzelt, war es ihnen wie keinem andern möglich auf einzelne Personen oder Gruppen zuzugehen.

Grundsätze und Grenzen der Machbarkeit

In der Diskussion des Forums wurde den Anwesenden die „Gratwanderung“ deutlich, die zu vollbringen ist, um den wachsenden Bevölkerungsanteil der migrantischen Senioren einerseits in seinen Befürchtungen vor Vereinsamung und mit den realen existentiellen Problemen wahrzunehmen, andererseits Partizipationsgrundsätze umzusetzen und nicht zu klientisieren. Es ist darauf zu achten, dass neben den spezialisierten Beratungsstellen für alt gewordene Migrantinnen und Migranten vor allem Räume vorgehalten werden müssen, die (interkulturelle) Begegnung ermöglichen und damit Voraussetzungen schaffen Selbstorganisation und (interkulturelle) Nachbarschaftsinitiativen zu initiieren.

Die Forumsdiskussion bestätigte die AMIQUUS-Befragungsergebnisse, dass die Mitarbeitenden in den Regeldiensten interkulturell geschult werden müssen, einerseits um auch unbeabsichtigte Diskriminierungen zu vermeiden, andererseits um Potentiale zu fördern und zu vermitteln.

Es sind Personalressourcen vorzuhalten, um Projektinitiativen moderierend zu begleiten. Im Forschungsprojekt standen im Projektverlauf je Standort 20 Wochenstunden zur Verfügung.

Es erwies sich als Vorteil, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu gewinnen, um sprachliche Zugänge zu erleichtern und auch solchen Personen eine Teilnahme zu ermöglichen, die eine kulturelle Orientierung, gegebenenfalls Unterstützung benö-

tigen.¹⁴ Bei der Personalauswahl und Personalentwicklung ist auf Qualifikationen und Erfahrungen in der zugehenden oder gemeinwesenbezogenen Sozialen Arbeit, als auch in der Beziehungs- und Gruppenarbeit zu achten. Kritisch betrachtet wird der Einsatz der sogenannten „Paten“. Im Forschungsprojekt konnten so zwar nachhaltige Kontakt- und Anlaufstellen für die Projektinitiativen geschaffen werden. Gleichzeitig werden diese Stellen/Personen durch die nun positive Konnotation zunehmend auch in anderen Zusammenhängen und Probleme in Anspruch genommen. Andererseits besteht die Gefahr, dass durch die Zuständigkeit der Einrichtung eine (unbeabsichtigte) Übernahme der Projektverantwortung und somit (wieder) eine Entmündigung des ursprünglichen Ansatzes der Selbsthilfe- und Organisation erfolgt.

Ältere Migrantinnen und Migranten sind aktiv und zu beteiligen

Als Standards einer Partizipationskultur wurden vor allem eine informierende Öffentlichkeitsarbeit, Transparenz und Überschaubarkeit benannt. Zur Umsetzung verbindlich vereinbarter Ziele wurde insbesondere auf eine wertschätzende und kompetente Begleitung zur Förderung und Unterstützung der Eigenaktivität älterer Menschen mit Migrationshintergrund hingewiesen.

Literatur

- Alisch, M. (2013): Sozialraum-/Netzwerktagebücher. Online verfügbar unter <http://www.sozialraum.de/sozialraum-und-netzwerk-tagebuecher.php>, Zugriff am: 02.01.2014
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008): Migration/Integration und Stadtteilkultur. Eine ExWoSt Studie. Bonn (ExWoSt-Informationen, 34/1 - 02/2008). Online verfügbar unter <http://d-nb.info/995634564/34>, Zugriff am 29.09.2013.
- Deinet, U. (Hg.) (2009): Methodenbuch Sozialraum. 1. Aufl. Wiesbaden.
- Jungk, R./ Müllert, N. (1989): Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München.

14 Vor allem für gläubige Musliminnen ist eine Vertrauensperson als Kulturmittler eine Unterstützung, um dauerhaft in der Gruppe mitwirken zu können. In Wiesbaden war eine türkisch sprechende, muslimische Mitarbeiterin vor Ort, für München konnte eine türkischsprachige, muslimische Mitarbeiterin aus dem Migrationslotsenprojekt für die dauerhafte Mitarbeit gewonnen werden. In der sehr homogenen Gruppe der Russlanddeutschen in Fulda, war dies nicht erforderlich.

- Lüttringhaus, M./ Richers, H. (2012): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. 3. Aufl. Bonn: Stiftung Mitarbeit (Reihe Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, 29).
- May, M./ Alisch, M. (2013): AMIQUUS – Unter Freunden. Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt. Unter Mitarbeit von Dölker, F./ Fröba, S./ Kovacevic, M./ Laabdallaoui, N., Opladen.
- Sträter, D. (2004): Integration und Segregation. Visionen und Strategien für Stadt und Region. Unter Mitarbeit von Außmann Y./ Pousinis, A./ Glas S., München.

Zugangswege zu älteren Menschen in benachteiligten Lebenslagen

Jana König, Anke Strube, Walter Hanesch

Walter Hanesch, Professor für Sozialpolitik und Sozialverwaltung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt und Projektleiter des SILQUA-Projekts „Teilhabemöglichkeiten für benachteiligte ältere Menschen-Sozialraumbezogene Ansätze der Aktivierung und Beteiligung“; E-Mail: walter.hanesch@h-da.de

Jana König, M.A. Soziale Arbeit und Anke Strube, M.A. Soziale Arbeit sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der Hochschule Darmstadt im SILQUA-Projekt unter der Leitung von Walter Hanesch., E-Mail: jana.koenig@h-da.de; anke.strube@h-da.de

1. Fragestellung des Beitrags

Der vorliegende Beitrag greift eine der zentralen Fragestellungen des SILQUA-Projekts „Teilhabemöglichkeiten für benachteiligte ältere Menschen – Sozialraumbezogene Ansätze der Aktivierung und Beteiligung“ auf. Ein „klassisches“ Problem sozialer Dienste und Sozialer Arbeit besteht darin, Gruppen und Personen in benachteiligten Lebenslagen nicht zu erreichen. Dies trifft auch für ältere Menschen in benachteiligten Lebenslagen zu. Das Forschungsprojekt stellt gerade diese Gruppe in den Mittelpunkt seiner Untersuchung und sah sich daher von Beginn an nicht nur mit der Frage konfrontiert, wie die Abgrenzung der Gruppe der Benachteiligten operationalisiert werden soll, sondern wie diese Zielgruppe bzw. mögliche Teilgruppen im Rahmen des Projekts erreicht werden sollen. Von Anfang an war klar, dass ein möglicher Erfolg des Projekts an die Lösung der Aufgabe gebunden ist, Personen im Stadtteil zu finden und für das Projekt zu gewinnen, die zur Zielgruppe gehören.

Da für den zugrunde gelegten Untersuchungs- und Handlungsansatz die stadträumlichen Lebensbedingungen von großer Bedeutung sind, werden im Folgenden – ausgehend von dem Projekthintergrund und den Projektzielen – zunächst die beiden Projektstandorte kurz skizziert. In einem

zweiten Schritt werden dann die Überlegungen und Vorgehensweisen zum Erreichen der Zielgruppe im Projekt beispielhaft vorgestellt. Abschließend soll das gewählte Vorgehen noch einmal kritisch reflektiert und diskutiert werden. Bei den hier formulierten Überlegungen ist zu bedenken, dass das SILQUA-Projekt noch nicht abgeschlossen ist und dass sie daher lediglich einen Zwischenstand in der Projektumsetzung und Projektreflexion wiedergeben.

2. Das SILQUA-Projekt

2.1 Projekthintergrund und Projektzielsetzung

Angesichts des sich abzeichnenden demografischen Wandels stößt die Lebenssituation älterer Menschen in Wissenschaft und Politik auf wachsendes Interesse. Parallel dazu haben Problemstellungen sowie Handlungsansätze der Altenhilfe wachsende Aufmerksamkeit in Sozialpolitik und Sozialer Arbeit gewonnen. Vor allem auf lokaler Ebene stellt sich für die Kommunen als „lokalen Sozialstaat“ die Frage, wie eine sozial ausgewogene Gestaltung der Lebensbedingungen für die wachsende Zahl älterer Menschen sichergestellt werden kann. Ausgehend von dem Ziel, allen älteren Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Gemeinwesen zu ermöglichen, stellt der Personenkreis der Älteren eine Herausforderung besonderer Art dar, der aufgrund unterschiedlicher Formen der Einschränkungen und Beeinträchtigungen Gefahr läuft, von der Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu werden. Das Forschungsprojekt konzentriert sich auf drei Dimensionen von potenzieller Benachteiligung. Als konkrete Benachteiligungsrisiken werden eine prekäre Einkommenslage, das Vorhandensein gesundheitlicher Beeinträchtigungen und ein Migrationshintergrund berücksichtigt.

Mit dem Forschungsvorhaben sollen die soziale Ausgrenzung bei älteren Menschen untersucht und Konzepte zu ihrer Vermeidung bzw. Überwindung entwickelt und umgesetzt werden. Die entwickelten Handlungsstrategien zur Verbesserung der Lebenssituation sollen gezielt die gesellschaftliche Teilhabe der genannten Gruppen älterer Menschen fördern und erhalten. Dabei sollen sowohl die Eigenverantwortlichkeit der Zielgruppen als auch der Beitrag weiterer gesellschaftlicher Akteurs-

gruppen – sowohl Fachkräfte öffentlicher und/oder privater Dienste und Einrichtungen als auch ehrenamtlich engagierte Bürger/ innen in den entsprechenden Projektstandorten – gestärkt und qualifiziert werden. Zentraler Bestandteil des Vorhabens ist dabei die Planung und Umsetzung von neuen Formen wohnortnaher Unterstützung im Rahmen konkreter Projekte, durch die selbstbestimmte Lebensweisen benachteiligter älterer Menschen gefördert werden.

2.2 Untersuchungs- und Handlungsansatz

(1) Der Untersuchungsansatz des Projekts ist sozialräumlich ausgerichtet: Im Mittelpunkt steht die Untersuchung von zwei kommunalen Gebieten (im städtischen bzw. Kreis-Kontext) in den beiden Partner-Kommunen Kassel und Rödermark. Ziel ist es, anhand der zwei Kommunen mit unterschiedlichen Standort- und Kontextbedingungen die Möglichkeiten von sozialraumorientierten Ansätzen zu einer Verbesserung der Teilhabechancen für die genannten Zielgruppen zu analysieren. Zugleich will das Vorhaben diese Untersuchung auf der Grundlage einer kooperativen Zusammenarbeit nicht nur mit den Partner-Kommunen, sondern mit der Gesamtheit aller lokalen Akteursgruppen durchführen. Die Analyse beinhaltet somit zwei sozialraumbezogene Fallstudien. Dabei soll zum einen eine Analyse der Lebens- und Bedarfslagen benachteiligter älterer Menschen sowie der Angebote (und der Wirkungen) institutioneller und zivilgesellschaftlicher Unterstützungsformen im Quartier geleistet werden. Dazu werden neben quantitativen vor allem qualitative Verfahren (einschließlich des Methoden-Repertoires der Sozialraumanalyse) eingesetzt, um die Komplexität der Lebens- und Versorgungslagen erfassen zu können. Der Feldzugang wird u.a. durch die Zusammenarbeit mit lokalen Kooperationspartnern sichergestellt.

(2) Zum anderen wird der Planungs- und Umsetzungsprozess zur Weiterentwicklung vorhandener Kooperationsstrukturen und Unterstützungsmaßnahmen im Hinblick auf deren Wirkung auf die Teilhabechancen der genannten Zielgruppe untersucht. Dabei werden einerseits klassische Verfahren der Evaluationsforschung eingesetzt. Der Untersuchungsansatz basiert aber ebenso auf einem Konzept von Aktionsforschung, da die Forschungsgruppe nicht nur distanziert und neutral die lokalen Prozesse begleitet, sondern zugleich moderierend und beratend interveniert. Schließlich orientiert sich der Untersuchungsansatz am

Konzept einer partizipativen Aktionsforschung, bei der es insbesondere darum geht, den Akteur/innen – und hier insbesondere älteren benachteiligten Menschen – die aktive Beteiligung am Forschungsprozess zu ermöglichen. Insofern sind diese nicht Untersuchungsobjekt, sondern beteiligen sich im Rahmen von offenen und aktivierenden Verfahren - z.B. im Rahmen von Fokusgruppen – als Teilgruppe der „lokalen Expert/innen“ an der Planung, Umsetzung und Auswertung des Vorhabens.

2.3 Die Projektstandorte

(1) Stadt Rödermark – Seewaldgebiet

Rödermark liegt am Rande des Rhein-Main-Ballungsraums im Landkreis Offenbach. Die Stadt hat insgesamt rund 25.000 Einwohner/innen, die sich auf fünf Stadtteile verteilen. Das Gebiet, um das es im Projekt geht, das Seewaldgebiet, hat etwa 3.000 Bewohner/innen¹ und befindet sich innerhalb des Ortsteils Urberach am nördlichen Rand des Gemeindegebiets. Im Seewaldgebiet können zwei Teilgebiete unterschieden werden, ein kleineres Gebiet mit einer mehrgeschossigen Blockbebauung der 1960er und 1970er Jahre sowie ein größeres Gebiet mit Ein- und Zweifamilienhäusern aus den 1950er Jahren. Die Bewohner/innen verteilen sich zu fast gleichen Teilen auf die beiden Teilgebiete. Wie den Expert/inneninterviews zu entnehmen war, beziehen sich die sozialen Kontakte und die emotionale Zugehörigkeit der Bewohnerschaft weitestgehend auf das jeweilige Teilgebiet. Die Nahversorgung wird durch ein großes Einkaufszentrum und wenig Einzelhandel innerhalb des Quartiers gestellt. Zentraler Ort für Angebote im Quartier ist das Quartierszentrum Schiller Haus, das im Jahr 2011 eröffnet wurde.

Generell sind innerhalb des Untersuchungsgebiets also zwei Gebiete vorzufinden, die sich auch in der Bevölkerungsstruktur stark unterscheiden. Insgesamt gibt es im Vergleich zur Gesamtstadt einen hohen Migrant/innenanteil, der maßgeblich durch einen hohen Anteil an ausländischen Bewohner/innen in den Blocks bestimmt wird. Weitere wichtige Unterschiede zwischen den beiden Teilgebieten liegen darin, dass in den Blocks tendenziell eine jüngere Bewohnerschaft (0 bis 59 Jahre in den Blocks: 80,9%, in der Gesamtstadt: 72,9%) und ein höherer Anteil an

1 Die Daten beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2011 und beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Einwohnermeldedaten, ermittelt durch die ekom 21.

Bewohner/innen mit Migrationshintergrund (Ausländer/innenanteil in den Blocks: 41,8%, in der Gesamtstadt: 10,7%) anzutreffen ist, während die Bewohner/innen den Ein- und Zweifamilienhäusern im Durchschnitt etwas älter sind als im gesamtstädtischen Durchschnitt (Anteil der über 60jährigen in den Ein- und Zweifamilienhäusern: 29,4%, in der Gesamtstadt: 27,2%).

(2) Stadt Kassel – Stadtteil Forstfeld:

Den zweiten Projektstandort bildet der Stadtteil Forstfeld in der nordhessischen Großstadt Kassel (ca. 194.000 Einwohner/innen). Der Stadtteil Forstfeld liegt an der östlichen Stadtgrenze und besteht aus den beiden unterschiedlich strukturierten statistischen Bezirken Forstfeld und Lindenberg. Beide Bezirke sind etwa flächengleich, die Bevölkerungsdichte im Forstfeld ist allerdings um zwei Drittel höher. Im gesamten Stadtteil leben 6.767 Menschen.² Im Bezirk Lindenberg finden sich vornehmlich Ein- und Zweifamilienhäuser mit größeren Gartengrundstücken. Der Bezirk Forstfeld setzt sich aus mehreren unterschiedlichen Siedlungen zusammen (Blockbebauung, mehrgeschossiger Wohnungsbau, kleinere Siedlungen mit Ein- und Zweifamilienhäusern). Die Wohnungsstrukturen und die Wohnumfeldausstattung weisen in den einzelnen Bereichen erhebliche Unterschiede auf. Zentrale Infrastruktureinrichtungen insbesondere zur Nahversorgung und gesundheitlichen Versorgung konzentrieren sich auf zwei Straßen, die die unterschiedlich strukturierten Teilgebiete des Stadtteils voneinander „trennen“.

Der Anteil der älteren Menschen (ab 60 Jahre) im Stadtteil liegt mit 29,3% höher als im städtischen Durchschnitt (25,5%). Das gleiche gilt für die über 80-Jährigen (7,3% Stadtteil Forstfeld, 5,8% im städtischen Durchschnitt). Die Altersstruktur stellt sich in den einzelnen Siedlungen sehr unterschiedlich dar. Während im Bezirk Lindenberg³ die über 60-Jährigen mit 37,6% vertreten sind, liegt der prozentuale Anteil im Bezirk Forstfeld bei 24,6%. Auch in der Zusammensetzung der Bevölkerung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilgebieten des Stadtteils. Die Siedlungen der Blockbebauung und des mehrgeschossigen Wohnungsbaus weisen einen deutlich höheren Migrantenanteil auf und sind von der Altersstruktur her „jung“. In den Ein- und Zweifamilienhausgebieten hingegen ist der Migrantenanteil niedrig, wäh-

2 Auch die Daten des Statistischen Amts der Stadt Kassel beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2011.

3 In diesem Bezirk befindet sich auch eine Seniorenwohnanlage. Der Altersdurchschnitt ist zum Teil auch darauf zurückzuführen.

rend die Altersstruktur höher liegt.⁴ Die größte Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund bilden (Spät)Aussiedler/innen aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Polen, gefolgt von Migrant/innen aus der Türkei.

3. Erreichen der Zielgruppe/Zugänge

3.1 Grundsätzliche Herausforderungen und Vorgehensweise im Projekt

Der Zugang zu und die aktive Einbeziehung der Zielgruppe der „benachteiligten älteren Menschen“ in den ausgewählten Stadtquartieren stellt eine der zentralen Herausforderungen des Forschungsprojekts dar. Da als Zielgruppe „benachteiligte ältere Menschen“ definiert werden und ein Merkmal ihrer Benachteiligung gerade darin liegt, dass ihre Teilhabe- und Teilnahmechancen beeinträchtigt sind, ist davon auszugehen, dass klassische Zugangswege der empirischen Sozialforschung sowie der Sozialen (Alten) Arbeit unzureichend sind. Zu dieser Erkenntnis kommt auch Altgeld (2009) im Zusammenhang mit der Erreichbarkeit älterer Menschen für Angebote der Gesundheitsförderung. Demnach sind u.a. Bildungsferne, Migrationshintergrund und Pflegebedürftigkeit wichtige Kriterien für die schwierige Erreichbarkeit älterer Menschen (vgl. Altgeld 2009). Bisher gibt es für die Arbeit mit älteren benachteiligten Menschen wenig konkrete Erfahrungen. Erste konzeptionelle Ansätze gibt es im Rahmen der sozialraumorientierten Gesundheitsförderung („Setting – Ansatz“, vgl. u.a. Kooperationsverbund „Gesundheitliche Chancengleichheit“, Engelmann/Holkow 2008). Auch ältere Migrant/innen werden mittlerweile von Wissenschaft und Praxis wahrgenommen, und es liegen erste Ergebnisse und Erkenntnisse vor (siehe dazu z.B. die Beiträge von Monika Alisch, Michael May und Stefan Fröba in diesem Band zu den Erfahrungen des AMIQUUS Projektes sowie den Beitrag von Buchcik et al. zur sozialraumbezogenen Gesundheitsförderung für ältere türkische Zuwanderer ebenfalls in diesem Band).

4 Die Auswertungen der Bevölkerungsdaten basieren auf den Auswertungen des Statistikamtes der Stadt Kassel. Diese liegen nach Wahlbezirken vor, Der statistische Bezirk Forstfeld verfügt über vier Wahlbezirke, der statistische Bezirk Lindenberg über zwei Wahlbezirke.

Daneben gibt es auch in anderen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit Erfahrungen zum Zugang und zur Arbeit mit benachteiligten Zielgruppen. So existieren in der Gemeinwesenarbeit und der Quartiersentwicklung Ansätze und erprobte Instrumente, benachteiligte Bevölkerungsgruppen gezielt zu beteiligen. Eine Studie des VHW zum freiwilligen Engagement in unterschiedlichen Orten der Quartierentwicklung (vgl. Rösener 2008) z.B. kommt zu dem Ergebnis, dass soziale Randgruppen, finanzschwache und bildungsferne Menschen durchaus aktiv sind bzw. sich unter bestimmten Rahmenbedingungen beteiligen. Allerdings verlangt dies sehr oft eine intensive Soziale Arbeit. Als hilfreiche Strukturen gelten quartiersnahe Komm-Strukturen sowie Formen aufsuchender Ansprache, niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote, eine Konzentration auf einzelne Zielgruppen sowie eine Öffentlichkeitsarbeit in Form von Mund-zu-Mund-Propaganda (vgl. Selle 2008).

3.2 Palette an Zugangsmöglichkeiten

Im Rahmen des Projekts wurden in vielfältiger Weise Zugänge zu den unterschiedlichen Zielgruppen des Forschungsprojekts (ältere Migrant/innen, gesundheitlich Beeinträchtigte, ältere Menschen mit geringem Einkommen) hergestellt. Die wichtigsten Zugangsformen werden im Folgenden dargestellt und diskutiert.

(1) Zugänge über Multiplikator/innen

Gerade in der Arbeit mit benachteiligten Menschen ist der persönliche Kontakt bzw. die Kontaktherstellung durch eine Vertrauensperson von zentraler Bedeutung. Der Zugang wird am ehesten möglich, wenn er über Vertrauenspersonen der Menschen in benachteiligten Lebenslagen hergestellt wird. Dies können ganz unterschiedliche Personen aus dem Umfeld dieser Menschen sein: Nachbar/innen, Mitarbeiter/innen von Pflegediensten, Multiplikator/innen aus Vereinen und Verbänden, ehrenamtliche Besuchsdienste oder ähnliche Einrichtungen, Mitarbeiter/innen von kirchlichen Einrichtungen, Hausmeister sowie weitere informelle Schlüsselpersonen. Die Kontaktaufnahme mit solchen informellen Schlüsselpersonen und Multiplikator/innen ist gerade in der Anfangsphase des Projektes von zentraler Bedeutung, da sie als informelle „Lots/innen“ bzw. „Türöffner/innen“ eine wichtige Vermittlungsfunktion wahrnehmen können (vgl. Strube 2008).

(a) Zugang über institutionelle Träger

Im SILQUA-Forschungsprojekt wurden die ersten Kontakte zu den genannten Zielgruppen über unterschiedliche Institutionen hergestellt. Dabei stand zunächst die Kontaktaufnahme mit den lokalen professionellen Akteur/innen im Vordergrund. Über die Kooperationspartner des Projekts – die Stadt Rödermark und der Kreis Offenbach für das See-waldgebiet sowie die Stadt Kassel für den Stadtteil Forstfeld – wurde der Kontakt zu vor Ort tätigen Einrichtungen und Fachkräften hergestellt. Ganz gezielt wurden an beiden Standorten wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für die jeweilige „Kommunale Koordinationsgruppe“ angesprochen. Diese Koordinationsgruppen waren und sind für die laufende Planung, Koordination und Reflexion der Projektaktivitäten am jeweiligen Standort vorgesehen. Sie dienten zugleich – vor allem in der Anfangsphase – als wichtige Informationsquelle und Einstiegshilfe in die Kontaktaufnahme vor Ort.

Im Rahmen der ersten Sitzungen der Koordinationsgruppen wurde gemeinsam über wichtige Akteur/innen und mögliche Zugänge im Quartier beraten und eine Einschätzung der jeweiligen Zugangsmöglichkeiten vorgenommen. Die Liste der Akteur/innen und Zugänge wurde dabei im Verlauf des Projekts ständig aktualisiert und erweitert. Die Beratungen dienten ebenfalls dazu, Informationen und Einschätzungen dazu zu gewinnen, welche Angebote es für die Zielgruppen innerhalb des Quartiers gibt und wie diese genutzt oder nicht genutzt werden. Mitglieder der Koordinationsgruppen standen darüber hinaus für Expert/innen-interviews zur Verfügung und beteiligten sich an informellen Einzel- und Gruppengesprächen. Die Teilnahme und Mitwirkung in lokalen Gremien sowie die teilnehmende Beobachtung von Gruppenangeboten vor Ort waren zur weiteren Kontaktgewinnung ebenfalls sehr hilfreich.

(a) Informelle Türöffner und Schneeballsystem

Parallel dazu wurden die entstandenen Kontakte auf vielfältige Weise weiter entwickelt. So konnten viele weitere Kontakte im „Schneeballsystem“ hergestellt und genutzt werden. Insbesondere im Rahmen des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, aber auch durch die Kontaktvermittlung innerhalb der verschiedenen „Migrant/innen-Communities“ sind solche weiteren Kontakte vermittelt worden. Die persönliche Kontaktvermittlung durch Vertrauenspersonen und „Türöffner/innen“ innerhalb dieser informellen Beziehungsnetzwerke hat es möglich gemacht, ältere Menschen zu erreichen, die über institutionelle Kontakte

allein nicht ansprechbar gewesen wären. Entscheidende Voraussetzung für das Gelingen war, die Vertrauenspersonen und Türöffner/innen für das Anliegen des Projekts zu gewinnen und das Projekt zu „ihrer Sache“ zu machen.

(2) Zugänge über Gruppenzusammenhänge

Eine weitere wichtige Möglichkeit, Zugänge zu benachteiligten Gruppen herzustellen, ist das Andocken an bestehende oder neu initiierte Gruppenzusammenhänge. Im Rahmen des Projekts wurden verschiedene Zugangsmöglichkeiten zu Gruppenzusammenhängen genutzt. So wurden zum einen zu bestehenden Gruppen Kontakte aufgebaut. Zum anderen wurden an beiden Standorten im Laufe der Projektumsetzung gezielt Gruppen (als Fokusgruppen) in Gang gesetzt und begleitet. Dadurch konnten die Erkenntnisse und Informationen aus anderen qualitativen Erhebungsformen (z.B. Expert/innen- und Interviews mit älteren benachteiligten Menschen) systematisch ergänzt werden.

Im Forschungsprojekt wurden und werden Fokusgruppen zum einen genutzt, um die Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppen zu ermitteln. Zugleich dien(t)en die Gruppen aber auch dazu, entsprechend den Wünschen der Bewohner/innen modellhafte Initiativen und Projekte vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Die Gestaltung der Fokusgruppen verlief je nach Ausgangssituation sehr unterschiedlich: Es wurden sowohl bestehende Gruppenzusammenhänge weitergeführt als auch neue Gruppen initiiert.

(a) Zugang über bestehende Angebotsstrukturen

Der Zugang zur Zielgruppe über bestehende Angebote wurde durch die z.T. bereits bestehende Quartiersarbeit erleichtert. So hat die mit der Öffnung des Schiller Hauses als Stadtteilzentrum im Jahr 2011 begonnene Quartiersarbeit im Seewaldgebiet in Rödermark gute Anknüpfungspunkte für das Praxisforschungsprojekt geboten. Im Kontakt mit der Zielgruppe zeigt sich jedoch, dass die Nutzung anderer Angebote, die außerhalb des Quartiers liegen, für die älteren Quartiersbewohner/innen mit hohen Barrieren verknüpft ist. Diese sind schon allein aufgrund der größeren räumlichen Distanz nur schwer erreichbar. Mindestens ebenso große Barrieren stellen die Unsicherheiten bei der Nutzung unbekannter Angebote ohne soziale Anknüpfungsmöglichkeit, eine fehlende Willkommenskultur oder/und nach außen geschlossene Gruppen insbeson-

dere außerhalb des Quartiers dar.

In Kassel-Forstfeld wurde dagegen sehr schnell deutlich, dass viele ältere Migrant/innen auch außerhalb ihres jeweiligen Quartiers oder des Stadtteils Angebote (z.B. eine Moschee im Nachbarstadtteil) nutzen und so eine fehlende wohnortnahe Angebotsstruktur kompensieren. Entsprechend wurden hier viele Kontakte zu Multiplikator/innen auch außerhalb des Stadtteils geknüpft, um so Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtteil herzustellen.

Weiterhin war es sehr wichtig, bestehende Angebote im Stadtteil zu berücksichtigen, auch wenn diese nur z.T. von der Zielgruppe genutzt wurden. Dabei stand neben der Kontaktherstellung zu vereinzelt teilnehmenden Personen der Zielgruppen und dem Kennenlernen der informellen Netzwerkstrukturen auch das Werben für Akzeptanz und Unterstützung für das Projekt im Stadtteil im Vordergrund. So wurde in Kassel-Forstfeld eine Gruppe von Frauen („Dienstagsgruppe“), die in vielen Settings aktiv sind, als eine zentrale Gruppe in die regelmäßige Projektarbeit eingebunden. Die Akzeptanz und Mitarbeit dieser z.T. als Multiplikatorinnen wirkenden Frauen war und ist wichtig, um das Projekt im Stadtteil dauerhaft zu verankern.

(b) Anknüpfen an natürlichen, bekannten Settings

Grundsätzlich sind die Zielgruppen des Projektes z.B. in bürgerschaftlichen Vereinigungen nicht oder nur stark unterrepräsentiert als Mitglieder, Teilnehmer/innen, Besucher/innen etc. anzutreffen. Personen der Zielgruppe konnten in bestehenden Gruppenzusammenhängen also nur bedingt bzw. nur punktuell angesprochen werden. Es mussten also weitere Zugänge über die schon bestehenden Angebotsstrukturen hinaus geschaffen werden. Eine Studie zu Best Practice-Beispielen der Gesundheitsförderung von benachteiligten Zielgruppen in der Schweiz kommt zu der Erkenntnis, dass es zielführend ist, dabei an „realen“, bereits bestehenden Gruppenbeziehungen und in bekannten Settings anzusetzen, und damit also an die Alltags- und Lebenswelten der Menschen anzuknüpfen (vgl. Mullins et al. 2005).

Grundlage des Handelns ist dabei die „Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen“ (Lüttringhaus 2001: 264). In Anknüpfung an Arbeitsprinzipien der Gemeinwesenarbeit geht es also darum, die

Interessen und Bedürfnisse der Menschen zu ergründen und zu fördern, statt ihnen Themen von außen vorzusetzen (vgl. ebd.). Angebote werden vor allem dann besser genutzt, wenn die Zielgruppen schon in die Entwicklung derselben partizipativ eingebunden sind (vgl. Mullins et al. 2005).

Die sogenannte „Kaffeeplanungsgruppe“ in Rödermark stellt ein gutes Beispiel für eine neu entstandene Gruppe dar, die sich aus schon bestehenden Gruppenbeziehungen gegründet und durch gezielte Begleitung weiterentwickelt hat. Diese Gruppe bestand aus einem Mann und 4-8 „einheimischen“ Frauen zwischen Mitte 50 und 90 Jahren. Unter anderem wurde in der Gruppe mit klassischen Methoden der Sozialraumanalyse, wie Autofotografie, Nadelmethode und Stadtteilbegehungen gearbeitet (vgl. u.a.: Knopp 2009; Riege/Schubert 2005). Ein wichtiger Bestandteil der Gruppentreffen war das soziale Beisammen sein bei Kaffee und Kuchen. Außerdem wurden die Gruppen in die Planung des Stadtteilworkshops eng einbezogen und gestalteten anschließend maßgeblich die Umsetzung der dort entwickelten Projekte mit.

(c) Initiierung neuer Gruppen

Die partizipative Einbindung schon in der Phase der Gruppenbildung war ein zentrales Element der im Projekt neu initiierten Gruppen. Als hilfreich erwies sich, für die Moderation der Gruppen entweder Peers aus derselben Altersgruppe oder mit der gleichen Herkunft auszuwählen oder ausreichend Zeit für die Bildung einer Vertrauensbeziehung zwischen Moderator/in und den Gruppenteilnehmer/innen zu investieren. Weiterhin zeigte sich der Einsatz von Vermittler/innen z.B. für interkulturelle Übersetzungen als ein hilfreiches Instrument (vgl. Soom Ammann; Salis Gross 2011). Durch diese Kommunikationshilfe wurde es erleichtert, den Austausch und Bewusstwerdungsprozesse in Gruppen in Gang zu setzen. Bedürfnisse – individuelle und/oder kollektive – sollten so bewusst und sichtbar werden. So können den Teilnehmenden im Gruppenkontext mit Personen, die sich in ähnlichen Situationen befinden, beispielsweise auch gesellschaftlich-strukturelle Dimensionen benachteiligter Lebenslagen deutlich werden. Probleme werden nicht mehr nur als individuell wahrgenommen (vgl. Munsch 2005).

Damit Angebote überhaupt wahr- und angenommen werden, ist es notwendig und sinnvoll, im Vorfeld dieser Angebote, Gruppen zu aktivieren

und ihnen das Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit zu geben. Themenwahl, Mitteilungsform, Sprache, Veranstaltungsort, -art, -Zeitpunkt etc. sind hier auf die Interessen und Möglichkeiten der jeweiligen Zielgruppen abzustimmen. Insgesamt wurde damit ein Ansatz verfolgt und umgesetzt, der sich an den Konzepten des „enablings“ und des „empowerments“ orientierte (Selle 2008).

In Kassel Forstfeld wurde beispielsweise über ein alltagsbezogenes und lebensweltorientiertes Angebot ein Prozess der Selbstorganisation angestoßen. Im Zuge der Kontaktaufnahme zu älteren türkischen Frauen in der Moschee im Nachbarstadtteil kristallisierte sich seitens der Frauen der Wunsch nach einer alltagsorientierten Möglichkeit des Deutschlernens heraus. Schnell wurde deutlich, dass im Zusammenhang mit einem derartigen Angebot auch weitere Interessen und Bedürfnisse ermittelt werden konnten. Durch den initiierten Deutschkurs bildete sich eine Gruppe, die – unterstützt durch eine Begleitung durch die wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsprojektes – weitere Projektideen entwickelte. So haben die Frauen u.a. eine regelmäßige türkischsprachige Beratung für ältere Türkinnen im Stadtteil initiiert.

Diese Frauen nahmen am Stadtteiltreffen teil und so entstand der Wunsch nach Begegnung mit anderen ethnischen Gruppen im Stadtteil. Mittlerweile gab es ein erstes Treffen mit einer Gruppe einheimischer Frauen, bei dem alle gemeinsam kochten. Diese Kochtreffen sollen künftig regelmäßig stattfinden. Der angestoßene interkulturelle Prozess sollte weiterhin begleitet werden, um tatsächlich auch längerfristig einen Prozess des Kennenlernens und der Integration zu gewährleisten. Dieses Beispiel zeigt, dass eine Balance von geschützten Räumen und gemischten Gruppen für die Integration eine große Bedeutung hat, so auch Munsch in ihrer Studie „Die Effektivitätsfalle“ (vgl. Munsch 2005).

(d) Handlungsorientierte Zugänge – Tun statt reden

Eine weitere Gruppe in Rödermark bestand in wechselnder Besetzung aus insgesamt sechs türkischstämmigen älteren Männern, von denen jeweils zwei bis vier an den Sitzungen teilnahmen. In den Gruppen stand zunächst die Ermittlung von Interessen, Bedürfnissen und Wünschen im Vordergrund. In der Arbeit mit dieser Fokusgruppe wurden die Grenzen eines methodischen Ansatzes, der auf einer schwerpunktmäßig verbalisierten Interessensermittlung basiert, deutlich. Die beschriebene Gruppe

äußerte keine für uns zugänglichen Wünsche oder Meinungen und die Mitglieder kamen zwar zu den Treffen, aber nur unregelmäßig und mit scheinbar geringer Zufriedenheit. Zunächst wurde mit unterschiedlichen Mitteln versucht, die Gruppe zu stabilisieren (Folgetermine, telefonische kurzfristige Einladungen und Erinnerungen, persönliche Einladungen durch zentrale Schlüsselpersonen, externe Übersetzung, unterschiedliche methodische und mediale Ansätze, z.B. Autofotografie des Quartiers, Treffen an Alltagsorten). Der Erfolg war mäßig, die Wünsche und Interessen der Mitglieder blieben zunächst verborgen. Schließlich wurde eine Projektidee aufgegriffen, die zwar nicht im Kontext dieser Gruppe entstanden war, die aber an den Ressourcen der Teilnehmer ansetzte: Aus dem Interesse an Informationen, insbesondere in der Form von Kleinanzeigen, und dem vorhandenen handwerklichen Können entstand die (Projekt-)Idee, einen Schaukasten als eine Art schwarzes Brett für das Seewaldgebiet zusammen zu bauen. Zunächst stieß die Idee aufgrund von Befürchtungen (z.B. in Bezug auf die Zustimmung des Eigentümers für das Aufstellen an einem bestimmten Platz oder Angst vor Vandalismus: „Hier im Seewaldgebiet funktioniert so etwas nicht.“) auf wenig Zustimmung der Mitglieder. Erst bei einem weiteren Treffen und einer damit verbundenen Ortsbegehung unter Anwesenheit des „Handwerks-Fachmanns“ wurde die Planung konkret. Wenige Wochen später stand der Schaukasten nach einer gemeinsamen Aktion und viel Engagement der Mitglieder. Die Einladung zum Seniorenfrühstück als Dankeschön wurde dann auch gern angenommen.

4. Kritische Bewertung und Ausblick

Im Folgenden sollen die bisherigen Ansätze und Erfahrungen noch einmal kritisch betrachtet werden. Dabei soll auf zwei Aspekte besonders eingegangen werden, zum einen geht es dabei um die zentrale Frage des Erreichens der Zielgruppen und der dafür notwendigen Bedingungen und Ressourcen, zum anderen soll die Frage der Übertragbarkeit des Projekts aufgegriffen und diskutiert werden.

4.1 Erreichen der Zielgruppen

Insgesamt ist es mit dem Untersuchungs- und Handlungsansatz gut gelungen, Menschen der Zielgruppe der älteren Menschen in benachteilig-

ten Lebenslagen in den beiden Projektstandorten zu erreichen, d.h. mit ihnen in Kontakt zu kommen und sie z.T. auch in die sich entwickelnden (formellen und informellen) Netzwerke und Aktivitäten einzubinden. Es wurden dabei Menschen erreicht, die bisher durch vorhandene Angebote für Ältere nicht erreicht wurden.

Dabei unterschied sich die Vorgehensweise in den beiden Hauptprojektphasen: So ging es in der Erhebungsphase vor allem darum, Personen der Zielgruppe zu finden, zu ihnen Kontakt herzustellen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. In der zweiten, der Umsetzungsphase, die jeweils mit einem „Stadtteilgespräch/Stadtteiltreffen“ eingeleitet wurde, ging es vor allem darum, gemeinsam mit (benachteiligten älteren) Bewohner/innen und professionellen Akteur/innen aus den geäußerten Bedürfnissen und Wünschen konkrete Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

In der ersten Phase standen so die Zugänge über institutionelle Multiplikator/innen sowie informelle Schlüsselpersonen und Türöffner/innen im Vordergrund. Das Herstellen von Zugängen über unterschiedliche Multiplikator/innen erwies sich grundsätzlich als sehr sinnvolles Vorgehen. Allerdings ist der erfolgreiche Kontaktaufbau zu sehr unterschiedlichen Personen davon abhängig, welche Multiplikator/innen eingebunden und für das Projekt gewonnen werden können. Gerade über institutionelle Multiplikator/innen werden oft diejenigen erreicht, die bereits in bestehende (Gruppen-)Zusammenhänge (z.B. Ethnic Community, Nachbarschaft, Stammkundschaft einer Kneipe oder eines Cafés) eingebunden sind. Andere Personengruppen bleiben dagegen außen vor.

Insbesondere in der ersten Phase konnten über weitere Multiplikator/innen (wie Geburtstagsbesuchsdienste, Hausmeister etc.) auch Kontakte zu eher zurückgezogen lebenden Menschen hergestellt werden. Hier stellte sich allerdings mit Beginn der zweiten Phase die zentrale Frage, inwieweit diese Menschen dauerhaft eingebunden werden können: Viele der entstandenen Projekte – insbesondere die durch Bewohner/innen selbst organisierten – sind auf Gruppensettings ausgerichtet. Nicht alle aber wollen – oder können – an Gruppenaktivitäten teilnehmen. Zudem können zunächst offene Gruppen schnell zu „geschlossenen Gesellschaften“ werden und damit andere (unbewusst bzw. ungeplant) ausschließen. Diese gruppendynamischen Prozesse können durch

eine Begleitung nicht immer vermieden, immerhin aber reflektiert werden.

Viele der Initiator/innen von und Teilnehmer/innen an Angeboten im Projekt haben einen Migrationshintergrund, sind gesundheitlich eingeschränkt und verfügen über ein geringes Einkommen, Gleichzeitig zeigt sich, dass viele der über konkrete Gruppenaktivitäten eingebundenen Menschen in hohem Maße über soziale Ressourcen wie soziale Kompetenzen und organisatorische Fähigkeiten verfügen.

Das „Schneeballsystem“ wurde in beiden beschriebenen Projektphasen wirksam. So wurden z.B. in dieser Weise Kontakte zu Nachbar/innen für Interviews hergestellt. Z.T. fand daran anknüpfend auch eine Teilnahme an weiterführenden Aktivitäten statt. Das Schneeballsystem spielt auch bei der Bekanntmachung neuer Angebote eine nicht unbedeutende Rolle.

Auch zur Teilnahme am „Stadtteilgespräch/Stadtteiltreffen“ zu Beginn der zweiten, der Umsetzungsphase, konnten neue Bewohner/innen motiviert werden. Derartige Foren (Stadtteilworkshops etc.) können sinnvolle Instrumente zur Beteiligung – auch benachteiligter – älterer Menschen sein, sofern sie gezielt niedrigschwellig ausgerichtet sind (keine Kosten, Fahrdienste, direkte, persönliche Einladung, Wertschätzung, Möglichkeit der nonverbalen Interessensvermittlung, Übersetzung, bauliche Barrierefreiheit, Arbeit in kleinen Gruppen etc.).

Aber auch wenn „klassische“ Verfahren der Bürger/innenbeteiligung neu gestaltet werden und damit tatsächlich auch andere Menschen als die „üblichen Verdächtigen“ erreichen können, können sie per se nach wie vor sozial selektiv wirken. Bereits die Form der Veranstaltung an sich (große Zahl von Menschen, implizite Verhaltensregeln (Habitus), sich darstellen müssen vor einer großen Gruppe etc.) kann eine Barriere darstellen und viele Menschen von der Beteiligung und Teilhabe abhalten.

Insgesamt hat sich also gezeigt, dass es in erheblichem Umfang gelungen ist, im Rahmen des -Projekts Kontakt mit älteren Menschen in den beiden Projektstandorten herzustellen und eine positive Resonanz für das Projekt zu gewinnen. Zugleich ist es in vielen Fällen gelungen, Personen aus dem Kreis der älteren Menschen in benachteiligten Lebenslagen in den beiden Standorten zu erreichen. Sowohl mit den Interviews als auch

mit dem „Stadtteilgespräch/Stadtteiltreffen“ und den angestoßenen Aktions- bzw. Fokusgruppen konnten viele Personen einbezogen werden, die sich zuvor nicht an lokalen Netzwerken beteiligt haben. Durch die Interviews mit älteren benachteiligten Menschen und durch die Begleitung von bereits bestehenden und neu initiierten Gruppen haben sich zugleich Konturen von Bedarfslagen und Teilhabewünschen herauskristallisiert. Ausgewählte Wünsche und Bedürfnisse sind in der zweiten Projektphase im Rahmen von Aktionsgruppen aufgegriffen und umgesetzt worden. Im Verlauf des Projekts war festzustellen, dass bei vielen der Bewohner/innen bereits vorher schon ein Engagement im familiären oder nachbarschaftlichen Zusammenhang vorhanden war, das nun in einem erweiterten sozialen Kontext zugenommen hat bzw. sichtbar wurde. Darüber hinaus haben sich neue Beziehungs- und Vergemeinschaftungsmuster entwickelt.

4.2 Übertragbarkeit

Die Darstellung der verschiedenen Wege und des Aufwands, die Zielgruppen des Projekts anzusprechen und zu erreichen, wirft die Frage auf, inwieweit ein solches Forschungsprojekt – bzw. welche Elemente daraus – auf die Praxis der Sozialen (Alten)Arbeit übertragbar sind. Gerade wenn es um die Gruppe der „Benachteiligten“ geht, ist eine erfolgreiche Arbeit nur möglich, wenn sie langfristig angelegt und durch persönliche Kontakte und Beziehungen getragen wird. Dies erfordert nicht nur ein konzeptionelles Umdenken in vielen Kommunen, was zwar durch die Diskussion um den Setting-Ansatz gegenwärtig unterstützt wird, die Praxis aber vielerorts noch nicht erreicht hat. Gefordert ist somit eine konzeptionelle Öffnung und Neuorientierung hin zum Quartier als Lebensraum. Gefordert ist aber auch die Entwicklung einer Unterstützungsstruktur und Unterstützungskultur, die an den Interessen unterschiedlicher Gruppen von Bewohnerinnen und Bewohnern, an den Aktivitäten und Netzwerken vor Ort ansetzt und ressourcenorientiert, bedarfsorientiert und niedrigschwellig ausgerichtet ist. Viele Institutionen stehen hier vor der Herausforderung, vorhandene konzeptionelle und institutionelle Barrieren abzubauen und sich für bisher im Stadtteil wenig sichtbare Bevölkerungsgruppen und Interessen zu öffnen.

Tatsächlich hat sich gezeigt, dass für das Auffinden und Erreichen der Zielgruppe der „benachteiligten Älteren“ informelle Akteur/innen und Netzwerke eine zentrale Rolle spielen. Insofern geht es für kommunale

Altenhilfe, Gemeinwesen- und Quartiersarbeit darum, die (soziale) Angebotsstruktur für Ältere wohnortnah auszubauen bzw. für alle nutzbar zu machen. Aber auch das Entstehen einer informellen Vernetzung durch geeignete Beteiligungsformen und daraus entstehende Aktivitäten und Prozesse kommunal zu fördern und zu unterstützen. So hat etwa die Entwicklung der Fokusgruppen an beiden Standorten gezeigt, dass Interesse und Bereitschaft für ein Engagement auch bei sogenannten „engagementfernen Bevölkerungsgruppen“ groß sind. Diese Bereitschaft muss wahrgenommen und gefördert werden. Solche Initiativen bedürfen der Begleitung und Stabilisierung durch professionelle Soziale Arbeit, wofür nicht zuletzt die Kommunen zuständig sind. Vor allem Stadtteilzentren wie das Schiller Haus können dabei eine wichtige Rolle spielen. Selbstorganisation organisiert sich nicht von selbst, sondern bedarf der professionellen Begleitung und Stabilisierung.

Literatur

- Altgeld, T. (2009): Alt werden, gesund bleiben – Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Initiieren – Planen – Umsetzen/Handbuch kommunale Seniorenpolitik, Gütersloh. S. 220 -234.
- Engelmann, F./Halkow, A. (2008): Der Setting-Ansatz in der Gesundheitsförderung – Genealogie, Konzeption, Praxis, Evidenzbasierung, Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Public Health, Schwerpunkt Bildung, Arbeit und Lebenschancen, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- Knopp, R. (2009): Sozialraumerkundung mit Älteren. In: Deinet, U. (Hrsg.): Methodenbuch Sozialraum, Wiesbaden, S. 155-164.
- Kooperationsverbund „Gesundheitliche Chancengleichheit“: Online verfügbar unter: <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/> Zugriff am: 1.10. 2013.
- Lüttringhaus, M. (2001): Zusammenfassender Überblick: Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D. Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit – Reader. Münster. S. 263-267
- Mullins, D./Blatt, L./Gbarayor, C./Yang, H. und Baquet, C. (2005): Health disparities: A barrier to high-quality care. In: American Journal of Health-System Pharmacists Vol. 62: S. 1873-1882

- Munsch, Ch. (2005): Die Effektivitätsfalle – Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung, Baltmannweiler.
- Riege, M./Schubert, H. (2005) (Hrsg.): Sozialraumanalyse: Grundlagen - Methoden - Praxis: Grundlagen, Methoden, Praxis. Lehrbuch, Wiesbaden 2. Auflage.
- Rösener, B. (2008): Mehr Engagementpotenziale als gedacht. Topografie des Engagements in Aachen-Ost. In: vhw - FWS Heft 4/2008. S. 204-208.
- Selle, K. 2005: Planen, Steuern, Entwickeln: Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land, Dortmund.
- Selle, K. (2008): Drei Stadtteile: viel Engagement. Kommentar 3 zu den Untersuchungen in Aachen, Hannover und Dortmund. In: vhw - FWS Heft 4/2008. S. 220 – 221.
- Soom Ammann, E./Salis Gross, C. (2011): Schwer erreichbare und benachteiligte Zielgruppen – Teilprojekt im Rahmen des Projekts „Best Practice Gesundheitsförderung im Alter“. Online verfügbar unter: http://www.gesundheitsfoerderung.ch/pdf_doc_xls/d/gesundheitsfoerderung_und_praevention/allgemeines/bpgfa/d/BPGFA-Schwer-erreichbare-Zielgruppen-Gesamtstudie-2011.pdf, Zugriff am: 11.11.2013.
- Strube, A. (2008): Alt auf dem Land: Die Beteiligung älterer Menschen an der kommunalen Altenhilfeplanung im ländlichen Raum. In: May, M./Alisch, M. (Hrsg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 2, Opladen/Farmington Hills, S. 83-100.

Initiierung niedrigschwelliger Bildungsangebote für ältere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Quartier

Kathrin Hahn

Bildungs Koordinatorin im Projekt „Lernen vor Ort“, Kontakt: Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Sozialraummanagement, Klosterwall 4, 20095 Hamburg, E-Mail: kathrin.hahn@hamburg-mitte.hamburg.de

Ein zunehmender Anteil an Menschen im Alter partizipiert nicht an den vorhandenen institutionalisierten Bildungsmöglichkeiten. Insbesondere sozial benachteiligte ältere Menschen haben kaum Zugangschancen zu den „klassischen“ Bildungsangeboten, wie VHS-Kursen, Vorträgen, Bildungsreisen u.ä. Bei dieser Bevölkerungsgruppe kumulieren oftmals Faktoren, die die Partizipation erschweren, z.B. niedriger Bildungsstatus, geringe sozio-ökonomische Ressourcen und überdurchschnittliche gesundheitliche Belastungen. Häufig treten negative Altersbilder, teilweise auch soziale Isolation erschwerend hinzu (vgl. Stiehr/Spindler/Ritter 2010; BMFSFJ 2010: 81ff.). Um die Bildungsteilhabe dieser Adressatengruppe zu fördern, sind spezifische Konzepte erforderlich, die u.a. die Fragen nach den Bildungsinteressen und -bedarfen, nach der Gestaltung von Bildungsangeboten, nach den Beteiligungsmöglichkeiten und vor allem nach der Aktivierung der älteren Menschen auf neue Weise aufgreifen und explizit berücksichtigen (vgl. Kricheldorf 2010: 101f.).

Vor diesem Hintergrund geht es in dem in diesem Beitrag dargestellten Teilprojekt, das im Rahmen des Hamburger Projektes „Lernen vor Ort“ durchgeführt wurde, im Kern um die Frage: Wie kann Bildungsarbeit mit sozial benachteiligten, isoliert lebenden älteren Menschen im Quartier initiiert und gestaltet werden? Dargestellt wird der Prozess des Vorgehens sowie die zentralen Gelingensfaktoren, die sich dabei abzeichneten, und sich insbesondere auf die größte Herausforderung – die Erreichbarkeit und die Motivation der älteren Menschen, an Aktivitäten teilzunehmen – beziehen.

Hintergrund und Zielsetzung des Vorhabens

Im Mittelpunkt des Projektes „Lernen vor Ort“ steht das lebenslange Lernen, das alle biographischen Bildungsphasen von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung umfasst. Allgemeine Zielsetzung ist die regionale Bildungsentwicklung in den Bezirken der Stadt Hamburg, um so einen Beitrag zur Sicherung der Bildungsbeteiligung – insbesondere sozial benachteiligter Menschen – zu leisten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Optimierung der Bildungsstrukturen auf kommunaler Ebene, d.h. die Bildungsangebote in den Quartieren sollen transparenter gestaltet und besser auf die Bildungsbedarfe der Bürgerinnen und Bürger abgestimmt werden, Bildungszugänge und -übergänge sollen erleichtert und Bildungsakteure besser miteinander vernetzt werden. „Lernen vor Ort“ ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Bundesprogramm, das in Hamburg seit 2009 durch die Behörde für Schule und Berufsbildung in Kooperation mit den sieben Hamburger Bezirken umgesetzt wird. Bis zum Programmende im August 2014 wird angestrebt, ein verbessertes Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen im Bildungsbereich zu erreichen sowie die entwickelten und erprobten Modelle zur Weiterentwicklung der Hamburger Bildungslandschaft zu verstetigen (siehe <http://www.hamburg.de/lernen-vor-ort>).

Im Handlungsfeld „Demographischer Wandel“ (Laufzeit: September 2010 bis August 2012) war das Ziel, ein partizipatives Verfahren zu entwickeln und zu erproben, mit dessen Hilfe wohnortnahe, bedarfsorientierte Bildungsangebote für ältere Menschen aufgebaut werden können. Die im Folgenden beschriebenen Gelingensfaktoren sind derzeitiges Ergebnis des Umsetzungsprozesses im Hamburger Stadtteil Billstedt, der im Herbst 2011 begann und seit Sommer 2012 durch die „Lernen vor Ort“-Kooperationspartner, insbesondere die Seniorenbildung Hamburg e.V., weitergeführt wird.

Modellgebiet: Das Quartier „Jenckelweg“ im Hamburger Stadtteil Billstedt

Das Gebiet, in dem das Vorhaben umgesetzt wird, befindet sich am nordöstlichen Rand Hamburgs im Stadtteil Billstedt. Es gehört zu den städtischen Entwicklungsgebieten mit besonderem Förderbedarf. Knapp 3.500 Menschen lebten zu Projektbeginn dort. Der Anteil der ab 60jährigen betrug 22%. Die Mehrheit von ihnen bezieht Grundsiche-

rungsleistungen im Alter nach SGB XII. Der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund liegt deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. Die Angebotsstruktur in dem Quartier ist höchst unzureichend. Es gibt kaum Einkaufsmöglichkeiten, keine Ärzte, Apotheken, auch Begegnungsangebote, die sich an ältere Menschen richten, fehlen.

Ausgangspunkt für den Aufbau von Bildungsarbeit stellte das in dem Quartier vorhandene Nachbarschaftshaus im Jenkelweg dar, das von der Wohnungsbaugesellschaft, die über den Gesamtbestand der Wohnungen in dem Quartier verfügt, getragen wird. Das Nachbarschaftshaus, das bislang nicht von den älteren Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern genutzt wurde, bietet einen wohnortnahen Raum für Begegnung und hat den Vorteil, dass es potenziell für Nachbarn aller Generationen offen steht. Denn insbesondere jüngere Ältere identifizieren sich häufig nicht mit altersspezifischen Angeboten, z.B. Seniorentreffs, und meiden diese.

Gelingensfaktoren für die Initiierung niedrigschwelliger Bildungsangebote für ältere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Als zentrale Herausforderung zu Beginn der Umsetzung des Vorhabens erwies sich der Zugang zu den älteren Bewohnerinnen und Bewohner, über die keinerlei Informationen vorlagen. Auch gab es bislang keine „öffentlichen“ Orte in dem Quartier, z.B. Treffpunkte, an denen erste Kontakte hätten aufgenommen werden können. Die Frage nach der Erreichbarkeit und Aktivierung der Zielgruppe zog sich daher als Kernthema durch den gesamten Prozess und erforderte gesonderte Aufmerksamkeit. Die folgenden Faktoren stellten sich dabei als förderlich heraus.

Kooperationen im Quartier aufbauen

Ein erstes Gelingenskriterium bezüglich der Erreichbarkeit der älteren Menschen war der Aufbau von Kooperationen vor Ort und zwar v.a. mit Schlüsselpersonen, die das Quartier gut kennen, die ihrerseits dort bekannt sind und eine größere Nähe zu den Lebenswelten der Älteren aufweisen als die Projektinitiatoren. Als vorteilhaft hat sich dabei auch erwiesen, Akteure einzubeziehen, die im Gebiet strukturell etwas bewegen können. In dem Vorhaben kooperierten Bezirksamt, Quartiersent-

wicklung, Wohnungsbaugesellschaft, ein Hamburger Seniorenbildungsträger, die bezirkliche Seniorenvertretung sowie zwei bereits aktive, freiwillig Engagierte – eine ältere türkische Bewohnerin und ein älterer deutscher Bewohner.

Interessen und Bildungsbedarfe der älteren Menschen erfassen und zusammenführen – Aktivierende Befragung

Für die Planung bedarfsgerechter Angebote ist ein fundiertes Wissen über die Bildungsbedarfe und -interessen der älteren Menschen unverzichtbar. Um dieses zu erlangen, bieten sich Bewohnerbefragungen an, die qualitative Erhebungsmethoden einsetzen. Im Vorhaben wurde eine Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner ab 60 Jahre durchgeführt, die sich methodisch an der Aktivierenden Befragung orientiert (vgl. Lüttringhaus/Richers 2003: 234ff.). Ziele der Befragung waren auch, einen ersten persönlichen Kontakt herzustellen und das Nachbarschaftshaus bekannt zu machen. Vorgegangen wurde dabei aufsuchend, d.h. es wurde versucht, durch Klingeln an den Wohnungstüren oder Ansprache auf der Straße mit den Älteren des Quartiers ins Gespräch zu kommen. Ein Gesprächsleitfaden, in dem es u.a. um das Freizeitverhalten, Interessen und Engagementbereitschaft ging, strukturierte die Gespräche. Die Befragten wurden außerdem zu einer ersten offenen Begegnungsveranstaltung im Nachbarschaftshaus eingeladen.

Insgesamt sind 102 ältere Personen angesprochen worden; 75 waren zu einem Gespräch bereit. Der Migrationshintergrund der Befragten wurde nicht explizit erhoben; wie v.a. an dem Faktor Sprache erkennbar wurde, handelte es sich jedoch überwiegend um ältere Migrantinnen und Migranten. Die Befragten waren mehrheitlich im Alter von 60 bis 70 Jahren (43%). Festgestellt wurde, dass sie kaum aktiv sind, einige verfügen über nur wenige Kontakte und verlassen selten ihre Wohnung. Ein Großteil unternimmt gar nichts mehr oder gab an, nichts Besonderes zu tun, nur zu schlafen oder fernzusehen. In sehr vielen Fällen waren hierbei körperliche Einschränkungen oder Krankheiten mit ausschlaggebend. Hauptinteresse bestand an geselligen Treffen bei Kaffee und Kuchen, gefolgt von Kochen, Backen, Sport und Bewegung. Auffallend war, dass die Tatsache, selbst mit ihren Interessen und Vorstellungen gefragt zu sein, für viele Ältere ungewohnt war, teilweise sogar eine Überforderung darstellte.

Aufsuchende, persönliche Kontaktaufnahme, Kontinuität und Vertrauensbildung

Die gewählte persönliche Ansprache – im Rahmen der Befragung – hatte sich einerseits bewährt. Je länger mit einer Person gesprochen wurde, desto eher entwickelte sich auch bei anfangs skeptischen Personen Interesse, ein Angebot im Nachbarschaftshaus zu besuchen oder es kamen Ideen, selbst dort etwas anzubieten. Es zeigte sich andererseits jedoch auch, dass es für die Motivierung und Aktivierung der Älteren nicht bei dieser einen Kontaktaufnahme bleiben konnte, sondern dass Kontinuität und Vertrauensbildung und insgesamt ein sehr langer Atem erforderlich sein würden.

An Alltagsproblemen anknüpfen – Soziale Beratung und Unterstützung

Sozial benachteiligte ältere Menschen haben vielfach existentielle Probleme. Nützliche Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Alltagsbewältigung sind daher unerlässlich und sollten die Bildungsarbeit vor Ort ergänzen. So wurden im Rahmen der Bewohnerbefragung in dem Modellquartier z.B. eine über 70jährige Migrantin befragt, die noch arbeiten geht, um ihre Rente aufzubessern, und eine Reihe älterer Migrantinnen und Migranten, die berichteten, dass sie aufgrund familiärer Verpflichtungen, wie der Pflege von Angehörigen oder der Betreuung von Enkelkindern, keinerlei Freizeit hätten. Es wurde daher im Nachbarschaftshaus eine regelmäßige wöchentliche Sozialberatung durch einen mehrsprachigen Sozialberater eingerichtet. Hierbei war auch der Gedanke leitend, dass über die Sozialberatung ein erster Zugang zum Nachbarschaftshaus eröffnet und ggfs. zur Teilnahme an anderen, geselligen Angeboten angeregt werden kann.

Wohnortnahe, niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten schaffen

Alltagsnähe ist auch bezüglich der Gestaltung der Bildungsarbeit zentral und setzt voraus, dass der ältere Mensch Bildungs- und Begegnungsangebote vor Ort in seiner unmittelbaren Umgebung vorfindet, dass sie gut erreichbar und möglichst gebührenfrei sind. Ein wichtiges Gelingenskriterium sind daher geeignete wohnortnahe Räumlichkeiten, z.B. Gemeinschaftsräume der Wohnungsbaugesellschaft oder Nachbarschaftshäuser. Im Hinblick auf ältere Menschen, die bislang keine Angebote

nutzen, erhalten offene, niedrigschwellige Begegnungsmöglichkeiten auch bezüglich der Artikulation von Bildungsinteressen ein besonderes Gewicht. Sie schaffen den notwendigen Rahmen, um diese im Austausch mit anderen überhaupt formulieren und ggfs. gemeinschaftlich realisieren zu können; zudem fördern sie die Initiierung informeller Lernprozesse.

Partizipation fördern

Die erste offene Veranstaltung, die im Nachbarschaftshaus Jenkelweg im Anschluss an die Aktivierende Befragung angeboten wurde und unter dem Motto „Lebendige Nachbarschaft“ stand, wurde kaum besucht – dies obwohl sie recht umfangreich beworben wurde: durch Hinweise in der örtlichen Zeitung, durch Aushänge in den Schaukästen des Quartiers und in den Treppenhäusern und mittels persönlicher Einladung per Post. Das erste Treffen wurde dazu genutzt, gemeinsam mit den Älteren, die gekommen waren, zu überlegen, wie die Bewohnerinnen und Bewohner besser erreicht werden können. Es wurden zudem der Seniorenbeirat des Bezirkes und der Quartiersbeirat – ein örtliches Mitwirkungs-gremium der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, in dem auch viele Ältere aktiv sind – um Unterstützung gebeten. Die älteren Nachbarn wurden erneut persönlich durch Klingeln an der Wohnungstür oder schriftliche Einladung zu einem geselligen Treffen „Bei Kaffee und Kuchen“ eingeladen. Es kam schließlich eine kleine, nach Herkunft, Bildungsstand, Geschlecht, Alter und Motivation der Teilnahme sehr heterogene Gruppe älterer Menschen zusammen, die sich seitdem alle 14 Tage in dem Nachbarschaftshaus trifft, gemeinsam Aktivitäten beschließt, durchführt und dabei von einer Sozialpädagogin begleitet wird.

Die Partizipation der älteren Menschen ist eines der wichtigsten Gelingensfaktoren. Sie ist zentrale Voraussetzung, bedarfsgerechte und attraktive Angebote vor Ort zu schaffen, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern auch genutzt werden. Partizipation bedeutet dabei mehr als bloße Teilnahme und Mitwirkung an den Angeboten. Die älteren Menschen sollten nach Möglichkeit von Beginn an aktiv in die Planung und Gestaltung von Bildungsangeboten eingebunden werden. Gelingen kann dies sowohl durch die Förderung ihrer Mitbestimmung an Entscheidungsprozessen als auch durch das Aufgreifen und den Einbezug ihrer Kompetenzen und ihres Erfahrungswissens. In diesem Kontext kann es relevant sein, ältere Menschen durch entsprechende Unterstützung und

Ermutigung zur Partizipation zu befähigen.

Gruppenbildungsprozesse professionell gestalten und begleiten

Die professionelle Begleitung von Bildungsangeboten – zumindest in der Anfangsphase, in der sich eine Gruppe bildet – ist daher von herausgehobener Bedeutung. Selbstorganisation wird in der Seniorenbildung oftmals zu einem Ideal erhoben, insbesondere wenn es um selbstgesteuerte und selbstbestimmte Lernformen geht. Nicht jedoch für alle Zielgruppen ist das von Beginn an die geeignete Form. Sie kann auch eine Überforderung darstellen. Aufgabe der professionellen Begleitung kann in diesem Fall die Befähigung und Begleitung einer Gruppe zur Selbstorganisation sein. Zu Beginn der Gruppenkonstituierung gilt es daher, Gruppenprozessen vermehrt Aufmerksamkeit zu widmen und Lernprozesse zu initiieren (vgl. Kricheldorf 2010: S.103).

Im hier geschilderten Beispiel wird die professionelle Begleitung für einen Zeitraum von ca. zwei Jahren durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (Projekt zum Aufbau nachbarschaftlicher selbstorganisierter Gruppen älterer Menschen) und den Träger Seniorenbildung Hamburg e.V. ermöglicht. Die Sozialpädagogin ist zum jetzigen Zeitpunkt diejenige, die die Gruppe zusammenhält. Sie ist für den Gruppenbildungsprozess unverzichtbar und motiviert die Älteren, regelmäßig wiederzukommen. Eine der größten Herausforderungen zu Beginn war beispielsweise die Vermittlung bei offen miteinander ausgetragenen Kontroversen, die sowohl die inhaltliche Ausrichtung (z.B. „Wenn hier nur Kaffee getrunken wird, komme ich nicht wieder. Das ist doch keine Bildung!“) als auch die „interkulturelle“ Zusammensetzung betrafen. Ältere ohne Migrationshintergrund fühlen sich in dem Quartier mit hohem Migrantenanteil an den Rand gedrängt. Gegenseitige Vorurteile mussten thematisiert werden. Durch die Sozialpädagogin gelingt es, eine Atmosphäre zu schaffen, in der unterschiedliche Positionen und Interessen ernst genommen werden und in der ein Dialog entsteht. Sie achtet darauf, dass die Entscheidung über Aktivitäten auf Augenhöhe ausgehandelt und Konflikte dabei produktiv gelöst werden.

Zentrale Gelingensfaktoren im Hinblick auf die Gestaltung des Gruppenprozesses sind darüber hinaus die konstante persönliche Kontaktaufnahme zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch zwischen den

Gruppentreffen, Zeit und Raum für intensiven gemeinsamen Austausch, eine wertschätzende Haltung, sensibles Zuhören und das Erkennen und Thematisieren von Bedarfslagen bzw. Interessen. Auch die Herbeiführung von Gelegenheiten, die positive Erfahrungen sowie Erfolgsergebnisse ermöglichen und nicht zuletzt die zwar zeitintensive, aber unumgängliche Erarbeitung einer Vertrauensbasis sind bedeutsam. Ziel ist es, längerfristig die Gruppe in die Selbstorganisation zu führen: Die Sozialpädagogin versucht daher, peu à peu die älteren Menschen zu befähigen, sich vom „bloß“ passivem, konsumierenden Teilnehmer langsam zu einem aktiven Mitgestalter zu entwickeln. Dabei spielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine herausgehobene Bedeutung, denen es möglich ist, Verantwortung für die Gruppe zu übernehmen – sogenannte Kümmerer. Sie gilt es, gezielt zu begleiten und zu stärken.

Bildungsinhalte und -themen lebensweltorientiert entwickeln

Eine Bildungsarbeit im hier skizzierten Sinne gibt darüber hinaus keine Programme, Lernziele und -inhalte vor, sondern nähert sich Bildungsthemen subjektorientiert. Sie findet Bildungsanlässe im Alltag der Menschen. Lernen findet im und am Alltag statt. Bildungsangebote werden insofern *alltagsnah* und erfahrungsbezogen gestaltet.¹ Einige der Aktivitäten der beschriebenen Nachbarschaftsgruppe sind etwa die aktive Beteiligung an Stadtteilstesten und an Bastelaktionen für Kinder, der Besuch des Zoos, die Einladung der Stadtteilerpolizisten zum Thema Sicherheit, das gemeinsame Anschauen von Filmen, die das Älterwerden thematisieren und zur Auseinandersetzung und zum Austausch hierüber anregen, das Spielen gemeinsamer Brettspiele, ein intergeneratives Strickangebot, in dem ältere Menschen und jüngere Mütter unter fachlicher Anleitung einer qualifizierten Lehrerin stricken lernen und sich gegenseitig unterstützen.

1 Zur theoretischen Einbettung des hier beschriebenen Projektvorgehens in einen lebensweltorientierten Handlungsansatz vgl. Hahn 2012; von herausgehobener Bedeutung im Umsetzungsprozess des Vorhabens waren u.a. auch die von Thiersch, Grunwald und Köngeter (2010: 188ff.) formulierten Struktur- und Handlungsmaxime, insbesondere Alltagsnähe, Partizipation, Integration, Dezentralisierung/Regionalisierung.

Zugehende Bildungsarbeit für spezifische Adressatengruppen

Für ältere Menschen in besonderen Lebenslagen, z.B. Hilfs- und Pflegebedürftige, Mobilitätseingeschränkte sowie dementiell Erkrankte, bedarf es spezifischer Zugangswege und Angebotszuschnitte. Sie konnten daher durch das hier erprobte Format noch nicht erreicht werden. Formen zugehender Bildungsarbeit sind hier von Bedeutung. Beratungsangeboten, die auch aufsuchend tätig sind, in Hamburg etwa die bezirkliche Seniorenberatung im Rahmen des §71 SGB XII, kommt in diesem Kontext eine hohe informierende, vermittelnde und aktivierende Bedeutung zu. Auch ambulante Pflegedienste können als Multiplikatoren involviert werden, denn sie bewegen sich unmittelbar in den Lebenswelten der älteren Menschen.

Ausblick: Der Faktor „Zeit“ als besondere Gelingensbedingung

Die Erfahrungen in dem Modellquartier zeigen, dass sich vor allem der Faktor „Zeit“ als Kernvoraussetzung für das Gelingen erweist und maßgeblich über den Erfolg des Vorhabens entscheidet. Qualitative Erhebungs- und Planungsverfahren unter Beachtung der je konkreten sozial-räumlichen Gegebenheiten, die persönliche Kontaktaufnahme zur Adressatengruppe, Vertrauensbildung, Partizipation und die Befähigung dazu, ebenso wie die professionell begleitete prozesshafte Realisierung selbstorganisierter Strukturen, die an den jeweils vorhandenen subjektiven Fähigkeiten und Möglichkeiten der älteren Menschen ansetzen, sind unverzichtbar, benötigen jedoch Zeit. Soll die Bildungsteilhabe sozial benachteiligter älterer Menschen optimiert werden, wird auf dieses Gelingenskriterium kaum zu verzichten sein. Sie institutionell so weit wie möglich bereitzustellen und zu diesem Zweck die Synergien gut funktionierender Kooperationen sowie die sozialen und räumlichen Ressourcen vor Ort zu nutzen, ist grundlegend auf dem Weg der Initiierung niedrigschwelliger, sozialräumlicher Bildungsstrukturen für diese Adressatengruppe.

Literatur

BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft. Berlin.

- Hahn, K. (2012): Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Geragogik im demographischen Wandel. Beiträge der Sozialen Arbeit. In: standpunkt: sozial. Hamburger Forum für Soziale Arbeit und Gesundheit, H.1-2, S.31-40.
- Kricheldorf, C. (2010): Bildungsarbeit mit älteren und alten Menschen. In: Aner, K./Karl, U. (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit und Alter. Wiesbaden, S.99-109.
- Lüttringhaus, M./ Richers, H. (2003): Die Methode der Aktivierenden Befragung: den Sozialraum erkunden, Projekte initiieren, Lernprozesse ermöglichen. In: dies. (Hg.): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr.29. Bonn.
- Stiehr, K./Spindler, Mone/Ritter, J. (2010): Bildung. In: Aner, K./Karl, U. (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit und Alter. Wiesbaden, S.321-330.
- Thiersch, H./Grunwald, K./Königter, S. (2010): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 3., überarbeitete und erweiterte Aufl. Wiesbaden, S.175-196.

Netzwerkbildungen älterer Zugewanderter

Michael May

*Professor für Theorie und Methoden der Jugend-, Gemeinwesen- und
Randgruppenarbeit an der Hochschule RheinMain, außerplanmäßiger Professor für
Allgemeine Erziehungswissenschaften am Fachbereich Erziehungswissenschaften der
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. E-Mail: michael.may@hs-rm.de*

Zu den bisher empirisch gehaltvollsten Arbeiten im Hinblick auf Netzwerkbildungen älterer nach Deutschland Zugewanderter zählt ohne Zweifel die Dissertation von Elke Olbermann (2003) zum Thema „Soziale Netzwerke, Alter und Migration: Theoretische und empirische Explorationen zur sozialen Unterstützung älterer Migranten“. In dieser hat sie die Größe und ethnische Homogenität bzw. Heterogenität solcher Netzwerke sowie die Art der Rollenbeziehungen in diesen etwas differenzierter analysiert. Eines ihrer zentralen Ergebnisse ist, dass zwar – wie bei den Einheimischen – die Mehrheit älterer Zugewanderter in relativ umfangreiche soziale Netzwerke eingebunden sei. Allerdings setzten sich diese überwiegend aus Geselligkeitskontakten innerhalb der eigenen Ethnie zusammen, während die „Teilnetzwerke instrumenteller und emotionaler Unterstützung“ (ebd.: 243) sich als „deutlich geringer besetzt“ (ebd.) und noch stärker auf „innerethnische Bezugspersonen“ (ebd.: 235) konzentriert zeigten. Ja, es dominierten hier sogar deutlich „die familiären gegenüber den außerfamiliären Netzwerkpersonen“ (ebd.: 245).

Zwar stellten bspw. „kleine Gefälligkeiten [...] den Untersuchungsbe-
funden zufolge auch bei den älteren Migranten eine typische Form der
Nachbarschaftshilfe dar“ (ebd.). Bezüglich praktischer Hilfe im Alltag
komme jedoch „den Kindern eine herausragende Bedeutung zu, wäh-
rend alle anderen Bezugspersonengruppen hier nur eine untergeordnete
Rolle“ (ebd.) spielten. Entsprechend handele es sich „vor allem bei den
Beziehungen zu den Kindern und den Ehepartnern um multiplexe Be-
ziehungen [...], während sich die anderen Bezugspersonengruppen als
wesentlich funktionsspezifischer erweisen“ (ebd.). Ältere Zugewanderte
verfügten demnach „in der Regel nur über eine geringe Anzahl verlässli-

cher und vertrauensvoller Bezugspersonen“ (ebd.: 243), sodass Olbermann vermutet, dass ihr „Unterstützungspotential im Falle erhöhter Hilfebedürftigkeit eng begrenzt sein dürfte“ (ebd.).

Diese These sollte in AMIQUUS über eine erste qualitative Untersuchungsphase und die dann daran anschließende quantitativ-repräsentative aktivierende Befragung einer detaillierteren Überprüfung unterzogen werden. Im Hinblick auf den qualitativen Zugang schienen uns allerdings egozentrierte Netzwerkkarten weniger geeignet – und dies nicht nur wegen des ihnen zugrunde liegenden methodologischen Individualismus. Vielmehr setzen solche Netzwerkkarten schon Kategorisierungen voraus, die wir erst aufgrund von Beschreibungen von den älteren Zugewanderten in ihren über zwei Monate geführten Sozialraum/Netzwerk-Tagebüchern, mit wem sie wie und wo ihren Alltag organisieren, rekonstruieren wollten, um diese dann auch in der quantitativen Untersuchung angemessen in standardisierter Form abfragen zu können.

Überwunden werden sollten durch dieses Design auch andere fragwürdige Kategorien, mit denen in der Netzwerk- und Sozialkapitalforschung besonders bezüglich der Gruppe der Zugewanderten operiert wird. So wurde Granovetters (1973/1974) Unterscheidung zwischen *strong* und *weak ties* nicht nur als zeitlich und räumlich „dicht miteinander verwoben[es]“ versus „sehr dünn geflochtene[s], fast unsichtbare[s] Gewebe von Sozialkapital“ (Putnam/Goss 2001: 26) reformuliert. Verknüpft wurde dies überdies mit der an der Interessenwahrnehmung der Netzwerkmitglieder orientierten Unterscheidung zwischen

- a) *innenorientiertem* Sozialkapital (ebd.: 27 f.), was häufig korrespondiere mit einem *bonding (or exclusive)* (Putnam 2000: 22) bzw. *bindendem* Sozialkapital (Putnam/Goss 2001: 28), das nicht nur in *primären, mikrosozialen* Netzwerken zu finden sei, sondern auch in solchen, die „ähnliche Menschen“ in „einigen Punkten (wie Ethnizität)“ (ebd.) zusammenbringe, und
- b) *außenorientiertem* Sozialkapital (ebd.: 27f.), das demgegenüber auf den Bestand und die Verbesserung des gesamten Gemeinwesens bezogen sei und sich damit in aller Regel zugleich als *bridging (or inclusive)* (Putnam 2000: 22) bzw. *brückenbildendes* Sozialkapital auf (vor allem *mesosoziale* (Fischer 2003: 70) Netzwerke beziehe, „die völlig unterschiedliche Menschen zusammenbringen“ (Putnam/Goss 2001: 28).

Vor dem Hintergrund der dieser Unterscheidung zugrunde liegenden Theoreme wurden innerethnische Netzwerke und Vereinigungen von Zugewanderten geradezu selbstverständlich unter die Kategorie *innenorientiertes* bzw. in diesem Fall als *herkunftslandorientiert* (vgl. Haug 2003; Haug/Pointner 2007) oder sogar *heimatlandorientiert* (vgl. z.B. Diehl/ Urbahn/Esser 1998) bezeichnetes Sozialkapital mit einem *exklusiven bonding* subsumiert: Und dies obwohl Sonja Haug und Sonja Pointner zugestehen, dass innerhalb der Diskussion um migrantisches Sozialkapital solche – in ihrer Terminologie – Unterschiede in der „Sozialkapitalausstattung [...] aufgrund der theoretischen Unklarheiten und Widersprüche schwer zu interpretieren“ (vgl. 2007: 388f.) seien. Dennoch beanspruchen auch sie mit der Matrix ihrer idealtypischen Unterscheidung zwischen „herkunfts-“ und „aufnahmelandsspezifischen Sozialkapital“ (vgl. ebd.: 390) über den darin postulierten „Zusammenhang zwischen Dichte und Homogenität sozialer Netzwerke, Ressourcenausstattung und Reziprozität“ (ebd.: 391), sowohl „Unterschiede zwischen Individuen oder ethnischen Gruppen bezüglich der Ausstattung mit Sozialkapital“ (ebd.) beschreiben, als auch „im Hinblick auf die Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes“ (ebd.) untersuchen zu können. Und ebenso unterstellen sie darin mit dem *weak-tie-/ structural-holes*-Argument (vgl. ebd.: 389f.), es läge an den eigenen Abschottungstendenzen solch ethnischer Gemeinschaften, dass sie nur ihrer eigenen Ressourcen nutzten und ihre Kontakte redundant blieben.

Im Unterschied zu dieser Rezeption eines Theorem der Stärke schwacher Beziehungen verweist aber Granovetter (1985) mit seinem Theorem von *embeddedness* selbst auf begrenzte Möglichkeiten, in ablaufende Prozesse zu intervenieren, je nach Beteiligung an bestimmten Pfaden des Geschehens, die eben nur eine „ausschnittthafte, positionsabhängige Perspektive auf die relationalen und prozessualen Konstellationen einzunehmen“ (Häußling 2010: 70) erlaubten. Stefan Bernhard hat dieses Theorem vor dem Hintergrund von Bourdieus Habitus- und Feldtheorie zu reformulieren versucht. Seine Überlegungen kritisch weiterführend haben wir in AMIQUUS den Vorschlag von Hennig/Kohl (2012) aufgegriffen und Netzwerkformen älterer Zugewanderter „als Muster sozialer Praktiken“ (ebd.: 152) analysiert, „denen eine Tiefenstruktur zu Grunde liegt“ (ebd.), die sich „aus dem Habitus [...] als Ursache für bestimmte Formen des Denkens und Handelns, aber auch der Interaktionsbeziehungen“ (ebd.) ergibt.

Zugleich sind wir damit Gramscis Forderung gefolgt, „bei jeder Lebensweise die Geschichte [zu] studieren, also die ursprüngliche ‚Rationalität‘, und sich dann, wenn man diese erkannt hat, die Frage [zu] stellen, ob diese Rationalität in jedem Einzelfall noch besteht, insofern die Bedingungen noch bestehen, auf denen die Rationalität gegründet war“ (ebd.: Gef 7, H. 14, §67, 1690). Methodologisch betrachtet ist dies durchaus anschlussfähig an das, was in der Max Weber-Rezeption als „*genetische Rekonstruktion*“ bezeichnet wird (vgl. Seyfarth 1979: 156; Gerhardt 1986: 36 ff.). In dieser Weise haben wir die historische Rationalität jener habituellen Muster rekonstruiert, über die sich soziale Netzwerke der Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Zugewanderter in je spezifischer Weise herstellen, erhalten und weiterentwickeln, und dabei auch relational gefasste Machtaspekte explizit mit einzubeziehen (vgl. May 2013) versucht.

In unserer Typenbildung auf der Basis der genetischen Rekonstruktionen haben wir aus den knapp 80 Sozialraum/Netzwerk-Tagebüchern 9 Typen bilden können. Die Faktorenanalyse der standardisierten Befragung (n=801) ergab sogar 10 Faktoren, weil das Item „Mit Bekannten treffe ich mich fast nur in Privaträumen“ positiv auf einem eigenen Faktor lud. Die folgende Darstellung orientiert sich an unserer qualitativen Typenbildung und ihren genetischen Rekonstruktionen und ergänzt sie durch quantitative Ergebnisse der Kreuztabellierungen und Faktorenanalyse. Zahlenangaben auf der Ebene der Typen können sich dabei nur auf grobe Durchschnittswerte beziehen, da zum einen die auf einem Faktor positiv ladenden Variablen in ihrer quantitativen Ausprägung in der Stichprobe durchaus in einem gewissen Spektrum variieren. Eigentlich verbietet sich nach unseren Befunden sogar jegliche Angabe von Durchschnittswerten, weil gerade bei den Items zur Netzwerktypologie die Werte in den einzelnen Quartieren extrem variierten und damit auch die Standardabweichung viel zu hoch war. So zeigten sich bei den Kreuztabellierungen die stärksten Zusammenhänge auch zur Variable des Quartiers. Damit aber sind Aussagen über den durchschnittlichen Organisationsgrad und die Organisationsformen *der* älteren Zugewanderten bzw. von bestimmten Gruppierungen differenziert z.B. nach Ethnizität oder Religion, wie sie in den meisten Untersuchungen zum Freiwilligenengagement bzw. zur Vergesellschaftung vorgenommen werden, statistisch betrachtet nicht sinnvoll, sind sie doch extrem abhängig von den Strukturen des jeweiligen Gemeinwesens.

Zur Netzwerktypologie des AMIQUUS-Projektes

Sicher können die Beziehungen des in unserer Netzwerktypologie als „*an Heimatverwandtschaftsnetzwerken orientiert*“ bezeichneten Typus insofern durchaus als „herkunftslandspezifisches Sozialkapital“ (Haug/Pointner 2007) gedeutet werden als diese sich während der Sommermonate in den Herkunftsländern auch real (re-)konstituieren. Der Begriff von Heimat, der in der Debatte um migrantisches Sozialkapital häufig mit dem Herkunftsland identifiziert wird (vgl. z.B. Diehl/Urbahn/Esser 1998), ist bei dieser Typusbezeichnung jedoch eindeutig auf das Verwandtschaftsnetzwerk bezogen. Dessen Angehörige können den Winter über auch in anderen Teilen der Welt leben, sodass sich die konkreten Netzwerke dann virtuell über das Internet konstituieren.

Zwar finden sich in diesem Typus auch viele wieder, die sich zugleich unserem als „*aus Netzwerken zurückgezogen / nichtvernetz*“ bezeichneten Typus zuordnen lassen, der rund 1/5 der von uns Befragten umfasst, wobei auch hier wieder die Verbreitung in den verschiedenen Untersuchungsquartieren enorm differiert. Selbst bezüglich dieser, vom hiesigen gesellschaftlichen Leben zurückgezogenen Teilgruppe, wäre es aber hoch problematisch, eine Integrationsunwilligkeit zu unterstellen. So konnten wir auf der Basis unseres qualitativen Materials durchaus unterschiedliche Hintergründe für einen solchen Rückzug eruieren. Beispielsweise findet in verschiedenen kulturellen Traditionen ein Rückzug im hohen Alter statt. Zum Teil ziehen sich Alte jedoch auch aus Resignation /Trauer zurück, weil ihnen in Deutschland nicht die von ihrer Herkunftskultur her erwartete Altersehre, die sich beispielsweise auch in der Institution des Ehrbesuches ausdrückt, entgegengebracht wird. Zum Teil verfügen die Alten aber schlicht nicht über die Ressourcen (mangelnde körperliche Beweglichkeit, mangelnde materielle Ressourcen für Fahrtkosten und Gastgeschenke), um an auf Wechselseitigkeit ausgelegten Netzwerken teilzunehmen. Das stärkste Argument gegenüber der dichotomisierenden Gegenüberstellung von *Aufnahmeland-* und *Herkunftslandorientierung* sowie der Unterstellung Letztere sei für eine mangelnde Integration verantwortlich, ist jedoch zweifellos unser Befund, dass sich eine Orientierung an solchen von uns als „*Heimatverwandtschaftsnetzwerke*“ bezeichneten Sozialitäten und eine starke Einbindung in das örtliche Gemeinwesen nachweislich keineswegs ausschließt.

Demgegenüber führt Hartmut Esser die Ausbildung von *strong ties* in ethnischen communities „sozialtheoretisch“ auf „die schon mit steigender Gruppengröße strukturell einsetzende“ (2010: 387) Zunahme „binenethnische[r] Opportunitäten“ (ebd.) zurück. Pfadabhängig hätte dies „zur Folge, dass dann weniger in die aufnahmelandspezifischen Ressourcen investiert wird, die zu einem Aufstieg dort hätten verhelfen können“ (ebd.). Auf diese Weise versucht er dann sowohl die mangelnde „Sozial-“ wie „Systemintegration“ zu erklären.

Zwar lässt sich bei den rund 2/3 von uns Befragten, die dem „*in familiäre Netzwerke eingebunden Typus*“ zuzurechnen sind, davon ausgehen, dass diese Verbünde sich als *strong ties* charakterisieren lassen. Gleiches gilt für die Qualität der Beziehung eines von uns als in „*private Freundschaftsnetzwerke eingebunden*“ bezeichneten Typus, dem sich zirka die Hälfte unsere Befragten zuordnen lassen und der für aus Osteuropa Zugewanderte von besonders hoher Bedeutung ist, weshalb er auch in jenem Untersuchungsquartier besonders stark vertreten ist, in dem vor allem Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge leben. Die, dem zugrunde liegende historische Rationalität lässt sich aus den „Dynamiken von Öffentlichkeit und Privatheit“ (Ritter 2008) in ihren zum Herrschaftsbereich der ehemaligen Sowjetunion zählenden Herkunftsländern erschließen. Ebenfalls sind Frauen in diesem Typus stärker vertreten als Männer, was sich leicht durch habituelle Prägungen im Zusammenhang mit der in nahezu allen Gesellschaften vor allem von Frauen zu leistenden Hausarbeit erklären lässt. Die im Diskurs um migrantisches Sozialkapital häufig verwendete Charakterisierung als „innenorientiertes Sozialkapital“ (Putnam/Goss 2001: 27 f.) – korrespondierend mit einem „bonding (or exclusive)“ (Putnam 2000: 22) bzw. „bindendem Sozialkapital“ (Putnam/Goss 2001: 28) – hätte neben dem „*in familiäre Netzwerke eingebundenen Typus*“ am ehesten hier seine Berechtigung.

Allerdings finden sich gerade bei den Männern, starke Überlappungen zu einem Typus, den wir als „*in Flaneurs-Netzwerke eingebunden*“ bezeichnet haben. Von diesem unterscheiden sich die „*privaten Freundschaften*“ lediglich durch die engeren Bindungen (*strong ties*). Insgesamt sind rund 60% unserer Befragten in solche „*Flaneurs-Netzwerke*“ eingebunden, über die – unseren aus dem qualitativen Datenmaterial entstammenden Erkenntnissen zufolge – vor allem relevante Informationen weitergegeben werden bzw. zirkulieren. Stark ausgeprägt ist dieser vor allem auf *weak ties* gründende Typus in Untersuchungsquartieren mit großen ethnischen Com-

munities, was ebenfalls Essers sozialtheoretischem Konstrukt widerspricht.

Bezüglich der soziogenetischen Rekonstruktion jener diesem Typus zugrunde liegenden historischen Rationalitäten, zeigen die AMIQUUS-Befunde, dass solche „*Flaneurs-Netzwerke*“ vor allem für noch durch den landwirtschaftlich/handwerklichen Erfahrungszusammenhang habituell Geprägte die Hauptinformationsquelle zu sein scheinen. Bezüglich der Örtlichkeiten zeigen sich geschlechtsspezifische Spezifizierungen dahingehend, dass für Männer spezieller Communities Kaffeebesuche von besonderer Relevanz sind, während für Frauen aufgrund geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und ihnen zugeordneter Orte ein mit Einkauf verknüpftes Treffen in bestimmten (z.T. auf die eigene Kultur spezialisierten) Läden im Vordergrund steht. Deutlich wird gerade in diesem Typus, dass es für viele ältere Zugewanderte neben den *strong ties* ihres meist familiären Umfeldes eine ganze Reihe von *weak ties* gibt. Diese müssen sich auch gar nicht auf aus dem gleichen Land Stammende beschränken.

Ähnliches gilt für die Beziehungen des von uns als „*in nachbarschaftliche Hilfsnetzwerke eingebunden*“ bezeichneten Typus, dem rund 2/3 unserer Befragten zuzuordnen sind. Nur in einem unserer Untersuchungsquartiere, das als „Bahnhof“ für Zugewanderte fungiert, ist dieser Typus auf Grund der hohen Bevölkerungsfluktuation deutlich weniger ausgeprägt. In unseren diesbezüglichen qualitativen Daten lassen sich sowohl nachbarschaftliche *strong* als auch *weak ties* identifizieren. Während sich die Beziehungen zur autochthonen deutschen Nachbarschaft meist auf *weak ties* beschränken, werden zu aus dem gleichen Herkunftsland Stammenden oder anderen Nachbar/innen mit Migrationsgeschichte sehr viel häufiger auch *strong ties* entwickelt und gepflegt. Diese entstehen als Hilfsnetzwerke vor allem über eine gemeinsame Migrationsgeschichte. Bisweilen tragen solche nachbarschaftlichen Beziehungen sogar nicht unerheblich zur eigenen Reproduktion bei (z.B.: gemeinsames Kochen, das so billiger wird; Weitergabe Produkte des eigenen Gartens; Hilfs- und Versorgungstätigkeiten). Zudem ist in islamischen Kulturen Nachbarschaftshilfe ein hohes – teils wichtiger als die Pflege verwandtschaftlicher Netzwerke erachtetes – Gut und dem entsprechend sogar zum Teil ritualisiert.

Mit innenorientierten, herkunfts- oder sogar heimatlandorientierten, bindendem Sozialkapital werden in der entsprechenden Migrationsdebatte vor allem ethnische Kulturvereine oder religiösen Gemeinschaften assoziiert. Zu Recht hat Norbert Cyrus (vgl. 2005: 56) in diesem Zusammenhang kritisch darauf hingewiesen, dass obwohl Moschee-Vereinigungen als solche in den Herkunftsländern gar nicht vorkommen, ihre Bedeutung jedoch über die Etikettierung als „herkunfts-“ bzw. „heimatlandorientiertes Sozialkapital“ mit den kulturellen Eigenschaften der eingewanderten Gruppen zu erklären versucht werden. Genealogisch betrachtet seien sie jedoch nur aus den Wechselwirkungen mit den Einrichtungen des Gastlandes heraus zu verstehen und müssten in der Forschung entsprechend analysiert werden.

In unserer Typologie, haben wir solche migrantischen Organisationen, die eine hohe Kohäsion aufweisen und dabei sehr auf sich selbst bezogen bleiben, als „*in ein isoliertes, institutionalisiertes Netzwerk eingebundener Typus*“ bezeichnet. Zweifellos lassen sich die Beziehungen in solchen Assoziationen als „innenorientiertes Sozialkapital“, korrespondierend mit einem „bonding (or exclusive)“ bzw. „bindendem Sozialkapital“ charakterisieren. Keinesfalls jedoch müssen sie dabei immer schon den Charakter von *strong ties* annehmen. Hoch interessant ist nun der Befund von AMIQUUS, dass nur knapp 10% unserer Befragten sich diesem Typus zurechnen lassen. Ausgerechnet in demjenigen unserer Untersuchungsquartiere, in dem es sowohl eine große griechische wie türkische Community gibt, fand sich dieser Typus mit Abstand am geringsten ausgeprägt, was Essers sozialtheoretisches Konstrukt radikal in Frage stellt. Entsprechend erwies sich in den Kreuztabellierungen auch der Zusammenhang bezüglich Türkeistämmigen oder Muslimen, denen solche „parallelgesellschaftlichen Strukturen“ (vgl. z.B. Sauer 2010) im herrschenden öffentlichen Diskurs gerne unterstellt werden, als negativ. Starke positive Zusammenhänge zeigten sich hingegen nur zu den von uns herkunftsbezogen unter „sonstige Nicht-EU-Staaten“ Subsumierten. Unsere qualitativen Untersuchungen zeigen, dass solche „*isolierte, institutionalisierte Netzwerke*“ vor allem von Angehörigen dissidenter Kulturen präferiert werden, die in ihrer (Migrations-)Geschichte großer Verfolgung ausgesetzt waren, wie z.B. den Armeniern, die dann auch aufgrund ihrer zahlenmäßig geringen Ausprägung (nicht nur) in unserer Stichprobe unter „sonstige Nicht-EU-Staaten-Angehörige“ subsumiert wurden. In unseren Fokusgruppen öffneten sich jedoch auch diese recht schnell gegenüber den Anderen.

Den von Haug/Pointner postulierten „Zusammenhang zwischen Dichte und Homogenität sozialer Netzwerke, Ressourcenausstattung und Reziprozität“ (2007: 391) in vielerlei Hinsicht sprengend, erwies sich darüber hinaus ein von uns als „*in spezieller peer-group und darüber vermittelt auch mit anderen vernetzt*“ bezeichneter Typus, dem sich rund 35% unserer Befragten zuordnen lassen. Dieser bildet sich stärker formalisiert als Freundschaftsnetzwerke, aber nicht vereinsmäßig institutionalisiert, als häufig zunächst meist geschlechtshomogene peer-Group in halböffentlichen Räumen der Gemeinwesen- und/oder Migrationsarbeit. Deshalb ist dieser Typus in den beiden Quartieren unserer Untersuchung besonders stark ausgeprägt, in dem es solche Orte gibt, während er sich in dem als „Bahnhof“ für Zugewanderte fungierendem Untersuchungsquartier ohne eine solche Infrastruktur kaum findet. Es sind vor allem durch den landwirtschaftlich/handwerklichen Erfahrungszusammenhang habituell Geprägte, die solche Orte und damit auch die durch sie begünstigten Vernetzungsformen präferieren. Zwar ließen sich deren Beziehungen als peers untereinander auch als *strong ties* charakterisieren. Unsere Abgrenzungen solcher peer-Beziehungen im Vergleich zu Freundschaftsnetzwerken waren die zum Teil weniger kohäsiven, dennoch aber sehr dichten Kontakte, die zudem stärker formalisiert sind als diese, ohne allerdings vereinsähnliche Strukturen zu entwickeln. Diese zeigen jedoch, wie differenzierungsbedürftig die Kategorie der *strong ties* ist. Hinzu kommt, dass sich unser Typus keineswegs in diesen erschöpft, weshalb es sich bei den entsprechenden *strong ties* auch keinesfalls um „innenorientiertes Sozialkapital“ oder „bonding (or exclusive)“ bzw. „bindendes Sozialkapital“ handelt. Vielmehr vernetzen sich diese peers durch die Nutzung der entsprechenden halböffentlichen Orte und ihrer zum Teil übergreifenden Angebote (z.B. Feste) nicht nur untereinander, sondern auch locker mit anderen Nutzer(gruppe)n dieser Räume und Angebote. Die sich in dieser Weise zunächst entwickelnden *weak ties* können sich jedoch über gemeinsame Aktivitäten rasch zu *strong ties* wandeln.

Ähnlich sucht ein „*in speziellen Organisationen und darüber vermittelt auch mit anderen vernetzter Typus*“, dem sich rund 1/4 unserer Befragten zuordnen lassen, über die starke Eingebundenheit in das Engagement einer herkunftskulturellen Organisation (Verein oder kirchliche Gemeinde), seinen/ihren Platz im Gemeinwesen, indem sie sich auch mit Aktiven anderer Organisationen vernetzen. Wie im zuletzt geschilderten Typus können die in dieser Weise zunächst entstehenden *weak ties* sich ebenfalls über gemeinsame Aktivitäten zu *strong ties* weiterentwickeln. Allerdings

scheint dies durch den eher formalisierten Charakter der vereinsbezogenen Kontakte weitaus seltener der Fall zu sein als in dem zuvor geschilderten Typus. Es sind vor allem Menschen, die in ihren Herkunftsländern vergleichsweise hohe Bildungsabschlüsse erzielten und im Unterschied zu Deutschland dort auch in entsprechenden Berufen gearbeitet haben, die solche Organisations- und Vernetzungsformen habituell präferieren. Besonders ausgeprägt findet er sich in unserem großstädtischen Quartier, in dem viele Männer, die gewerkschaftlich organisiert waren/sind, wohnen und in dem eher ländlich/mittelstädtischen Quartier, in dem viele Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge leben. Unterrepräsentiert ist er in dem als „Bahnhof“ für Zugewanderten fungierenden Untersuchungsquartier.

Diskussion

Die These von Elke Obermann, dass ältere Zugewanderte „in der Regel nur über eine geringe Anzahl verlässlicher und vertrauensvoller Bezugspersonen“ (2003: 243) verfügten und ihr „Unterstützungspotential im Falle erhöhter Hilfebedürftigkeit eng begrenzt sein dürfte“ (ebd.), ließ sich auf der Grundlage der AMIQUS-Daten nur für das Quartier belegen, welches als „Bahnhof“ für Zuwandernde fungiert und deshalb von einer hohen Bevölkerungsfluktuation gekennzeichnet ist. In allen anderen Quartieren fanden wir sehr dicht geknüpfte „*nachbarschaftliche Hilfsnetzwerke*“, die sich sogar bis auf die Unterstützung im Bereich häuslicher Pflege von Kranken erstreckt, die 53% der von uns Befragten durch Freunde und Bekannte erhalten. In jenem Untersuchungsquartier mit zwei großen ethnischen Communities, in dem auch andere nachbarschaftliche Hilfeleistungen sich am stärksten ausgeprägt fanden, waren es sogar 83%. Allerdings ist dies zugleich auch das Quartier gewesen, welches die höchsten Unterstützungsbedarfe zu verzeichnen hatte. Ohne Zweifel wird hier deutlich, in welchem großem Ausmaß nachbarschaftliche Hilfe hier mangelnde Zugänge zu sozialstaatlich institutionalisierten Hilfsangeboten zu kompensieren versucht.

Mit hineingespielt haben könnte dabei jedoch auch die These von Elke Obermann, dass Netzwerke älterer Zugewanderter, die sich hauptsächlich auf Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe stützen, vor allem dadurch motiviert seien, dass „der gemeinsame kulturelle Hintergrund und die weitgehende soziale Homogenität [...] den Aufbau von symmet-

rischen, d.h. gleichberechtigten Beziehungen“ (2003: 244) ermögliche, während „die Interaktionen mit Einheimischen [...] für die älteren Migranten bereits aus sprachlichen Gründen zwangsläufig asymmetrisch“ (ebd.) seien. Diese Asymmetrie ist ja bei institutionalisierten Hilfsangeboten häufig noch stärker ausgeprägt. Allerdings lässt sich vor dem Hintergrund der AMIQUUS-Befunde Olbermanns These nur bezüglich der sozialen Homogenität und der erfahrenen Asymmetrie zu Deutschen und eben professionalisierten und institutionalisierten Hilfeformen bekräftigen. Denn auch zu unserem Erstaunen wirkten sich Bildungsunterschiede unter den Mitgliedern der gemischten Fokus- und Projektgruppen dort zunächst sehr viel stärker trennend aus, als die Zugehörigkeit zu verschiedenen Religionen und Ethnien.

Zudem muss Olbermanns These, dass „im Rahmen der Integration in die ethnische Subwelt [...] die Bewahrung von Selbstvertrauen eher möglich“ (ebd.) sei und dass die über solche „innerethnische Interaktionen“ erfolgende Vermittlung „spezifische[n] Wissen[s] über die Migration und ihre Bewältigung, [...] die Erhaltung eines Sicherheitsgefühls und des Gefühls, die Situation meistern zu können“ (ebd.), fördere, nach den AMIQUUS-Befunden über den Bereich der eigenen Ethnie hinaus auch auf Solidargemeinschaften Zugewanderter unterschiedlicher Herkunftsländer erweitert werden, wie sie sich in der AMIQUUS-Typen sowohl der *„Freundschafts-, Flaneurs- und nachbarschaftlichen Hilfsnetzwerken“*, vor allem aber dem Typus der *„in spezieller peer-group und darüber vermittelt auch mit anderen Vernetzten“*. Zwar findet sich im Datenmaterial von AMIQUUS eine Menge von Belegen, die Olbermanns Überlegung stützen, dass „das muttersprachliche ethnische Umfeld [...] wichtige Vermittlungsfunktionen zwischen den älteren Migranten und den formellen Unterstützungsangeboten“ (ebd.) zu übernehmen in der Lage sei. Die Erfahrungen mit und die Erkenntnisse aus den Fokus- und Projektgruppen von AMIQUUS zeigen jedoch, dass „für die Kompetenzerhaltung und die Entfaltung von Selbsthilfepotentialen“ (ebd.) nicht allein „ethnische“, sondern ebenso auch interethnische Netzwerke von Bedeutung sind.

Zu diesen Netzwerken zählen mitunter auch Mitglieder der autochthonen Bevölkerung Deutschlands. Nach den Untersuchungsbefunden von AMIQUUS scheint dies bei Erwerbstätigen im Bereich ihrer Berufstätigkeit noch häufiger der Fall (gewesen) zu sein als im nachbarschaftlichen Kontext, was sich auch über die Jahre hinweg in den entsprechenden Ergebnissen der Mehrthemenbefragungen des Zentrums für Türkeistu-

dien widerspiegelt (vgl. Sauer 2009: 136). Dass gerade viele ehemals körperlich schwer arbeitende Männer mit niedrigen oder keinen Bildungsabschlüssen im Rahmen der Fokusgruppen und Zukunftswerkstätten sich darüber beklagten, nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben die Kontakte besonders zu ihren deutschen Kollegen verloren zu haben, verdeutlicht, dass ihr notgedrungen räumlich zumeist segregiertes Leben keineswegs – wie von Esser (2001) hypostasiert – zu Bestrebungen in Richtung kultureller Segregation geführt hat.

Selbst bei denjenigen in AMIQUUS, die wir dem „*aus Netzwerken zurückgezogenen / nicht vernetzten Typus*“ zuordneten, zeigte sich, dass diese Isolation besonders im Hinblick auf die autochthone Bevölkerung eine zumeist nicht freiwillige ist. In die gleiche Richtung weist der Befund der Mehrthemenbefragung des Zentrums für Türkeistudien (vgl. Sauer 2009: 144), wonach der Wunsch nach Kontakt zu Deutschen überdurchschnittlich häufig bei älteren Zugewanderten sowie Arbeitslosen und Hausfrauen ausgeprägt ist – am stärksten jedoch bei denjenigen, die in gemischten Vierteln leben. Auch dass jene vom Zentrum für Türkeistudien „Befragte, die sich keine weiteren Kontakte zu Deutschen wünschen, häufiger Diskriminierungserfahrungen an[gaben] als solche, die diesen Wunsch haben“ (ebd.: 166f.), spiegelte sich in den AMIQUUS Befunden in entsprechenden Korrelationen zwischen starken Diskriminierungserfahrungen und denjenigen Items wieder, die wir als Indikatoren für den „*in ein isoliertes, institutionalisiertes Netzwerk eingebundener Typus*“ herangezogen haben. Von daher handelt es sich schlicht um eine Verdrehung, wenn in der von Esser geprägten Migrationssoziologie solche „herkunftslandbezogenen Organisationen“ als Grund für mangelnde System- und Sozialintegration postuliert werden. Zudem entpuppt sich die These von älteren Zugewanderten als Träger der Parallelgesellschaft, wie sie selbst die Mehrthemenbefragung anhand der Indikatoren „sehr [...] religiös; [...] Organisation ausschließlich in türkischen Vereinen; [...] keine Kontakte zu Deutschen bei gleichzeitig fehlendem Wunsch nach solchen Kontakten; [...] Leben in Vierteln mit überwiegend türkischer Bevölkerung“ (vgl. ebd.: 170ff.) empirisch meint bekräftigen zu können, als eine ideologische Verdrehung und Verschleierung unterschiedlichster Diskriminierungen, denen diese Gruppe in unserer Gesellschaft ausgesetzt ist.

Literatur

- Bernhard, S. (2010): Netzwerkanalyse und Feldtheorie. Grundriss einer Integration im Rahmen von Bourdieus Sozialtheorie. In: Stegbauer, Ch. (Hrsg.): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften. 2. Aufl. Wiesbaden (Netzwerkforschung, Band [1, Ed. 2]), S. 121-130.
- Cyrus, N. (2005): Active Civic Participation of Immigrants in Germany. Country Report prepared for the European research project POLITIS. Interdisciplinary Centre for Education and Communication in Migration Processes (IBKM) Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Oldenburg. Online verfügbar unter <http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/Germany.pdf>.
- Diehl, C./Urban, J./Esser, H. (1998): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Esser, H. (2001): Integration und ethnische Schichtung. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Mannheim (Arbeitspapiere, 40). Online verfügbar unter <http://www.mzes.uni.mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf>.
- Esser, H.(2010): Ethnische Ungleichheit, ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft. In: Marion M./ Zifonun, D. (Hrsg.): Ethnowissen. Soziologische Beiträge zu ethnischer Differenzierung und Migration. Wiesbaden, S. 371-397.
- Fischer, V. (2003): Netzwerkarbeit – Ein neuer Typus der sozialen Arbeit mit Älteren. In: Fischer, V./ Eichener, V./Nell, K./ (Hrsg.): Netzwerke - ein neuer Typ bürgerschaftlichen Engagements. Zur Theorie und Praxis der sozialen Netzwerkarbeit mit Älteren. Schwalbach am Taunus, S. 67-97.
- Geiss, S./Gensicke, Th. (2005): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. In: TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München (BE 10-35212), S. 347–400. Online verfügbar unter <http://www.bmfsfj.bund.de/RedaktionBMFSFJ/Engagementpolitik/Pdf-Anlagen/freiwilligen-survey-langfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Gerhardt, U.(1986): Verstehende Strukturanalyse. Die Konstruktion von Idealtypen als Analyseschritt bei der Auswertung qualitativer Forschungsmaterialien. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Sozialstruktur und soziale Typik. Frankfurt/Main (CampusForschung, 465), S. 31-83.
- Gramsci, A. (1994): Gefängnishefte: kritische Gesamtausgabe. 1. Aufl. Hrsg. von Bochmann, K. und , W.F. Haug. Hamburg.

- Granovetter, M.S (1973): The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology* 78 (6), S. 1360-1380.
- Granovetter, M.S (1974): Getting a job. A study of contacts and careers. Cambridge Mass.: Harvard Univ. Press. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/bowker/toc/9780674354166.pdf>.
- Granovetter, M.S. (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: *American Journal of Sociology* (91 (3), S. 481-510.
- Haug, S. (2003): Interethnische Freundschaftsbeziehungen und soziale Integration. Unterschiede in der Ausstattung mit sozialem Kapital bei jungen Deutschen und Immigranten. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (55), S. 716-736.
- Haug, S./Pointner, S. (2007): Sozialkapital und Migration. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (47), S. 367-396.
- Häußling, R. (2010): Relationale Soziologie. In: Stegbauer, Ch./ Häußling, R. (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden, S. 63-87.
- Hennig, M./Kohl, S. (2011): Rahmen und Spielräume sozialer Beziehungen. Zum Einfluss des Habitus auf die Herausbildung von Netzwerkstrukturen. Wiesbaden.
- ISG/WZB im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Berlin.
- May, M. (2013): Netzwerktheorien in der Sozialen Arbeit. In: Fischer, J./Kosellek, T. (Hrsg.): Netzwerke und Soziale Arbeit. Theorien, Methoden, Anwendungen. Weinheim, S. 44-77.
- Olbermann, E. (2003): Soziale Netzwerke, Alter und Migration. Theoretische und empirische Explorationen zur sozialen Unterstützung älterer Migranten. Dissertation. Universität Dortmund, Dortmund. Fachbereich 14. Online verfügbar unter <http://d-nb.info/96804350X>.
- Putnam, R.D (2000): Bowling alone. The collapse and revival of American community. New York.
- Putnam, R. D; Goss, K.A. (2001): Einleitung. In: Putnam, R.D. (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh, S. 15-43.
- Sauer, M. (2009): Türkeistämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Lebenssituation und Integrationsstand. Ergebnisse der neunten Mehrthemenbefragung. Hg. v. Stiftung Zentrum für Türkeistudien. Eine Analyse im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen. Online verfügbar unter <http://www.tamvakfi.de/downloads/downmehrthemenbefragung2008.pdf>.

Seyfarth, C. (1979): Alltag und Charisma bei Max Weber. Eine Studie zur Grundlegung der „Verstehenden Soziologie“. In: Sprondel, W. M./ Grathoff, W./ Sprondel-Grathoff (Hrsg.): Alfred Schütz und die Idee des Alltags in den Sozialwissenschaften. Stuttgart., S. 155-177.

Empowerment für Lebensqualität im Alter

Stephan Beetz

Professor für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Hochschule Mittweida, Fakultät Soziale Arbeit. Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre: Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit, Methoden der empirischen Sozialforschung, regionale und kommunale Bedingungen Sozialer Arbeit und Sozialer Wandel. E-Mail: beetz@hs-mittweida.de

In der Altersforschung wird seit vielen Jahren darauf verwiesen, dass die Bedingungen des Alter(n)s in erheblichem Maße durch das unmittelbare Wohnumfeld geprägt werden. Das Forschungsprojekt „Empowerment für Lebensqualität im Alter“ (ELA) an der Hochschule Mittweida, aus dem heraus der folgende Beitrag entstand, untersuchte die wirksame und nachhaltige Beteiligung älterer Bewohner/innen an der Entwicklung einer wohnortnahen und aktivierenden Infrastruktur am Beispiel sächsischer Wohnungsgenossenschaften.¹ In folgenden Beitrag sollen ausgewählte Projektergebnisse im Kontext theoretischer Bezüge zu kollektivem Handeln und Empowerment diskutiert werden.

Forschungsprojekt

Zielsetzung des Forschungsprojektes war die Ermittlung, Untersuchung und Begleitung von Initiativen oder Aktivitäten, die auf eine wohnortnahe und aktivierende Infrastruktur gerichtet sind. Exemplarisch wurden in Wohnungsgenossenschaften initiierte Projekte analysiert und begleitet, die im Sinne von Empowerment beabsichtigten, die konkreten Wohn- und Lebensbedingungen älterer Menschen im Quartier zu verbessern. Das Forschungsinteresse richtete sich vor allem auf das Wohnumfeld,

1 Das Forschungsprojekt wurde von 06/2010 bis 12/2012 unter dem Förderkennzeichen 17S06X10 in der FH-Förderlinie SILQUA gefördert. Die Projektleitung hatte Prof. Dr. Stephan Beetz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin war Annegret Saal, M.A. und mit Dr. Birgit Wolter (IGF Berlin) erfolgte eine intensive wissenschaftliche und forschungsbegleitende Zusammenarbeit.

weil dessen Beschaffenheit und Ausstattung eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität und für soziale Teilhabe im Alter darstellt (Beetz u.a. 2009). Im Unterschied zu (wohnungswirtschaftlichen) Strategien, die allein auf die Erweiterung pflegender, versorgender und infrastruktureller Unterstützungsangebote sowie mit einer professionellen und marktorientierten Perspektive versehen sind, standen bei unserem Forschungsprojekt die älteren Menschen mit ihren dispersen Bedarfen, Ressourcen und ‚gelebten‘ Aktivitäten im Mittelpunkt.

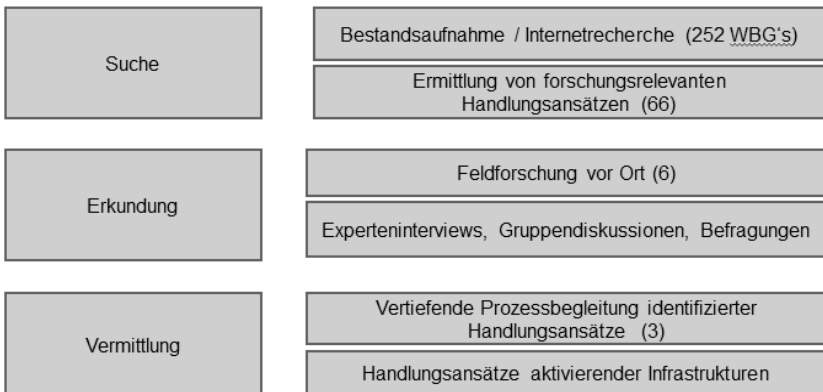


Abbildung. 1: Untersuchungsdesign

Der Forschungsverlauf gliederte sich in drei große Schritte (vgl. Abbildung 1): In der ersten Phase wurden umfangreiche Recherchen hinsichtlich Initiativen und Aktivitäten zur Wohnumfeldgestaltung in Wohnungsgenossenschaften durchgeführt und in einer Datenbank systematisch aufbereitet. Die Informationen gewannen wir auf der Basis von Internetauftritten, Telefoninterviews und Expert/inneninterviews. Darauf aufbauend wurden entlang bestimmter Kriterien in Absprache mit dem Kooperationspartner, dem Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG) fünf Projekte des Engagements in sechs Wohngebieten in fünf Wohnungsgenossenschaften ausgewählt, in denen während der zweiten Untersuchungsphase ein intensiver Forschungsaufenthalt mit Studierenden stattfand. Wir setzten uns dabei konkret mit den Lebensbedingungen älterer Bewohner/innen im nähräumlichen Umfeld, je nach Wohngebiet, auseinander (z.B. hinsichtlich Mobilität, ärztliche Versorgung, Gestaltung des öffentlichen Raumes, kulturelle Einrichtungen). Die Ergebnisse der Erkundungsphase wurden ausführlich analysiert und in die betreffenden Genossenschaften zurückgekoppelt. In

einer dritten Phase wurden in zwei der untersuchten Genossenschaften und auf einem überregionalen Treffen Workshops durchgeführt, in denen vorhandene Projekte weiterentwickelt wurden. Abschließend wurden die Ergebnisse in einem Handlungsleitfaden zusammengestellt und den Wohnungsgenossenschaften in Sachsen vorgestellt. Insgesamt handelt es sich um einen sehr komplexen Prozess von aktivierender Forschung, in dem die Interessen des Forschungsteams, der beteiligten Studierenden, der Wohnungsgenossenschaften und des kooperierenden Verbandes eine intensive, aber sehr konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichten (Beetz/Saal 2013).

Kollektives Handeln

Im Diskurs um Empowerment lassen sich aus unserer Sicht zwei semantische Felder auf verschiedenen Ebenen gegenüberstellen, nämlich das der Bemächtigung und das der Ermächtigung (vgl. Abb. 2).

Zentral für ein Empowermentverständnis im Sinne der Bemächtigung ist die gemeinsame Praxis von Akteuren. In diesem Sinne ist kollektives Handeln zur Schaffung von Teilhabräumen im Wohnumfeld notwendig und stellt eine wesentliche Grundlage von Gemeinwesenarbeit dar (Oelschlägel o.J.). Auch Thilo Klöck (1994: 139) begreift Empowerment als eine Kategorie gesellschaftlicher Praxis, „mit der [sich] die Prozesse einer organisierten Selbstbemächtigung von Menschen“ erfassen lassen. In seinem Verständnis geht es vor allem um eine machtanalytische Auseinandersetzung der Beziehung zwischen Akteuren und Trägern (Intermediäre) im Bereich der Gemeinwesenarbeit. Mit den Begriffen Kollektives Handeln und Empowerment wird ein bestimmter Ausschnitt beider Diskurse erfasst, die einen unterschiedlichen Zugang zu unserer Fragestellung ermöglichen.

Ermächtigung	Bemächtigung
Initiierung und Unterstützung durch außen, Schaffung von Bedingungen der Teilhabe	Mindermächtige nehmen sich Macht, werden sich ihrer Mächtigkeit bewusst, Selbstorganisation
Ressourcenorientierung	Machtorientierung
Aktivierung von Ressourcen und Potenzialen, Rückgewinnung von Entscheidungsfreiheit/Fähigkeiten	Durchsetzung von Interessen und/oder Partizipation von Menschen, Thematisierung von ungleiche/asymmetrischen Verteilungen
Individuelles Verhalten	Kollektives Handeln
Individuelle Veränderung von Lebenslagen	Kollektive Veränderung von Lebenslagen, Interaktion mit Anderen (Gruppen oder Institutionen)
Selbstveränderung	Gesellschaftsveränderung
Ermutigung und Stärkung, Erlangen von Selbstwertgefühl und Selbstkontrolle	Veränderung der Lebenswelt, der lokalen Lebensqualität, derjenigen Institutionen, die das Leben beeinflussen
Instrumentell	Emanzipatorisch
Verbesserung der Lebensführung und personaler Kompetenzen	(Wieder-) Erlangen von Kontrolle über das eigene Leben, Gewinnung von Autonomie, Aufschließen von Möglichkeitsräumen

Abbildung. 2: Der Empowermentbegriff

Das Phänomen des kollektiven Handelns ist vor allem in Zusammenhang mit der Erklärung sozialer Bewegungen problematisiert worden. Der Begriff wird in der Forschung zu sozialen Bewegungen, der soziologischen Handlungstheorie und der Theorie gemeinsamer Güter unterschiedlich gebraucht, zielt aber gleichermaßen auf die Frage: Wann und wie organisieren Akteure ihr Handeln gemeinsam? Diese Frage betrifft

nicht nur gesellschaftliche Großgruppen, sondern auch thematisch und lokal begrenzte Bewegungen und Initiativen. Eder (1990) hob hervor, dass die Beschäftigung mit kollektivem Handeln in modernen Gesellschaften von einem Randphänomen zu einem zentralen Forschungsgegenstand werden muss, weil wir nur so die Polarisierung zwischen system- und individuumzentrierter Betrachtung aufgeben können. In unserer Auseinandersetzung mit Empowerment als politischer Aktivierung ergeben sich aus der Verwendung dieses Begriffs zwei Konsequenzen: Zum einen wird das normative Problem (Menschen sollen ‚aktiviert‘ werden) zu einem empirisch-analytischen (Menschen handeln aus bestimmten Gründen unter bestimmten Bedingungen kollektiv). Zum anderen wird die Unwahrscheinlichkeit kollektiven Handelns problematisiert, d.h. es sei nach Bedingungen zu suchen, die ein solches ermöglichen: „Was wir haben, sind Individuen, die entweder ihre egoistischen Bedürfnisse zu maximieren suchen oder die sich im Dauerdissens mit den anderen über das Gemeinsame befinden. Kollektives Handeln ist unter diesen Bedingungen eher unwahrscheinlich“ (Eder 1990: 10).

Die Ableitung kollektiven Handelns aus einem vorgängigen Kollektiv mit gemeinsamen Normen, Beziehungen und Lebenslagen taugt wenig zur Erklärung des Gemeinsamen. Vielmehr ist kollektives Handeln als ein Prozess zu verstehen, in dem Konfliktlinien, Problemlagen, Werthaltungen und Identitäten selbst konstruiert werden. In diesem werden erst die Wahrnehmung als einer (potentiellen) sozialen Gruppe und die Einstellung zu einer kollektiven Problemlösung erzeugt. Insofern läuft das Argument ins Leere, dass die Individualisierung von Lebenslagen und die Ausdifferenzierung von sozialen Milieus kollektives Handeln erschweren oder gar unmöglich machen, also die gesellschaftlichen Veränderungen zum Abschmelzen gemeinsamer Problemlagen führen, die kollektiven Aktionen immer mehr die Grundlagen entziehen. Im Gegenteil, Forschungen weisen darauf hin, dass plurale Lebenslagen und unterschiedliche Ressourcenverteilungen kollektives Handeln befördern. Saskia Sasen (2012) sieht genau in der Heterogenität und Vielfalt der Lebenslagen die Voraussetzung für Protestbewegungen. Zentral ist für sie das Argument der Solidarität, die nicht aus der Gleichartigkeit von Lebenslagen, sondern aus einer gemeinsam entwickelten Verantwortung entsteht. Um diese auszuüben, bedarf es unterschiedlicher Ressourcen, gesellschaftlicher Zugänge und sozialer Positionen.

Kollektives Handeln hängt einerseits von der Wahrnehmung und Defini-

tion einer gemeinsamen Problemlage ab, andererseits davon, inwieweit die Lösung eines Problems als eine kollektive Aufgabe gesehen wird. Elder (1990) übernimmt mit den Begriffen Ressourcenmobilisierung und Konsensmobilisierung zwei Stränge aus der Theorie kollektiven Handelns, die er als zwei Aspekte der Etablierung eines Handlungsfeldes heranzieht. Im Verständnis der Mobilisierung verschränken sich die oben genannten Aspekte von Bedingungen und Prozesshaftigkeit kollektiven Handelns eng miteinander. Im Folgenden werden die Forschungsfelder Wohnungsgenossenschaften als Organisation der Ressourcenmobilisierung und das Thema Altern im Wohnumfeld als Konsensmobilisierung diskutiert.

Wohnungsgenossenschaften als intermediäre Organisationen

Die Genossenschaften wurden in unserer Forschung als mögliche Organisationsform kollektiven Handelns zur Verbesserung von Lebensqualität älterer Menschen ausgewählt, weil sie juristisch, organisatorisch wie kulturell eine wichtige Form kollektiver Selbsthilfe und solidarischer Versicherung (Mutualismus) darstellen. Es handelt sich dabei um eine so genannte hybride Organisation, dass d.h. ihre (interne) Steuerung ist sich nicht nur auf Marktprinzip, sondern auch auf die (Mitglieder-) Demokratie und das soziale Miteinander abgestellt (Beetz 2005). Ganz im doppeldeutigen Sinne einer Unternehmung orientiert sie sich sowohl an ökonomischen Prinzipien des Wohnungsmarktes als auch an der Bündelung der Interessen ihrer Mitglieder im Hinblick auf das Wohnen. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und genossenschaftlichen Grundprinzipien geht es darum, über das Verfolgen ökonomischer Zielsetzungen hinaus, soziale wie kulturelle Leistungen im Interesse der Mitglieder zu erbringen, die dem grundlegenden Förderprinzip von Wohnungsgenossenschaften entsprechen.

Kerngedanke der in den letzten 20 bis 30 Jahren formulierten ‚Renaissance‘ der Genossenschaften ist eine Rückbesinnung auf die Wirksamkeit kollektiven Handelns, das sich nicht ausschließlich auf die Wohnung im engeren Sinne bezieht, sondern insgesamt die Lebensqualität der Mitglieder bzw. Bewohner im Blick hat. Dies beruht grundsätzlich auf dem Verständnis als einer intermediären Organisation zur Bewältigung gemeinsamer Interessenlagen. Im folgenden Zitat aus dem Experteninterview mit dem Vorstand einer der untersuchten Genossenschaften

wird dieser Ansatz unter mehreren Gesichtspunkten verhandelt:

„Wir müssen versuchen, wieder das Interesse und das Gemeinschaftsleben, was eigentlich 'ne Genossenschaft auch auszeichnet, ja, wieder zu aktivieren. Das ist schon eine hektische Zeit (...) Es ist ja vieles auf uns herein geprasselt. (...) Keiner musste sich um seine Rente kümmern, die lief automatisch. (...) Jetzt musste tausend Anträge ausfüllen, na da scheitern schon viele am Lesen (...) Wir wollen eigentlich die Lebensqualität versuchen, älterer Menschen zu verbessern und zu erleichtern.“ (Int. A6: Zeile 409-419).

In der Interviewpassage geht es um Autonomiegewinne der Mitglieder in gesellschaftlichen Zusammenhängen, die als sehr dynamisch und unübersichtlich (im Vergleich zur Vorwendezeit) geschildert werden. Die Genossenschaft selbst wird zwar prinzipiell als ein Organisationsform kollektiven Handelns beschrieben, die aber selbst wieder ‚aktiviert‘ werden muss. Historisch gesehen dürfte auf (Wohnungs-) Genossenschaften genau dass zutreffen, was Zimmermann (2000) als *empowering organizations* bezeichnet. *Empowering organizations* helfen Menschen bei der Kontrolle über ihr eigenes Leben: „Organizations that provide opportunities for people to gain control over their lives are empowering organizations“ (ebd.: 51). Genossenschaften sind eine unternehmerische Form der kollektiven Selbsthilfe. Die von uns untersuchten Wohnungsgenossenschaften schaffen in diesem Sinne für ihre Mitglieder Möglichkeitsräume (u.a. Begegnungsräume, Gemeinschaftsräume, lokale Ansprechpersonen, Nachbarschaftsvereine) als Basis kollektiven Handelns. Umstritten war historisch zwischen den verschiedenen (politischen) Richtungen der Genossenschaften stets, inwieweit es sich auch um so genannte *empowered organizations* handelt, d.h. die Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen oder Alternativen anbieten:

„Organizations that successfully develop, influence policy decisions, or offer effective alternatives for service provision are empowered organizations“ (ebd.).

Gerade im Forschungsfeld des Wohnumfeldes zeigte sich, dass die Wohnungsgenossenschaften gegenwärtig wenig als kommunale politische Akteure in Erscheinung treten. Insgesamt lässt sich sagen, dass Genossenschaften zwar eine wichtige Organisationsform kollektiven Handelns darstellen, deren Mobilisierungspotential aber von Professionellen und Mitgliedern wenig wahrgenommen wird.

Alter(n) als kollektive Identität

Im obigen Interview wird die zeitgeschichtliche Veränderung in Zusammenhang mit bestimmten kollektiven Erfahrungen gebracht und auf ältere Menschen bzw. die Generation der heute Älteren bezogen. Es fiel uns immer wieder auf, dass die Akteure in den Genossenschaften aus den jeweils präsenten Altersbildern bestimmte Mobilisierungsstrategien ableiteten.

Eine starke Identifizierung der Genossenschaft mit einer bestimmten Generation, in Regel den Erstbeziehern von Wohnungsbeständen, verstellt den Blick auf andere Generationen. Obwohl die Altersheterogenität (soziale Mischung) zumeist positiv bewertet wurde, kam es faktisch nicht selten zu sozialen Schließungstendenzen und lokalen ‚Verteidigungsgemeinschaften‘ (z.B. bei der Gestaltung und Nutzung halböffentlicher Räume). Die vorhandene Kollektivität verhinderte – größtenteils nicht intendiert – eine Reorganisation kollektiven Handelns.

In den untersuchten Genossenschaften dominiert der demographische Diskurs, d.h. die Fragen des Älterwerdens werden vor allem quantifiziert und problematisiert. Damit rückt der Versorgungsaspekt in den Vordergrund und es findet kaum ein Diskurs über die Lebensqualität und die Teilhabechancen heutiger und zukünftiger Älterer statt. Die qualitative Seite von – auch möglicher alternativer – Lebensvorstellungen wird wenig entwickelt.

In vielen Bereichen herrscht ein defizitärer, teils stigmatisierender Blick auf das Alter(n) vor, der von medial vermittelten neuen Altersbildern nahezu unberührt bleibt. Dies führt dazu, dass Alter(n) vor allem mit Unterstützungsbedarfen und schwindender Teilhabe an technologischen und sozialen Entwicklungen assoziiert wird. Problematischer aus unserer Sicht ist noch, dass die real auftretenden (nicht nur altersbedingten) Assistenzbedarfe und Teilhabeschwellen mit einer gesellschaftlichen Entmündigung einhergehen. Es geht in dieser Position weniger um die Aufrechterhaltung von Autonomie und Selbstkontrolle, sondern der Assistenzbedarf wird von Seiten der Leistungsempfänger als Abhängigkeitslage wahrgenommen, von Seiten der Gebenden mit einer Expertenrolle versehen.

So diffizil die öffentliche Reklamation von Assistenz- und Teilhabebe-

dürfnissen ist, so wenig taugt die Lebenslage Alter (bislang) als kollektive Identität. Das Bild des aktiven Alten ist in diesem Zusammenhang wenig hilfreich, weil es bedeutungsmäßig eher mit Nicht-Alt gleichgesetzt wird. Aus unserer Sicht, ist es weniger die Vielfalt und Ungleichzeitigkeit der Lebenslagen im Alter, die eine kollektive Identität verhindern, sondern die fehlende öffentliche Thematisierung. Im Anschluss an die grundsätzlichen Überlegungen von Haunss (2001) ist für die Ausbildung kollektiver Identitäten nicht so sehr der (gruppenspezifische) gemeinsame Erfahrungsraum des Alter(n)s wichtig, sondern ein Diskurszusammenhang, der die konkrete Lebenslage übersteigt. Eine solche öffentliche Diskussion über Assistenz und Teilhabe im Wohnumfeld, die Voraussetzung für kollektives Handeln wäre und keineswegs nur ältere Menschen betrifft, fanden wir ausgesprochen selten. Im Gegenteil einer solchen steht die traditionelle Stigmatisierung von Bedürftigkeit entgegen, sodass aus Scham die Reklamation von Assistenz und Teilhabe unterbleibt, eher der individuelle Rückzug angetreten wird. Des Weiteren sprechen wir von einer Individualisierung des Alter(n)s und Privatisierung der Problemlösung. Dies meint einerseits, dass das ‚Zusammenbasteln‘ der Lebensphase Alter dem einzelnen Individuum zugerechnet wird und andererseits tatsächlich entstehende Bedürftigkeiten nahezu ausschließlich privat (ggf. unter Hinzunahme von Dienstleistern) gelöst werden. Kollektives Handeln setzt voraus, dass diese Themen als öffentliche wahrgenommen werden. Eine solcherart mögliche Konsensmobilisierung heißt nun nicht, dass unter den Bewohnern ein Konsens herrschen muss und ähnliche Problemlagen vorausgesetzt werden, sondern dass die Problematik der Teilhabechancen (Älterer) durch die Gestaltung des Wohnumfeldes öffentlich diskutiert wird.

Quartier und Nachbarschaft

Nicht nur Norbert Herriger (2010: 86 ff.) zufolge sind kollektive Empowermentprozesse vorzugsweise auf die Gemeinde-, Stadtteil- oder Nachbarschaftsebene gerichtet, um dort die kollektiven Ressourcen der Bewohner zu mobilisieren. Gegenstand von Empowerment sei die Ermutigung und Befähigung von Menschen ‚vor Ort‘ in ihrer konkreten sozialräumlichen Lebenswirklichkeit, „ihre Stimme zu erheben, ihre (raum- und alltagsbezogenen) Bedürfnisse zu artikulieren, eigene Ressourcen zu entdecken und ihre Lebensverhältnisse gemäß der eigenen Interessen zu gestalten“ (ebd. 86). Grundsätzlich beruhte auch unser

Forschungsansatz auf diesen Überlegungen. Auf die konzeptionellen Schwierigkeiten der allgegenwärtigen Sozialraum- und Communityorientierung macht dezidiert Sabine Stövesand aufmerksam: „Community bezeichnet in diesem Kontext eine Methode des Regierens, die den Einzelnen von der Ordnung gesellschaftlicher Determinanten löst und existierende soziale Beziehungen sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, instrumentalisiert“ (Stövesand 2007: 282). Ihre Kritik ist vor allem sozialpolitisch begründet; nun zeigen die empirischen Ergebnisse ebenfalls, dass die Handlungsfelder Quartier und Nachbarschaft einer sehr differenzierten Auseinandersetzung bedürfen, um sie gegebenenfalls zum Ort kollektiven Handelns im Sinne von Ressourcen- und Konsensmobilisierung zu machen.

Eine in der Diskussion um Sozialraumorientierung zwar stets präsent, aber dann doch vernachlässigte Erkenntnis ist, dass Sozialräume aus der Perspektive der Bewohner keine Territorien sind. Das Quartier ist demzufolge als sozialräumlicher Sonderfall zu bezeichnen, der oft mit bestimmten Verwaltungsräumen oder Immobilienbeständen gleich gesetzt wird, in dem aber das Alltagshandeln der Bewohner in sehr unterschiedlichen Maße stattfindet und an das die Bewohner/innen sehr unterschiedliche Ansprüche stellen. Es ist also stets zu problematisieren, auf welche sozialräumlichen Konstruktionen wir Empowerment beziehen. In unseren Untersuchungen galt es zu berücksichtigen, dass die Bedeutung des Wohnumfeldes für die Bewohner/innen weit auseinander ging. Es herrschte eine starke Differenzierung nach Lebenslage, Nutzungsanforderungen und -intensitäten. Außerdem war eine sehr kleinräumige Betrachtung erforderlich: Währenddessen die befragten Expert/innen die infrastrukturelle Situation in den Wohngebieten größtenteils sehr gut einschätzten, zeigten sich bei den Bewohner/innen, dass wenige Hundert Meter zum nächsten Einkaufsmarkt durch eine Steillage zur Schwelle werden oder gedrängte Parksituationen trotz abgesenkter Bordsteine den Zugang erschweren.

Bei den Untersuchungen zum Wohnumfeld spielten die Nachbarschaften eine erhebliche Bedeutung. Ihre Analyse macht eine differenzierte Betrachtung der Formen kollektiven Handelns unerlässlich. Nachbarschaften stellen halböffentliche Netzwerke dar, die sich in ihrer sozialen Struktur nicht unmittelbar für öffentliche Belange nutzen lassen (Beetz 2012). Deutlich zeigt sich, dass sie eine schließende soziale Form besitzen, die sich auch gegenüber Zugriffen von ‚außen‘ (sei es gegenüber den

Wohnungsgenossenschaften oder die Forschenden) schützt. Nachbarschaftshilfe im klassischen Sinne zeichnet sich durch eine (latente) Reziprozität, eine bemessene zeitliche und thematische Verpflichtung und Zumutbarkeit aus. Sie besitzt – auch entgegen anderslautenden Vermutungen – eine relativ große Bedeutung für Unterstützungen im Alltag, doch ist sie nicht für regelmäßige Assistenzbedarfe ‚instrumentalisierbar‘. Eine gewisse Herausforderung stellt in allen untersuchten Genossenschaften die Transformation der traditionellen ‚Hausgemeinschaft‘ in die neuen Formen von Nachbarschaft dar. Im Sinne von Gemeinschaftshandeln benötigen Nachbarschaften (dafür) gemeinsame Kommunikations- und Erfahrungsräume. Dabei ist es wichtig im Blick zu behalten, dass sie auf Grund ihrer sozialen Strukturen einer funktionierenden Nachbarschaft nicht automatisch förderlich ist, weil die strukturelle Offenheit fehlen kann.

Projekte des Sozialen

Das Themenfeld ‚Alter(n) war in den untersuchten Genossenschaften in vielen Handlungsfeldern ausgesprochen präsent (barrierearme Wohnung, Wohnprojekte, Wohnumfeldgestaltung, Netzwerkbildung, Beratung und Begleitung, Nachbarschaftsaktivierung). In Zusammenhang mit der oben diskutierten Renaissance der Genossenschaften entstanden zudem Projekte des Sozialen. Obwohl der inflationäre Gebrauch den Begriff Projekt nahezu diskreditiert, wird er hier gebraucht, um zwei Aspekte auszudrücken: Die Initiativen entspringen nicht den klassischen Geschäftsfeldern und tragen deshalb tatsächlich experimentellen Charakter. Hinter den Bestrebungen steht zudem – wenn auch nicht immer konsequent ausgereift – die Einsicht, dass Unterstützungsnetzwerke keine naturwüchsig vorhandenen sozialen Gebilde sind, sondern kollektiv organisiert werden müssen. Bei unterschiedlichem Formalisierungsgrad und großer Heterogenität der Ziele zielten die Projekte im Wesentlichen auf die Förderung lokaler sozialer Netzwerke.

„Man muss ja auch den Leuten immer das Gefühl geben, Sie sind in der Genossenschaft gut aufgehoben. (...) Wir machen also sehr viel und über diese Strecke, dass wir selber auch Weihnachtsfeiern organisieren und das wir über den Verein, den wir natürlich dann entsprechend auch fördern, dass er da noch was zuführt. (...) Aber wir machen inzwischen auch sehr viel für junge Leute und auch für Kinder. Weil wir sagen, auch dieses Klientel, da muss sich einfach die Begeisterung für die Mitgliedschaft erhalten“ (Interview E1: Zeile 587-603).

Der Interviewausschnitt mit einem Vorstand verdeutlicht das Problem, dass in vielen Projekten auftrat: Es herrschte eine Dienstleistungsorientierung anstelle von Empowerment. An die Stelle der Ressourcenmobilisierung der Mitglieder traten Angebote für Mitglieder, um sie an das Wohnungsunternehmen zu binden. Es herrschte zudem ein erheblicher ‚Klärungsbedarf‘ über die Projektziele, der nicht für eine Konsensusmobilisierung genutzt wurde, sondern die diffus blieben. In der Folge blieb kollektives Handeln weitgehend aus und die Projekte blieben bei den Initiator/innen.

Die Wohnungsgenossenschaften zeigten zwar eine immense Motivation in den Projekten des Sozialen, blieben aber trotz ihres ‚hybriden Charakters‘ vor allem der Marktlogik verhaftet. Die Förderung des Sozialen ging mit einem gewissen ‘sozial engineering‘ einher, d.h. es wurden unmittelbar Ergebnisse erwartet und die Eigenlogik, sprich Reziprozitätsnormen wie Aushandlungsmuster sozialer Netzwerke unterschätzt. Dies führte wiederum in den Projekten persönlich zu Resignation und Aufgeben. Die Projektentwicklung erfolgte insgesamt mit einem geringen Professionalisierungsgrad, die notwendigen fachlichen Kompetenzen wurden größtenteils unterschätzt. In der Vermittlungsphase (vgl. Abb. 1) konnten in dieser Hinsicht wichtige Impulse durch die Hochschule gegeben werden, die allerdings mit Projektende terminiert waren. Bei den Genossenschaften herrschte eine erhebliche Unsicherheit mit ‚Investitionen‘ in Projekte des Sozialen, verbunden mit der Frage ob diese Projekte für sie erfolgreich seien. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass mit den untersuchten Projekten insbesondere an dem Diskurs um Communityorientierung und Aktivierung angeknüpft wird, die Rolle als intermediäre Organisation kollektiven Handelns aber (noch) sehr widersprüchlich und mehrdeutig ist.

Lebenschancen

Die Forschungen von ELA zielten auf den Stellenwert kollektiven Handelns für die Gestaltung des Wohnumfeldes. Der Tatsache, dass wir wenige Aktivitäten in dieser Hinsicht fanden und die untersuchten Projekte einen geringen Mobilisierungsgrad aufwiesen, ist nicht mit dem Ruf nach einem verstärkten Empowerment zu begegnen. Im Gegenteil bei der Nutzung des Begriffes Empowerment ist eine kritische Reflexion nötig, „muss Soziale (Alten-) Arbeit weniger in den traditionellen Effek-

tivitäts- und Produktivitätsdiskursen verortet sein, sondern sehr viel stärker die Diskurse in Bezug auf Ermöglichungsspielräume und Verwirklichungschancen im Kontext des Lebenslagenkonzeptes thematisieren. Dabei muss ein Recht auf Rückzug, ein Recht auf Langsamkeit und somit auf individuelle Selbstbestimmung als ein gesellschaftlich garantiertes und geschütztes Recht für alle Lebensalter existieren“ (Kleiner 2012: 275). Vor einer „Überbetonung des Aspekts der ‚Aktivierung‘ ist zu warnen, da der inhärente Impuls im Widerspruch zu einer selbst gewählten Rückzugsform stehen kann. Die Akzeptanz des Werts des selbstbestimmten Lebensvollzugs älterer Menschen beinhaltet auch die Anerkennung reduzierter Lebensformen, mit denen sich die älteren Menschen vor allem vor Überforderungen schützen wollen“ (Schubert/Veil 2011: 116).

Offensichtlich besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den politischen Erwartungen an das zivilgesellschaftliche Engagement und dem tatsächlichen Potenzial engagierten Handelns für die Herstellung des Sozialen. Das gut gemeinte Vorhaben, durch Empowerment zu verhindern, dass „sozial schwächere Gruppen von der Beteiligung am bürgerrechtlichen Engagement vollständig und unwiderruflich ausgeschlossen sind“ (Enquete-Kommission 2002: 108) wird deshalb alles andere als ein Selbstläufer sein (Aner 2006). Wir wissen darum, dass sich die Benachteiligten gerade nicht empören, weil sie sich nichts versprechen (Opp 1998). Darin liegt ein diffiziles Problem des Empowerment-Diskurses, inwieweit soziale Ungleichheit durch die Logik der Selbstverantwortung und Selbstbemächtigung vermindert wird.

Ein wichtiger politologischer Ansatz, der den Aspekt der Ermöglichung im Empowerment-Konzept – also nicht den Zwang zur Ermächtigung – unterstützt ist der Capability-Approach von Sen und Nussbaum. Sens Interesse der Ungleichverteilung von „human capabilities“ beinhaltet die körperliche und geistige Verfassung der Menschen, ihren Bildungs- und Wissenstand sowie die materiellen und institutionellen Rahmenbedingungen ihres Handelns. Die Ungleichheit der „Verwirklichungschancen“ verweist auf das Wirken strukturell verfestigter Machtpotentiale.

„Ein solcher Ansatz ignoriert nicht den Wert der Entscheidungsfreiheit, da wir Menschen befähigen und nicht nötigen wollen, eine bestimmte Handlungsweise zu wählen. Dies bedeutet erstens, daß wir unser Ziel im Hinblick auf die Fähigkeiten und nicht in Hinblick auf das tatsächliche Handeln definieren; und zweitens, daß eine der Fähigkeiten, auf die wir in jedem Lebensbereich das Haupt-

gewicht legen, die Entscheidungsfähigkeit ist“ (Nussbaum 1999: 95).

Insofern kann eine empirisch fundierte Empowermentforschung dazu beitragen, dass wir uns nicht im Zirkel der Aktivierungsnorm verlieren, sondern beispielsweise – wie wir hier argumentiert haben – die capabilities des Wohnumfeldes in den vorhandenen intermediären Organisationsformen und in den öffentlichen Thematisierungen des Alter(n)s suchen.

Literatur

- Aner, K. (2006): Wunsch und Wirklichkeit. Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen sozialpolitischen Erwartungen und individuellem Handeln. In: neue praxis 1/2006, 53-67.
- Beetz, S. (2005): Mitgliederbeziehungen in Wohnungsgenossenschaften. Gestaltungsmöglichkeiten zwischen Unternehmertum, Partizipation und Nachbarschaft. Schriftenreihe des Instituts für Genossenschaftswesen an der HU Berlin, Band 63, Berlin.
- Beetz, S./Müller, B./Beckmann, K. J./Hüttl, R. F. (2009): Altern in Gemeinde und Region (Altern in Deutschland Bd. 5). Nova Acta Leopoldina NF Bd. 103, Nr. 367, Stuttgart.
- Beetz, S. (2012): Nachbarschaften in Roßwein. Reihe Forschungsberichte der Fakultät Soziale Arbeit Nr. 5, <https://www.sa.hs-mittweida.de/forschung/forschungsberichte.html>
- Beetz, S./Saal, A. (2013): Empowerment für Lebensqualität im Alter (Projekt Förderlinie SILQUA-FH des BMWF). Reihe Forschungsberichte der Fakultät Soziale Arbeit Nr. 7 (<https://www.sa.hs-mittweida.de/forschung/forschungsberichte.html>)
- Eder, K. (1990): Kollektive Akteure zwischen Identitätssuche und Mobilisierungsindustrie. Oder: Wie man kollektive Akteure wieder theoriefähig macht. Diskussionspapier, S.:3-90.
- Haunss, S. (2001): Was in aller Welt ist »kollektive Identität?« Bemerkungen und Vorschläge zu Identität und kollektivem Handeln, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 05/2001. S. 258-267.
- Herriger, N. (2010): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart.
- Kleiner, G. (2012): Gemeinwesenarbeit im demografischen Wandel – Verwirklichungschancen und Ermöglichungsspielräume. In: Gabriele Kleiner (Hrsg.): Alter(n) bewegt. Perspektiven der Sozialen Arbeit auf Lebenslagen und Lebenswelten. Wiesbaden: S. 271-279.
- Klöck, T. (1994): „Empowerment“ – in der Balance von Interessenorganisation und stellvertretender Einmischung als kombinierbare Prozesse der Macht-

- bildung. In: Bitzan, M./Klöck, T. (Hrsg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven. München: AG SPAK, S. 134-153.
- Nussbaum, M.C. (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a.M.
- Oelschlägel, D. (o.J.): Selbstständig in der Lebenswelt – der Beitrag der Gemeinwesenarbeit. Manuskript online verfügbar unter: <http://www.ash-berlin.eu/hsl/docs/3025/selbststaendigkeit.pdf>
- Schubert, H. (2012): Die Gemeinwesenarbeit im gesellschaftlichen Wandel. In: Blandow, R./Knabe, J./Ottersbach, M. (Hrsg.) 2012: Die Zukunft der Gemeinwesenarbeit. Von der Revolte zur Steuerung und zurück? Wiesbaden: S. 15-27.
- Opp, K.D. (1998): Die Perspektive der Ressourcenmobilisierung und die Theorie kollektiven Handelns. In: Hellmann, K.U./Koopmans, R. (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung, S. 69-89.
- Sassen, S. (2012): Urban Capabilities: An Essay on our Challenges and Differences. In: Journal of International Affairs 65 (2012) 2. S. 85-95.
- Schubert, H./Veil, K. (2011): Ältere Menschen im Stadtteil – Perspektiven zur Vermittlung zwischen privater Lebensführung und öffentlicher Daseinsvorsorge. In: Olaf Schnur und Matthias Drilling (Hrsg.): Quartiere im demografischen Umbruch: Beiträge aus der Forschungspraxis. Wiesbaden: S. 115-128.
- Stövesand, S. (2007): Doppelter Einsatz: Gemeinwesenarbeit und Governementalität. In: dies.: Mit Sicherheit Sozialarbeit! Gemeinwesenarbeit als innovatives Konzept zum Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis unter den Bedingungen neoliberaler Gouvernentalität. Wien: S. 227-294.
- Zimmermann, M. (2000): Empowerment Theory. In: Rappaport, J./Seidman, E. (Hrsg.): Handbook of Community Psychology.

Integration – ein Paradigma ohne Alternative?

Dieter Filsinger

Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Fakultät für Sozialwissenschaften. Schwerpunkte: sozialwissenschaftliche Grundlagen, Sozialpolitik und Evaluation. E-Mail: dieter.filsinger@htw-saarland.de

Integration ist unverkennbar die zentrale Leitidee im Kontext der Diskussion über die Folgen und Herausforderungen von Migration: ein Paradigma in Wissenschaft, Politik und sozialprofessioneller Praxis und von hoher Bedeutung in der *Selbstbeobachtung der Gesellschaft* (Bommes 2007). In der einschlägigen Fachöffentlichkeit wird der Integrationsbegriff jedoch zunehmend kritisiert und es werden alternative Konzepte angemahnt (z.B. Inklusion, Interkultur, Diversity). Auch in der wissenschaftlichen Community scheint das Integrationsparadigma nicht (mehr) fraglos akzeptiert. So fragte das Exzellenz-Cluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ an der Universität Konstanz in 2011: „Ist das Konzept Integration überholt? (vgl. Ezli/Koschorke 2011; Ezli u.a. 2013). Im Rahmen des Soziologiekongress 2012 in Dortmund wurde ein Plenum mit dem Titel: „Leben im Dazwischen. Das Integrationsparadigma auf dem Prüfstand“ organisiert. (DGS 2012). Annette Treibel erweiterte in diesem Zusammenhang die wissenschaftliche Diskussion um eine strategische Fragestellung: „Ein Begriff am Ende? Was man gewinnt und was man verliert, wenn man aufhört von Integration zu sprechen“ (Treibel 2012: 643).

Die vorgebrachten Kritiken reiben sich am politischen und öffentlichen Integrationsdiskurs (z.B. verschärfte Adressierung von Integrationsanforderungen an Migranten, die Rede von „Integrationsunwilligkeit“ und „gescheiterter Integration“), thematisieren folglich die Verwendungsweisen des Begriffs, stellen aber auch das wissenschaftliche Integrationskonzept der Migrationsforschung wegen seines normativen Gehalts und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse in Frage. Ist das Konzept also überholt, wie Terkessidis (2010) behauptet?

Dieser Beitrag fragt zunächst nach der Karriere des Integrationsbegriffs

und rekonstruiert die Gebrauchs- bzw. Verwendungsweisen (vgl. Beck/Bonß 1989) des Begriffs in Migrationsforschung, Politik und Öffentlichkeit. Daran schließt sich eine Auseinandersetzung mit dem soziologischen Integrationskonzept, in seiner Ausdifferenzierung, sowie mit der Entwicklung der Migrationsforschung an. Am Beispiel der neueren Integrationsberichterstattung wird anschließend gezeigt, dass sich die Integrationsperspektive erweitert hat, aber Vorbehalte gegenüber einer bestimmten Beobachtungsweise des Migrations- und Integrationsgeschehens vorzubringen sind. Die Prüfung des Analyse- und Orientierungspotenzials von ergänzenden oder alternativen Konzepten ist Gegenstand eines weiteren Analyseschritts. Als Ergebnis der Auseinandersetzung wird schließlich die These vertreten, dass der Integrationsbegriff schon aus strategischen Gründen nicht zu verabschieden, wohl aber dessen Verwendungsweisen im politischen, öffentlichen wie auch im (sozial-)pädagogischen Diskurs kritisch zu analysieren sind.

1. Integration – die Karriere eines Leitbegriffs

Seit der politisch gewollten und ökonomisch begründeten Zuwanderung in den 1950er/1960er Jahren („Ausländerbeschäftigung“) ist der Umgang mit Migration Gegenstand von Kontroversen in Politik und Öffentlichkeit. Damals ging es im Kern um den Umgang mit Familiennachzug und dauerhafter Einwanderung, vor dem Hintergrund ökonomischer Interessen und der Vorstellung eines homogenen und einigen Nationalstaats, dessen Zusammenhalt durch die Zuwanderung von ‘Fremden‘ (vgl. Bukow/Llaryora 1988) gefährdet werden könnte. Zwar konnte die schon in den siebziger Jahren erkennbare Tendenz zu einer Verfestigung des Aufenthalts von Ausländern nicht ignoriert werden, aber die (vorsichtige) Anerkennung der Faktizität einer Einwanderungsgesellschaft ist immerhin bis Ende der 1990er Jahre ausgeblieben. Ein kleines Zeitfenster in den 1970er Jahren schien den Horizont zu eröffnen für eine solche Anerkennung. Es war der Nordrheinwestfälische Ministerpräsident Kühn, der in dem gleichnamigen Memorandum (1979) eine entschiedene Integrationspolitik im Sinne einer Gleichstellungspolitik angemahnte. Bekanntlich dauerte diese Phase nicht lange, sondern die (Bundes-) Politik thematisierte Zuwanderungsbegrenzung und Re-Migration. Gleichzeitig bildete sich eine kommunale und (sozial-)pädagogische Praxis zur Bearbeitung der Folgen der Zuwanderung heraus, unter der Bedingung

einer unentschiedenen und widersprüchlichen „Integrationspolitik“ ohne Eingliederungsperspektive (vgl. Bade 2007a; 2007b; Heckmann/Tomei 1997; 2003).¹

Für kommunale Akteure und die migrationsbezogene Soziale Arbeit, die unmittelbar mit den Folgen der Zuwanderung konfrontiert und zum Handeln herausgefordert waren, erschien der Begriff der Integration in Übereinstimmung mit der damaligen „Sozialstrategie unter wohlfahrts-staatlich-sozialdemokratischem Vorzeichen“ (Ezli/Koschorke 2011) orientierungsfähig. Mit diesem konnte die Realitätsverleugnung kritisiert und eine Alternative zum wahrgenommenen Assimilationsanspruch der Mehrheitsgesellschaft formuliert werden. Die wie selbstverständlich eingenommene Integrationsperspektive wurde lediglich in den 1990er Jahren durch den Multikulturalismuskurs (vgl. Leggewie 2011) leicht konturiert, ohne aber wirklich in Frage gestellt zu werden.

Erst in den 2000er Jahren wird mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und dem „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)“ ein migrationspolitisches Modernisierungsprojekt eingeleitet, das eine gesteuerte Zuwanderung und die gesetzliche Anerkennung einer Integrationsaufgabe beinhaltete (vgl. Bade/Hieserich 2007). Vor diesem Hintergrund erscheint die inzwischen allgemeine Verwendung bzw. die Renaissance des Begriffs ‚Integration‘ in Politik und Öffentlichkeit als eine Erfolgsgeschichte. Die Integrationsgipfel, der Nationale Integrationsplan (vgl. Beauftragte 2007), das Nationale Integrationsprogramm und die fast nicht mehr überschaubaren Förderprogramme, wurden von engagierten Experten und Wissenschaftlern entsprechend interpretiert, wenn auch mit Vorsicht und einer Skepsis gegenüber der Programmierung der „neuen“ Integrationspolitik („Fordern und fördern“; vgl. Beauftragte 2006) (vgl. Filsinger 2008). Während etwa Baringhorst (2013) einen Paradigmenwechsel erkennt, sieht Scherr (2008: 135f.) in der Verständigung auf Integration allerdings nur eine „politische Kompromissformel“, die eine restriktive Zuwanderungspolitik mit einer Integrationspolitik für Migrantinnen und Migranten mit einem legalen Aufenthaltsstatus verknüpft.

¹ Zu einer Rekonstruktion der Migrations- und Integrationspolitik seit den 1950er Jahren vgl. Oltmer 2009; Butterwegge 2011; Yıldız 2011; Hamburger 2012; für die kommunale Ebene vgl. Filsinger 2009.

Zumindest im dominanten politischen Diskurs bestand (und besteht nach wie vor) überdies Gewissheit darüber, wen es zu integrieren gilt, nämlich die Migranten. Für Terkessidis (2010) handelt sich bei der Renaissance des Begriffs in erster Linie „um eine Angstreaktion auf die Realität der Vielfalt“ (ebd.: 61).

Folgt man der Argumentation von Schweitzer (2012; schon früher: 1994), dann ist die Karriere des Integrationsbegriffs und dessen politische Instrumentalisierung im Kontext des Imports von Begriffen aus dem angelsächsischen Raum und den klassischen Einwanderungsländern zu analysieren (vgl. auch Treibel 2003). Die in den USA entwickelten, zum Teil gegensätzlichen Modelle der Assimilation, seien im Zuge ihrer Rezeption mit dem Begriff 'Integration' übersetzt worden (ebd.: 9). Hierzu zählen das Modell „Schmelztiegel“ mit der Vorstellung einer einseitigen Anpassung der Minderheit an die Mehrheit (*Integration als Angleichung*), davon deutlich abgegrenzt das Modell der „Schüssel mit buntem Salat“, das als *pluralistische Integration* oder als *moderate Form des Multikulturalismus* gelesen werden kann und ein drittes Modell, das als wechselseitiges Lernen durch Kontakt charakterisiert werden kann (*interaktionistische Integration*). Diese wiederum würden häufig verwechselt mit der Theorie-Tradition des soziologischen Integrationsbegriffs, der das Gleichgewicht eines Systems meint. Mit dem von Elwert (1982) eingeführten Konzept der *Binnen-Integration*, das die Bedeutung von 'ethnic communities' thematisiert und diesen eine integrationsförderliche Wirkung zuschreibt, sei ein weiterer Theoriestrang hinzu gekommen.

„Auf dieser dritten theoretischen Grundlage hat sich in der deutschen Migrationsforschung bis vor wenigen Jahren ein Modell zur Angleichung (Assimilation) von Einwanderern (fälschlicherweise ‚Integration‘ genannt) an vorgegebene soziale Strukturen etabliert [...]“ (Schweitzer 2012: 11), ein Modell in dem „letztlich von einer einseitigen, gradlinigen und dauerhaften Anpassung der eingewanderten Minderheitenangehörigen an eine als kulturelle statische vorgeestellte ‚Mehrheitsgesellschaft‘ ausgegangen“ wird (ebd.: 12).

Zutreffend ist, dass die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung den Begriff Integration eingeführt hat. Auernheimer (1995) räumt an dieser Stelle ein, dass in den ersten Ansätzen „die Eingliederung von Immigranten als ein Prozess mit scheinbarer Zwangsläufigkeit beschrieben (wurde). Es folgen Ansätze, in denen die Abhängigkeit der Assimilation von den Reaktionen der Aufnahmegesellschaft, mit anderen Worten die Wechselwirkung zwischen Minderheit und Mehrheit deutlich wird“ (ebd.: 92). Aber er beschreibt auch einen Wandel der Konzepte: „Ansät-

zen, nach denen die Assimilation früher oder später gesetzmäßig einzutreten scheint, folgen Modelle, nach denen der Ausgang des Prozesses offen ist“ (ebd.: 92). Demnach hat die Migrationsforschung den Boden für eine bestimmte Lesart von Integration bereitet. Berücksichtigt man frühe kritische Beiträge, nicht zuletzt aus der sozialpädagogischen Migrationsforschung (vgl. etwa Hamburger 1983), dann ist auch eine Interpretation dergestalt möglich, dass durch die Beiträge der migrationsbezogenen Forschung „unter der Hand“ eine Integrationsproblematik *der* Migranten konstituiert und – wegen der Deutungsoffenheit des Begriffs –, Chancen für eine bestimmte Lesart von Integration im Sinne einer einseitigen Anpassung eröffnet worden sind.

Rauer (2013) kann jedoch zeigen, dass die Integrationsfrage nicht auf den Migrationskontext verengt werden kann. In seiner Rekonstruktion der Integrationsdebatten in der deutschen Öffentlichkeit (1947-2012) kommt er zu dem Ergebnis, dass Integration mit zwei Bedeutungen versehen ist: „Erstens artikuliert sich mit dem Integrationskonzept eine transnationale Hoffnung auf europäische Vergemeinschaftung und zweitens eine Politik zur Einhegung von Migrationsfolgen auf nationaler Ebene. Das Konzept adressiert also zwei Gemeinschaftsgrößen: erstens ein transnational europäisches ‘region-building‘ und zweitens ein nationalstaatliches ‘nation-saving‘“ (ebd.: 52). Durch alle öffentlichen Verwendungsweisen ist eine gemeinsame Semantik erkennbar.

„Die Forderungen zielen stets auf eine Veränderung von Gemeinschaftsgrenzen. Entweder soll qua ‘Integration‘ aus nationalstaatlich segregierten Gemeinschaften eine größere europäische Gemeinschaft entstehen oder aber bestehende Einheiten, wie lokale oder nationale Kommunen, sollen mittels ‘Integration‘ vor kulturellen und sozialen Ungleichheitsprozessen ‘bewahrt‘ werden.“ Die öffentlichen Debatten um Integration kreisen damit um ein „zentrales politisches Projekt zu transnationalen, nationalen und lokalen Vergemeinschaftungsvorstellungen“ (ebd.: 52).

Die bekannten Narrative wie etwa „das Boot ist voll“, die Rede von den „integrationsunwilligen Migranten“ oder von „Ausländerghettos“ können demnach als Ausdruck des *spannungsreichen Projekts der Integration* (vgl. auch Treibel 2012) interpretiert werden.

Bedeutsam erscheint nun, dass die verschiedenen Ausprägungen des semantischen Feldes² letztlich Forschungsfragestellungen reflektieren,

2 Bis zum Jahr 1974 besteht nach Rauer das semantische Feld aus fünf verschiedenen Ebenen: (1) ‚Region-building (von der Nation zur Region: Europäische Union); (2) wissenschaftliche Grenzdefinition, ‘Problemdiagnose‘

die politisch in einer bestimmten Weise – nämlich unter einem Kosten-Nutzen Kalkül – beantwortet werden. Für diese Verwendungsweise ist die Soziologie bzw. die Migrationsforschung nicht verantwortlich, wenngleich deren Einfluss auf Integrationsdiskurse nicht außer Acht gelassen werden kann, nämlich insbesondere dann, wenn sozialwissenschaftliche Analysen aufgegriffen, in einen „normativen Rahmen und Kontext gerückt werden“ und damit ein Skandalisierungspotenzial bereitstellen (Rauer 2013: 72). Die politischen und öffentlichen Gebrauchsweisen können daher als ein (unbeabsichtigter) Effekt ‘veröffentlichter Soziologie’ interpretiert werden (ebd.: 80).³

2. *Die Beiträge der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung*

Wegen der Zentralität des Begriffs Integration erscheint zunächst ein zumindest kursorischer Blick auf die diesbezügliche wissenschaftliche Diskussion angezeigt.

Im strukturfunktionalistischen Modell von Parsons (1951/1972) steht die Stabilität von gesellschaftlichen Systemen im Zentrum des Interesses. Diese wird über eine Generalisierung von Wertstrukturen und Verhaltensmustern (also Angleichung) erreicht und durch Sozialisation und soziale Kontrolle gesichert. Lockwood (1970) hat die Differenzierung zwischen System und Sozialintegration eingeführt. Systemintegration meint die Beziehungen zwischen Teilsystemen der Gesellschaft, die soziale Integration die Einbeziehung von Akteuren in diese Systeme. In diesem Zusammenhang sind Konflikte gerade nicht ausgeschlossen. An diese Unterscheidung haben verschiedene Autoren angeschlossen. So etwa Habermas (1981) (‘System und Lebenswelt’) und Heitmeyer (1997a; 1997b), die sich beide für die Integrations- bzw. Desintegrationspotenziale moderner Gesellschaften interessieren. Integration ist aus soziologischer Sicht nicht zwingend positiv konnotiert. Moderne Gesellschaften haben es zwar beständig mit vielfältigen Integrationsproblemen zu tun (vgl. Münch 1998). Somit ist Integration eine Notwendigkeit der Praxis, aber eben keine der Theorie (Kaufmann 1997). Integration ist also offener zu fassen und meint dann „ganz all-

(Soziologie); (3) ‘Nation-building’(versus ‘Ghettoisierung’ und ‘Parallelgesellschaft’); (4) Widerstand/‘Voicing’/Subjektivierung (Vereine, Verbände, Kampagnen); (5) Ethnisierung (‘Integrationsunwilligkeit’/ ‘Bildungsferne’.

3 Zur Verwendungsforschung vgl. ausführlicher Beck/Bonß (1989).

gemein den Aufbau sozialer Ordnungsmuster jeglicher Qualität, die eine bindende Wirkung entfalten“, wobei Integration und Desintegration „gleichursprüngliche und für die Einsicht in soziale Prozesse gleichrangige Möglichkeiten darstellen“ (Ezli/Koschorke 2011: 1). Demnach bleibt offen wer, wie und in welche Gemeinschaft/ Gesellschaft integriert werden soll (Rauer 2013: 52).

Luhmann (1997) wiederum schlägt vor, die Begriffe Integration und Desintegration für die Analyse der Beziehungen zwischen funktionalen Teilsystemen zu reservieren und für die Analyse der (Nicht-)Einbeziehung von Personen in diese Systeme mit dem Begriffspaar Inklusion und Exklusion zu operieren. Daran anschließend bestand Bommes (2007) insbesondere in Hinblick auf den Migrations- und Integrationsdiskurs darauf, zwischen der Integration *der* Gesellschaft und der (sozialen) Integration *in* die Gesellschaft tunlichst zu unterscheiden. Diese Vorgehensweise versieht er mit dem Hinweis, dass die Analyse der Folgen der Migration für eine Integration der Gesellschaft noch ein Forschungsdesiderat darstellt.

Relativ wenig Beachtung hat dagegen die Integrationstheorie von Peters (1993) gefunden, obwohl diese gerade im Migrations- und Integrationsdiskurs – nicht zuletzt wegen ihrer integrativen Leistung ausgesprochen relevant erscheint. Soziale Integration lässt sich, so Peters,

„verstehen als gelungene Lösung [...] *dreier grundlegender Problemdimensionen*, die im Lebensprozess menschlicher Gemeinschaften berücksichtigt werden müssen. Im sozialen Lebensprozess stellt sich erstens das Problem der Orientierung in der objektiven und des Eingreifens in diese Welt und komplementär dazu das Problem der Koordination äußerer Handlungen. Zweitens stellt sich das Problem der Interpretation von Bedürfnissen, der Bildung von Wertmaßstäben, Lebenszielen und -plänen und der Bildung von individuellen und kollektiven Identitäten sowie entsprechend das Problem der Realisierung von Werten und der Befriedigung von Bedürfnissen [...], nicht zuletzt die genuin ‘sozialen’ Bedürfnisse: affektive Beziehungen [...], Anerkennung, Wertschätzung. Drittens ergibt sich die Notwendigkeit, *konfligierende Ansprüche* auszugleichen und das Wohl und die Integrität aller angemessen zu berücksichtigen“ (Peters 1993: 92-95).

Vor dem Hintergrund dieser Analyse lassen sich jetzt Bedingungen für eine „gesellschaftliche Integration“ angeben. Eine solche liegt nur vor, „wenn auf sozialstruktureller Ebene eine befriedigende Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft gegeben ist, auf institutioneller Ebene eine Möglichkeit zur Teilnahme an der Aushandlung des gerechten Ausgleichs konfligierender Interessen besteht und auf personeller Ebene stabile Zugehörigkeiten zu Gruppen und die Herstel-

lung emotionaler Beziehungen zwischen Menschen möglich sind (Hüping/Heitmeyer 2008: 128; vgl. dazu auch Fraser/Honneth 2003).

In den 1980er Jahren hat sich in Deutschland eine eigenständige Migrationssoziologie bzw. Migrationsforschung etabliert. Erste Theorieentwürfe sind von Hartmut Esser (1980), Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (reformuliert in 2000)⁴ und von Friedrich Heckmann (1992)⁵ vorgelegt worden, wobei vor allem Esser die einschlägige Diskussion nachhaltig beeinflusst hat, aber wegen seiner Verteidigung des Assimilationsbegriffs auch vehement kritisiert worden ist. In einer neueren Version seiner Theorie bedeutet Assimilation „ganz allgemein ‚Angleichung‘ der Akteure bzw. Gruppen in gewissen Eigenschaften an einen ‘Standard‘ (Esser 2004). Es sei letztlich im eigenen Interesse der Migranten, sich den Anforderungen der Kerninstitutionen der Gesellschaft zu stellen (z.B. Erwerb der deutschen Sprache). „Zur individuellen strukturellen Assimilation als Modell der intergenerationalen Integration, gibt es keine (vernünftige) Alternative“ (ebd.: 58). Den Ansätzen ist gemeinsam, dass sie eine Einhegung sozialer und kultureller Differenzen erwarten, da ansonsten der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet sei. Dem gegenüber wendet etwa Geisen (2010) ein „dass die Kontinuität von gesellschaftlicher Pluralität, die sich etwa in der (dauerhaften) Existenz von Minderheiten oder subkulturellen Bereichen in Gesellschaften zeigt, für demokratische Gesellschaften eine konstitutive Bedeutung hat“ (ebd.: 25).⁶ Bade/Bommes haben in 2004 eine Forschungsbilanz vorgelegt, die im Kern wohl nach wie vor zutreffend sein dürfte. Nach ihrer Auffassung gibt es – abgesehen von normativen Prämissen – keine großen Unterschiede im Hinblick auf die *empirische* Problemstellung: Fokus der Analyse ist jeweils die Stellung der Migrantinnen und Migranten in der sozialen Verteilungsstruktur eines Landes im Hinblick auf ihre Verfügungsmöglichkeiten über Einkommen, Bildung, Wohnraum, Prestige, zivile, politische und soziale Rechte, somit ihr ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital. Weitgehender Konsens besteht ferner bezüglich der von Esser (1980) eingeführten Unterscheidung von Prozessen der *strukturellen* Integration (Inklusion in gesellschaftliche Funktionssystem wie Bildung, Arbeitsmarkt, Politik), der *kulturellen* Integration (Sprache, normative Orientierungen), der *sozialen* Integration (Gruppenzuge-

-
- 4 Hoffmann-Nowotny hat eine richtungsweisende Differenzierung zwischen ‘Struktur’ und ‘Kultur’ eingeführt. ‘Integration’ kann in dieser Perspektive als Partizipation an der Struktur der Gesellschaft und ‘Assimilation’ als Teilhabe an ihrer Kultur verstanden werden (Hamburger 2012: 22).
 - 5 Heckmann differenziert zwischen Struktur und Lebenswelt und akzentuiert die wechselseitige *Akkulturation* in lebensweltlichen Zusammenhängen.
 - 6 Vgl. dazu auch die kritische Analyse von Otto/Schrödter (2006).

hörigkeiten) und der *identifikativen* Integration (Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft). Kontrovers ist jedoch, ob eine notwendige Reihenfolge im Ablauf dieser Prozesse besteht, ob alle Prozesse durchlaufen sein müssen und welches die zentralen Determinanten von Integrationsprozessen sind (vgl. zuletzt Friedrichs/Riedel 2012). Unterschiede bestehen ferner in den Auffassungen darüber, wie die Produktion bzw. intergenerative Reproduktion der sozialen Positionierungen von Migrantinnen und Migranten zu erklären ist, sowie darüber, wie diese Vorgänge und deren Ergebnisse *normativ* und *politisch* zu bewerten sind.

Die weitere Entwicklung der Migrationsforschung kann als Differenzierung und Kontextualisierung des Integrationskonzepts rekonstruiert werden (vgl. Heckmann 2013). Bade/Bommes (2004) unterscheiden idealtypisch das Konzept der Assimilation und das der Inklusion. Im Konzept der *Assimilation* ist die Ausrichtung der Lebensführung aller Individuen an den sozial gültigen Erwartungen der Kerninstitutionen der Einwanderungsgesellschaft Bedingung für den Zugang zu den wichtigsten Ressourcen der Gesellschaft. Im Konzept der *Inklusion* ist die soziale Integration eine Frage der gelingenden oder misslingenden gleichberechtigten Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in die Funktionssysteme der Gesellschaft. In diesem Konzept ist Inkorporation im Sinne von 'Citizenship' mitgedacht, d.h., dass jedem Bürger als Individuum die Teilhabe an den zivilen, politischen und sozialen Rechten zusteht. Als drittes Konzept bringen die Autoren das Modell der *Multikulturellen Gesellschaft* ins Spiel (vgl. auch Leggewie 2011). Zu verweisen ist ferner auf Hinrichs (2003), der verschiedene Integrationsmodi unterscheidet: Integration durch *Angleichung*, eine Integration durch *Konflikt* und Integration auf der Basis *universalistischer Werte und Prinzipien* (vgl. auch München 1998).

Betrachtet man die gesamte Breite der Fragestellungen, theoretischen Reflexionen und empirischen Befunde (vgl. Filsinger 2009, Hamburger 2012; Heckmann 2013), so lässt sich eine dem Integrationskonzept der Migrationsforschung angeblich inhärente Tendenz zur einseitigen Anpassung der Eingewanderten (vgl. etwa Ataç/Rosenberger 2013) nicht erkennen. Die im politischen und öffentlichen Diskurs immer wieder transportierte Vorstellung von Integrationsproblemen *der* Migrant ist begründet entgegeng gehalten worden, dass die Integrationsprobleme von Migrant kein Effekt der Migration sind, „sondern wesentlich bedingt durch die den Migranten zugemuteten Lebensbedingungen, insbesondere durch soziale Benachteiligung und Abgrenzungen seitens der Mehrheitsgesellschaft“ (Scherr 2008: 138). Schließlich ist auch von Esser argumentiert worden, dass der erfolgreiche Zugang zu gesellschaftlich relevanten

Positionen der Gesellschaft, „der Schlüssel für jede nachhaltige Sozialintegration“ darstellt (Esser 2001: 10).

3. Integrationsberichterstattung: Fortschritt oder Anlass für einen Perspektivwechsel

In diesem Zusammenhang erscheint die neuere Debatte über die Integrationsberichterstattung von besonderem Interesse (vgl. etwa Filsinger 2013; Friedrich-Ebert-Stiftung 2013). Die Integrationsberichterstattung ist nach entsprechenden Vorschlägen einer, von der rot-grünen Bundesregierung berufenen Sachverständigenkommission „Zuwanderung und Integration“, im Jahr 2004 eingeführt worden und mittlerweile auf der Bundes-, der Landes- und kommunalen Ebene implementiert (vgl. Filsinger 2008; Filsinger 2013; Worbs 2010).⁷ Die Kommission monierte, dass es an einer systematischen, längsschnitorientierten Integrationsberichterstattung („Integrationspanel“) fehle. Überdies mahnte der Rat eine unabhängige Evaluation von Programmen und Interventionen an. Sie seien für eine umfassende Integrationspolitik, für die Steuerung von Integrationsprozessen eine unverzichtbare Voraussetzung (vgl. Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration 2004).

Konzeptionell orientiert sich die Integrationsberichterstattung an den bekannten Dimensionen der strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikativen Integration. Die erforderliche Definition von Integration für das empirische Vorhaben ist knapp gehalten: „Als Fortschritt von ‘Integration‘ wird [...] die Angleichung der Lebensverhältnisse der Personen mit Migrationshintergrund an die der Gesamtbevölkerung gewertet (Beauftragte 2009: 14). Als neues sozialstatistisches Konzept wird die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ eingeführt, was vor dem Hintergrund des Strukturwandels der Migrationsbevölkerung und statistischen Erfordernissen begründet erscheint (vgl. Bartelheimer 2005). Im Mittelpunkt des sog. Integrationsmonitorings stehen diejenigen „*barten*“ und im Kern unstrittigen Indikatoren, die die Chancen zu einer selbständigen und gelingenden Lebensführung betreffen (Rechtlicher Status, Beherrschung der deutschen Sprache, Bildungsabschluss, Position auf

7 Der erste und der zweite Integrationsindikatorenbericht des Bundes ist im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Integration und Flüchtlinge vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaft (ISG) in Köln erstellt worden.

dem Arbeitsmarkt und im Beschäftigungssystem). Darüber hinaus gehende Beobachtungsfelder und Indikatoren sind bis heute Gegenstand kontroverser Diskussionen (z.B. Wohnen/räumliche Segregation, Mitgliedschaft in alteingesessenen Vereinen, die Bedeutung eigenethnischer Vereinigungen) (für einen Überblick vgl. Filsinger 2008; 2013). Aufgenommen wurde die Erkenntnis, dass sich die Integrationsberichterstattung nicht auf die Beschreibung und Analyse von Lebenslagen von Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund und deren Persistenz oder Veränderung im Zeitvergleich beschränken kann, sondern zwingend *den Grad der Offenheit der Bevölkerung und die Zugangschancen und Zugangsbarrieren* zu den Institutionen der Gesellschaft, also die interkulturelle Öffnung in entsprechende Analysen einbeziehen und *Diskriminierung* in Rechnung stellen muss. In einschlägigen Diskursen ist überdies herausgearbeitet worden, dass sich Lebensqualität nicht ausschließlich über objektive Indikatoren auf der Basis allgemein anerkannter Ziele bestimmen lässt, sondern dass es solcher Indikatoren bedarf, die in der Lage sind, *subjektive Zufriedenheit* abzubilden. Um hierzu empirische Informationen zu erhalten, bedarf es Bevölkerungsumfragen, die neuerdings vom Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Migration und Integration (vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration 2010; 2012; 2013) und von einigen Kommunen durchgeführt werden.

Die Einzelergebnisse der Integrationsberichterstattung⁸ sind hier nicht von Interesse, wohl aber der, für die Migrationsforschung nicht unerwartete, jedoch für die Integrationsdiskussion folgenreiche Befund der Relativität des Migrationshintergrunds, etwa im Hinblick auf die Bildungseteiligung und den Gesundheitszustand, sofern andere relevante Faktoren in der empirischen Analyse berücksichtigt werden (Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltstyp, Einkommen). So kommt schon der Erste Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung zu folgendem Ergebnis: „Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass vor allem sozialstrukturelle Faktoren Einfluss auf den Schulbesuch haben. Ein migrationsbedingter Faktor, der Einfluss auf den besuchten Schultyp hat, ist die in der Familie gesprochene Sprache“ (Beauftragte 2009: 15). Damit wird der Migrationsstatus keineswegs bedeutungslos, aber die Aufmerksamkeit wird auf den sozialen Status und damit auf soziale Ungleichheiten gelenkt.

Zwar wird die Einführung von Integrationsmonitorings als Fortschritt

8 Mittlerweile liegt ein zweiter Integrationsindikatorenbericht vor (Beauftragte 2012).

und Beitrag für eine rationale Diskussion in Politik und Öffentlichkeit gewürdigt, aber es werden auch Vorbehalte angemeldet, die über die Kritik einzelner Indikatoren hinausgeht. Die Beobachtung des Integrationsgeschehens erfolgt nämlich bisher nur aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft. Insbesondere die nationalitätenspezifische Betrachtungsweise (vgl. etwa BAMF 2010) impliziert die Gefahr einer (dauerhaften) Festlegung auf nationale Herkunft, die Prozesse der Kulturalisierung, Ethnisierung, und Stigmatisierung begünstigt. Die Perspektive der Migrationsbevölkerung ist bisher noch unzureichend einbezogen, wenn auch mittlerweile etwa durch das „Integrationsbarometer“ und kommunale Bürgerbefragungen eine Perspektivenerweiterung zu beobachten ist.

Das Grundkonzept der Berichterstattung zeigt bisher nur Interesse an der Differenz „Deutsche/Ausländer“ bzw. neuerdings an der Differenz „Menschen mit Migrationshintergrund/ohne Migrationshintergrund“. Eine Erweiterung um schicht- und milieuspezifische Faktoren erscheint ebenso unerlässlich, wie die empirische Untersuchung der Integrationsbereitschaft der Mehrheitsbevölkerung zu untersuchen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Transnationalisierungsforschung (vgl. Pries 2008a; 2010; Beck/Poferl 2010; Faist 2013) stellt sich schließlich erneut die Frage wer, wie in welche Gemeinschaft/Gesellschaft integriert werden soll (vgl. Rauer 2013).

Gerade die Ergebnisse der Integrationsindiktorenberichte sprechen nachdrücklich dafür, die Beobachtungsweise zu erweitern. Migration und Integration müssen demnach zwingend im Kontext von *sozialen Ungleichheitsstrukturen und Heterogenität*, sowie allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen thematisiert werden. Hierzu zählen der demographische Wandel, die Pluralisierung von Lebens- und Familienformen und eine zunehmende ökonomische, kulturelle und sozialräumliche Polarisierung. Der im Jahr 2011 neu gegründete Sonderforschungsbereich 882 „Von Heterogenitäten zu sozialen Ungleichheiten“ erscheint in diesem Zusammenhang perspektivenreich (vgl. auch Pielage u.a. 2012).

Eine eigenständige Integrationsberichterstattung sollte überdies nicht auf Dauer gestellt werden, da sie, zumindest bislang nur auf die Integration der Migrantinnen und Migranten abstellt und auf einer Leitdifferenz beruht, die die Beobachtungs- und damit auch die Integrationsperspektive verengt. Zumindest längerfristig ist deshalb daran zu denken, die Integrationsberichterstattung in die allgemeine Sozial- und Bildungsberichterstattung zu integrieren (vgl. Willems 2013).

Angemahnt wird überdies *Reflexivität* (vgl. Hamburger 2012). Dies gilt

insbesondere für die Bestimmung von Indikatoren und Angleichungsnormen, aber auch im Hinblick auf die Verwendung von Ergebnissen – etwa in Bezug auf die Bewertung von „Integrationserfolgen“ und die Zuschreibung von vermeintlichen „Misserfolgen“. Ferner sind die unbeabsichtigten Folgen der Differenzbildung (mit und ohne Migrationshintergrund, gruppenspezifische Differenzierungen) im Auge zu behalten. Kulturelle Differenzen, ethnische Identitäten und Fremdheit sind wirksame soziale Konstruktionen (vgl. Filsinger 2010). Die beständige Herstellung von Differenz macht es am Ende schwer, Zugehörigkeit anzuerkennen (Offe 1996). In diesem Zusammenhang ist auch darüber nachzudenken, wie lange Personen das Merkmal Migrationshintergrund zugeschrieben wird und welche stigmatisierenden Effekte in diesem Zusammenhang möglicherweise zu erwarten sind. Schließlich spricht vieles für eine allgemeine, nicht auf Einwanderungsminoritäten beschränkte Integrationspolitik, die zentrale Probleme der Gesellschaft bearbeitet (vgl. Schulte 2011).

Pries (2008b: 188) hat dargelegt, wie Migration heute zu verstehen ist, nämlich als

„(1) ein zukunfts- und ergebnisoffener Prozess, der über mehrere Generationen hinweg fragil (zerbrechlich) und revidierbar (umkehrbar) bleiben kann, (2) ein dialektischer Prozess der Selbst- und Fremdwahrnehmung/-zuordnung zwischen Migranten und 'Einheimischen', (3) ein multidimensionaler und plurilokaler Prozess ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Einbindung, ohne dass diesbezüglich ein klares sequentielles (die Aufeinanderfolge betreffendes) oder funktionales Wirkungsverhältnis besteht.“

Daraus ergeben sich Konsequenzen für die hier in Rede stehende Debatte.

4. Integration – was ist die Alternative?

Diesseits und jenseits der Debatte um die Integrationsberichterstattung ist das Integrationskonzept Gegenstand kritischer Analysen. Nicht zuletzt im Kontext des Diskurses in der Sozialen Arbeit ist Kritik an bestimmten Lesarten von Integration formuliert worden: (1) die einseitige Ausrichtung auf die Einwanderinnen und Einwanderer, bei der die Mehrheitsgesellschaft in ihrer Beteiligung an Integration und Ausgrenzung außen vor bleibt, (2) der ethnozentristische Bedeutungsgehalt des Integrationsbegriffs sowie (3) die Reduktion auf kulturelle Fragen und

die weitgehende Ignoranz bezüglich struktureller Voraussetzungen (vgl. Riegel 2004: 61). Die normativen Bezugspunkte der (Sozial-) Pädagogik sind eben nicht in der alleinigen Ausrichtung der Lebensführung an den sozial gültigen Erwartungen der Kerninstitutionen der Einwanderungsgesellschaft als Bedingung für den Zugang zu den Ressourcen der Lebensführung zu erkennen. Vielmehr erscheinen die Ermöglichung einer selbstbestimmten und anerkennungsfähigen Lebensform (vgl. Brumlik 1999) und die (Wieder-) Gewinnung einer autonomen Lebensführungskompetenz (vgl. Hamburger 2005) als angemessene Bezugspunkte der Sozialen Arbeit als Disziplin und Profession.

Der Soziologie Hans-Georg Soeffner (2011) hat die Kritik am vorherrschenden politischen Integrationsdiskurs ausgesprochen gut auf den Punkt gebracht:

„Wenn die Forderung nach Integration auf die spezifische multiple Verfasstheit moderner Gesellschaften trifft, auf *Pluralismus als Struktur*, ergeben sich genau jene Konsequenzen, die von allen Festtagsrednern gefürchtet und daher gemieden werden. Denn Integration in plurale Strukturen zieht zwangsläufig eine *Pluralisierung der Integrationsmuster* nach sich und löst die Chimäre von der *Mitte der Gesellschaft* ebenso auf, wie den Ausdruck Integration als Richtungsbegriff. (...) Alle, die sich integrieren sollen oder wollen, um, wie man es von ihnen verlangt, *in unserer Gesellschaft anzukommen*, werden lernen, dass sie aus dem gesellschaftlichen Segmentrepertoire jene Segmente auswählen und komponieren müssen, mit deren Hilfe sie überleben, aber wiederum nur in Teilbereichen Anerkennung finden können“ (Soeffner 2011: 145; Kursivsetzung im Original).

Folgt man neueren Beiträgen, dann scheint die Zeit gekommen, den Integrationsbegriff gänzlich zu verabschieden (vgl. Terkessidis 2010) und alternative Konzepte in Anschlag zu bringen. Geisen (2010) argumentiert, dass mit dem inzwischen vorherrschenden erweiterten Integrationskonzept, die normative Orientierung als grundlegende Prämisse des Integrationskonzepts in Frage gestellt ist. Demnach finde

„längst keine ‘Eingliederung’ in einen gegebenen gesellschaftlichen Zusammenhang statt, sondern vielmehr ein kontinuierlicher Prozess von Produktion und Reproduktion von Gesellschaft, an dem alle diejenigen gleichermaßen beteiligt sind, die in einer bestimmten Gesellschaft leben – und zwar unabhängig von Form und Dauer ihrer Zugehörigkeit“ (ebd.: 27).

Eine Alternative sei daher im Begriff und Konzept der ‘*Vergesellschaftung*’ mit einer über den Nationalstaat hinausgehenden Auffassung von Gesellschaftlichkeit zu erkennen. Den Vorteil des Vergesellschaftungskonzepts sieht er darin, dass „mit Bezug auf den Vergesellschaftungsprozess

die Komplexität von etablierten und neuen Mechanismen von Rassismus und Diskriminierung, von Ausgrenzung und Außenseiterproduktion besser in den Blick genommen werden können. Damit werden nicht nur biografische und gesellschaftliche Formen der Ein- und Ausgrenzung sichtbar. Anders als beim erweiterten Integrationskonzept wird hier auch der Eindruck eines additiven Modells von stufenweiser Integration vermieden. Die Menschen werden von Anfang an als aktive, die gesellschaftlichen Verhältnisse und Bedingungen mitgestaltende Subjekte wahrgenommen, ohne dass strukturelle Ausgrenzungsverhältnisse negiert werden müssen“ (ebd.: 31f.).

In eine ähnliche Richtung gehen Vorschläge, den Integrationsbegriff durch das *Inklusionskonzept* abzulösen (zu den Hintergründen vgl. Alické 2013). Der Inklusionsbegriff gehe weit über die politische Inkorporation (Staatsbürgerrechte) hinaus und nehme den Zugang zu Einrichtungen, Leistungen und Ressourcen in den Blick, also die „Teilhabe an politischen Repräsentationsgremien ebenso wie an Bildung, sozialer Sicherheit und Arbeitsmarkt“ (Ataç/Rosenberger 2013: 37). Er sei deshalb analytisch interessanter, weil er dezidiert Akteure und Institutionen einbezieht, soziale Ungleichheit und Prekarität, multiple Formen der Benachteiligung und Ausgrenzung in den Blick nimmt, aber auch Teilinklusionen und Zwischensituationen wahrzunehmen vermag (ebd.: 36ff.; Kronauer 2013), oder wie es Stichweh (2005) formuliert: Die Theorie der Inklusion und Exklusion verdankt ihren Erfolg der Tatsache, „dass sie die fluiden Partizipationen des modernen Individuums an pluralen, kommunikationsbasierten Sozialsystemen zu analysieren erlaubt und dass sie zugleich für den Sachverhalt und die konkreten Umstände kumulativer und sequentiell vernetzter Nichtpartizipation an mehreren dieser Sozialsysteme sensibilisiert“ (ebd.: 143).

Auch Helmuth Schweitzer (2011) ist der Auffassung, dass „erst die neuere politikwissenschaftliche Grundlegung des Integrationsbegriffs (sic!)[.] inzwischen diese dritte – strukturelle – Dimension von ‚Integrationsprozessen‘ betont. In dieser Perspektive wird „Integration als gesellschaftliche Teilhabegerechtigkeit im Sinne eines gleichberechtigten Zugangs von jedem einzelnen zu (Macht-)Positionen definiert. In der Weiterentwicklung wird nun zur Überwindung struktureller Ausgrenzungsprozesse (soziale Exklusion) die individuelle ‚Inklusion‘ als Ziel angesehen. Dafür müssen sich die etablierten Kerninstitutionen einer Gesellschaft strukturell (statt dass sich die Einwanderer einseitig den etablierten Strukturen

anpassen) ändern bzw. ‚interkulturell öffnen‘ (Schweitzer 2011: 12). Es gehe also um ‚die ‚Durchsetzung von Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft‘ [...] bzw. weiter gefasst um ‚Inklusion von Vielfalt‘ (ebd.: 13).

Das von Geisen vorgeschlagene Konzept der Vergesellschaftung hat ohne Zweifel Vorteile gegenüber einem eng verstandenen Konzept der Integration. Es akzentuiert begründet eine Perspektive, die eben nicht davon ausgeht, dass soziale Integration von Migranten in eine vorhandene gesellschaftliche Ordnung erfolgt, sondern die Inklusion verkörpert „viel eher eine dynamische Neubildung von Ordnung, die in ihren sozialstrukturellen Resultaten schwer zu prognostizieren ist“ (Stichweh 2005: 159). In diesem Zusammenhang erscheint das Programm des Konstanzer Exzellenz-Clusters von Interesse, im Rahmen dessen „Beschreibungsmodelle für dezentrierte Organisationsweisen des Sozialen erprobt werden [...], die es möglich machen, das Gewebe gesellschaftlicher Bindungen auch ohne Bezug auf ein Zentrum, das alleine Identität und Zusammenhalt stiftet, zu denken“ (Ezli/Koschorke 2011: 2).

Ataç und Rosenberger (2013) greifen eine zentrale Untersuchungsperspektive der Migrationsforschung auf und verstärken diese. Versteht man Integration als einen Beobachtungsmodus, dann ist die Anpassung der Minderheiten an die Mehrheitsgesellschaft aber nicht zwingend, ebenso wenig wie Teilinklusionen und Ausgrenzungsprozesse aus dem Blick geraten müssen. Schweitzer (2012) blendet überdies den Sachverhalt aus, dass die Bestimmung von Integration als Teilhabegerechtigkeit und die Forderung nach einer interkulturellen Öffnung längst Eingang in Politikformulierungen gefunden haben, also – um mit Rauer (2013) zu sprechen – zum semantischen Feld des Integrationsdiskurses gehören, wobei auch diesbezüglich die Verwendungsweisen wiederum zu analysieren sind. Gleichzeitig demonstriert er, dass die Deutungsoffenheit des Integrationskonzepts eben auch andere Lesarten zulässt.

Mit *Vielfalt bzw. Diversity* ist ein weiterer Begriff in den Integrationsdiskurs eingeführt, der forcierte Prozesse der Differenzierung und soziokulturellen Pluralisierung reflektiert, und in Distanz geht zu dem „gebräuchlichen Containermodell von Kultur“ (Ezli/Koschorke 2011; vgl. auch Radtke 2011). Differenzierung, Pluralismus und Heterogenität sind Strukturmerkmale moderner Gesellschaften (vgl. Soeffner 2011), insofern stellt sich die Frage nach dem Gewinn des Konzepts. Dies hängt

nicht zuletzt davon ab, in welchen theoretischen Kontext diese gestellt ist (zur Genealogie des Begriffs und den Theorielinien vgl. ausführlicher Salzbrunn 2012). Von Interesse ist darüber hinaus der politische Diskurs, im Rahmen dessen auf die ungenutzten Potenziale von Vielfalt in ökonomischem Interesse abgehoben wird, eine Argumentation, die das ausgeprägte Interesse der Wirtschaft an Diversity verständlich macht (vgl. Merx 2011).

Diversity-Ansätze stellen die Bedeutung vielfältiger Differenzlinien und Identifikationen in sozialen Auseinandersetzungen als Bezugspunkt für Diskriminierung und Privilegierung heraus (Scherr 2009: 84). Sie münden in praktischer Perspektive in einer Forderung nach Wertschätzung und Anerkennung bzw. nach einem konstruktiven Umgang mit Differenz (vgl. etwa Prengel 1993), wobei je nach Ansatz neben den Differenzen auch Gemeinsamkeiten in Rechnung gestellt werden. Diversity-Dimensionen bzw. die vielfältigen sozialen Kategorien (wie Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, soziale Klasse) überlagern sich und beeinflussen sich wechselseitig. Multiple (Gruppen-)Zugehörigkeiten sind der Normalfall (vgl. Mercheril 2006).

„Im Interesse einer Auseinandersetzung mit Diskriminierung wird in kritischen Diversity-Konzepten entsprechend zu einer offensiven und die Selbstwahrnehmung der Betroffenen zu Grunde legenden Auseinandersetzung mit Stereotypen und sozialen Positionen aufgefordert“ (Scherr 2009: 84).

Diversity-Ansätze im Integrationsdiskurs knüpfen im Kern an die Multikulturalismusdebatte an (vgl. Leggewie 2011). Neubert et al. (2008) differenzieren zwischen unterschiedlichen Ansätzen und erkennen in dem kritisch-selbstreflexiven Multikulturalismuskurs eine Perspektive, die mit „*Gleichheit in der Differenz*“ bestimmt werden kann. In ihrer Sichtweise kommt es darauf an, die in Anschlag gebrachten Konstrukte „auf ihre soziale, biographische und politische Relevanz hin (zu befragen), anstatt über das Wesen von Kultur, Identität oder Nation Auskunft zu verlangen“ (ebd.: 26). Individuen haben demnach ein Recht auf Freiheit (der Wahl) als auch das Recht auf Differenz (vgl. Hamburger 2012). Die universalistischen Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden somit die Basis für den Umgang mit Differenz (vgl. Salzbrunn 2012: 382). Die unvermeidliche Frage, wie Differenzen integriert werden können, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt vor dem Hintergrund vielfältiger Differenzlinien bzw. Differenzkonstruktionen gewährleistet werden kann, lässt sich dann zumindest so beantworten, dass „gesellschaftliche Solida-

rität auch in Situationen kultureller Differenz entstehen und behauptet werden“ (Schiffauer 2008: 18) und im Konflikt erstritten werden kann (vgl. Hinrichs 2003; Giegel 1998).

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass in den Debatten um die „Einbeziehung des Anderen“ (Habermas 1996), um die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen nicht nur eine differenzkritische und dominanzempfindliche Haltung angemahnt wurde (Mercheril 2001), sondern auch die Vorstellung von klar abgrenzbaren (National-) Kulturen überzeugend kritisiert worden ist:

„Individuen entwickeln ihr Selbstverständnis und ihre Interessen vor dem Hintergrund heterogener Zugehörigkeiten und in Bezug auf vielfältige soziale und kulturelle Zusammenhänge. (Ethnische) Zugehörigkeiten sind weder exklusiv noch unüberschreitbar; vielmehr veränderliche Gruppengrenzen, vielfältige Zugehörigkeiten und hybride Identitäten, die auf *individuellen Rechten* gründen“ (Scherr 2009: 84; Kursivsetzung d. Verf.)

Reflektierte Sichtweisen auf Diversity weisen auf das Spannungsfeld zwischen Individualität und Gruppenzugehörigkeit hin. Alle Individuen – gleich welcher Herkunft – müssen nämlich das Spannungsfeld zwischen Individualität, Gemeinschaft und Gesellschaft (biographisch) bewältigen (Hamburger/Humrich 2008; vgl. schon Apitzsch 1999). Scherr spitzt diese Analyse noch zu und weist darauf hin, dass

„ein als politische und pädagogische Programmatik etablierter Multikulturalismus dazu führen kann, die soziale Wahrnehmung und die politische Artikulation von Individuen auf ethnisch-kulturell gefasste Gruppenzugehörigkeiten festzulegen und diesen damit die Möglichkeit der Distanzierung von realer oder zugeschriebener Herkunft zu verstellen“ (ebd.: 85). Und er schließt: „Demgegenüber ist (es) m. E. [...] erforderlich, die Anerkennung kultureller Unterschiede mit einer Antidiskriminierungsperspektive zu verbinden, die auch Benachteiligungen und Machtverhältnisse innerhalb ethnisch-kultureller Kontexte in den Blick nimmt“ (ebd.: 85; vgl. auch Castro Varela 2007).

Diversity-Ansätze erscheinen nur dann perspektivenreich, wenn sie mit der sozialen Ungleichheitsforschung verknüpft sind. Gemende/Schröer/Sting (1999) haben in der Debatte um „Interkulturalität“ zutreffend festgestellt, dass dieses Konzept das Faktum eines kulturellen Pluralismus reflektiert und diejenigen Phänomene zusammenfasst, „die sich in der Spannung von kulturell-ethnischer und sozialer Annäherung, Differenzierung und Ungleichheit bewegen und die in sich vielfältig, komplex und widersprüchlich sind“ (ebd.: 11), was eine „Reflexive Interkulturalität“ (Hamburger 2012) geradezu erzwingt. Der neue Sonderforschungs-

bereich „Heterogenität und soziale Ungleichheiten“ an der Universität Bielefeld macht eine Forschungslinie auf, die die Mechanismen untersucht, die aus Heterogenität soziale Ungleichheit entstehen lassen. Die Migrations- und Integrationsforschung und die soziale Ungleichheitsforschung werden damit zusammengeführt (vgl. Pielage/Pries/Schultze 2012). Überdies wird die Aufmerksamkeit (erneut) auf Ethnisierungsprozesse (Doing Ethnicity) gelenkt (vgl. Diehm/Kuhn 2006; Filsinger 2010). Mit Salzbrunn (2012) ist festzuhalten, dass insbesondere im politischen Diskurs „die Bedeutungen des Konzepts komplex sind“, daß aber Diversity-Orientierungen „der Stadtforschung, der Migrationsforschung und auch der politischen Debatte um Vielfalt und Zusammenhalt vielversprechende Impulse zu geben“ vermögen (ebd.: 389).

5. *Fazit*

Die erneute Debatte um den Integrationsbegriff und die (nicht ganz neue) Suche nach ergänzenden oder alternativen Konzepten reflektiert zum einen allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen und Prozesse in der Migrationsbevölkerung, zum anderen verweist sie auf die Kontinuität der Fragestellungen, die in modernen (Migrations-)Gesellschaften zu bearbeiten sind. Wie gezeigt werden konnte, ist das Integrationskonzept in den letzten Jahrzehnten in der Migrationsforschung erheblich erweitert worden, gerade durch den produktiven Wettbewerb von verschiedenen Theorielinien und Forschungsansätzen. Die neueren Beiträge dürften – wie gezeigt werden konnte –, wiederum zu einer Differenzierung und Perspektivenweiterung beitragen (vgl. Baringhorst 2013; Schönfelder 2013; Schröder 2013), die vor allem darin zu erkennen ist, die Migrationstatsache und Integrationsanforderungen im Rahmen allgemeiner Theorien und gesellschaftlicher Problemstellungen zu thematisieren (vgl. Filsinger 2012).

Rauer (2013) hat die Gebrauchsweisen des Integrationsbegriffs analysiert und als Effekt von ‘veröffentlichter Soziologie’ rekonstruiert. In der Integrationspolitik diene Begriff dazu, „Grenzen zu thematisieren, zu skandalisieren, Grenzen neu zu ziehen oder sie abzubauen.“ (ebd.: 84). Allerdings habe die Wissenschaft die Deutungshoheit über den Begriff längst verloren. Dieser Befund kann verallgemeinert werden und gilt uneingeschränkt auch für alternative Konzeptionen.

Für Treibel (2012) erscheint es aus theoretischer Perspektive naheliegend, unabhängig von einer Migrationsbiografie, Inklusions- und Exklusionsprozesse zu untersuchen (vgl. auch Treibel 2010). „Zentraler Gewinn einer solchen, vom Integrationsbegriff befreiten Migrationsforschung, wäre es also die als staatstragend geltenden Konnotationen von ‘Integration‘ zu vermeiden“ (Treibel 2012: 643). Gleichzeitig gibt sie zu bedenken, dass vor dem Hintergrund des gerade erfolgten Zugeständnisses, ein Einwanderungsland zu sein, und der Notwendigkeit einer nachholenden Integrationspolitik (vgl. Bade/Hiesserich 2007) ein Verzicht auf den Integrationsbegriff problematisch sei.

„Der Diskurs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit bezüglich Migration läuft zentral über den Integrationsbegriff. Auf ihn zu verzichten, hieße, Kommunikationskanäle zu einem Zeitpunkt zu kappen, wo sie in Gang gekommen sind“ (ebd.: 643).

Nachdem die Integrationsaufgabe auch politisch anerkannt ist und eine Vielzahl von Programmen und Projekten aufgelegt worden sind, bedarf es einer kritischen Evaluation der neueren Integrationspolitiken (vgl. Filsinger 2013). Für die Wissenschaft stellt sich im Kern die Aufgabe, die Verwendung ihrer Analysen und ihr eigenes praxisbezogenes Engagement kritisch zu reflektieren. Das Forschen über Integration sollte vor allem dazu genutzt werden, „Prozesse der Vergemeinschaftung (und der Vergesellschaftung; d. Verf.) und der Ausgrenzung im öffentlichen Einwanderungs- und Europadiskurs transparent zu kommunizieren“ (Rauer 2013: 80). Wenn in der Forschung über Integration nicht nur über Probleme und Misserfolge, sondern zugleich über Ressourcen und Erfolge von Bürgerinnen und Bürgern (mit Migrationsgeschichte) gesprochen wird, dann „ist es mehr weit zu einer Renaissance des Integrationsbegriffs im klassischen Sinne der Soziologie, die *Einheit in Vielfalt* angesichts anhaltender gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse als spannungsreich ansieht, aber für machbar hält“ (Treibel 2012: 643).

Die Soziale Arbeit als Disziplin und Profession tut schließlich gut daran, sich ihrer normativen Bezugspunkte, ihrer Zentralwerte und ihrer guten Theorietraditionen zu vergewissern, um im dominanten politischen und öffentlichen Integrationsdiskurs mit einer eigenständigen Positionierung bestehen zu können.

Literatur

- Alicke, T. (2013): Inklusion – Hintergründe eines neuen Blickwinkels. In: Migration und Soziale Arbeit, 35. Jg., Heft 3, S. 243-248.
- Apitzsch, U. (Hrsg.) (1999): Migration und Traditionsbildung. Opladen/ Wiesbaden.
- Ataç, I./Rosenberger, S. (2013): Inklusion/Exklusion – eine relationales Konzept der Migrationsforschung; In: Ataç, Ilker/Rosenberger, Sieglinde (Hrsg.). Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen, S. 35-52.
- Auernheimer, G. (1995): Einführung in die interkulturelle Erziehung. Darmstadt.
- Bade, K.- J. (2007a). Integration: Versäumte Chancen und nachholende Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 22-23. S. 32-38.
- Bade, K.- J. (2007b). Leviten lesen. Migration und Integration in Deutschland. Osnabrücker Universitätsrede, Band 1. Osnabrück.
- Bade, K.- J./Bommes, M. (2004): Einleitung. In: Bade, K.- J. /Bommes, M. (Hrsg.). Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge, Band 23, S. 41-59, S. 7-20.
- Bade, K.- J./Hiesserich, H.-G. (Hrsg.) (2007): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis, Göttingen.
- Baringhorst, S. (2013): Paradigmenwechsel in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Schimany, P. /Loeffelholz, H.-D. (Hrsg.): Beiträge zur Migrationsforschung. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 44-63.
- Bartelheimer, P. (2005): Migration; In: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI)/u.a. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. Wiesbaden, S. 351-379.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2006): Fordern, Fördern, Chancen eröffnen. Jahresbilanz der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin: Bundesregierung.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009): Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012): Integration in Deutschland. Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.

- Beck, U./Bonß, W. (1989): Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaften und Praxis. In: Beck, U./Bonß, W. (Hrsg.): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt am Main, S. 7-45.
- Beck, U. /Poferl, A. (Hrsg.) (2010): Große Armut, großer Reichtum. Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit. Frankfurt am Main.
- Bommes, M. (2007): Integration – gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 22-23, S. 3-5.
- Brumlik, M. (1999): Selbstachtung und nationale Kultur. Zur politischen Ethik multikultureller Gesellschaften. In: Kiesel/Messerschmidt/Scherr (Hrsg.): Die Erfindung der Fremdheit. Zur Kontroverse um Gleichheit und Differenz im Sozialstaat. Frankfurt am Main, S. 17-36.
- Bukow, W.-D./Llaryora, R. (1988): Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minderheiten. Opladen.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (Hrsg.)/Babka von Gostomski, Ch. (2010): Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Butterwegge, C. (2011): Zuwanderung in Deutschland. Eine historische Betrachtungsweise des Wanderungsgeschehen und der Migrationspolitik. In: Kunz, T./Puhl, R. (Hrsg.): Arbeitsfeld Interkulturalität. Grundlagen, Methoden und Praxisansätze der Sozialen Arbeit in der Zuwanderungsgesellschaft. Weinheim und München, S. 16-31.
- Castro, V., Do Mar, M. (2007): Aktuelle Integrationsdiskurse und ihre Folgen. Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, 38. Jg, Heft 3, S. 18-29.
- Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Hrsg.) (2012): Vielfalt und Zusammenhalt. Abstracts. Dortmund.
- Diehm, I. /Kuhn, M. (2006): Doing Race/Doing Ethnicity in der frühen Kindheit. (Sozial)Pädagogische Konstruktionen von Kind und ihre Irritationen durch Empirie. In: Otto, H.-U./Schrödter, M. (Hrsg.). Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Neue Praxis Sonderheft 8. Lahnstein, S. 140-151.
- Elwert, G. (1982): Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34. Jg, Heft 4, S. 717–731.
- Esser, H. (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt/Neuwied.
- Esser, H. (2001): Integration und das Problem der „multikulturellen Gesellschaft“. In: Mehrländer, U. /Schultze, G. (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration. Bonn, S. 64-91.
- Esser, H. (2004): Welche Alternativen zur „Assimilation“ gibt es eigentlich? In: Bade, K.- J./Bommes, M. (Hrsg.): Migration – Integration – Bildung.

- Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge, Band 23, S. 41-59.
- Ezli, Ö./Koschorke, A. (2011): Ist das Konzept Integration überholt? Theoretische Fassungen einer aktuellen Debatte. Exzellenzcluster Kulturelle Grundlagen von Integration. Universität Konstanz: online verfügbar unter: <http://www.exc16.de>.
- Ezli, Ö./Langenohl, A./Rauer, V./Voigtmann, C.- M. (Hrsg.) (2013): Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft. Göttingen.
- Faist, T. (2013): Kulturelle Diversität und soziale Ungleichheiten. In: Ezli, Ö./Langenohl, A./Rauer, V./Voigtmann, C.- M. (Hrsg.): Die Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft. Göttingen, S. 87-118.
- Filsinger, D. (2000): Der Stellenwert der Praxisforschung im Bereich von Migration und Integration. In: Landeszentrum für Zuwanderung (Hrsg.): Migrations- und Integrationsforschung 2000. Solingen: Landeszentrum für Zuwanderung NRW, S. 7-29.
- Filsinger, D. (2008): Bedingungen erfolgreicher Integration. Integrationsmonitoring und Evaluation. Bonn.
- Filsinger, D. (2009): Entwicklung, Konzepte und Strategien kommunaler Integrationspolitik. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hrsg.): Lokale Einwanderungspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, S. 279-296.
- Filsinger, D. (2010): Ethnische Unterscheidungen in der Einwanderungsgesellschaft – eine kritische Analyse. Bonn.
- Filsinger, D. (2012): Anforderungen an Ausbildungskonzepte für die Soziale Arbeit im Migrationskontext. In: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen/Fachhochschule Köln (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung „Chancen der Vielfalt nutzen lernen“. Düsseldorf/Köln, S. 28-50.
- Filsinger, D. (2013): Monitoring und Evaluation. Perspektiven für die Integrationspolitik des Bundes und der Länder. Bonn.
- Fraser, N./Honneth, A. (2003): Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2013): Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft. Grundlagen für eine neue Migrations- und Integrationspolitik. Bonn.
- Friedrichs, J./Riedel, S. (2012): Verläufe und Identifikationsmuster von Migranten. Ein Modell der Integration. In: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Hrsg.): Vielfalt und Zusammenhalt. Abstracts. Dortmund: DGS.
- Geisen, T. (2010): Vergesellschaftung statt Integration. Zur Kritik des Integrations-Paradigmas. In: Mercheril, P./ Dirim, I./Gomolla, M./, Homberg, S./Stojanow, K. (Hrsg.) (2010): Spannungsverhältnisse. Assimilationsdiskurse und interkulturell-pädagogische Forschung. Münster, S. 13-34.

- Gemende, M./Schröer, W./Sting, S. (Hrsg.) (1999): Zwischen den Kulturen. Pädagogische und sozialpädagogische Zugänge zur Interkulturalität. Weinheim/ München.
- Giegel, H.-J. (Hrsg.) (1998): Konflikt in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main.
- Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2. Frankfurt am Main.
- Habermas, J. (1996): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main.
- Hamburger, F. (1983): Erziehung in der Einwanderungsgesellschaft. In: Zeitschrift für Pädagogik. 18. Beiheft, S. 273-282.
- Hamburger, F. (2005): Der Kampf um Bildung und Erfolg; In: Hamburger F./Badawia, T./Hummrich, M. (Hrsg.). Migration und Bildung. Wiesbaden, S. 7-22.
- Hamburger, F. (2012, 2. Aufl.): Abschied von der interkulturellen Pädagogik. Plädoyer für einen Wandel sozialpädagogischer Konzepte. Weinheim/ München.
- Hamburger, F./Hummrich, M. (2008). Familie und Migration. In: Ecarius, J. (Hrsg.): Handbuch Familie. Wiesbaden, S. 112-136.
- Heckmann, F. (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Stuttgart.
- Heckmann, F./Tomei, V. (1997/2003): Einwanderungsgesellschaft Deutschland – Zukunftsszenarien: Chancen und Konfliktpotentiale. Gutachten für die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestags, Bamberg.
- Heckmann, F. (2013): Zur Entstehung und Bedeutung der Migrationsforschung in Deutschland. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Schimany, P./Loeffelholz, H.- D. (Hrsg.): Beiträge zur Migrationsforschung. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 33-43.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (1997a): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (1997b): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt am Main.
- Hinrichs, W. (2003): Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Integrationschancen 1985 und 2000. SP I 2003 – 202. Berlin.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (2000): Migration, soziale Ungleichheit und ethnische Konflikte. In: Gogolin, I./Nauck, B. (Hrsg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogrammes FABER, S. 157-178.
- Hüpping, S./Heitmeyer, W. (2008): Integration/Solidarität. In: Farzin, S./Jordan, S. (Hrsg.): Lexikon Soziologie und Sozialtheorie. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart, S. 126-129.
- Kaufmann, F.-X. (1997): Schwindet die integrative Funktion des Sozialstaats? In: Berliner Journal für Soziologie, 7. Jg., Heft 1, S. 5-22.

- Kronauer, M. (2013): Inklusion/Exklusion: Kategorien einer kritischen Gesellschaftstheorie. In: Atac, I./Rosenberger, S. (Hrsg.): Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen, S. 21-34.
- Leggewie, C. (2011): Multikulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Salzhemmendorf.
- Lockwood, D. (1970): Soziale Integration und Systemintegration. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln und Berlin, S. 124-137.
- Luhmann, N. (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Mecheril, P. (2006): Prekäre Verhältnisse. Über natio-kulturelle Mehrfachzugehörigkeiten. Münster.
- Mercheril, P./u.a. (2001): Aspekte einer dominanzempfindlichen und differenzkritischen Arbeit mit Migranten und Migrantinnen. In: Neue Praxis 31 Jg., Heft 3, S. 296-311.
- Merx, A. (2013): Diversity – Umsetzung oder Proklamation? In: Migration und Soziale Arbeit, 35. Jg, Heft 3, S. 236-242.
- Münch, R. (1998): Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Frankfurt am Main.
- Neubert, S./ Roth, H.-J./Yıldız, E. (2008): Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept. Wiesbaden.
- Offe, C. (1996): Moderne «Barbarei»: Der Naturzustand im Kleinform? In: Miller/Soeffner (Hrsg.): Modernität und Barbarei. Frankfurt am Main, S. 258-289.
- Otto, H.-U./Schrödter, M. (Hrsg.) (2006): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Sonderheft 8 der Zeitschrift „Neue Praxis“. Lahnstein.
- Oltmer, J. (2009): Zuwanderung und Integration in Deutschland seit dem zweiten Weltkrieg. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hrsg.). Lokale Einwanderungspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, S. 151-170.
- Parsons, T. (1951): The Social System. Glencoe, IL: The Free Press. [deutsch: Das System moderner Gesellschaften. Weinheim und München]
- Peters, B. (1993): Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main.
- Pielage, P./Pries, L./Schultze, G. (2012): Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren. Bonn.
- Prenzel, A. (2006): Pädagogik der Vielfalt. Wiesbaden.
- Pries, L. (2008a): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Frankfurt am Main.
- Pries, L. (2008b): Migration. In: Farzin, S./Jordan, S. (Hrsg.): Lexikon Soziologie und Sozialtheorie. Hunter Grundbegriffe. Stuttgart, S. 186-188.
- Pries, L. (2010): Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung. Wiesbaden.
- Radtke, F.-O. (2011): Kulturen sprechen nicht. Die Politik grenzüberschreitender Dialoge. Hamburg.
- Rauer, V. (2013): Integrationsdebatten in der deutschen Öffentlichkeit (1947-2012). In: Ezli, Ö./Langenohl, A./Rauer, V./Voigtmann, C.-M. (Hrsg.): Die

- Integrationsdebatte zwischen Assimilation und Diversität. Grenzziehungen in Theorie, Kunst und Gesellschaft. Göttingen, S. 51-86.
- Riegel, C. (2004): Im Kampf um Zugehörigkeit und Anerkennung. Frankfurt am Main.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (Hrsg.): Jahresgutachten 2010, 2012, 2013, online verfügbar unter: www.svr-migration.de.
- Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (2004): „Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen.“ Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Berlin.
- Salzbrunn, M. (2012): Gebietskartierung: Vielfalt/Diversity/Diversité. Soziologische Revue, 35. Jg., S. 375-394.
- Scherr, A. (2008): Prämissen und Implikationen eines migrationspolitischen Leitbegriffs; In: Neue Praxis, 38. Jg., Heft 2, S. 135-146.
- Scherr, A. (2009): Leitbilder in der politischen Debatte: Integration, Multikulturalismus und Diversity. In: Gesemann, F./Roth, R. (Hrsg.). Lokale Einwanderungspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, S. 71-88.
- Schiffauer, W. (2008): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld.
- Schönfelder, K. (2013): Integration – no Integration. Worüber das Streiten nicht lohnt. In: Migration und Soziale Arbeit, 35. Jg., Heft 3, S. 217-221.
- Schröer, H. (2011): Interkulturalität: Schlüsselbegriffe der interkulturellen Arbeit. In: Kunz, T./Puhl, R. (Hrsg.): Arbeitsfeld Interkulturalität. Grundlagen, Methoden und Praxisansätze der Sozialen Arbeit in der Zuwanderungsgesellschaft. Weinheim und München, S. 44-57.
- Schröer, H. (2013): Inklusion vs. Integration – Zauberformel oder neues Paradigma?. In: Migration und Soziale Arbeit, 35. Jg., Heft 3, S. 249-255.
- Schulte, A. (2011): Integration als politische Herausforderung in der Einwanderungsgesellschaft. In: Kunz, T./Puhl, R. (Hrsg.): Arbeitsfeld Interkulturalität. München/Weinheim, S. 58-73.
- Schweitzer, H. (1994): Der Mythos vom interkulturellen Lernen. Münster/Hamburg.
- Schweitzer, H. (2012): Exkurs; zum Begriff „Integration“. In: Stadt Essen (Hrsg.): Zusammen leben in Essen. Beiträge zur Stadtforschung 59: Teil 1. Essen, S. 9-13.
- SFB 882 (2011): Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten, online verfügbar unter: <http://www.sfb882.uni-bielefeld.de>.
- Soeffner, Hans-Georg (2011): Die Zukunft der Soziologie. In: Soziologie, Heft 2, S. 137-150.
- Stichweh, R. (2005): Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie. Bielefeld.
- Terkessidis, M. (2010): Interkultur. Frankfurt am Main.
- Treibel, A. (2003): Migration in modernen Gesellschaften. Weinheim/München.

- Treibel, A. (2010): Von der exotischen Person zur gesellschaftlichen Normalität: Migrantinnen in der soziologischen Forschung und Lehre. In: Hinnenkamp, V./Hentges, G./Zwengel, A. (Hrsg.): Migrationsforschung in der Diskussion - Biografie, Sprache und Bildung als zentrale Bezugspunkte. Wiesbaden, S. 143-171.
- Treibel, A. (2012): Ein Begriff am Ende? Was man gewinnt, und was man verliert, wenn man aufhört, von Integration zu sprechen. In: DGS (Hrsg.): Vielfalt und Zusammenhalt. Abstracts, S. 643.
- Treichler, A. (2007): Sozialwissenschaftliche Deutungsmuster der Einwandererintegration und ihre Indikatoren. Eine Skizze. In: Migration und Soziale Arbeit, Heft 2, S. 84-97.
- Willems, H. (Hrsg.) (2013): Konzept und Methoden der Jugendberichterstattung - Herausforderung und Perspektiven. Wiesbaden.
- Worbs, S. (2010): Integration in klaren Zahlen? Ansätze des Integrationsmonitoring. In: Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) (Hrsg.): focus MIGRATION, Kurzdossier Nr. 16, Hamburg online verfügbar unter: www.focus-migration.de.

Selbstorganisation, Partizipation und Politik: Die Analyse der Critical Incidents

Monika Alisch

*Professorin für Sozialraumbezogene Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung an der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen. Leiterin des CeSSt – Centre of Research for Society and Sustainability der Hochschule Fulda.
E-Mail: monika.alisch@sm.hs-fulda.de*

In der dritten Projektphase von Amicus haben wir die älteren Migrant/innen in den vier Quartieren dabei unterstützt, ihre in den Zukunftswerkstätten entwickelten Ideen in Projekte umzusetzen. In dieser Projektphase lag der Fokus auf den Schnittstellen zwischen den Fokusgruppen, den sie begleitenden Praxisforscher/innen und den jeweils lokal aufgebauten institutionellen Netzwerken. Dabei konnten wir davon ausgehen, dass weder die Prozesse der Selbstorganisation innerhalb der Fokusgruppen (aus denen heraus sich ja auch personell überschneidende Projektgruppen gebildet hatten), noch unser Anspruch, diese Projekte als weitere niedrigschwellige Unterstützungsangebote in die bestehenden (Infra)strukturen der Sozialverwaltung, der Integrations- oder der Gemeinwesenarbeit zu integrieren, reibungslos funktionieren würden. Vielmehr war von Lernprozessen auszugehen, die in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit ganz unterschiedlichen immanenten Zielen und Ergebnissen parallel ablaufen. Mit Huth (2006: 3) spielen „Kontakte, Kooperationen und Netzwerkbeziehungen, eine bedeutende Rolle für Lernprozesse“ gerade „im bürgerschaftlichen Engagement von Migrant(inn)en“ (ebd.). Aus dieser Perspektive sind Prozesse der Selbstorganisation in sozialen Netzen, Möglichkeiten, für die Herausbildung einer „lernförderlichen Infrastruktur“ (ebd.; s. ausführlich May/Alisch 2013: 114ff).

Um diese Prozesse zu analysieren und im Sinne einer gelingenden Projektentwicklung nutzbar zu machen, haben wir das Konzept der „Critical Incidents“ herangezogen. Diesen Ansatz zur Ermittlung „kritischer Situationen“ haben wir „verkürzt als das Sammeln von Situationen beschrie-

ben [...]), die entweder als problematisch oder besonders gelungen angesehen werden“ (ebd.: 118). Unter Ziel war es, ganz praktische Probleme im Prozess zu lösen und gleichzeitig die Kompetenzen der Beteiligten zu entwickeln und zu fördern.

Die Analyse der kritischen Situationen im Prozess der Projektentwicklung und deren Etablierung im institutionalisierten Hilfesystem sollte Einblicke in Bewältigungs- und Verarbeitungsstrategien der Beteiligten geben. Anhand der systematischen Analyse dieser Sammlung entscheidender Ereignisse sollte es auch möglich werden, gewünschte Prozesse zu befördern und unerwünschte Prozesse zu unterbinden.

In Deutschland wurde der Ansatz der Critical Incidents insb. von Siglinde Naumann (2006; 2010) im Kontext des „Lernnetzwerks Bildungskompetenz“ und in der interkulturellen Forschung (z.B. Hiller 2009; Schwester 2010) eingesetzt. Für Amicus haben wir auch versucht, Spannungen und Konflikte zu erfassen, die zwar nur latent waren, jedoch großen Einfluss auf die Produktivität der Projektgruppen hatten.

Methodisch wurden die Critical Incidents durch eine sensible teilnehmende Beobachtung ermittelt (vgl. ausführlich May/Alisch 2013: 119ff). Diese wurde ergänzt durch Reflexionsrunden und Interviews mit den Aktiven der „Communities of Practice“¹. Dabei wurden die Beteiligten angeregt, über folgende Fragen zu reflektieren:

- Was hat mir geholfen, mich in der Gruppe zu engagieren?
Was hat mich gehindert, mich mehr in die Gruppe einzubringen?
Was würde mir helfen, dass ich mich noch mehr in die Gruppe einbringe?
- Wie können wir unseren Umgang in der Gruppe verbessern?
- Wie können wir die Aufgaben in der Gruppe noch besser so verteilen, dass alle zufrieden sind?
- Was hätte bei den Aktivitäten der Gruppe aus meiner Perspektive noch besser laufen können?
- Wie habe ich die Begleitung durch die Professionellen erfahren?
Was war daran hilfreich?
- Was habe ich als für mich nicht so hilfreich erfahren?

2 Die Methodik der Analyse der Critical Incidents ist ausführlich dokumentiert in dem Band „AMIGUS – Unter Freunden. Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt“ (May/Alisch (Hrsg.) 2013, Kap. 7).

Dabei wurden die Fragen, die sich auf kritische Situationen mit der Moderation bezogen, nur in Abwesenheit der moderierenden Professionellen erfragt, mit dem Ziel, die Ergebnisse auch an diese rück zu koppeln und ggf. Lösungswege gemeinsam zu erarbeiten. In die Analyse sollten auch jene älteren Migrant/innen einbezogen werden, die sich im Laufe der Zeit aus der Projektentwicklung und der Fokusgruppe zurückgezogen hatten, um festzustellen, in welchem Zusammenhang diese Rückzüge stehen und ob diese durch entsprechende Unterstützung vermeidbar gewesen wären.

Im Sinne einer „praktisch einhakenden kooperativen Sozialforschung“, sollten die ermittelten Critical Incidents nicht bloß analytisch ermittelt und interpretiert werden, sondern lösungsorientiert mit den beteiligten institutionellen Partnern im Projekt diskutiert werden. Dies erwies sich insofern als schwierig, als diese Analyse von manchen Vertretern unserer Praxispartner als kritische Evaluation von Professionellen und Institutionen aufgefasst wurde (s. ausführlich dazu May/Alisch 2013: 120ff.).

Die Rekonstruktion der kritischen Situationen erfolgte in vier Perspektiven: Im Binnenverhältnis der Amicus Fokus- und Projektgruppen, im Verhältnis zur Moderation, zu den Institutionen und hier differenziert in das Verhältnis der Prozesse von Selbstorganisation zum institutionalisierten Hilfesystem und im Verhältnis zur Partizipation und Sozialplanung von Seiten des politisch-administrativen Systems.

Hier sollen insbesondere jene Aspekte im Vordergrund stehen, die sich mit diesem letzten Spannungsverhältnis auseinandersetzen und die Prozesse von Selbstorganisation der älteren Migrant/innen, Teilhabeansprüche und -chancen sowie Verfahren und Routinen der Sozialplanung in Beziehung setzen.

Strukturen und Regelungen: Anpassung vs. Partizipation

Die Projektideen der älteren Migrant/innen, die in den Zukunftswerkstätten der ersten Projektphase entstanden sind, wurden von uns als konkrete Strategieansätze von Selbstorganisation und Selbsthilfe handlungsforschend aufgegriffen und so qualifiziert, dass diese neuen Strukturen jeweils quartiersbezogen untereinander und als Teil einer integrierten, koordinierten regionalen Hilfeplanung auch mit professionellen,

wohnnahen Unterstützungsangeboten vernetzt wurden. Die Idee war es, die bestehenden Beratungsangebote für ein selbständiges Leben im Alter so zu öffnen, dass solche Formen der Selbstorganisation von Migrant/innen dort berücksichtigt werden. Bisher sind solche Beratungsangebote meist sogenannte Komm-Strukturen, die in Einzelproblemlagen beraten und diese individualisieren.

Ziel des Amicus-Projektes war es, die partizipativ entstandenen, jeweils lokal spezifischen Beratungs- und Unterstützungsprojekte als nachhaltigen Bestandteil des Hilfesystems zu etablieren. Dies konnte nur gelingen, wenn eine kooperative gemeinsame Interpretation der Projektentwicklungsprozesse und ihren jeweiligen kritischen Momenten mit den Praxispartnern möglich wurde. Dies ist dann relativ gut gelungen, wenn mit den Institutionenvertreter/innen über Situationen gesprochen wurde, die eher das Binnenverhältnis und die Arbeitsweise der älteren Menschen in den Projektgruppen thematisierten. Hier konnte spontan umfangreiches Wissen über die Defizite und Bedarfe dieser Zielgruppe eingebracht werden, während solche Critical Incidents, die sich auf Handlungsweisen innerhalb des institutionalisierten Hilfesystems bezogen, rechtfertigend diskutiert wurden.

Generell können in der Analyse der Critical Incident im Verhältnis der Partizipations- und der Selbstorganisationsprozesse zu den Strukturen und Regelungen des institutionalisierten Hilfesystems zwei Linien unterschieden werden²: Zum einen bezogen auf die *Anpassung an Strukturen und Regeln des Hilfesystems*: Damit die selbstinitiierten Projekte und Angebote in bestehende professionelle Unterstützungsstrukturen einbezogen werden können, wird eine vollständige Anpassung an die Angebotskonzepte, Abstimmungs- und Verhandlungsformen durch die migrantischen Projektinitiator/innen erwartet. Diese Anpassung betrifft insbesondere die individuellen Ressourcen von Bildung, Sprache, Zeit, Mobilität und Information, die einzusetzen sind und die Einhaltung der rechtlich, organisatorisch vorgegebenen Wege, die zu nehmen sind, um sich über-

-
- 2 Die folgenden Ausführungen sind in leicht veränderter Form bereits erschienen in Alish, M. (2013): Partizipation älterer Migrant/innen: Zur Vereinbarkeit von Selbstorganisation, Partizipation und politisch administrativer Planung. In: S.M. Weber/M. Göhlich/A. Schröer/ H. Macha/ C. Fahrenwald (Hrsg.): Organisation und Partizipation – interdisziplinäre Verhältnisbestimmungen und organisationspädagogische Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag. S. 283-290.

haupt Ressourcen zur kollektiven Projektentwicklung zu erschließen. Entsprechende Informationen zu erhalten und auch zu verstehen, wird von Seiten der organisierten Hilfesysteme als Bringschuld interpretiert und unterscheidet nicht zwischen artikulationsstarken und -schwachen Zielgruppen ihrer Angebote.

Es wird demnach keine für alle nutzbare „zielgruppensensible und passgenaue“ (Falk 2012: 70) soziale Infrastruktur vorgehalten, sondern ein meist kompliziertes, kommunikationsbetontes System, das auch schon die Grundressourcen zur Erschließung weiterer Ressourcen verregelt bereitstellt (individuelle Zuschüsse, Berechtigungsscheine etc.).

Auch die speziell für Ältere oder speziell für Migrant/innen bereit gestellten Beratungsangebote setzen voraus, dass die Regelungen darüber wann, wo und wie solche Beratungen zu nutzen sind, bekannt sind und eingehalten werden. Die Verantwortung dafür, diese Beratungen in Anspruch nehmen zu können, liegt bei den Individuen, deren gesellschaftliche Teilhabe eigentlich gestärkt werden sollte. Dies ist auch die Empfehlung des „Neighbourhood-Projektes“, vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Institut für gerontologische Forschung (IGF) zu individuellen und sozialräumlichen Ressourcen für Selbstbestimmung bei Pflegebedarf (vgl. u.a. Kümpers/Zander 2012; Falk 2012; Heusinger 2012; Wegner-Haargassner 2012). Karin Falk leitet aus den Ergebnissen dieser Studie auch die „Stärkung vorhandener informeller Netzwerke und Unterstützungsstrukturen“ als konkrete Maßnahme für Kommunen ab, die „die Selbstbestimmungschancen fördernde Versorgungsstrukturen für ältere Menschen“ (2012: 70) – in der Neighbourhood-Studie auf Pflegebedürftige fokussiert – „in sozial benachteiligten Quartieren und Regionen schaffen wollen“ (ebd.).

Zum anderen betreffen die Critical Incidents im Verhältnis zum institutionalisierten Hilfesystem dessen *Erwartungen* an die engagierten älteren Migrant/innen in Bezug auf die Integration in die bereits bestehenden Einrichtungen und Angebote: Die Organisation des institutionalisierten Hilfesystems setzt auf gruppenspezifische Angebote, die man als Individuum nutzen kann oder eben nicht. In einem partizipativen Prozess entstandene Projekte von lokalen Gemeinschaften gleicher Interessen, erhalten keine Unterstützung, solange bestehende, institutionalisierte ähnliche Angebote noch nicht ausgeschöpft sind: Wer die Idee hat, mit Gleichgesinnten auch im Alter Sport zu treiben – hat in den Sportverein

einzutreten – im Zweifel auch dann, wenn dort religiös oder kulturell bedingte Ansprüche an das Sportangebot nicht befriedigt werden können oder die Vereinsleitung als rassistisch bekannt ist.

Die älteren engagierten Migrant/innen in unserer Amicus-Studie haben auf diese auch so kommunizierten Anforderungen in zweierlei Form reagiert: Die empfundene Nichtanerkennung oder gar Missachtung der mit eigenen Ressourcen (Kraft, Zeit, Fachkompetenz) entwickelten Projekte, führte zum Rückzug aus diesen und vermutlich allen weiteren Partizipationsprozessen, insb. wenn bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht wurden. Die vielerorts propagierte „kulturelle Öffnung“ sozialer Dienste erscheint diesen Älteren als kaum erfahrbar – Im Gegenteil: wenn im Amicus-Projekt gebildete Gruppen gemeinsam Angebote genutzt haben, die bisher meist von autochthonen Senioren genutzt wurden, markierten Vorbehalte, mangelndes Interesse und geringes Entgegenkommen die Erfahrung.

Andere, meist formal höher Gebildete, versuchen, sich den Regelungen der Organisationen so gut wie möglich anzupassen, erleben dies jedoch nicht selten als Prozess der „Enteignung“ ihrer Ideen und Projekte (vgl. Alisch/May 2010; May/Alisch 2013: Kap. 7.4). Geleitet von dem starken Legitimationsdruck, dem Träger sozialer Arbeit zunehmend ausgesetzt sind, wurden zum Teil Projekte, die von den beteiligten älteren Migrant/innen entwickelt wurden, als das Ergebnis der eigenen Trägerarbeit ausgegeben. Diese Enteignungserfahrung bezieht sich auch auf Situationen, in denen die Integrationsleistung der Älteren durch die Teilnahme an Angeboten, die bisher eher die deutschen Nachbarn nutzen, zur kulturellen Öffnung der Einrichtung umdefiniert wurden. Eine weitere Form von Enteignung spiegelt sich auch in den Erwartungen des Verwaltungssystems an die Einhaltung von Formalien und vermeintlichen Standards. So geriet das Unterstützungsprojekt „Senioren helfen Senioren“ schnell unter Anleitung eines Trägers der Gemeinwesenarbeit zu einem Qualifizierungsprojekt für beratende Tätigkeiten im Bereich Rente und Pflege. Die daraus entstandenen Überformungen und Fomalisierungen ihrer Idee, führte ebenfalls zum Rückzug der Engagierten Migrant/innen. Dieser Rückzug wiederum wurde bisweilen als mangelnde Integrationsbereitschaft bis hin zum Rückzug in „parallelgesellschaftliche Strukturen“ uminterpretiert (vgl. May/Alisch 2013, Kap.7.5).



(Quelle: Amicus Forschungsteam)

Critical Incidents im Verhältnis von Partizipation und Planung

Die selbstorganisierten Projekte der älteren Migrant/innen in die bestehenden Routinen der Angebotsentwicklungen und Bedarfsplanungen der kommunalen Verwaltungen so zu integrieren, dass solche Prozesse von Enteignung oder Vereinnahmung vermieden werden, hat uns zu einer weiteren Form von Critical Incidents geführt: Hier geht es um die strukturellen Rahmensetzungen, die darüber entscheiden, ob solche Formen des Engagements als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe wertgeschätzt und durch Unterstützung anerkannt werden.

Mit einem Demokratieverständnis, das allein auf die Legitimität von Gewählten setzt und gleichzeitig davon ausgeht, dass auch „die hoch individuellen Entscheidungen einer/s jeden Beamten/in oder kommunalen Angestellten ... dadurch demokratisch legitimiert [sind], dass diese im Auftrag seines/ihres demokratisch gewählten Vorgesetzten getroffen werden“ (Alisch/May 2012), werden soziale Gruppierungen, wie die älteren Migrant/innen – bzw. alle sozial benachteiligtes Milieus von Senioren in ihren Teilhabechancen systematisch eingeschränkt.

Gerade für die älteren Zuwanderer, die zum Teil weder über ein aktives noch passives Wahlrecht verfügen, führen solche „da kann ja jeder kommen“-Argumentationen zum Ausschluss. Die Amiqus-Projektinitiativen, die durch unsere repräsentative, aktivierende Befragung und die lokalen Seniorenkonferenzen als Interessensinitiativen noch verstärkt wurden, gerieten in Konflikt mit diesem Demokratieverständnis und seiner Praxis. Die kommunale Sozialplanung hat die Legitimation der von AMIQUUS ermittelten und zum Teil auch in ihrer Organisation unterstützten Interessen in Zweifel gezogen, insbesondere, wenn sie quer zu den jeweiligen aktuellen kommunalpolitischen Schwerpunktsetzungen der Senioren- oder Migrantenarbeit lagen.

Hier schließt sich der Kreis und die Frage nach dem Grad der Anpassung an bestehende Regelungen, stellt sich erneut. Sicher ist es möglich, in partizipativer Projektentwicklung entstandene Projekte ebenso den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen. Was dies für zeitliche Konsequenzen hat, die mit dem Alltag der Projektinitiatoren nichts gemein haben, ist ein innerhalb der Partizipationsforschung bekanntes Phänomen. Zeitstrukturen von Planungen bleiben oft intransparent, das Interesse, sich noch länger zu engagieren, schwindet, der Prozess der gesellschaftlichen Teilhabe wird unterbrochen. Im Fall der älteren Migrant(inn)en verstärkt sich diese Problematik insofern, als sie vielfach eine auf Unmittelbarkeit gerichteten Lebensentwurf haben und Zukunftsplanungen – für sich selbst und im Hinblick auf politisch-administrative Abläufe – ihnen fremd sind.

Die Erfahrungen aus dem AMIQUUS Projekt haben gezeigt, dass die Interessen der älteren Migrant/innen mit diesem Erfahrungshintergrund „erst aus einem gesicherten sozialen Zusammenhang heraus an Kontur und Direktion gewinnen“ (Alisch/May 2011). Auch wenn sowohl die Gruppenarbeit als auch das Format der Zukunftswerkstatt, dies herstellen konnten, wurden dennoch viele Ideen in einer Weise formuliert, dass zunächst ein sozial-räumlicher Rahmen gewünscht wurde, um dort dann Interessen und Projekte zu konkretisieren. Zumindest wurde auch in diesem Projekt deutlich, dass die Ausformulierung von Projekten, mit Zielen, Ressourcen, Zielgruppe, Zeitabläufen, Erfolgskontrollen und Finanzbedarfen allenfalls der Logik von Steuerung über Programme entspricht und sich damit auf einen kleinen Kreis von Expert/innen beschränkt, die in der Lage und bereit sind diese Strukturen und Regelungen zu befolgen.

Im Verhältnis zwischen den von uns angestoßenen Formen der Partizipation und der kommunalen Planungsroutine ergibt sich ein Legitimationsdilemma zwischen einem Demokratieverständnis, das Ressourcen auf der Basis repräsentativ demokratisch legitimierter Entscheidungen verteilt einerseits und einem Demokratieverständnis, das eine bedürfnisgerechte Verteilung anstrebt andererseits. Im Modus eines „da kann ja jeder kommen“ wird ein bürgerschaftliches oder freiwilliges Engagement älterer Migrantinnen und Migranten als Partikularinteresse delegitimiert.

Von Seiten der Praxispartner wurde die Frage nach der Partizipation älterer Zuwanderer häufig mit dem Verweis auf die Ausländerbeiräte beantwortet. Hier sei der politische Ort, sich durch gewählte Interessensvertreter in die Gestaltung des Gemeinwesens einzubringen (vgl. ausführlich May/Alisch 2013 Kap. 7.6). Dem wurde zwar auch entgegengehalten, dass diese Gremien allenfalls eine beratende Funktion hätten und das kommunale Wahlrecht nicht ersetzen könnten. Während die Ausländerbeiräte und auch die kommunalen Integrationsbeauftragten für die als Aussiedler und Spätaussiedler zugewanderten ohnehin keine Rolle spielen, schließt das kommunale Wahlrecht Zuwanderer aus Nicht-EU Staaten aus. Ein Legitimationsproblem ergibt sich somit auch hier: In städtischen Teilräumen mit einem sehr hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU Staaten entstehen sozusagen „demokratiefreie“ Zonen, in denen jede Entscheidung über die Gestaltung der Lebensumstände über die Köpfe der Bewohnerschaft hinweg getroffen wird.

Tatsächlich haben die im AMIQUUS-Projekt initiierten und von uns unterstützen Initiativen der beteiligten Älteren auch bewirkt, dass ihre selbstbewusst vorangetriebenen Interessen in den Planungs- und Verwaltungsroutinen wenn nicht als störend so doch zumindest als Herausforderung und überhaupt wahrgenommen wurden. Wenngleich das Argument, die Verausgabung von Steuergeldern für Interessen innerhalb der Bewohnerschaft müsse sowohl legitimiert als auch an standardisierte Formalien gebunden sein, mit dem AMIQUUS-Projekt nicht widerlegt werden kann, eröffnet die Hinwendung zu den älteren Migrantinnen und Migranten als eine stark diskriminierte Gruppe und die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen, im Konflikt stehenden Demokratieverständnissen einen deutlichen Anschluss an den Teilhabediskurs und den verfassungsmäßig gesicherten Anspruch auf Teilhabe.

Literatur

- Alisch, M./ May, M. (2011): Lokale Netzwerk- und Raumressourcen älterer Migrantinnen und Migranten in unterschiedlichen Stadtstrukturen. In: Soeffner, H.-G. u.a. (Hrsg.): Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des Jubiläumskongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt 2010. Wiesbaden.
- Alisch, M./ May, M. (2010): Zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit: Stützung von Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Migrant(inn)en. Zum Forschungsstand zu Lebenslage und Vergesellschaftungsgrad älterer Migrant(inn)en. In: Widersprüche, Heft 117: „Eigensinnige Alte!“ Älter werden in Zeiten wohlfahrtsstaatlicher Verknappungspolitiken, S: 49-82.
- Dölker, F./Froeba, S./Laabdallaoui, N./Kovacevic, M. (2012): Projekte der Selbstorganisation. In: Alisch, M./ May, H. Kap. 6.
- Falk, K. (2012): Selbstbestimmung bei Pflegebedarf im Alter – wie geht das? Kommunale Handlungsspielräume zur Versorgungsgestaltung. In: Kümpers, S./Heusinger, J. (Hrsg.): S. 39-76.
- Heusinger, J. (2012): „Wenn ick wat nich will, will ick nich!“ Milieuspezifische Ressourcen und Restriktionen für einen selbstbestimmten Alltag trotz Pflegebedarf. In: In: Kümpers, S./Heusinger, J. (Hrsg.): S. 77-106.
- Kümpers, S./Zander, M. (2012): Der Autonomiebegriff im Kontext von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit und sozialer Benachteiligung. In: Kümpers, S./Heusinger, J. (Hrsg.): S. 21-38.
- Kümpers, S./Heusinger, J. (Hrsg.) (2012): Autonomie trotz Armut und Pflegebedarf. Altern unter Bedingungen von Marginalisierung, Bern.
- May, M. (2008): Die Handlungsforschung ist tot. Es lebe die Handlungsforschung. In: May, M./Alisch, M. (Hrsg.): Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung Bd. 2. Opladen, S: 207-238.
- May, M./Alisch, M. (2011): Methodologische und forschungsmethodische Überlegungen zur Rekonstruktion integrationsbezogener Orientierungsmuster. In: Alisch, M./May, M. (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten – Rekonstruktion der Interessensorientierungen von Zuwanderern Band 6. Opladen, Farmington Hills, S: 29-42.
- May, M./Alisch, M. (2013): AMIQUUS – Unter Freunden. Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt. Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 8. Opladen, Berlin, Toronto.
- Wenger-Haargassner, C. (2012): Frau und Mann bewältigen anders: Geschlechterunterschiede im Coping bei Pflegebedürftigkeit. In: Kümpers, S./Heusinger, J. (Hrsg.): S. 107-122.

Politische Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft

Markus Ottersbach

Professor für Soziologie an der Fachhochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften. Schwerpunkte in Lehre und Forschung: Migrationsforschung, Soziale Ungleichheit, jugend- und stadtsoziologische Fragen und Politische Partizipation. E-Mail: Markus.Ottersbach@fh-koeln.de

Einleitung

Sowohl in den Politikwissenschaften als auch in der politischen Soziologie ist zivilgesellschaftliche Partizipation bereits ein traditionelles Thema. Zu unterscheiden sind zunächst zwei Arten zivilgesellschaftlicher Partizipation oder zivilgesellschaftlichen Engagements: Ein eher soziales Engagement, bei dem es um die Solidarität innerhalb der Community oder von Nachbarschaften geht und über das im Zuge der Entwicklung der Bürgergesellschaft bzw. der Bürgerarbeit viel debattiert wurde und wird, und ein eher politisches Engagement, das verstanden wird als eine Handlung mit dem Ziel, politische Prozesse zu beeinflussen. Diese Beeinflussung kann durch ein Engagement in Parteien, eine Beteiligung an Wahlen, die Mitwirkung in Verbänden (wie den z.B. Gewerkschaften) oder in Vereinen oder durch die Teilnahme an weniger stark institutionalisierten Formen der politischen Partizipation erfolgen. Hierbei geht es um eine außerparlamentarische, direkte politische Mitwirkung der Bevölkerung, wie z.B. durch Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen, Besetzungsaktionen, Verkehrsblockaden oder – in neuerer Zeit in zunehmendem Maße – durch Online-Proteste, die in modernen Demokratien inzwischen zu einem festen und zentralen Bestandteil der pluralistischen Demokratie (vgl. Ottersbach 2003) geworden sind.

In Deutschland erfuhr das politisch orientierte zivilgesellschaftliche Engagement mit der Entstehung der so genannten Neuen Sozialen Bewegungen seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine deutliche Aufwertung. Die Studentenbewegung und später die Ökologie-, die Friedens- und die neue Frauenbewegung platzierten ihre Inhalte und

Interessen immer stärker in der politischen Öffentlichkeit. Nicht nur die Inhalte, auch die Mittel und Methoden, den Protest zu artikulieren, wurden vielfältiger und unkonventioneller. Inzwischen weist das politische Engagement stark institutionalisierte Formen auf. Der öffentliche Protest wird teils durch Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International institutionalisiert und professionalisiert. Sie übernehmen eine Art Stellvertreterrolle für das individuelle politische Engagement. Daneben existieren jedoch weiterhin auch individuelle Protestformen, die inzwischen auch in konservativen Kreisen immer mehr Akzeptanz finden. Dies hat einmal mehr die Abstimmung über die Schulsystemreform in Hamburg im Jahr 2010 bewiesen. Diese allgemeine Akzeptanz des politisch orientierten zivilgesellschaftlichen Engagements gilt jedoch nicht für jede Art und auch nicht für jede Gruppe, die sich politisch einmischt. In breiten Teilen der Bevölkerung gibt es durchaus Bedenken gegenüber dem politisch motivierten zivilgesellschaftlichen Engagement z.B. von Menschen mit Migrationshintergrund. Schon in den Anfängen der Gastarbeiterimmigration seit Mitte der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre hat sich gezeigt, dass manche Art der Einmischung seitens der Menschen mit Migrationshintergrund nicht erwünscht ist. Zu erwähnen sind hier z.B. der Streik der FORD-Arbeiter in Köln oder die Demonstrationen kurdischer Immigrantinnen und Immigranten, die sich gegen die Unterdrückung ihrer Gruppe in der Türkei zur Wehr setzen wollte. Und auch heute erwecken Demonstrationen oder Proteste wie z.B. vor kurzer Zeit in Köln-Kalk (vgl. hierzu Bukow/Lösch/Ottersbach/Preissing 2013), an denen überwiegend junge Menschen mit Migrationshintergrund teilnahmen, oder Demonstrationen, bei denen gegen Formen ethnischer oder gar rassistischer Diskriminierung protestiert wird, einen breiten Unmut in der Bevölkerung. Immer wieder scheint das Recht auf Partizipation bzw. Teilhabe an der Gesellschaft, das ja auch das Recht der freien Meinungsäußerung bzw. der Demonstration impliziert, auf die Probe gestellt zu werden.

Moderne Einwanderungsgesellschaften stehen heute vor der doppelten Herausforderung, einerseits die vielfach empirisch nachgewiesene strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. hierzu Geißler 2006; Ottersbach 2010, Ottersbach i.E.) abzubauen und ihnen andererseits die Möglichkeit zu bieten, von den bürgerlichen Rechten unserer Gesellschaft Gebrauch zu machen, d.h. die Menschen selbst als wesentliche Ressource zur Lösung sozialer Probleme einzubeziehen.

In der migrationssoziologischen Literatur werden angemessene Teilnahmemechanismen am politischen Diskurs und Entscheidungsprozess sowie die Teilnahmebereitschaft als unverzichtbare Bestandteile erfolgreicher sozialer Integration angesehen (vgl. z.B. Schulte 2009, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen 2010: 187ff.). Beim Ausgleich konfligierender Interessen in Gremien zur Meinungs- und Willensbildung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Grundnormen Fairness, Kritik, Gerechtigkeit und Solidarität einzuhalten. Aber nicht nur dies: Integration kann nur gelingen, wenn die Akteurinnen und Akteure relevanter Interaktions- und Kommunikationsstrukturen kollektive Identitäten (z.B. ein Selbstverständnis als Muslime, Christen etc. in Deutschland) und ihre jeweiligen Symboliken (z.B. ein Kopftuch) gegenseitig anerkennen (vgl. Taylor 2009). Und noch ein weiterer Faktor ist – neben der Möglichkeit der politischen Partizipation – wichtig für eine erfolgreiche Integration: Die Deliberation. Denn letztlich geht es nicht nur um die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Prozessen, sondern auch um „bessere“, d.h. gerechtere politische Entscheidungen. In Anlehnung an die Arbeiten von Jürgen Habermas soll deshalb erörtert werden, inwiefern das von ihm in Deutschland eingeführte Konzept der deliberativen Politik ein brauchbarer Ansatz zur Optimierung der klassischen Formen der politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund als Teilbeitrag zur Lösung des Problems sozialer Exklusion liefern kann.

1. Politische Partizipation zwischen System und Lebenswelt

Der Bereich der Politik wird in der Soziologie als ein gesellschaftliches Subsystem betrachtet, vergleichbar mit dem ökonomischen, dem Rechts-, dem Bildungs-, oder dem Gesundheitssystem.

Auch wenn lange Zeit Teile des politischen Systems der repräsentativen Demokratie, wie das Wahlrecht, die Parteien, das Parlament, die Regierung etc., den Schwerpunkt demokratischer Legitimation gesichert haben, so wird doch immer deutlicher, dass sich – bewirkt durch die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Individualisierung, Pluralisierung und Globalisierung – in den aktuellen Zivilgesellschaften eine Veränderung abzeichnet (vgl. Ottersbach 2003)¹. Lange Zeit wies man

1 Ähnlich argumentiert schon Greiffenhagen (1998: 370). Deutlich wird dieser Wandel z.B. durch die in zahlreichen europäischen Staaten zu beobachtende ‚Politikverdrossenheit‘ (die eigentlich eine ‚Parteienverdrossenheit‘ ist)

jeglichen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements im Kontext einer traditionellen Sicht auf gesellschaftliche Beteiligung eher einen informellen oder vor-politischen Status zu. Die Bedeutung einer, durch solche Formen initiierten Öffentlichkeit, lag allenfalls in der Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Bezüge innerhalb der Lebenswelt der Menschen. Heute büßen die traditionellen Formen der repräsentativen Demokratie an Attraktivität und Legitimation jedoch stark ein und gleichzeitig gewinnen die neuen Formen des politischen Engagements an Bedeutung für die Stabilisierung demokratischer Gesellschaften. Die politische Partizipation diversifiziert sich, sie wird multidimensional. Sie diversifiziert sich sowohl horizontal als auch vertikal, d.h. auf der einen Seite treten neben den Parteien und den politischen Institutionen immer stärker neue Formen des Bürgerengagements auf, die das politische System ebenfalls legitimieren, dadurch aber den repräsentativen als alleinigen Aspekt des politischen Systems immer mehr in Frage stellen². Auf der anderen Seite findet zusätzlich noch eine vertikale Diversifizierung statt³. Neben den bisher nur national und regional auftretenden Formen zivilgesellschaftlichen Engagements gibt es rein kommunale, aber auch immer mehr inter- bzw. transnationale und sogar global ausgerichtete Bewegungen, die um den Anspruch und den Rang demokratischer Legitimation erfolgreich „kämpfen“⁴. Beide Prozesse haben unmittelbare

als eine Folge der Individualisierung, die sich aber nicht generell gegen ein politisches Engagement richtet, sondern vor allem gegen die von politischen Skandalen und Spendenaffären gezeichnete Politik der Parteien und gegen tradierte Bezüge wie zu den Gewerkschaften oder den Kirchen (vgl. hierzu die Ergebnisse der vom Jugendwerk der Deutschen Shell herausgegebenen Studie »Jugend '97« oder die vom Sozialwissenschaftlichen Institut für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA) 1995 herausgegebene »Geislungen Studie« (vgl. hierzu Ueltzhöffer 1996). Mehrere Autoren stellen inzwischen eine deutliche Abnahme der Parteidentifikation der Menschen in den westeuropäischen Ländern fest (vgl. Pennings/Lane 1998: 15).

- 2 Als horizontale Diversifizierung bezeichne ich hier – ganz im Sinne der politikwissenschaftlichen Bedeutung einer Beziehung zwischen Organisationen, »die nicht über eine übergeordnete Institution vermittelt oder geregelt werden« (vgl. Benz 1995: 186) – eine Dezentralisierung oder Gleichberechtigung politischer Entscheidungsprozesse. Als Kriterium der Dezentralisierung sehe ich hier die Legitimität politischer Entscheidungsverfahren.
- 3 Als vertikale Diversifizierung bezeichne ich hier die ebenfalls im politikwissenschaftlichen Sinne bezeichnete Verflechtung politischer Entscheidungsverfahren auf kommunaler, nationaler, inter- bzw. transnationaler und globaler Ebene.
- 4 Dahl (1994) vertritt z.B. die Auffassung, dass das durch Internationalisierung und Globalisierung verursachte Demokratiedefizit nur durch neue

Konsequenzen für das Legitimationsverfahren derzeitiger Demokratien: Die Legitimation wird multidimensional, d.h. allein durch das repräsentative Verfahren lassen sich die modernen Demokratien nicht mehr ausreichend legitimieren.

Den Kern des politischen Teils der Zivilgesellschaft bildet nach Habermas (1992: 443ff.) nicht mehr das politische System, sondern eben „[...] jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, welche die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern“. Diese Vereinigungen reichen von „[...] Kirchen, kulturellen Vereinigungen und Akademien über unabhängige Medien, Sport- und Freizeitvereine, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen“. Sie „[...] gehören nicht wie hochgradig verstaatlichte politische Parteien zum administrativen System, erzielen aber über publizistischen Einfluss politische Wirkungen, weil sie entweder direkt an der öffentlichen Kommunikation teilnehmen oder, wie alternative Projekte, wegen des programmatischen Charakters ihrer Tätigkeiten durch ihr Beispiel einen impliziten Beitrag zur öffentlichen Diskussion leisten“ (Habermas 1990: 46). Sie sind Teile der Lebenswelt⁵, die Habermas als einen „transzendentalen Ort“ auffasst, an dem sich „[...] Sprecher und Hörer begegnen, wo sie [...] Geltungsansprüche kritisieren, bestätigen, ihren Dissens austragen und Einverständnis erzielen können“ (Habermas 1988: 192). Die Funktion solcher Vereinigungen ist vor allem, „[...] die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden“ (Habermas 1992: 443), aufzunehmen, zu kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterzuleiten. Solche Vereinigungen können somit marginalisierten Gruppen zu einer Partizipation an Öffentlichkeit verhelfen, jedoch ohne der Gefahr zu

Formen partizipatorischer Einflussnahme, d.h. durch mehr Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten auf internationaler, nationaler und kommunaler Ebene, kompensiert werden könne (vgl. hierzu auch Ottersbach 1999: 335ff.).

- 5 Den Begriff des Systems übernimmt Habermas als Folge seiner Auseinandersetzung mit Parsons und Luhmann, den der Lebenswelt benutzt er im Anschluss an seine Beschäftigung mit den Theorien Husserls, Schütz' und Meads. Habermas verwendet diese beiden Begriffe auch vor dem Hintergrund ihrer Funktionen, d.h. der System- und der Sozialintegration (Habermas 1988, Bd 2, S. 179ff., 226f.).

verfallen, für andere zu reden. Sie können dazu beitragen, an den Rand gedrängte Themen und Tabus (wieder) zu aktualisieren und ein erweitertes Problemverständnis zu entwickeln. Öffentlichkeit ist in diesem Sinne der Ort, an dem mit Hilfe der aktuellen Partizipationsformen versucht werden kann, einen wichtigen Aspekt der Zivilgesellschaft durch kommunikatives Handeln zu realisieren und zu stabilisieren. Man kann zivilgesellschaftliche Vereinigungen interpretieren als ein „[...] Netzwerk von Diskursen und Verhandlungen, das die rationale Lösung pragmatischer, moralischer und ethischer Fragen ermöglichen soll – eben jene aufgestauten Probleme einer andernorts versagenden funktionalen, moralischen oder ethischen Integration der Gesellschaft“ (Habermas 1992: 389). Heutige Demokratien basieren auf einem Pluralismus bzw. einer Vielfalt an Legitimationsformen. Sowohl das politische System als auch die Verbände, Vereine und andere Verfahren der direkten politischen Partizipation tragen durch gegenseitige Anerkennung und Unterstützung zur Stabilität der Demokratie bei.

2. Der gesellschaftliche und individuelle Nutzen politischer Partizipation

Zahlreiche Argumente bestätigen den Nutzen der politischen Partizipation sowohl für die Individuen als auch für die Gesellschaft. Im Folgenden sollen diese kurz entfaltet werden.

Zunächst muss konstatiert werden, dass die Beteiligung am repräsentativen politischen System einigen Bevölkerungsgruppen verwehrt ist. Wichtige Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche (bis 16 Jahre) auf der einen und Menschen ohne deutschen Pass auf der anderen Seite fallen aus der Gruppe der Wahlberechtigten hinaus. Zudem geschieht die Auswahl der Kandidat(inn)en in der Regel in Parteizirkeln. Nur wer über eine Parteimitgliedschaft Politik betreibt, erhält die Chance, seine Stärken auf der Ebene des repräsentativen politischen Systems zu beweisen. Weiterhin ist die Mitgestaltung der Politik auf Wahlen reduziert, die nur in – zeitlich gesehen – langen Abständen erfolgen. Eine politische Partizipation jenseits des repräsentativen politischen Systems innerhalb von Nichtregierungsorganisationen, Neuen Sozialen Bewegungen oder in den direkt-partizipativen Formen auf kommunaler Ebene ist kontinuierlich möglich.

Ein weiteres Argument ist, dass die Bürger(innen) über politisches Engagement einerseits der Situation entsprechen und andererseits vermutlich erfolgreicher gesellschaftlich integriert werden. Die Anteilnahme an solchen partizipativen Verfahren, die Mitarbeit in den Neuen Sozialen Bewegungen oder die nur partielle Teilnahme wie z.B. an einer Demonstration ermöglichen soziale Kontakte, die die negativen Auswirkungen der Individualisierung kompensieren können. Der Verlust traditioneller Bindungen kann durch Partizipation an freiwillig gewählten Bündnissen wie Migrantenselbstorganisationen oder Seniorenbeiräten ausgeglichen werden. Insbesondere die kleinen Netzwerke und Initiativen können einen neuen und kontinuierlichen Zusammenhalt stiften. Eine aktive Teilhabe der Bürger(innen) am politischen Geschehen hat eine sozialisatorische bzw. individuelle Funktion.

Zu erwähnen ist auch, dass mittels verbesserter Partizipationsmöglichkeiten ein höheres Maß an Gerechtigkeit und Authentizität in den politischen Prozess eingeführt werden. Diese gesellschaftspolitische Funktion der politischen Partizipation zeigt sich vor allem an der Bedeutung direkter partizipativer Verfahren für Senior(inn)en oder teils marginalisierte Gruppen wie Menschen ohne deutschen Pass, die von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen sind. Insbesondere diejenigen Gruppen, die auf keine oder nur auf eine gering ausgestattete Lobby zurückgreifen können, sehen in partizipativen Verfahren die Chance, ihre Anliegen unverfälscht und gleichberechtigt in die Öffentlichkeit transportieren zu können. Als prägnantes Beispiel ist hier die Diskussion um die Repräsentation der allochthonen Bevölkerung durch so genannte Ausländerbeauftragte oder durch kommunale Mitbestimmungsgremien wie die Ausländerbeiräte zu nennen. Eine direkte politische Partizipation impliziert eben eher die Chance, auf gesellschaftliche Missstände in authentischer Art und Weise aufmerksam zu machen und sie über die Produktion von Öffentlichkeit verändern zu können als dies über Repräsentant(inn)en wie Ausländerbeauftragte geschehen kann⁶. Allerdings müssen hier teil-

6 Allerdings müssen die Entscheidungen, die im Anschluss an diese Verfahren getroffen worden sind, sowohl von Belang sein als auch umgesetzt werden. Eine Alibi-Funktion direkter partizipativer Verfahren wie man sie z.B. bei Ausländerbeiräten feststellen kann, verhindert eher die Bereitschaft der Betroffenen zur Teilnahme. Wenn die Maßnahmen später von der Verwaltung (z.B. wegen Geldmangel) nicht realisiert werden, führt das in der Regel auch dazu, dass die Beteiligten sich wieder zurückziehen.

weise weitere neue Wege für das alte Anliegen des Citoyen bzw. der Citoyenne geebnet werden.

Außerdem reaktiviert politisches Engagement die Kommunikation zwischen Bürger(inne)n und Vertreter(inne)n des repräsentativen politischen Systems. Die Notwendigkeit der Responsivität des politischen Systems erhöht die Bereitschaft der Politiker(innen) zu Bürgernähe (vgl. hierzu auch Luthardt/Waschkuhn 1997: 61), d.h. diese werden stärker als sonst dazu gedrängt, den Kontakt mit Bürger(inne)n zu suchen und auf individuelle Art und Weise um ihre Gunst zu werben. Dies zeigt die zunehmende Bereitschaft vieler Politiker(innen), sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, die Nichtregierungsorganisationen und andere partizipative Formen stärker als bisher in Bezug auf ihre eigenen Entscheidungen zu befragen und zu konsultieren und an wichtigen Entscheidungsprozessen teilnehmen zu lassen.

Direkte partizipative Verfahren können einen positiven Sozialisations- bzw. Lerneffekt bei den Teilnehmer(inne)n auslösen, der in der Tat auch zu einer Verbesserung der kommunikativen Kompetenzen führen kann. Dieser Aspekt spielt insbesondere bei den neuen partizipativen Verfahren auf kommunaler Ebene eine große Rolle. Hier kann demokratisches Verhalten eingeübt werden, hier können die Spielregeln der Fairness, der Konsensfindung und der sachlichen und rationalen Argumentation gelernt werden. Zudem fördern sie – wie bereits angedeutet – die Ziele der politischen Bildung wie z.B. Mündigkeit und Emanzipation (vgl. hierzu ebenfalls Luthardt/Waschkuhn ebd.).

Anzuführen ist auch, dass das politische Engagement ein entscheidender Impulsgeber für Themen ist, die vom repräsentativen politischen System zunächst verstellt, nur unzureichend oder gar nicht aufgegriffen werden, jedoch voll und ganz dem Willen der Bürger(innen) entsprechen. Mit wachsender politischer Öffentlichkeit seitens des politischen Engagements wird das repräsentative politische System immer mehr gezwungen, den Impuls aufzugreifen, sich dem jeweiligen Thema ernsthaft zu widmen und ein ‚authentisches Pendant‘, auf repräsentativer Ebene einzurichten, d.h. dem Willen der Bürger(innen) in adäquater Form zu diskutieren und ggf. zu realisieren. Hier wird einmal mehr deutlich, dass das repräsentative politische System immer mehr zu einer reinen Dienstleistung geworden ist, durch das neue politische Engagement jedoch die

Chance erhält, sich in Richtung einer verständlichen und bürgernahen Politik zu entwickeln.

Schließlich haben die direkten partizipativen Verfahren zur Folge, dass beim Aufgreifen der Impulse der Teilnehmer(innen) die Entscheidungen des politisch-administrativen Systems besser legitimiert sind. Da die Bürger(innen) ja Teilhaber(innen) an diesen Entscheidungen geworden sind, können sie die Entscheidungen, die in partizipativen Prozessen gemeinsam mit Vertreter(inne)n der Politik, der Wirtschaft, der Verbände und Interessenvereinigungen ausgehandelt worden sind, besser nachvollziehen und in der Regel besser mittragen. Dies könnte zudem eine Veränderung des vielfach negativ besetzten Bildes von Entscheidungsträger(inne)n des politisch-administrativen Systems bewirken⁷.

Durch alle diese Faktoren werden die existierenden demokratischen Strukturen bewegt, verändert und gleichzeitig wieder neu stabilisiert. Da politische Entscheidungen besser legitimiert sind, besteht Grund zur Hoffnung, dass sich auch die Einstellung der Bürger(innen) gegenüber den bestehenden demokratischen Strukturen verbessern wird. Wenn Bürger(innen) aktive Teilhaber(innen) und Teilnehmer(innen) dieser Strukturen sind und die Rede von der Selbstversorgung, der Korruption und der Bestechlichkeit von Politiker(inne)n nicht mehr gerechtfertigt erscheint, d.h. der so genannten Politikverdrossenheit das Wasser abgegraben wird, dient dies ganz konkret der Stabilisierung und Fortentwicklung der Demokratie. Denn nichts ist diesem Ziel so förderlich wie eine sich aktiv der ausdifferenzierten Öffentlichkeit bedienende, ja sie sogar entscheidend mitgestaltende Bürgerschaft, die sich durch die zunehmende Bereitschaft der Bürger(innen) widerspiegelt, sich in verschiedenen Formen politischen Engagements, in unterschiedlichen Politikfeldern und auf verschiedenen territorialen Ebenen zu äußern.

Klar ist allerdings, dass die modernen Formen der politischen Partizipation nicht unbedingt automatisch eine andere oder sogar bessere politische Perspektive eröffnen (vgl. hierzu auch Bauman 1995: 279f. und 339f.). Sie können wie die repräsentativen Formen dem Wohl Aller abträglich sein und – mit noch verheerenderen Auswirkungen – auch For-

7 Das Bild von Politiker(inne)n als ‚die da oben‘ könnte dadurch revidiert werden. Allerdings ist dafür auch die tatsächliche Kooperations- und Konsensbereitschaft aller Teilnehmer(innen) erforderlich.

men des Rechtspopulismus bzw. rechter Bewegungen implizieren (vgl. hierzu auch Fassbinder 1997: 202). Obwohl die deutliche Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Initiativen überwiegend ‚prodemokratisch‘ orientiert oder ‚demokratieverträglich‘ ist⁸, sind die drohende und bedrohliche Besetzung zivilgesellschaftlichen Engagements mit rechten oder undemokratischen Inhalten und die Wahl einer gewaltvollen und demokratiefeindlichen Aktionsform wohl der Anlass dafür, dass Habermas schließlich selbst die Rolle eines ‚starken Staates‘ hervorhebt und gegenüber den aktuellen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements insgesamt eine defensive Haltung einnimmt (vgl. Schmalz-Bruns 1995: 116ff.).

Behauptet werden kann auch nicht, dass die neuen Formen des politischen Engagements ein Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit sind und die Bürger(innen) automatisch aus der Vergleichsgültigung reißen werden. Auch die bestehenden repräsentativen Formen sollen durch die Befürwortung eines ‚Mehr‘ an direkter Partizipation nicht ersetzt werden. Dies ist angesichts der durchaus sinnvollen funktionalen Ausdifferenzierung der gegenwärtigen Zivilgesellschaften auch gar nicht deren Ziel. Dennoch sollte eine direkte Partizipation befürwortet und ermöglicht werden, wenn sie als Ergänzung zu den herkömmlichen Partizipationsformen als sinnvoll und effektiv angesehen werden kann. Sinnvoll erscheint sie dann, wenn einerseits die konkreten Anliegen der Bürger(innen) auf kommunaler Ebene verhandelt werden, andererseits wenn es um weg- oder zukunftsweisende Entscheidungen geht⁹. Diese werden allerdings nicht nur auf kommunaler Ebene verhandelt. Insofern muss über eine Verbesserung der Partizipation auch auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene nachgedacht werden. An dieser Stelle ist die Effektivität solcher Verfahren angesprochen. Methodisch stehen allerdings inzwischen durch die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien mehr Möglichkeiten zur Verfügung als je zuvor. Der mit einer umfangreichen und kontinuierlichen Partizipation verbundene Aufwand ist deshalb eher als gering einzuschätzen, wobei der Ertrag

8 Dies gilt sowohl für die Ziele, die die Initiativen vertreten, als auch für die Wahl ihrer Aktionsformen (vgl. hierzu Rucht 1997: 399).

9 Hier ist vor allem an Entscheidungen zu denken, die z.B. eine Veränderung des Grundgesetzes betreffen oder die für die Menschen von entscheidender Bedeutung sind, wie z.B. die Entwicklungen der Informations-, der Bio- bzw. der Gentechnologie oder große Infrastrukturprojekte wie z.B. Stuttgart 21, der Neubau der Hamburger Elbphilharmonie, die Kölner U-Bahn oder der neue Berliner Flughafen.

angesichts der hohen Bereitschaft der Bürger(innen), sich politisch zu engagieren, als sehr hoch anzusehen ist.

3. Zum Verhältnis von politischer Partizipation und deliberativer Politik

Bei der Betrachtung der Entwicklung der politischen Öffentlichkeit in der BRD wird immer offensichtlicher, dass ein ‚Weg zurück‘ zum repräsentativen politischen System als alleinigem Entscheidungsträger von der Bevölkerung nicht mitgetragen wird, auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nicht. Mit Recht wird in der fachlichen Debatte immer wieder darauf hingewiesen, dass die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an Ausländer(innen) allein nicht die Probleme ihrer Abstinenz bei der Mitwirkung in der Öffentlichkeit sowie ihrer gesellschaftlichen Entpflichtung lösen würde. Sowohl Einheimische als auch Zugewanderte signalisieren mit ihrem ‚Hunger nach Sinnerlebnissen‘ einen enormen Veränderungsbedarf, dem der Staat, aber auch dessen Institutionen, Rechnung tragen muss. Auch Politiker(innen) verschiedener Parteien tendieren in letzter Zeit verstärkt dazu, erste Schritte für eine Reform der politischen Partizipation einzufordern. Unklar ist allerdings weiterhin, wann, wie und bei welchen Themen Partizipation als Mittel zur Entscheidungsfindung eingesetzt werden soll und wie sie mit den institutionalisierten Formen der politischen Willensbildung harmonisieren können.

Eine Kooperation zwischen den einzelnen Formen des politischen Engagements von den Parteien über die Nichtregierungsorganisationen (z.B. Migrantenselbstorganisationen) und die partizipativen Verfahren auf kommunaler Ebene bis hin zu den Neuen Sozialen Bewegungen wird immer erforderlicher, um stagnierende und regredierende Tendenzen in den derzeitigen Demokratien zu verhindern. Mit anderen Worten ausgedrückt, falls sich ein Part gegen eine Kooperation stellt, gefährdet er gleichzeitig den Fortbestand der Demokratie.

Um ein kompatibles und komplementäres Verhältnis zwischen dem repräsentativen politischen System und dem aktuellen politischem Engagement zu erhalten, ist es wichtig, sowohl den Aspekt der Partizipation als auch den der Deliberation angemessen zu berücksichtigen. Während Partizipation vor allem auf die Teilnahme und Teilhabe an politischen

Informations- und Entscheidungsprozessen meint, bezieht sich der Begriff der Deliberation auf den im Rahmen verständigungsorientierter Verfahren bedeutsamen Aspekt der Aushandlung politischer Entscheidungen. Mit der Rollenzuweisung der sozialen Organisationen der Migrant(inn)en als zivilgesellschaftliche und politische Akteure wird eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zivilgesellschaftlicher Kommunikation erforderlich. Zivilgesellschaftliche Kommunikation impliziert bestimmte Funktionen oder Eigenschaften, die Forst (1996: 193) unter den Stichworten „Rationalität und Fairness“, „Kritik und Konflikt“ und „Versöhnung und Solidarität“ abhandelt¹⁰. Die erste impliziert „[...] die Fähigkeit zur diskursiven Präferenz-, Urteils- und Willensbildung und die Bereitschaft, die Position anderer zu verstehen, zu akzeptieren oder zu tolerieren“. Die zweite Funktion „[...] verweist auf die Aufgabe, Ansprüche auf Anerkennung bislang exkludierter Gruppen zuzulassen und anzuerkennen“ und die dritte Eigenschaft „[...] bezieht sich auf die Notwendigkeit, diese Risse in einer politischen Gemeinschaft zu versöhnen und die allgemeine Anerkennung voller Mitgliedschaft solidarisch zu verwirklichen“ (Forst 1996: 193)¹¹. Als weitere Voraussetzungen einer professionellen Anwendung deliberativer Verfahren gelten auch der gleiche Zugang zu Informationen für alle und eine kompetente und tatsächlich neutrale Moderation. Partizipative und deliberative Verfahren müssen öffentlich bekannt gemacht werden, damit jede(r) die Chance zur Teilnahme erhält. Bestimmte Verfahrensregeln sollten eingehalten werden, damit die Verfahren funktionieren. Bildung ist auch ein wichtiger Bestandteil, genauso wie die Bereitschaft der Teilnehmer(innen), ihre individuellen Interessen nicht hinter allgemeinen zu verstecken. Eine kontinuierliche Teilnahme ist genauso wichtig wie die Verhinderung einer paternalistischen Haltung seitens der Expert(inn)en.

In diesen demokratischen Prozeduren geht es nicht darum, irgendeine abstrakte ‚Wahrheit‘ zu finden, sondern die für alle Bürger(innen) zu einer bestimmten Zeit zwar richtige oder gerechte, aber immer nur vorläufige Antwort auf gesellschaftlich relevante Probleme zu entdecken.

Nur wenn beide Prinzipien, Partizipation und Deliberation, realisiert werden, kann es sowohl zur erforderlichen demokratischen Legitimation

10 Im Diskurs der Sozialpsychologie werden solche Kompetenzen eher als Rollendistanz, Empathie und Ambiguitätstoleranz definiert.

11 Prägnant bezeichnet er diese drei Funktionen auch als „Finden“, „Problematisieren“ und „Bejahen“ einer öffentlichen Sprache.

als auch zur notwendigen politischen Effektivität von Entscheidungen kommen. Ein Ausbau der Partizipation alleine würde die Qualität der Ergebnisse nicht notwendigerweise verbessern. Die Gefahr, dass sich Einzelinteressen statt Interessen der Allgemeinheit durchsetzen bzw. Interessen von Minderheiten vernachlässigt bzw. unterdrückt werden, wäre gewiss sehr hoch. Lediglich auf die Erweiterung plebiszitärer oder anderer Entscheidungsprozeduren zu drängen, verkennt die Notwendigkeit eines intensiven Austauschs, eines ausdiskutierten Konsenses, der sowohl die Komplexität der gesellschaftlich relevanten Probleme als auch die Interessen der Teilnehmer(innen) angemessen berücksichtigt. Die politische Effektivität käme dabei zu kurz. Auf der anderen Seite reicht es aber auch nicht, nur die deliberativen Verfahren auszubauen, ohne die Betroffenen in einer adäquaten Art und Weise an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dies bedeutete lediglich einen Ausbau der Expertenrunden, nicht aber den Abbau von Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Zudem blieben die demokratische Verlebendigung und die Legitimität dabei auf der Strecke.

In Bezug auf die ersten erforderlichen Schritte sollten zunächst vor allem die partizipativen Verfahren auf kommunaler Ebene gestärkt werden. Sie könnten aufgrund ihrer außerordentlich erfolgreichen Verbindung von Authentizität, Praktikabilität, Effektivität und Kompatibilität eine Vorreiterrolle einnehmen, da sie selbst zugleich institutionalisierte und plebiszitäre Elemente beinhalten. Diese sollten sich stets ergänzen. Zu berücksichtigen sind bei der Wahl des partizipativen Verfahrens aber auch die Themen bzw. die Wichtigkeit der Themen. Im Zuge der Etablierung solch partizipativerer Verfahren auf kommunaler Ebene wäre dann an einen Ausbau der Partizipationsformen auf den anderen territorialen Ebenen (Bundes- und Landespolitik) zu denken. Sind solche partizipativen Verfahren eingerichtet, gibt es starke Gründe dafür zu vermuten, dass der Rationalitätsgehalt der Diskussionen mit der Zeit zunehmen könnte. Die Einrichtung der Verfahren ist ja eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung und Steigerung der moralischen und kognitiven Kompetenzen der Teilnehmer(innen).

Zweifellos gibt es kein Patentrezept für den Einsatz partizipativer und deliberativer Verfahren. Das Beispiel der Schweiz verdeutlicht zudem immer wieder, dass es „retardierende und innovationshemmende Momente“ einer direkten Partizipation gibt. Schmalz-Bruns (1995: 53) plädiert deshalb in Anlehnung an Amy Gutman dafür, dass nicht Partizipa-

tion schlechthin prämiert werden solle, sondern nur „[...] solche Formen der Teilhabe, die gleichzeitig zu einer diskursiven Rationalisierung der Willensbildung beitragen“. Gezielte, räumlich, sachlich und zeitlich begrenzte Partizipationsangebote sind effektiver als eine Forderung nach linearer und ubiquitärer Partizipation. Insofern muss das „Projekt der Selbstregierung“ (vgl. Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989: 103), in dem die Zivilgesellschaft als Steuerungszentrum in den Mittelpunkt der politischen Agenda gerückt wird, eher als eine Überforderung der Akteurinnen und Akteure interpretiert werden. Zudem sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass zivilgesellschaftliches Engagement nicht per se als demokratieförderlich bzw. -tauglich angesehen werden kann¹². Die Forderung nach einer „verständigungsorientierten Steuerungsinstanz“ (Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989: 164) durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure verkennt die Bedeutung des repräsentativen Systems und die notwendige Komplementarität zwischen dem repräsentativen politischen System und den direkten Partizipationsformen.

Statt die Chancen einer sinnvollen Kooperation zu verspielen und somit die Stabilisierung und Fortentwicklung der pluralistischen Demokratie zu gefährden, sollte versucht werden, „[...] die demokratischen Ideale der Selbstgesetzgebung und Selbstregierung zu verbinden und den Forderungen nach eine Verbesserung der Legitimität, Qualität und Effizienz demokratischer Politik auch unter den Bedingungen hoher Komplexität“ gerecht zu werden (Schmalz-Bruns 1995: 19).

Schmalz-Bruns kritisiert zu Recht die institutionellen Defizite der Verfahren des repräsentativen politischen Systems und beklagt die Rationalitätsdefizite staatlichen Handelns¹³. Um die Rationalität kollektiver Entscheidungen zu erhöhen, schlägt der Autor (1995: 148f.) vor, sowohl an [...] der kognitiven wie moralischen Qualität der individuellen Präferenzen auf der Input-Seite des politischen Entscheidungsprozesses [...] [anzusetzen, d. Verf.] wie an den Strukturen und institutionellen Mechanismen, die den Throughout, also den Grad der Berücksichtigung von Interessen, Informationen und Erkenntnissen bestimmen“. Damit soll das Zusammenspiel zwischen repräsentativen Verfahren auf der einen und

12 Zu viele Bürgerinitiativen verfolgen egoistische oder gruppenspezifische Interessen, die die Freiheit Anderer einschränken bzw. verletzen.

13 Dies wurde z.B. in den parteilichen Auseinandersetzungen um das neue Zuwanderungsgesetz deutlich, an denen Migrant(inn)en nicht beteiligt waren.

partizipatorischen und deliberativen Verfahren der Willensbildung und Entscheidungsfindung auf der anderen Seite optimiert werden. Veränderungen stehen dann sowohl bei den subjektiven Voraussetzungen der Bürger(innen) als auch bei den institutionellen Vorgaben bzw. den partizipatorischen Strukturelementen an. Die Aufgabe der Institutionen sollte es sein, sowohl eine egoistische Interessenbildung und -durchsetzung als auch eine Instrumentalisierung von Interessen durch „strategisch gesonnene Akteure“ (Schmalz-Bruns 1995: 151) zu verhindern. Es geht eben darum, Partizipation und Deliberation als die wichtigsten Elemente einer Rationalisierung der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung durch eine Veränderung institutioneller Verfahren zu verbessern bzw. zu optimieren. Solche Institutionalisierungsformen partizipativer und deliberativer Verfahren sind z.B. von Barber (1994: 241ff., zusammenfassend S. 290) entwickelt worden. Allerdings plädiert Barber gleichzeitig für eine Anwendung „mit Mäßigung“ und einigen Restriktionen. Diese Zurückhaltung ist bezeichnend und kaum verwunderlich. Schließlich gibt es nicht genügend konkrete Untersuchungen und Evaluationen zu politischen Gremien, die die mögliche Richtung der Entwicklung empirisch abstützen könnten.

4. Migrantenselbstorganisationen als politische Akteure: Möglichkeiten und Barrieren und die Rolle der Sozialen Arbeit

Betrachtet man z.B. Migrantenselbstorganisationen auch als politische Akteure, dann besteht deren Funktion nicht mehr nur darin, den kulturellen bzw. religiösen Austausch zu organisieren, sondern auch einen politischen Anspruch einzulösen¹⁴. Dieser Anspruch richtet sich vor allem an die Öffentlichkeit, d.h. institutionalisierte Formen der Partizipation erhalten mit dieser Rollenzuweisung auch die Funktion einer Legitimierung, Initialisierung und Unterstützung politischer Diskurse. Gefragt sind die Migrantenorganisationen dann als ein Instrument der Einmischung in gesellschaftspolitische Angelegenheiten. Erst wenn sie diesen Status erhalten, haben sie auch die Möglichkeit, als politische Akteure tätig zu werden. Reduziert man ihr Engagement auf den kulturellen bzw. interkulturellen Dialog oder werden sie als Projektionsfläche miss-

14 Sie dienen im Übrigen dann auch nicht mehr als Projektionsfolie ethnozentristischer Tendenzen innerhalb der Aufnahmegesellschaft.

braucht, dann reduziert man sie auf den Bereich der Lebenswelt, werden zudem in der Segregationsdynamik verstärkt, entwickeln keinen Zugang zur politischen Öffentlichkeit und tragen nicht zum sozialen Wandel bei. Darüber hinaus missachten hierdurch die Integrationsinstitutionen der Aufnahmegesellschaft und ihre Organe eine effektive und tragfähige Möglichkeit der gesellschaftlichen Verpflichtung vieler Migrant/innen-gruppen und ihrer Eliten.

Ihre politische Brisanz erhalten Migrantenselbstorganisationen, wenn sie ein politisches Selbstverständnis entwickeln. Dieses erhalten sie vor allem durch ihre Repräsentation in kommunalpolitischen Gremien wie den seit kurzer Zeit bestehenden alternativen Modellen zur politischen Partizipation von Migrant(inn)en, wie den Integrationsräten. Damit besteht die Chance, diese Institutionen der politischen Partizipation aufzuwerten und den Migrantenselbstorganisationen als Vertretung dieser Gremien eine effektivere politische Rolle zuzuweisen. Obwohl bisher nahezu keine repräsentativen empirischen Daten zum zivilgesellschaftlichen Engagement älterer Migrant(inn)en vorliegen¹⁵, gibt es doch bereits zahlreiche dokumentierte Beispiele für derartiges Engagement (vgl. Rürup/Sentürk 2011), insbesondere, wenn man unter zivilgesellschaftlichem Engagement auch die Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation summiert (vgl. May/Alisch 2013: 17f.).

Neben den Möglichkeiten gibt es jedoch auch zahlreiche Barrieren, die ein politisches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund behindern. Auf die rechtlichen Einschränkungen in Bezug auf die Mitbestimmung des repräsentativen politischen Systems ist schon hingewiesen worden. Es gibt jedoch auch zahlreiche andere Aspekte, die ein Enga-

15 Auch die Arten, Motive, Barrieren und förderlichen Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement älterer Migrant(inn)en sind weitestgehend unbekannt (vgl. Huth 2011). Zwar gibt es inzwischen einzelne regionale Studien (z.B. für NRW) oder Studien, die sich auf bestimmte Gruppen (Türk(inn)en) oder auf spezielle Aspekte zivilgesellschaftlichen Engagement beziehen, jedoch bisher keine umfassenden Studien, die das gesamte Spektrum solchen Engagements für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland eruieren (vgl. hierzu May/Alisch 2013: 32ff.). Das Projekt AMIQUUS (vgl. May/Alisch 2013) spielt insofern eine Art Vorreiterrolle, auch wenn es eher qualitativ angelegt war und keine Repräsentativität beansprucht. Derartige Projekte müssen vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den kommenden Jahren dringend gefördert werden.

gement erschweren. Bekannt ist schon seit langem, dass das politische Engagement der Menschen stark von ökonomischen und sozialen Aspekten der Lebenslage abhängt (vgl. hierzu Rucht und Yang 2004, Gensicke/Geiss 2010). Die wesentlichen Ressourcen politischer Partizipation sind Zeit, Einkommen, Bildung und soziale Kompetenz, wobei ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital sich zudem gegenseitig ergänzen und verstärken (vgl. hierzu Bourdieu 1983). Alle diese Ressourcen entscheiden über den Grad der politischen Partizipation und sind auch in demokratischen, auf Chancengleichheit bedachten Gesellschaften sehr unterschiedlich in der Bevölkerung verteilt. Erkennbar wird dieser Umstand auch an der Tatsache, dass Angehörige der Mittel- und Oberschicht ihre Einflussmöglichkeit bzw. ihre Wirksamkeit auf das politische Geschehen weitaus größer einschätzen als Angehörige aus der Unterschicht (vgl. Bödeker ebd., 9ff.). Umgekehrt führen hohes Einkommen, hoher Bildungsgrad und hohe soziale Kompetenz wiederum zu einem verstärkten politischen Interesse. Vom politischen Interesse ist es – je nach Notwendigkeit und Dringlichkeit – dann häufig nur noch ein kleiner Schritt bis zum politischen Engagement. Entwicklung und Förderung des politischen Interesses und die Chancen auf Realisierung bzw. Umsetzung der Interessen dieser Personen basieren offensichtlich auf denselben Kapitalformen und bedingen sich gegenseitig.

Empirisch belegt ist, dass das politische Interesse, die Wirksamkeitsüberzeugung und die Bereitschaft zur politischen Partizipation bei Angehörigen der Unterschicht deutlich geringer sind als bei denjenigen der Mittel- und Oberschicht (Bödeker ebd., 37; auch Böhnke 2011: 21). In Bezug auf die politische Partizipation gilt dies sowohl für Wahlen als auch für die außerparlamentarischen, direkten Formen der Beteiligung. Wer nur einen Hauptschulabschluss hat, nur über ein geringes Einkommen verfügt und sich in sozialen Netzwerken der eigenen Schicht bewegt, hat in der Regel nur wenig Interesse an politischen Prozessen, glaubt nicht, dass er/sie wirklich Einfluss auf das politische Geschehen nehmen kann, und nimmt signifikant seltener an Wahlen und direkten Formen der Meinungsäußerung teil. Dies gilt sogar für das Thema der sozialen Ungleichheit bzw. sozialen Ungerechtigkeit selbst. Auch an Protesten gegen das Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich nehmen überwiegend einkommensstarke und gut ausgebildete Angehörige der Mittelschichten teil (vgl. Rucht/Yang 2004).

Besonders heikel wird das Verhältnis von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation, wenn man die Korrelation zunehmender sozialer Ungleichheit und zunehmender politischer Ungleichheit berücksichtigt (vgl. Bödeker 2012: 40f.). Angesichts der vor allem durch die Hartz-IV-Reformen konkretisierten Entwicklung des aktiven zum aktivierenden Sozialstaats einerseits und der starken Einkommens- und Vermögensgewinne der Angehörigen der oberen Schicht hat die soziale Ungleichheit in Deutschland in der letzten Dekade deutlich zugenommen. Zudem ist die Chancengleichheit, das heißt, die Möglichkeit für Angehörige unterer Schichten durch Bildung aufzusteigen, gerade in Deutschland weiterhin extrem gering ausgeprägt. In einem Staat, in dem Bildung zu den begehrten Gütern gehört, müsste diese Entwicklung im Grunde zu einer größeren staatlichen Umverteilung von oben nach unten und zumindest zu einer deutlichen Investition in Bildung und zum Abbau von Selektionsmechanismen des Schulsystems führen. Beides ist jedoch nicht der Fall. Und obwohl, wie in Demokratien eigentlich zu erwarten, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler mit kleinen und mittleren Einkommen eine Allianz gegen diese Entwicklung bilden könnten, kommt es nicht zu einer Verbesserung der politischen Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen, sondern sogar zu einer Verschlechterung. Zu vermuten ist deshalb, dass mit

„[...] steigender Ungleichheit [...] gleichzeitig die relative Macht einkommensstarker Teile der Bevölkerung (steigt, M.O.), da das politische Engagement sozial Schwacher geringer wird. Somit kann es zu einer Situation kommen, in der die Interessen der einkommensschwächeren Mehrheit immer weniger Berücksichtigung finden und bestimmte politische Lösungswege nicht einmal den Weg in den politischen Entscheidungsprozess finden [...]. Soziale Ungleichheit untergräbt somit das Ziel politischer Gleichheit“ (Bödeker 2012: 41).

In ihrer Eindeutigkeit eingeschränkt werden müssen diese Ergebnisse jedoch vor dem Hintergrund qualitativer Studien (Klatt und Walter 2011; Munsch 2003), in denen aufgezeigt wird, dass Angehörige der Unterschicht zumindest ehrenamtliches bzw. soziales Engagement gar nicht als solches interpretieren. Man dürfe angesichts der Ausdifferenzierung des Schichtengefüges und der Milieus heute nicht ohne Weiteres von der sozialen Lage auf politische Einstellungen, soziales Engagement oder den Charakter alltagsorientierter Deutungsmuster schließen (Klatt und Walter 2011: 18). Insofern kann vermutet werden, dass das Engagement von marginalisierten Bevölkerungsgruppen unterschätzt wird. Bestätigt

wird dies auch durch die Ergebnisse des Projekts AMIQUUS, in dem eben auch Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation in sozial prekären Lebenslagen untersucht wurden (vgl. May/Alisch 2013: 20). Vergleichbar sind diese Ergebnisse auch mit den Resultaten der Untersuchung der Proteste marginalisierter Jugendlicher in Köln-Kalk (vgl. hierzu Bukow/Lösch/Ottersbach/Preissing 2013). Auch hier handelt es sich um eine Form politischer Partizipation von Jugendlichen, die einerseits unterschätzt und nicht als eine solche interpretiert wird und andererseits aber offensichtlich auch unbedingt „in den Griff bekommen werden muss“, wie manche der befragten Expertinnen und Experten, die in die Prozesse aus städtischer oder sozialarbeiterischer Sicht involviert waren, betonen. Dies verweist wiederum auf die Rolle der Expertinnen und Experten und hier insbesondere auf diejenigen der Sozialen Arbeit. Hier zeigt sich, dass die Soziale Arbeit aufgefordert ist, ihr Berufsprofil zu überprüfen. Die entscheidende Frage ist, ob die andauernde Entpolitisierung der Sozialen Arbeit fortgesetzt wird, indem Aspekte des Sozialmanagements, die Psychologisierung der Ausbildung und die Reduzierung des Klientels auf „Fälle“ und individuelle Trainings forciert werden, oder ob dieser Entpolitisierung begegnet wird, d.h. marginalisierte Bevölkerungsgruppen in ihren Anliegen ernst genommen, ihre Probleme im gesellschaftspolitischen Kontext gesehen, ihre Ressourcen angemessen berücksichtigt bzw. erkundet und die politische Partizipation der Betroffenen gefördert werden.

Literatur

- Barber, B. (1994): *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg.
- Benz, A. (1995): Politiknetzwerke in der horizontalen Politikverflechtung. In: Jansen, D./Schubert, K. (Hrsg.): *Netzwerke und Politikproduktion: Konzepte, Methoden, Perspektiven*. Marburg, S. 185-204.
- Bauman, Z. (1995): *Moderne und Ambivalenz*. Frankfurt/Main.
- Bödeker, S. (2012): *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Böhnke, P. (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 1-2/2011, S. 18-25.
- Bourdieu, P. (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In: Kreckel, R. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen, Soziale Welt Sonderband 2. S.183-198.

- Bukow, W.-D./Lösch, B./Ottersbach, M./Preissing, (2013): Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden.
- Dahl, R. A. (1994): A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. In: *Political Science Quarterly*, Heft 109. S. 23-34.
- Fassbinder, H. (1997): Die Produktion der Zukunft – Stadtplanung in der Zivilgesellschaft. In: Schmals, K.M./Heinelt, H. (Hrsg.): *Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale*. Opladen, S. 197-216.
- Forst, R. (1996): Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus Frankfurt/Main.
- Geißler, R. (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden.
- Gensicke, T./Geiss, S. (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009.
- Greiffenhagen, M. (1998): Politische Legitimität in Deutschland. Bonn.
- Habermas, J. (1988): Theorie des kommunikativen Handelns BD II, Frankfurt/Main.
- Habermas, J. (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/Main.
- Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt/Main.
- Huth, S. (2011): Bürgerschaftliches Engagement von und mit Menschen mit Migrationshintergrund. In: Klein, A./Fuchs, P./Flohé, A. (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich*, Berlin. S. 201-205.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (1997): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Opladen.
- Klatt, J./Walter, F. (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld.
- Luthardt, W./Waschkuhn, A. (1997): Plebiszitäre Komponenten in der repräsentativen Demokratie. Entwicklungsstand und Alternativen. Bonn, S. 59-87.
- May, M./Alisch, M. (2013): AMIQUUS – unter Freunden. Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt. Opladen, Berlin & Toronto.
- Munsch, C. (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Weinheim/München.
- Ottersbach, M. (1999): Plädoyer für einen anderen Umgang mit ethnischen Minderheiten in postnationalen Zivilgesellschaften. In: Bukow, W.-D./Ottersbach, M. (Hrsg.): *Der Fundamentalismusverdacht. Plädoyer für eine Neuorientierung im Umgang mit allochthonen Jugendlichen*. Opladen, S. 328-339.
- Ottersbach, M. (2003): Außerparlamentarische Demokratie. Neue Bürgerbewegungen als Herausforderung an die Zivilgesellschaft, Frankfurt/New York.
- Ottersbach, M. (2010): Bildung, Ausbildung und Arbeit: institutionalisierte

- Sackgassen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund. In: Baros, W./Hamburger, F./Mecheril, P. (Hrsg.): Zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft. Die vielfältigen Referenzen interkultureller Bildung. Berlin, S. 80-89.
- Ottersbach, M. (i.E.): Jugendliche mit Migrationshintergrund in Inklusionskontexten am Beispiel von Bildung, Ausbildung und Arbeit. In: Geisen; T./Ottersbach, M. (Hrsg.). Arbeit, Migration und Soziale Arbeit. Prozesse der Marginalisierung in modernen Arbeitsgesellschaften. Wiesbaden.
- Pennings, P./Lane, J.-E. (1998): Introduction. In: Pennings, P./Lane, J.-E. (Hrsg.): Comparing party system change, London. S. 1-19.
- Rödel, U./Frankenberg, G./Dubiel, H. (1989): Die demokratische Frage. Frankfurt/Main.
- Rucht, D./Yang, M. (2004): Wer protestiert gegen Hartz IV? In: Forschungs-journal Neue Soziale Bewegungen, Heft 17/2004. S. 21-27.
- Rucht, D. (1997): Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn. S. 382-403.
- Rürup, B.L./Sentürk, B. (Hrsg.) (2011): Mittenmang. Bürgerschaftliches Engagement – Zuwanderung – Alter: 20 Porträts. Bonn.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- Schmalz-Bruns, R. (1995): Reflexive Demokratie. Die demokratischen Transformationen moderner Politik. Baden-Baden.
- Schulte, A. (2009): Politikkonzepte für eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wege zu einer sozialen und gerechten Zukunft. WISO-Diskurs, September. Bonn.
- Taylor, C. (2009): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/Main.
- Ueltzhöffer, J. (1996): Wege zur Bürgergesellschaft: die Geislingen Studie. In: Wendt, W. R. u.a. (Hrsg.): Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgergesellschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen. Freiburg, S. 121-137.

Gesellschaft und Nachhaltigkeit

CeSSt - Herausgegeben von
Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit
an der Hochschule Fulda

- Band 1** Barbara Freytag-Leyer, Monika Alisch: Community Health Information in Europe, Kassel 2011, 212 S., ISBN 978-3-86219-102-4
- Band 2** Klaus Engelbert: New Style Workfare - Zur Nachhaltigkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente und die Folgen für die Betroffenen, Kassel 2012, 132 S., ISBN 978-3-86219-380-6
- Band 3** Monika Alisch (Hrsg.): Älter werden im Quartier: Soziale Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe, Kassel 2014, 228 S., ISBN 978-3-86219-702-6

Dass die demografische Entwicklung in Deutschland nicht nur von Fragen der Überalterung verbunden mit explodierenden Pflegekosten geprägt ist – unsere Gesellschaft also nicht nur „weniger“ und „älter“, sondern längst auch „bunter“ als Beschreibung der Folge von Zuwanderungen geworden ist, wurde bisher selten gemeinsam betrachtet. Das wissenschaftliche Zentrum CeSSt – Centre of Research for Society and Sustainability der Hochschule Fulda hat deshalb im Jahr 2013 dem Thema eine Fachtagung gewidmet, deren Beiträge und Diskussionsergebnisse in diesem Band zusammengestellt wurden. Dabei wurden gleich mehrere Dimensionen sozialer Nachhaltigkeit in den Blick genommen, die in der interdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung eine besondere Rolle spielen: Neben den Fragen von Generationengerechtigkeit und sozialem Ausgleich sind gerade Aspekte von Teilhabe und Partizipation bedeutsam.

Anlass der Tagung waren zunächst die Ergebnisse des vom BMBF geförderten Forschungsprojekts „AMIQUS – Ältere MigrantInnen im Quartier: Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe“, das von 2009 bis 2012 in Wiesbaden, Fulda und München umgesetzt wurde. Für diese Diskussion wurden weitere Praxisforschungsprojekte vorgestellt, die mit dem Ziel „Soziale Innovationen für mehr Lebensqualität im Alter“ zu entwickeln, entstanden sind und aus einer sozialräumlichen und partizipativen Perspektive die Lebenssituation älterer Menschen in der Stadt untersucht haben.

